

Beteiligungsbericht



Geschäftsjahr 2021

UNNA.DE



IMPRESSUM

Herausgeber: Kreisstadt Unna
Der Bürgermeister
Beteiligungscontrolling/Beteiligungsverwaltung

Frau Christina Bartel
Frau Nuray Mertek
Frau Michaela Pelz
Rathausplatz 1
59423 Unna

Tel.: 02303/103-374

Tel.: 02303/103-380

Tel.: 02303/103-249

Fax: 02303/103 - 212

E-Mail: christina.bartel@stadt-unna.de
nuray.mertek@stadt-unna.de
michaela.pelz@stadt-unna.de

Internet: www.unna.de

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern in diesem Vertrag die männliche Form verwendet. Entsprechende Begriffe gelten im Sinne der Gleichbehandlung grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform hat nur redaktionelle Gründe und beinhaltet keine Wertung.



Vorwort

Der vorliegende Beteiligungsbericht der Kreisstadt Unna veranschaulicht den gesamten Umfang der städtischen Beteiligungen der Kreisstadt Unna und ermöglicht einen umfassenden Einblick in das zurückliegende Geschäftsjahr 2021. Der Bericht basiert auf den geprüften Jahresabschlüssen 2021 der einzelnen Gesellschaften und ist nach § 117 der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalens (GO NRW) aufzustellen und jährlich fortzuschreiben. Um bessere Vergleichsmöglichkeiten zu bieten und Entwicklungen der Bilanzen sowie Gewinn- und Verlustrechnungen aufzuzeigen, wird das vorangegangene Jahr 2020 ebenfalls abgebildet.

Der Beteiligungsbericht stellt sowohl die unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen als auch die eigenbetriebsähnliche Einrichtung und Zweckverbände dar und informiert über die wirtschaftlichen und finanziellen Verknüpfungen zum Haushalt der Kreisstadt Unna. Die Rahmendaten der einzelnen Gesellschaften werden stichtagsbezogen, d.h. zum 31.12.2021, abgebildet. Die aktuelle Beteiligungsstruktur mit dem Stand zum 31.12.2021 ist auf den Seiten 10 und 11 abgebildet.

Der Beteiligungsbericht dient dem Rat der Kreisstadt Unna sowie auch der Verwaltungsführung als Unterstützung bei der Ausübung der Steuerungs- und Kontrollaufgaben und bildet für die Bürgerinnen und Bürger sowie alle Interessierten eine einheitliche Informationsbasis.

Wir hoffen, Ihnen mit dem Beteiligungsbericht 2021 einen informativen Überblick über die Beteiligungen der Kreisstadt Unna zu geben.

Unna, im Oktober 2023



Dirk Wigant
Bürgermeister



Michael Strecker
Stadtkämmerer



	Seite
Inhaltsverzeichnis	4
I. Allgemeiner Teil	6
II. Unternehmensbezogener Teil	12
1 Wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand	6
1.1 Rechtsgrundlagen der öffentlichen Hand	6
1.2 Vertretung der Kreisstadt Unna in Unternehmen und Einrichtungen	7
1.3 Beteiligungscontrolling	7
2 Beteiligungsbericht 2021	8
2.1 Berichterstattung über die wirtschaftliche Betätigung	8
2.2 Aufbau des Beteiligungsberichtes	9
3 Beteiligungsportfolio der Kreisstadt Unna zum 31.12.2021	12
3.1 Änderungen im Beteiligungsportfolio	12
3.2 Anteile am gezeichneten Kapital der unmittelbaren Beteiligungen der Kreisstadt Unna	13
3.3 Anteile am gezeichneten Kapital der mittelbaren Beteiligungen der Kreisstadt Unna	14
3.4 Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander sowie mit der Kreisstadt Unna (Matrix)	14
3.5 Bürgschaften	15
4 Unmittelbare Beteiligungen	16
4.1 Unmittelbare Beteiligungen ohne fremde Anteilseigner	16
4.1.1 Wirtschaftsbetriebe der Kreisstadt Unna	17
4.1.2 Stadtbetriebe Unna	33
4.1.3 Unna Marketing – Gesellschaft für Veranstaltungen und Stadtmarketing GmbH	69



	Seite
4.2 Unmittelbare Beteiligungen mit fremden Anteilseignern	79
4.2.1 Partnerschaft Deutschland GmbH	80
4.2.2 d-NRW AöR	99
4.2.3 KoPart eG	109
5 Beteiligungen der Wirtschaftsbetriebe der Stadt Unna GmbH	116
5.1 Stadtwerke Unna GmbH	117
5.2 Logistikzentrum RuhrOst GmbH	139
6 Wesentliche Beteiligungen der Stadtwerke Unna GmbH	144
6.1 UnnaWasser & Mehr GmbH	145
6.2 ProVion Stadtwerke IT GmbH	149
6.3 Biogas Pool 2 für Stadtwerke GmbH & Co.KG	155
7 Beteiligungen auf Kreisebene	160
7.1. Unnaer Kreis-Bau- und Siedlungsgesellschaft	161
7.2 Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH	181
7.3 Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna mbH	191
7.4 Sparkasse UnnaKamen	209
7.4.1 Sparkassenzweckverband des Kreises Unna, der Kreisstadt Unna, der Stadt Kamen, der Stadt Fröndenberg und der Gemeinde Holzwickede	211
7.4.2 Sparkasse UnnaKamen	213
8 Information nach Artikel 13 Datenschutz Grundverordnung	249



I. Allgemeiner Teil

1 Wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand

1.1 Rechtsgrundlagen der wirtschaftlichen Betätigung

Die Kommunen sind grundsätzlich berechtigt, ihre eigenen Angelegenheiten selbst zu regeln (**Selbstverwaltungsgarantie** gem. Art. 28 GG und Art. 78 Verf. NRW). Dazu zählt auch das Recht der Kommunen auf wirtschaftliche Betätigung zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben.

Die Kreisstadt Unna darf sich gemäß § 107 Absatz 1 GO NRW zur Erfüllung ihrer Aufgaben wirtschaftlich betätigen, wenn

1. ein öffentlicher Zweck die Betätigung erfordert,
2. die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Kreisstadt Unna steht und
3. bei einem Tätigwerden außerhalb der Wasserversorgung, des öffentlichen Verkehrs sowie des Betriebes von Telekommunikationsleitungsnetzen einschließlich der Telekommunikationsdienstleistungen der öffentliche Zweck durch andere Unternehmen nicht besser und wirtschaftlicher erfüllt werden kann.

Darüber hinaus regelt § 107a GO NRW umfassend die Rahmenbedingungen für energiewirtschaftliche Betätigungen der Gemeinden.

Für Unternehmen und Einrichtungen des privaten Rechts gelten die speziellen Voraussetzungen des § 108 GO NRW. Demnach darf die Kreisstadt Unna Unternehmen und Einrichtungen in **privater Rechtsform** nur gründen oder sich daran beteiligen, wenn unter anderem die Haftung der Kreisstadt Unna auf einen bestimmten Betrag begrenzt ist, sie sich nicht zur Verlustübernahme in unbestimmter Höhe verpflichtet und der Gesellschaftsvertrag des Unternehmens auf einen öffentlichen Zweck ausgerichtet ist. Darüber hinaus ist der Gemeinde ein angemessener Einfluss in einem Überwachungsorgan der Gesellschaft (z. B. Aufsichtsrat) durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder in anderer geeigneter Weise zu sichern. Im Zuge des Inkrafttretens des Transparenzgesetzes muss zusätzlich gewährleistet sein, dass bei Unternehmen und Einrichtungen in Gesellschaftsform die für die Tätigkeit im Geschäftsjahr gewährten Gesamtbezüge im Sinne des § 285 Nummer 9 des Handelsgesetzbuches der Mitglieder der Geschäftsführung, des Aufsichtsrates, des Beirates oder einer ähnlichen Einrichtung im Anhang des Jahresabschlusses der Kreisstadt Unna detailliert und individualisiert auszuweisen ist (vgl. § 108 Absatz 1 Ziffer 9 GO NRW).

Gehören der Kreisstadt Unna **mehr als 50 v.H. der Anteile** an einem Unternehmen oder einer Einrichtung in Gesellschaftsform, müssen in sinngemäßer Anwendung der für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften die Voraussetzungen des § 108 Abs. 3 GO NRW erfüllt sein (z.B. Aufstellung eines Wirtschaftsplans, fünfjährige Finanzplanung, Stellungnahme zur öffentlichen Zwecksetzung im Lagebericht, Beachtung der Wirtschaftsgrundsätze des § 109 GO NRW etc.).

Zudem ermöglicht der § 108a GO NRW eine Arbeitnehmervertretung in fakultativen Aufsichtsräten von Unternehmen oder Einrichtungen privater Rechtsform, an denen die Gemeinde unmittelbar oder mittelbar mit mehr als 50% beteiligt ist.

Weitere Einzelheiten regeln die §§ 107 bis 115 GO NRW.



Neben den zuvor erläuterten Vorschriften finden für die wirtschaftliche Betätigung der Kommune die maßgeblichen Regelungen der folgenden Gesetze Anwendung:

EigVO NRW, HGB, GmbHG, AktG, SpKG NRW.

1.2 Vertretung der Kreisstadt Unna in Unternehmen und Einrichtungen

Die Vertretung der Kreisstadt Unna in den Gremien der Unternehmen ist grundsätzlich in §113 GO NRW geregelt. Die Kreisstadt Unna hat aufgrund aktueller, höchstrichterlicher Rechtsprechung sowie entsprechender Ministerialerlasse diese Regelungen für die durch die Kreisstadt Unna in Aufsichtsräte oder Gesellschafterversammlungen der Beteiligungen der Kreisstadt Unna entsandten Mitglieder sowie deren Stellvertreter/innen mit Hilfe einer Verfahrensweisung konkretisiert.

Die Vertretung der Kreisstadt Unna in Beiräten, Ausschüssen, Gesellschafterversammlungen, Aufsichtsräten oder entsprechenden Organen von juristischen Personen oder Personenvereinigungen, an denen die Kreisstadt Unna unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist, haben die **Interessen der Kreisstadt Unna zu verfolgen**.

Sie werden vom Rat der Kreisstadt Unna bestellt bzw. vorgeschlagen und sind **an die Beschlüsse des Rates und seiner Ausschüsse gebunden (Weisungsrecht des Rates)**. Auf Beschluss des Rates haben sie ihr Amt jederzeit niederzulegen. Weisungsgebundenheit besteht nur dann nicht, wenn besondere gesetzliche Vorschriften dies ausdrücklich bestimmen.

Bei unmittelbaren Beteiligungen vertritt ein vom Rat der Kreisstadt Unna bestellter Vertreter die Gemeinde in den o.g. Gremien. Sind zwei oder mehr Vertreter zu bestellen, muss der Bürgermeister oder ein/e von ihm vorgeschlagene/r Bedienstete/r dazu zählen.

Bei Kapitalgesellschaften muss die Kreisstadt Unna darauf hinwirken, dass ihr bei der Ausgestaltung des Gesellschaftsvertrages **das Recht** eingeräumt wird, Mitglieder in den Aufsichtsrat **zu entsenden**.

Die Vertreter haben den Rat über alle Angelegenheiten von besonderer Bedeutung frühzeitig zu unterrichten (**Informationspflicht**). Insofern wird die Verschwiegenheitspflicht der Aufsichtsratsmitglieder bzw. der Mitglieder der Gesellschafterversammlung gegenüber dem Rat der Kreisstadt Unna partiell aufgehoben. Für die Beurteilung, ob es sich um eine Angelegenheit von besonderer Bedeutung handelt, ist ausschließlich die Sicht des Rates der Kreisstadt Unna maßgebend.

Wird ein Vertreter der Kreisstadt Unna aus seiner Tätigkeit in einem Organ haftbar gemacht, so hat die Kreisstadt Unna den Schaden zu ersetzen, es sei denn, dass er ihn vorsätzlich oder grob fahrlässig herbeigeführt hat. Auch in diesem Falle ist die Kreisstadt Unna schadensersatzpflichtig, wenn ihre Vertretung nach Weisung des Rates oder eines Ausschusses gehandelt hat (**Freistellungsansprüche**).

1.3 Beteiligungscontrolling

Die Steuerung und die Betreuung der Beteiligungen der Kreisstadt Unna sind organisatorisch beim Beteiligungscontrolling und der Beteiligungsverwaltung angesiedelt.

Die Aufgabe dieser Bereiche umfasst neben der Verwaltung der Beteiligungen – also z.B. dem Sammeln der beteiligungsrelevanten Daten, der Überwachung der Einhaltung von Gesellschafts-, Steuer- und Gemeindefinanzrecht und der jährlichen Berichterstattung insbesondere die

- Analyse der Unternehmensdaten (Wirtschaftspläne, Berichte, Bilanzen, Gewinn- und Verlustrechnungen),
- Begleitung bei Veränderungsprozessen,



- Vorbereitung der Entscheidungen des Rates, die im Hinblick auf die Stellung der Kreisstadt Unna als Gesellschafterin zu treffen sind,
- Berichtswesen,
- Abwicklung der Zahlungsströme,
- Durchführung der kommunalaufsichtlichen Anzeigeverfahren gegenüber dem Kreis Unna und den Bezirksregierungen sowie
- Ansprechpartner für die Unternehmungen.

Für Fragen oder Anregungen stehen Ihnen Frau Christina Bartel (Beteiligungscontrolling) unter 02303/103-374 und Frau Nuray Mertek (Beteiligungsverwaltung) unter 02303/103-380 gern zur Verfügung.

2. Beteiligungsbericht 2021

2.1 Berichterstattung über die wirtschaftliche Betätigung

Die rechtliche Grundlage für den Beteiligungsbericht bilden § 117 GO NRW sowie § 53 KomHVO NRW. Inhaltlich gilt für die Erstellung des Beteiligungsberichtes § 116 Absatz 6 Satz 2 GO NRW entsprechend. Die Beteiligungen sind demnach zur Mitwirkung verpflichtet und haben der Kreisstadt Unna die erforderlichen Unterlagen unverzüglich einzureichen.

Der Beteiligungsbericht hat Informationen zu sämtlichen verselbstständigten Aufgabenbereichen in öffentlich – rechtlicher und privatrechtlicher Form zu enthalten, so

1. die Beteiligungsverhältnisse,
2. die Ziele der Beteiligung,
3. die Erfüllung des öffentlichen Zweckes,
4. die Jahresergebnisse der verselbstständigten Aufgabenbereiche,
5. eine Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals jedes verselbstständigten Aufgabenbereiches sowie
6. eine Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander und mit der Gemeinde.

Der Beteiligungsbericht ist jährlich bezogen auf den Abschlusstichtag des Jahresabschlusses zu erstellen und gemäß § 117 GO NRW vom Rat in öffentlicher Sitzung beschließen zu lassen.

Dabei sind im Bericht die Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen der Beteiligungen in einer Zeitreihe abzubilden, die das abgelaufene Geschäftsjahr und das Vorjahr umfasst. Dem Bericht ist eine Übersicht über die gemeindlichen Beteiligungen unter Angabe der Höhe der Anteile an jeder Beteiligung in Prozent beizufügen.

Der Beteiligungsbericht 2021 informiert über die unmittelbaren und mittelbaren Unternehmensbeteiligungen der Kreisstadt Unna. Er lenkt den Blick jährlich auf die einzelnen Beteiligungen, indem er Auskunft über alle verselbstständigten Aufgabenbereiche der Gemeinde, deren Leistungsspektrum und deren wirtschaftliche Situation und Aussichten gibt, unabhängig davon, ob diese dem Konsolidierungskreis für einen Gesamtabschluss angehören würden. Damit erfolgt eine differenzierte Darstellung der Leistungsfähigkeit der Kreisstadt Unna durch die Abbildung der Daten der einzelnen Beteiligungen.

Die verwendeten wirtschaftlichen Daten beruhen auf den im Laufe des Jahres 2022 festgestellten Abschlüssen für das Geschäftsjahr 2021. Die Angaben zur Besetzung der Überwachungsorgane weisen das gesamte Jahr 2021 aus.



Die Gliederung des Beteiligungsberichtes und die Angaben zu den einzelnen Beteiligungen ermöglichen, dass eine Beziehung zwischen den gebotenen Informationen und den dahinterstehenden Aufgaben hergestellt werden kann. Dies ermöglicht durch den Vergleich der Leistungen mit den Aufgaben auch die Feststellung, ob die Erfüllung der Aufgaben der Kreisstadt Unna durch die verschiedenen Organisationsformen nachhaltig gewährleistet ist.

Der Beteiligungsbericht unterstützt damit eine regelmäßige Aufgabenkritik und eine Analyse der Aufbauorganisation der Kreisstadt Unna insgesamt durch die Mitglieder der Vertretungsgremien.

2.2 Aufbau des Beteiligungsberichtes

Der Beteiligungsbericht gliedert sich in zwei Teile: einen allgemeinen und einen unternehmensbezogenen Teil.

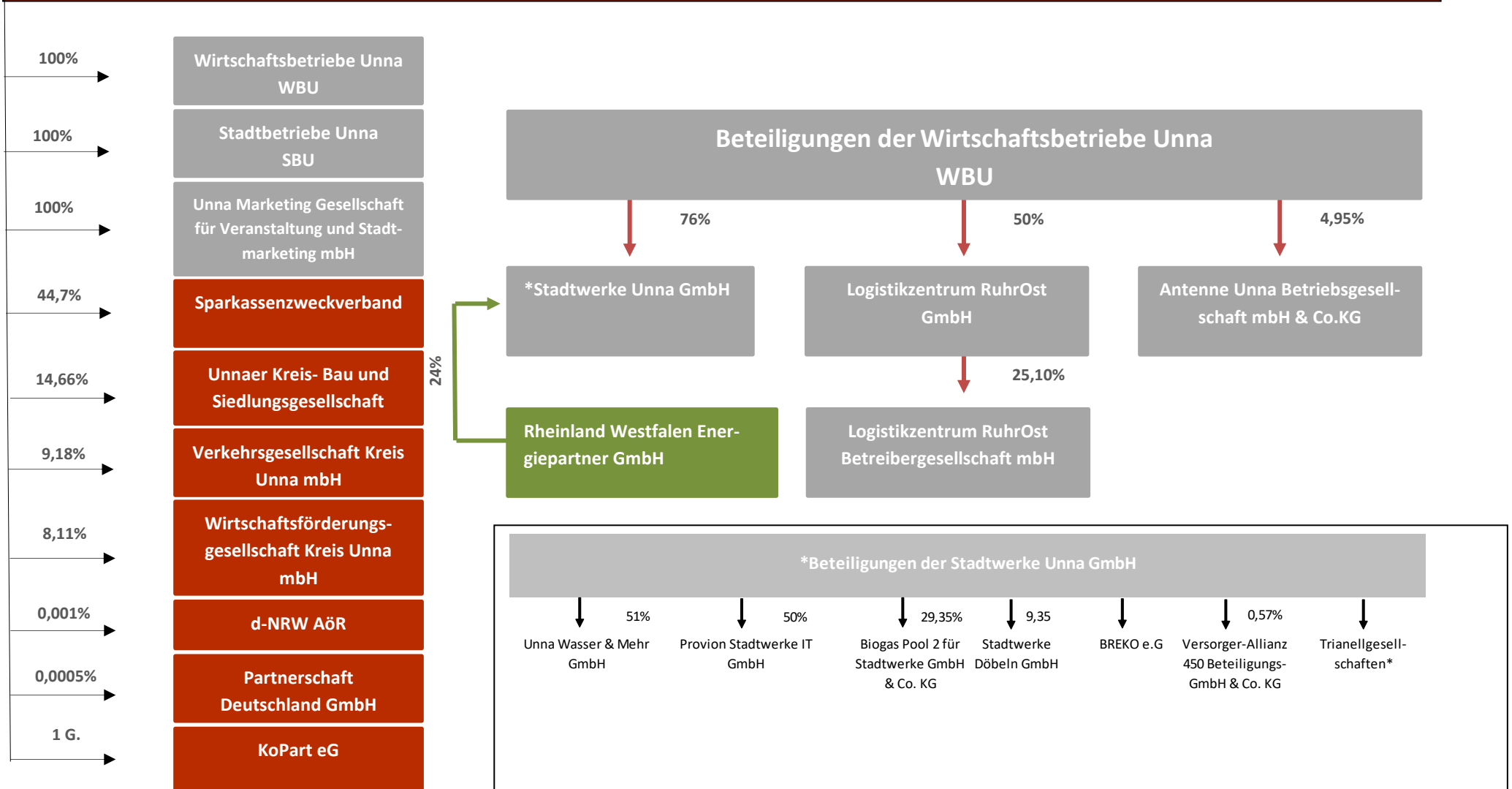
Im allgemeinen Teil werden Hinweise zum Beteiligungsbericht gegeben sowie das gesamte Beteiligungsportfolio der Kreisstadt Unna veranschaulicht und die jeweiligen Anteile am gezeichneten Kapital der unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen aufgezeigt.

Der zweite Teil des Beteiligungsberichtes befasst sich mit den unternehmensbezogenen Daten der jeweiligen Beteiligung. Dabei werden alle unmittelbaren Beteiligungen sowie die über die Tochter-/Enkelunternehmen der Kreisstadt Unna (z. B. Wirtschaftsbetriebe der Stadt Unna GmbH, Stadtwerke Unna GmbH) mittelbaren Beteiligungen einbezogen. Zu den einzelnen Betrieben werden allgemeine Geschäftsangaben sowie die jeweiligen Lageberichte der Geschäftsführung, des Vorstandes bzw. der Betriebsleitung dargestellt.

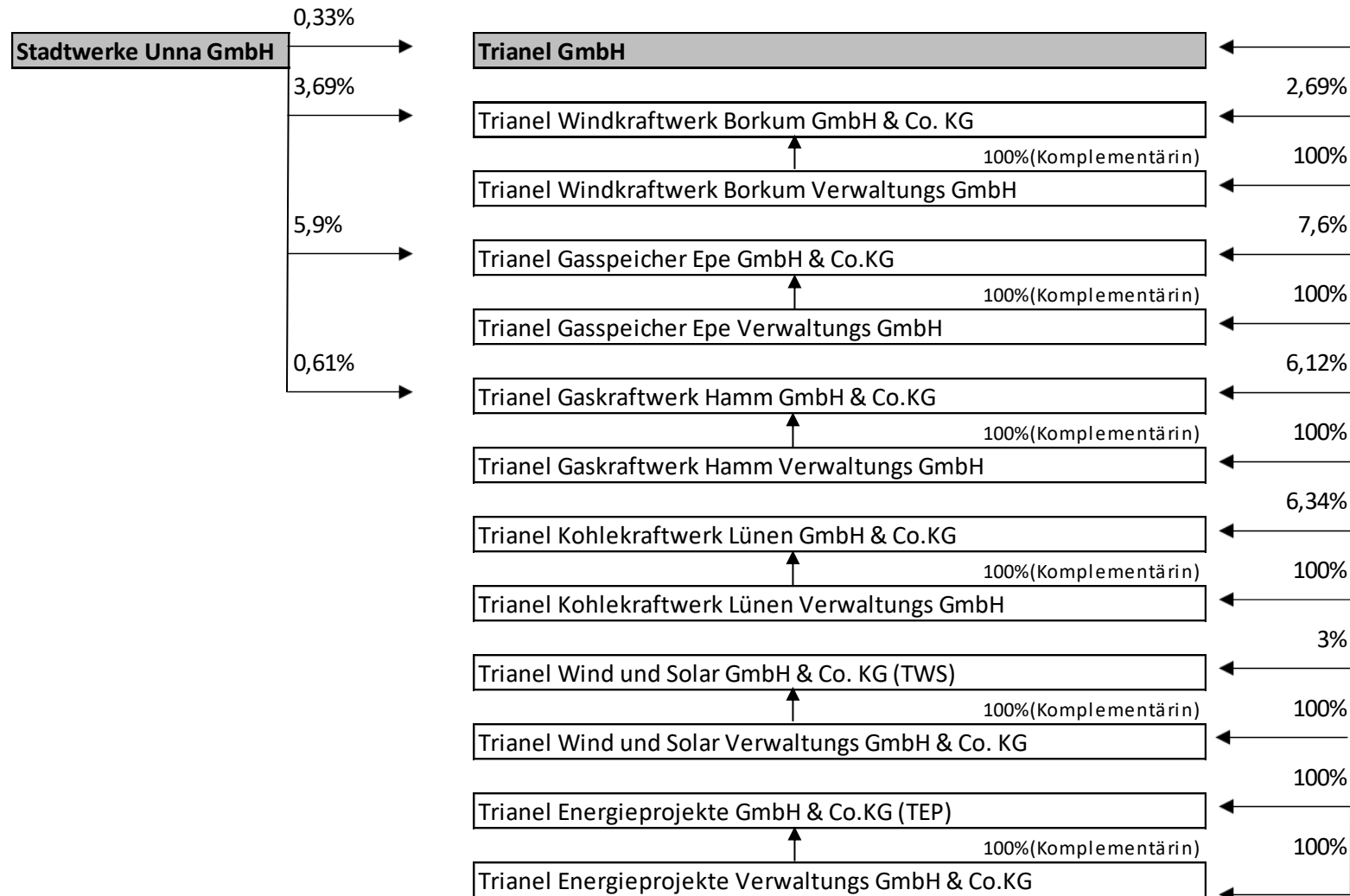


Kreisstadt Unna

31.12.2021



Trianelgesellschaften



II Unternehmensbezogener Teil

3 Beteiligungsportfolio der Kreisstadt Unna zum 31.12.2021

3.1 Änderungen im Beteiligungsportfolio

Das Beteiligungsportfolio der Kreisstadt Unna umfasst insgesamt 34 unmittelbare und mittelbare Beteiligungen sowie eine eigenbetriebsähnliche Einrichtung (Sondervermögen der Kreisstadt Unna). Seit der letzten Berichterstattung haben sich folgende Änderungen im Beteiligungsportfolio ergeben:

Versorger-Allianz 450 GmbH & Co. KG

Am 27.05.2021 stimmte der Haupt- und Finanzausschuss der Kreisstadt Unna der mittelbaren Beteiligung der Stadtwerke Unna GmbH an der Versorger Allianz 450 GmbH & Co. KG zu. Die Stadtwerke Unna GmbH beteiligen sich mit einer Kommanditeinlage von 10.000,00 €. Diese Einlage kann laut beschluss bis zu 200 T€ bzw. einer prozentualen Beteiligung von bis zu ca. 0,57 % erhöht werden. Fokus der Gesellschaft ist der unmittelbare oder mittelbare bundesweite Aufbau eines krisensicheren Mobilfunknetzes auf der Grundlage der Nutzungsrechte der 450 MHz-Mobilfunk-Frequenz. Unternehmensgegenstand ist weiter die Erbringung von Kommunikationslösungen inklusive komplementärer / ergänzender Dienstleistungen für die Ver- und Entsorgerinfrastruktur und für weitere kritische Infrastrukturen im Rahmen der Daseinsvorsorge sowie für weitere Bedarfsträger für hochsichere Telekommunikations- und Datendienste. Die Gesellschaft kann auch als Einkaufs- und Vermarktungsgesellschaft für Kommunikationslösungen oder als Dienstleister für Entwicklung und Vermarktung von Mobilfunkstandorten fungieren.

Die Stadtwerke Unna möchte den Aufbau der 450 MHz-Technologie als zukünftigen Branchenstandard für die Kommunikation von Betreibern kritischer Infrastrukturen unterstützen, indem auch Funkstandorte in der Kreisstadt Unna angeboten werden können.

Inhaber der 450 MHz- Frequenz ist die 450connect GmbH. Die SWU werden nicht direkt Gesellschafter der 450connect GmbH. Das Branchenmodell für den Betrieb des ausfallsicheren 450 MHz-Mobilfunknetzes ist ein Joint Venture und wird als „4x25“ bezeichnet. Die SWU beteiligen sich an der Versorger-Allianz 450 Beteiligungs-GmbH & Co. KG, die ihrerseits einen Gesellschaftsanteil an der 450connect GmbH mit 25 % hält. Die Versorger-Allianz bündelt eine Vielzahl von kleineren/kommunalen Unternehmen.



3.2 Anteile am gezeichneten Kapital der unmittelbaren Beteiligungen der Kreisstadt Unna:

Lfd.Nr.	Beteiligung	Höhe des Stammkapitals und des Jahresergebnisses am 31.12.2021	Anteil der Kreisstadt Unna am Stammkapital	
			T €	%
Gesellschaften ohne fremde Anteilseigner:				
1	Wirtschaftsbetriebe	4.650	4.650	100
	Jahresergebnis 2021	-437		
2	Unna Marketing	28	28	100
	Jahresergebnis 2021	0		
3	Stadtbetriebe Unna	600	600	100
	Jahresergebnis 2021	+2.333		
Gesellschaften mit fremden Anteilseignern:				
4	Partnerschaft Deutsch- land	2.004	1	0,00499
	Jahresergebnis 2021	+12.704		
5	d-NRW	1.272	1	0,079
	Jahresergebnis 2021	0		
6	KoPart	157	0,75	0,004
	Jahresergebnis 2021	0		
Beteiligungen auf Kreisebene:				
7	UKBS	2600	14,7	381
	Jahresergebnis 2021	804		
8	VKU	3856	9,1	353
	Jahresergebnis 2021	0		
9	Wirtschaftsförderungs- gesellschaft	3032	8,11	245
	Jahresergebnis 2021	49		



3.3 Anteile am gezeichneten Kapital der mittelbaren Beteiligungen der Kreisstadt Unna:

Lfd.Nr.	Beteiligung	Höhe des Stammkapitals und des Jahresergebnisses am 31.12.2021		Anteil der Kreisstadt Unna am Stammkapital	
		T €	T €	T €	%
Beteiligungen der Wirtschaftsbetriebe:					
10	Stadtwerke Unna	6140	4666	76	
	Jahresergebnis 2021	3849			
11	Logistikzentrum Ruhr Ost	100	50	50	
	Jahresergebnis	-182			
Beteiligungen der Stadtwerke Unna					
12	Unna Wasser & Mehr	25	13	51	
	Jahresergebnis 2021	+29,5			
13	Provision Stadtwerke IT	50	50	25	
	Jahresergebnis 2021	+56			
14	Biogas Pool 2	1200	29,35	300	
	Jahresergebnis	+184			

3.4 Die wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander sowie mit der Kreisstadt Unna (Matrix – Stichtag 31.12.2021)

		gegenüber			
		Kreisstadt Unna	Stadtbetriebe Unna	Wirtschaftsbetriebe der Stadt Unna	Stadtwerke Unna GmbH
Kreisstadt Unna	Forderungen/Ausleihungen		320.352,96 €	17.785.603,61 €	14.592.188,44 €
	Verbindlichkeiten		162.155,05 €	91.641,92 €	405.432,72 €
	Erträge		1.241.192,53 €	1.540.973,04 €	2.042.130,29 €
	Aufwendungen		2.897.291,44 €	1.350.238,94 €	2.507.942,61 €
Stadtbetriebe Unna	Forderungen	162.155,05 €		0,00 €	0,00 €
	Verbindlichkeiten	320.352,96 €		11.553,30 €	30.279,07 €
	Erträge	2.714.675,29 €		98.082,69 €	13.398,66 €
	Aufwendungen	3.597.051,45 €		172.758,93 €	120.665,12 €
Wirtschaftsbetriebe der Stadt Unna	Forderungen	91.641,92 €	11.553,30 €		4.500.118,13 €
	Verbindlichkeiten	17.785.603,61 €	0,00 €		0,00 €
	Erträge	1.162.400,08 €	173.162,29 €		5.345.004,22 €
	Aufwendungen	1.041.843,26 €	98.082,69 €		1.064.614,85 €
Stadtwerke Unna GmbH	Forderungen	405.432,72 €	30.279,07 €	0,00 €	
	Verbindlichkeiten	14.592.188,44 €	0,00 €	4.500.118,13 €	
	Erträge	2.497.745,69 €	120.665,12 €	1.056.653,50 €	
	Aufwendungen	1.881.216,57 €	13.398,66 €	5.337.042,87 €	



3.5 Bürgschaften

Bürgschaften wurden nur im Rahmen der Erfüllung der Aufgaben der Kreisstadt Unna übernommen. Der Gesamtbestand an Bürgschaften beträgt zum 31.12.2021 insgesamt 9.474.996,20 €, davon entfallen 4.678.003,53 € auf die Beteiligungen. Ein Bürgschaftsfall ist im Jahr 2021 nicht eingetreten.



4 Unmittelbare Beteiligungen

4.1 Gesellschaften ohne fremde Anteilseigner

Im ersten Kapitel werden die Unternehmen dargestellt, bei denen die Kreisstadt Unna alleiniger Gesellschafter ist. Hierzu zählen folgende Unternehmen:

- Wirtschaftsbetriebe der Stadt Unna GmbH
- Stadtbetriebe Unna
- Unna Marketing-Gesellschaft für Veranstaltungen und Stadtmarketing mbH





Wirtschaftsbetriebe der Stadt Unna



4.1.1 Wirtschaftsbetriebe der Stadt Unna GmbH

Anschrift:	Kontakt:	Gründung:
Heinrich-Hertz-Str. 2 59423 Unna	Telefon: 02303 2001-0 Fax: 02303 2001-22 E-Mail: office@wirtschaftsbetriebe-unna.de Internet: www.wirtschaftsbetriebe-unna.de	Gesellschaftsvertrag vom: 20.12.1991 in der Fassung vom: 16.12.2020

Öffentlicher Zweck/Beteiligungsziel

Die Wirtschaftsbetriebe der Stadt Unna GmbH ist als Holdinggesellschaft an verschiedenen Gesellschaften, wie der Stadtwerke Unna GmbH, der Logistikzentrum RuhrOst GmbH sowie der Antenne Unna Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG beteiligt.

Die Gesellschaft ist operativ tätig auf den Gebieten der Informations- und Kommunikationstechnologie, des Beschaffungs- und des Fuhrparkmanagements sowie der Vermietung und Verpachtung.

Zu den weiteren Tätigkeiten gehören die Errichtung und der Betrieb von Einrichtungen des ruhenden Verkehrs, die Wahrnehmung von Aufgaben des öffentlichen Verkehrs sowie der Bau und Betrieb von Sport- und Freizeitanlagen und die kleinräumige Wirtschaftsförderung.

Gesellschafter	Anteile am Stammkapital in	
	%	€
Kreisstadt Unna	100,00	4.650.000,00
Gesamt	100,00	4.650.000,00

Beteiligungen der WBU	Anteile am Grundkapital in	
	%	€
Stadtwerke Unna GmbH	76,00	4.666.400,00
Logistikzentrum RuhrOst GmbH	50,00	50.000,00
Antenne Unna Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG	4,95	12.362,63

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung
Aufsichtsrat
Gesellschafterversammlung

Geschäftsführung

Ines Brüggemann
Achim Thomae (bis. 31. März 2021)



Vergütung der Geschäftsführung

Gemäß Punkt 3.3.4 des Public Corporate Governance Kodexes der Kreisstadt Unna ist die Vergütung bzw. sind die Bezüge der Mitglieder der Geschäftsführung im Beteiligungsbericht aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten und Sachleistungen auszuweisen.

Name	Erfolgsabhängige Bezüge	Sachleistungen	Erfolgsunabhängige Bezüge	Gesamtbezüge
Ines Brüggemann	0,00 €	4.000,00 €	140.000,00 €	144.000,00 €
Achim Thomae	0,00 €	0,00 €	3.300,00€	3.300,00 €

Herr Thomae bezog als Kämmerer der Kreisstadt Unna von dieser seine Vergütung.

Aufsichtsrat

Der Aufsicht besteht aus 18 Mitgliedern.

Folgende Mitglieder waren für die Kreisstadt Unna im Aufsichtsrat der Wirtschaftsbetriebe Unna vertreten:

Lfd. Nr.	Fraktion	Ordentliches Mitglied	Stellvertretendes Mitglied
1.		RM Wiggerich, Sandro	RM Nieders-Mollik, Ines-Carola
2.		RM Sacher, Michael	RM Bürhaus, Gudrun
3.		RM Keuchel, Claudia	RM Hackenberg, Simone
4.		RM Wendel, Claudia	RM Kossack, Ronja
5.		RM Wieczorek, Beatrix	RM Engel, Rainer
6.		RM Fröhlich, Rudolf	RM Berg, Hans-Martin
7.		RM Meyer, Gabriele	RM Schmidt, Wolf-Rüdiger
8.		RM Albers, Bernhard	RM Juric, Ivan
9.		RM Clodt, Werner	RM Meyer, Gerhard
10.		RM Limbacher, Anke	RM Wißuwa, Anja
11.		RM Tietze, Michael	RM Wladacz, Michael
12.		RM Böhnisch, Burkhard	RM Slabon, Sonja
13.		RM Flessenkämper, Andrea	RM Essers, Ilka
14.		RM Kroll, Ingrid	RM Strathoff, Margarethe
15.		RM Bahn, Klaus-Dieter	RM Kunzebacher, André
16.		RM Göldner, Klaus	RM Haase, Torsten
17.		RM Ondrejka-Weber, Petra	RM Tetzner, Christoph
18.		BM Wigant, Dirk	1.BG Toschläger, Jens



Vergütung des Aufsichtsrates

Gemäß Punkt 2.7.2 des Public Corporate Governance Kodexes der Kreisstadt Unna sind die Gesamtbezüge des Aufsichtsrates und die Vergütungssätze der von der Kreisstadt Unna entsandten Aufsichtsratsmitglieder individualisiert im Beteiligungsbericht auszuweisen.

Der Jahresabschluss 2021 der WBU weist für die Tätigkeiten der Aufsichtsratsmitglieder Gesamtbezüge in Höhe von 40.875,00 € (Vorjahr: 27.950,00 €) aus. Davon entfallen auf die Vertreter der Kreisstadt Unna folgende Beträge:

RM Beatrix Wiczorek (Vorsitzender)	3.000,00 €
RM Sandro Wiggerich (stellv. Vorsitzender)	2.325,00 €
RM Bernhard Albers	2.100,00 €
RM Klaus-Dieter Bahn	1.950,00 €
RM Burkhard Böhnisch	2.100,00 €
RM Werner Clodt	1.950,00 €
RM Andrea Flessenkämper	1.950,00 €
RM Rudolf Fröhlich	2.100,00 €
BM Klaus Göldner	2.100,00 €
RM Claudia Keuchel	2.100,00 €
RM Ingrid Kroll	2.100,00 €
RM Anke Limbacher	2.100,00 €
RM Gabriele Meyer	2.100,00 €
RM Petra Ondrejka-Weber	2.100,00 €
RM Michael Sacher	2.100,00 €
RM Michael Tietze	2.100,00 €
RM Claudia Wendel	2.100,00 €
RM Dirk Wigant	2.100,00 €

Beratendes Mitglied

Olaf Kikul	1.950,00€
------------	-----------

Stellvertreter:

Gerhard Meyer	150,00 €
Ilka Essers	150,00 €
Dennis Scheurer	150,00 €

Gesellschafterversammlung:

Die Gesellschafterversammlung der Wirtschaftsbetriebe Unna GmbH entspricht dem Haupt- und Finanzausschuss der Kreisstadt Unna der jeweiligen Wahlperiode.



Anzahl der Mitarbeiter

Die Gesellschaft beschäftigt im Geschäftsjahr 2021 einen technischen Prokuristen und zwei Geschäftsführer (Herrn Achim Thomae bis zum 31.03.2021).

Ansonsten hat die Gesellschaft kein eigenes Personal. Zur Erfüllung der übrigen Aufgaben bedient sie sich im Wesentlichen der Dienste der Stadtwerke Unna GmbH im Rahmen eines Betriebsführungsvertrages.

Bilanz der letzten zwei Geschäftsjahre

	2021	2020
	in €	in €
Aktiva:		
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0
II. Sachanlagen	14.684.851	15.372.996
III. Finanzanlagen	10.232.800	10.122.800
Summe Anlagevermögen	24.917.651	25.495.796
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte	818.060	818.060
II. Forderungen	4.846.639	3.750.112
III. Kassenbestand	94.045	139.394
Summe Umlaufvermögen	5.758.744	4.707.566
C. Rechnungsabgrenzungsposten	7.688	4.500
Summe Aktiva	30.684.083	30.207.862
Passiva:		
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	4.650.000	4.650.000
II. Kapitalrücklage	278.683	278.683
III. Gewinnrücklage	3.073.131	3.073.131
IV. Gewinn/-Verlustvortrag	2.890.000	3.692.146
V. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-437.086	-802.145
Summe Eigenkapital	10.454.728	10.891.815
B. Investitionszuschüsse	46.286	48.163
C. Rückstellungen	1.429.982	1.049.467
D. Verbindlichkeiten	18.749.711	18.215.704
E. Rechnungsabgrenzungsposten	3.375	2.713
Summe Passiva	30.684.083	30.207.862



Gewinn- und Verlustrechnung der letzten zwei Geschäftsjahre

	2021	2020
	in €	in €
Umsatzerlöse	2.862.649	2.795.991
Erhöhung/Minderung des Bestands an Vorräten	0	0
Sonstige betriebliche Erträge	47.292	17.439
Materialaufwand	-1.383.351	-1.093.990
Personalaufwand	-198.620	-191.543
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des AV und Sachanlagen	-817.096	-814.037
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-3.831.403	-3.708.286
Betriebsergebnis	-3.320.529	-3.994.428
Erträge aus Beteiligungen	10.773	9.287
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	4.564.061	3.240.697
Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	4.061	2.893
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	489	371
Aufwendungen aus Verlustübernahme	-91.042	-93.789
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-186.408	-196.610
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-1.418.490	-770.565
Ergebnis nach Steuern/Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-437.086	-802.145

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Gesellschafterversammlung und Aufsichtsrat nach Geschlecht

Gemäß §12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Der Gesellschafterversammlung der Wirtschaftsbetriebe Unna GmbH gehören von den 20 Mitgliedern 8 Frauen an (Frauenanteil: 40 %).

Dem Aufsichtsrat der Wirtschaftsbetriebe Unna GmbH gehören von den insgesamt 18 Mitgliedern 8 Frauen an (Frauenanteil: 44,4 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent in beiden Gremien überschritten.

Finanzielle Verpflichtungen

Zwischen der WBU (Organträgerin) und der SWU (Organgesellschaft) wurde ein Ergebnisabführungsvertrag abgeschlossen, wonach die SWU verpflichtet ist, ihren gesamten Gewinn an die WBU



abzuführen. Im Gegenzug verpflichtet sich die WBU, die Verluste der Organgesellschaft abzudecken. Zudem besteht eine ertragsteuerliche Organschaft mit der SWU. Dem außenstehenden Gesellschafter Rheinland Westfalen Energiepartner GmbH, Essen, wird als angemessener Ausgleich für die Dauer des Vertrages je Prozentpunkt Beteiligung am Stammkapital der SWU ein Gewinnanteil von mindestens 10 T€ (1/24 von 250 T€) garantiert.

Darüber hinaus übernimmt die SWU auf Grundlage eines Betriebsführungsvertrages die technische und kaufmännische Betriebsführung der WBU. Der hierdurch entstandene Aufwand beträgt 229 T€ (Vorjahr 222 T€). Des Weiteren wurde für Personalgestaltung an die Stadtwerke Unna GmbH 86 T€ (Vorjahr 115 T€) gezahlt.

Verwendung des Jahresergebnisses 2021

Die Gesellschafterversammlung hat den Jahresabschluss 2021 der WBU am 23.06.2022 festgestellt und beschlossen, den Jahresfehlbetrag in Höhe von 437.085,70 € zu verrechnen und den verbleibenden Betrag von 2.452.915,21 € auf neue Rechnung vorzutragen.

Ausleihungen

Zum Bilanzstichtag 31.12.2020 hat die WBU ein kurzfristiges Liquiditätsdarlehen in Höhe von 4.100 T€ (Vorjahr: 2.500 T€) bei der Kreisstadt Unna in Anspruch genommen. Hierfür wurden der Gesellschaft 20.552,68 € an Zinsen in Rechnung gestellt.

Darüber hinaus wurden bei der Kreisstadt Unna langfristige Darlehen für Investitionen in Höhe von 10.194 T€ (Vorjahr: 11.145 T€) in Anspruch genommen. Die WBU hat für die gegebenen Darlehen Zinsen in Höhe von 185.991,62 € gezahlt.

Logistikzentrum RuhrOst GmbH

Die WBU weist zum Bilanzstichtag 31.12.2021 ein an die LZR gewährtes Darlehen in Höhe von 564 T€ (Vorjahr: 454 T€) aus.

Kennzahlen

Kennzahlen			
Eigenkapitalquote:	$\frac{\text{Eigenkapital}}{\text{Gesamtkapital}} \times 100$		
	10.455.000,00 €	x 100	34,07 %
	30.684.000,00 €		
Eigenkapitalrentabilität:	$\frac{\text{Jahresüberschuss}}{\text{Eigenkapital}} \times 100$		
	-437.000,00 €	x 100	-4,18 %
	10.455.000,00 €		
Anlagendeckungsgrad 1:	$\frac{\text{Eigenkapital}}{\text{Anlagevermögen}} \times 100$		
	10.455.000,00 €	x 100	41,96 %
	24.918.000,00 €		



Lagebericht der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2021

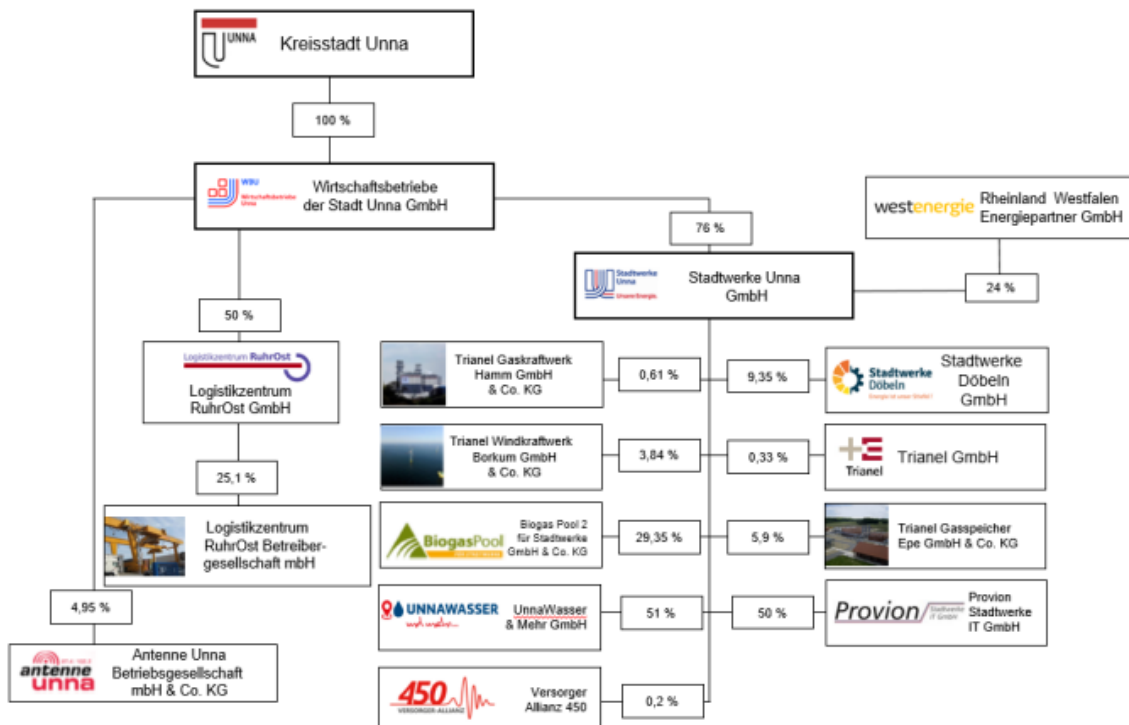
I. Gesellschaftsstruktur und Geschäftsfelder

Gegenstand der Wirtschaftsbetriebe der Stadt Unna GmbH (WBU) ist die Energieerzeugung, die Wassergewinnung und -versorgung, die Errichtung und der Betrieb von Einrichtungen des ruhenden Verkehrs, die Wahrnehmung von Aufgaben des öffentlichen Verkehrs, die Errichtung, der Betrieb und die Unterhaltung von Gleisanlagen in der Kreisstadt Unna, die Beteiligung an der Lokalrundfunk-KG, der Bau und Betrieb von Sport- und Freizeitanlagen, die Übernahme weiterer Leistungen für die Kreisstadt Unna, insbesondere auf dem Gebiet der Informations- und Kommunikationstechnologie, des Beschaffungsmanagements und des Fuhrparkmanagements sowie die kleinräumige Wirtschaftsförderung und die Erfüllung weiterer Aufgaben, die von der Kreisstadt Unna als 100%iger Gesellschafterin zugewiesen werden können.

Aufgrund dieser zahlreichen Geschäftsfelder im Bereich der Daseinsvorsorge ist die WBU mit ihren Tochtergesellschaften als Erbringer vielfältiger Dienstleistungen ein wesentlicher Treiber des öffentlichen Lebens in der Kreisstadt und trägt in besonderem Maße zur Haushaltskonsolidierung der Kreisstadt Unna bei.

Mit der Organgesellschaft Stadtwerke Unna GmbH (SWU) besteht ein Ergebnisabführungsvertrag, der die Gewinnabführung an die Wirtschaftsbetriebe der Stadt Unna GmbH bzw. die Übernahme von Verlusten durch die WBU sowie Ausgleichszahlungen an den Minderheitsgesellschaften der Stadtwerke Unna GmbH regelt.

Die Beteiligungsstruktur zum 31. Dezember 2021 kann dem nachfolgenden Schaubild entnommen werden:



per 31.12.2021



II. Wirtschaftsbericht

1. Wirtschaftliche Lage und Geschäftsverlauf

Die wirtschaftliche Entwicklung der WBU ist von der Nutzung der Infrastruktureinrichtungen, des Verkaufs von Grundstücken in den Industriegebieten UN-70 und UN-104 sowie insbesondere von der Ergebnisabführung der Stadtwerke Unna GmbH abhängig. Aufgabenbedingt wird das reine Eigengeschäft der Gesellschaft in den kommenden Jahren, d.h. ohne Berücksichtigung der Beteiligungsergebnisse, weiterhin voraussichtlich negativ sein.

Die Vermarktung der noch bei der WBU im Bestand befindlichen Grundstücke ist von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung abhängig. Im Berichtsjahr wurden zwei Grundstücksverkaufverträge geschlossen.

Die Vermietung der Immobilien ist ebenfalls von der wirtschaftlichen Entwicklung abhängig, jedoch in geringerem Maße, da für beide Immobilien langfristige Miet- bzw. Pachtverträge mit der Option auf Verlängerung abgeschlossen wurden.

Bei den Parkeinrichtungen wurden im Wirtschaftsjahr keine Anpassungen bei den Eintritts- bzw. Parkpreisen vorgenommen. Die Sanierung der Tiefgarage Neumarkt wurde im März 2021 begonnen und im November 2021 beendet.

Die Ergebnisentwicklung der Tochtergesellschaft Stadtwerke Unna GmbH hängt neben der wirtschaftlichen Entwicklung insbesondere von der energiepolitischen und -wirtschaftlichen Entwicklungen ab.

Ziel ist es weiterhin, die wirtschaftliche Lage der WBU durch gezielte Maßnahmen zu verbessern.

Eissporthalle

Im April 2021 erfolgte im Haupt- und Finanzausschuss eine Präsentation der Ergebnisse zum rechtlich/organisatorischen Teil, zum baulich/technischen Teil und eine Wirtschaftlichkeitsuntersuchung mit Kosten des laufenden Betriebes unter dem Titel „Mögliche Szenarien zum Wiederbetrieb der Eissporthalle“. Im Nachgang hierzu fanden die politischen Beratungen statt.

Der Haupt- und Finanzausschuss hat in seiner Sitzung am 16.06.2021 den Beschluss zum Bürgerentscheid vom 26.05.2019 aufgehoben. Darüber hinaus sollte der Beschluss des Rates der Kreisstadt Unna vom 28.06.2018 vorläufig nicht vollzogen werden.

Der Haupt- und Finanzausschuss hat in seiner Sitzung am 02.12.2021 die formelle und inhaltliche Zulässigkeit eines neuen Bürgerbegehrens festgestellt. Gegenstand des Bürgerbegehrens war die Frage:

„Sollen die Wirtschaftsbetriebe der Stadt Unna die Eissporthalle Unna sanieren und die sanierte Halle sodann durch eine juristische Person des Privatrechts betrieben werden?“

Der Rat der Kreisstadt Unna hat in seiner Sitzung am 24.02.2022 festgestellt, dass das notwendige Quorum für das eingereichte Bürgerbegehren erreicht wurde. In gleicher Sitzung hat der Rat dem Bürgerbegehren nicht entsprochen, so dass innerhalb von 3 Monaten ein Bürgerentscheid stattfinden muss. Dieser hat am 15. Mai 2022 stattgefunden.

Bei der Abstimmung zum Bürgerentscheid haben die Bürgerinnen und Bürger sich mit 60,67 Prozent der Stimmen gegen die Sanierung der Eissporthalle entschieden. Für das weitere Vorgehen bezüglich



der Eissporthalle bleiben zunächst die Entscheidungen des Rates und der Gremien der WBU abzuwarten.

2. Lage der Gesellschaft

Umsatz- und Ergebnisentwicklung

Die WBU schließt das Geschäftsjahr 2021 mit einem Jahresfehlbetrag von 437 T€ ab und liegt damit über den Erwartungen der prognostizierten Entwicklung im Nachtrag zum Wirtschaftsplan 2021 (Jahresfehlbetrag 740 T€). Der Jahresfehlbetrag entspricht einer Ergebnisverbesserung von 365 T€ gegenüber dem Vorjahr. Weitere Erläuterungen gibt die Beschreibung der Ertragslage.

Ertragslage

Im Vorjahresvergleich verschlechtert sich das negative ordentliche Betriebsergebnis um 326 T€ auf -3.321 T€.

Die Umsatzerlöse sind im Vergleich zum Vorjahr um 67 T€ gestiegen. Dies spiegelt sich insbesondere in folgenden Positionen wieder:

Die Umsatzerlöse aus dem IT-Konzept Unit.21 (+ 9 T€ im Vgl. zum VJ) und aus dem Beschaffungsmanagement (+ 128 T€ im Vgl. zum VJ) sind um 137 T€ gestiegen. Der Materialaufwand umfasst neben dem IT-Konzept Unit.21 und dem Beschaffungsmanagement insbesondere die Energiekosten für die Einrichtungen der WBU und die Nebenkosten für die Immobilien. Dieser ist, analog zu den Umsatzerlösen, ebenfalls gestiegen (289 T€). Es wurden zwei Grundstückskaufverträge geschlossen; der Eigentumsübergang und die Kaufpreiszahlung erfolgen allerdings erst im Jahr 2022. Telekommunikationsdienstleistungen wurden ab dem Jahr 2021 von der Stadtwerke Unna GmbH übernommen. Die Erlöse aus diesem Bereich entfallen in Gänze (-35 T€ im Vgl. zum VJ); mithin entfallen auch die dazugehörigen Materialaufwendungen.

Die Erlöse aus Vermietung und Verpachtung sind um 53 T€ gesunken, da die Umsätze im Café Extrablatt pandemiebedingt im Vergleich zum Vorjahr sehr gering waren. Die Erlöse aus der Eissporthalle sind um 25 T€ gestiegen, bleiben aber pandemiebedingt auf einem niedrigen Niveau. Die Parkerlöse sind nahezu auf Vorjahresniveau geblieben. Die Höhe der Parkerlöse ist zum einen auf die Schließung der Tiefgarage am Neumarkt im Rahmen der Sanierung von März bis November 2021 zurückzuführen und zum anderen auf die reduzierte Nutzung der Parkeinrichtungen während der anhaltenden Pandemie und der damit zusammenhängenden Folgen im Jahr 2021.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind im Vergleich zum Vorjahr gestiegen (+123 T€). Die Aufwendungen in diesem Bereich hängen im Wesentlichen mit den Sanierungsaufwendungen für die Tiefgarage am Neumarkt und den Aufwendungen für die Zustimmung der Rheinland Westfalen Energiepartner GmbH zur Änderung des Ergebnisführungsvertrages zusammen.

Das Beteiligungsergebnis liegt mit 4.484 T€ um 1.328 T€ über dem Niveau des Vorjahres und wird unverändert von der Ergebnisabführung der SWU geprägt.

Das Zinsergebnis hat sich im Rahmen der laufenden Entschuldung im Vergleich zum Vorjahr um 11 T€ verbessert.



Im Jahr 2021 hat sich der Steueraufwand im Vergleich zum Vorjahr deutlich erhöht (+648 T€). Dies ist im Wesentlichen dem besseren steuerlichen Ergebnis der Stadtwerke Unna GmbH zuzuschreiben. Des Weiteren hat eine Steuererstattung für Vorjahre den Steueraufwand im Jahr 2020 gemindert.

Zusammengefasst ergeben die beschriebenen Effekte eine deutliche Verbesserung des Jahresergebnisses vor Ertragssteuern um 1.013 T€ auf 981 T€ gegenüber -32 T€ im Vorjahr. Unter Berücksichtigung des Steueraufwandes in Höhe von 1.418 T€ beläuft sich der Jahresfehlbetrag 2021 auf -437 T€.

Finanzlage

Der Gesamtfinanzierungsbedarf wird neben der Ergebnisabführung der SWU aus externen Finanzierungsquellen gedeckt. Im Rahmen der Außenfinanzierung stehen der WBU Bankdarlehen sowie Finanzierungsmöglichkeiten im Bereich des Konzerns Kreisstadt Unna zur Verfügung.

Der Gesamtbestand an langfristigen Darlehen beträgt zum Stichtag 31. Dezember 2021 10.194 T€ (Vorjahr: 11.144 T€).

In der nachfolgenden Kapitalflussrechnung werden die wesentlichen finanziellen Vorgänge des Geschäftsjahres 2021 dargestellt. Hieraus ergeben sich die Ursachen für die Veränderung der flüssigen Mittel.



	2021	2020
	T€	T€
1. Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit (operativer Bereich)		
Jahresüberschuss vor Gewinnabführung (+)/-fehlbetrag (-)	- 437	- 802
Abschreibungen (+)/Zuschreibungen (-) auf Ggst. des Anlagevermögens	817	814
Auflösung (-) von Ertrags-/Investitionszuschüssen	- 2	- 2
Cashflow nach DVFA/SG	378	10
Zunahme (-)/Abnahme (+) der Vorräte, Forderungen sowie anderer Aktiva	- 1.099	624
Zunahme (+)/Abnahme (-) der Verbindlichkeiten sowie anderer Passiva	1.484	- 68
Zunahme (+)/Abnahme (-) der kurzfristigen Rückstellungen	381	- 329
Cashflow aus Veränderungen des Working Capital	766	227
Gewinn (-)/Verlust (+) aus dem Abgang von Ggst. des Anlagevermögens	-	545
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	1.144	782
2. Cashflow aus der Investitionstätigkeit		
Auszahlungen (-) für Investitionen in das Sachanlagevermögen	- 129	- 135
Einzahlungen (+) aus Abgängen von Finanzanlagevermögen	-	6
Auszahlungen (-) für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	- 110	- 90
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	- 239	- 219
3. Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit		
Auszahlungen (-) aus der Tilgung von (Finanz-)Krediten	- 950	- 950
Einzahlungen (+) aus der Aufnahme von (Finanz-)Krediten	-	200
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	- 950	- 750
4. Finanzmittelfonds am Ende der Periode		
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds (Summe 1-3)	- 45	- 187
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	139	326
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	94	139
5. Zusammensetzung des Finanzmittelfonds		
Liquide Mittel	94	139
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	94	139

Vermögenslage

Im Jahr 2021 betrug das Investitionsvolumen insgesamt 239 T€; hiervon entfallen 129 T€ auf das Sachanlagevermögen.

Die Finanzanlagen haben sich um 110 T€ erhöht. Dies ist auf die Steigerung der Ausleihung an das Beteiligungsunternehmen Logistikzentrum RuhrOst GmbH um 110 T€ zurückzuführen.

Die Restbuchwerte des Anlagevermögens betragen zum Bilanzstichtag 24.918 T€ und haben sich somit um 578 T€ gegenüber dem Vorjahr reduziert.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaften belaufen sich zum Bilanzstichtag auf insgesamt 17.786 T€ (Vorjahr: 17.155 T€).

Die Eigenkapitalquote zum Bilanzstichtag betrug 34,1 % (Vorjahr 36,1%).

3. Finanzielle Leistungsindikatoren

Die Steuerung der Gesellschaften erfolgt auf Basis der handelsrechtlichen Rechnungslegung, wobei



das Ergebnis vor Ertragsteuern der zentrale Leistungsindikator ist.

4. Nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Wesentliche, nicht finanzielle Leistungsindikatoren kommen bei der WBU nicht zum Einsatz.

5. Berichterstattung nach § 108 Abs. 3 Nr. 2 GO NRW

Die Gesellschafterin Kreisstadt Unna hat mit dem Unternehmensgegenstand im Gesellschaftsvertrag der WBU die öffentliche Zwecksetzung vorgeschrieben. Gemäß § 2 (4) des Gesellschaftsvertrages ist die Gesellschaft nach den Wirtschaftsgrundsätzen gem. § 108 Abs. 3 Nr.3 und § 109 GO NRW so zu führen, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird. Die im Anhang und Lagebericht gegebenen Erläuterungen und Daten legen dar, dass das Unternehmen im Berichtsjahr entsprechend ihrer Aufgabenstellung laut Gesellschaftsvertrag tätig war und somit den öffentlichen Zweck erfüllt hat.

III. Chancen- und Risikobericht

Das frühzeitige Erkennen und Bewerten der Risiken sowie ein effizientes Gegensteuern sind wichtige Voraussetzungen für die Steuerung des Unternehmensergebnisses. Ziel ist es, sowohl strategische als auch geschäftsspezifische Risiken zu identifizieren, zu analysieren, zu überwachen und durch geeignete Maßnahmen zu kompensieren bzw. zu reduzieren.

Um auf die spezifischen Risiken, denen der Konzern Kreisstadt Unna ausgesetzt ist, frühzeitig reagieren zu können, wird eine Reihe von Management- und Kontrollsystemen angewendet. Hierzu gehören Halbjahresberichte über die Geschäftsentwicklung der Gesellschaft sowie regelmäßige Berichterstattungen der Tochtergesellschaften SWU und Logistikzentrum RuhrOst GmbH.

Bei der WBU bestehen Risiken im Bereich der Grundstücksvermarktung für die verbleibenden Restflächen. Es besteht das theoretische Risiko, dass die zum 31. Dezember 2021 im Eigentum der Gesellschaft befindlichen und vermarktbar Grundstücksflächen von 4.107 m² (ein Grundstück) im Bereich des Bebauungsplanes UN-70 nicht zu dem notwendigen Verkaufspreis veräußert werden könnten. Im Berichtsjahr wurden die letzten beiden Grundstücke im Bereich des Bebauungsplanes UN-104 veräußert.

Die Liquidität wird laufend beobachtet. Zur Sicherstellung der aktuellen Liquidität hat die WBU die Möglichkeit, sowohl kurzfristige als auch langfristige Kredite bei der Kreisstadt Unna aufzunehmen. Die finanzielle Situation der WBU ist zum einen gekennzeichnet durch ihre aufgabenbedingte, vorwiegend defizitäre Struktur und zum anderen durch die in der Vergangenheit im Rahmen der Finanzierungsstrategie an die SWU geleisteten Zahlungen in Höhe von 3.073 T€, die die Liquiditätssituation belasten.

Technischen Risiken im Bereich der Immobilien, insbesondere bei den Parkeinrichtungen und der Schwimmsporthalle, wird mit regelmäßigen Wartungs- und Instandhaltungsarbeiten begegnet. Altersbedingt fallen in den Parkeinrichtungen Sanierungsmaßnahmen an. Entsprechende Konzepte wurden bereits umgesetzt, wie z.B. im Parkhaus Massener Straße im Jahr 2020 oder in der Tiefgarage am Neumarkt im Jahr 2021. Darüber hinaus wird zukünftig in sämtlichen Einrichtungen der WBU ein regelmäßiges Gebäudemonitoring stattfinden; d.h. in den Tiefgaragen am Bahnhof und am Neumarkt, im Parkhaus Massener Straße, in der Schwimmsporthalle, in der vermieteten Immobilie am Markt 1 und im Büro- und Geschäftshaus auf der Tiefgarage am Bahnhof werden in regelmäßigen Intervallen technische Überprüfungen und, in größeren Zeitabständen, Bauwerksprüfungen stattfinden.



Gleichzeitig bietet sich hier die Chance, die Attraktivität zu steigern und einen Wiedererkennungswert z.B. durch einheitliche Farbkonzepte in den Einrichtungen zu generieren, um so zu einer höheren Kundenbindung zu gelangen. Bei den Parkeinrichtungen bestehen historisch bedingt aufgrund der baulichen Gegebenheiten, insbesondere durch niedrigere Einfahrtshöhen oder schmale Parkplätze, Risiken, die die Attraktivität der Parkeinrichtungen – im Vergleich zu neueren Parkanlagen – beeinträchtigen könnten. Gegenüber den oberirdischen und sonstigen Parkeinrichtungen von Dritten zeichnen sich die Parkimmobilien durch ihre sehr zentrumsnahe Lage aus.

Im Bereich der Immobilien besteht das Risiko der Nachvermietung, sofern der Mietvertrag durch den Mieter gekündigt wird. Dies trifft auf das Ladenlokal McDonald's im Büro- und Geschäftshaus am Bahnhof zu. Hier wird ein geeigneter Nachmieter mit langfristigem Mietvertrag gesucht.

Die Nutzung der Schwimmsporthalle ist insbesondere in den Sommermonaten geringer, da in dieser eher warmen Periode des Jahres weniger die Hallenbäder, sondern eher die Freibäder in der Region von der Bevölkerung genutzt werden. Die umliegenden Kommunen verfügen ebenfalls über Schwimminrichtungen, so dass hier eine grundsätzliche Konkurrenzsituation herrscht.

Hinsichtlich der Eissporthalle hat der Rat der Kreisstadt Unna in seiner Sitzung am 24.02.2022 festgestellt, dass das notwendige Quorum für das eingereichte Bürgerbegehren erreicht wurde. In gleicher Sitzung hat der Rat dem Bürgerbegehren nicht entsprochen, so dass innerhalb von 3 Monaten ein Bürgerentscheid stattfinden musste. Dieser hat am 15. Mai 2022 stattgefunden und beinhaltete die Fragestellung: „Sollen die Wirtschaftsbetriebe der Stadt Unna die Eissporthalle Unna sanieren und die sanierte Halle sodann durch eine juristische Person des Privatrechts betrieben werden?“

Bei der Abstimmung zum Bürgerentscheid haben die Bürgerinnen und Bürger sich mit 60,67 Prozent der Stimmen gegen die Sanierung der Eissporthalle entschieden. Für das weitere Vorgehen bezüglich der Eissporthalle bleiben zunächst die Entscheidungen des Rates und der Gremien der WBU abzuwarten.

Seit Anfang 2020 hat sich das Coronavirus (Covid-19) weltweit ausgebreitet. Auch in Deutschland hat die Pandemie mit all ihren unterschiedlichen Mutationen seit Februar 2020 zu deutlichen Einschnitten sowohl im sozialen Leben als auch im Wirtschaftsleben geführt. Derzeit scheint der Höhepunkt der Omikron-Welle überschritten; die hohe Quote an fehlenden Mitarbeitern belastet jedoch das Gesundheitssystem und viele Unternehmen. Nach der Entscheidung des Deutschen Bundestages gegen eine Impfpflicht, bleibt die ungeklärte Frage, wie gut Deutschland auf eine Infektionswelle im Herbst vorbereitet ist. Die weitere Corona-Entwicklung kann derzeit nicht präzise vorhergesagt werden. Ob sich die Pandemie zu einer Endemie entwickelt, hängt von vielen Faktoren, wie z.B. der Impfquote und der Verbreitung neuer Virusvarianten ab.

Die wirtschaftliche Stabilität der Kundschaft, die gesundheitlichen Risiken sowie die politischen Maßnahmen zum Umgang mit der Pandemie erzeugen wirtschaftliche Risiken für die WBU und ihre Beteiligungen (vor allem SWU). Die Pandemie trifft die WBU immer wieder durch die zeitweise Schließung der Schwimmsporthalle und derzeit vor allem durch einen Rückgang der Auslastung in den Parkeinrichtungen und der Schwimmsporthalle. Dies führt weiterhin zu deutlichen Einnahmeverlusten.

Trotz einer Vielzahl von initiierten Vorbeugungs- und Gegenmaßnahmen in allen Teilen des Unternehmens ist eine konkrete Ergebnisprognose für das Geschäftsjahr 2022 gegenwärtig schwierig.

Am 24. Februar startete Russland einen Großangriff auf die Ukraine. Der russische Einmarsch in die Ukraine bringt vor allem den Menschen im zweitgrößten Flächenland Europas viel Leid. Millionen von Ukrainerinnen und Ukrainern haben bislang ihr Land verlassen und sind in die europäischen Nachbarstaaten geflüchtet. Die Nato- und EU-Staaten verurteilen den Angriff Russlands scharf und haben



harte Sanktionen gegen Russland beschlossen, die vor allem die russische Wirtschaft schwächen sollen. Der Krieg in der Ukraine hat Auswirkungen auf die Wirtschaft vieler Länder weltweit. Öl und Gas werden teurer. Die steigenden Energiepreise erhöhen den Inflationsdruck und Störungen der Lieferketten belasten die Konzerne.

Auch auf die WBU und insbesondere auf ihr Tochterunternehmen SWU hat dies besondere Auswirkungen. Stark gestiegene Energiepreise stellen für die Einrichtung der WBU eine große Belastung dar. Fehlende Zulieferungen folgen als weiteres Risiko. Die immernoch bestehenden Verzögerungen und Probleme in den globalen Zuliefernetzwerken als Folge der Corona-Pandemie werden wieder verstärkt. Wie stark die Folgen des Krieges die deutsche Wirtschaft und mithin auch die WBU und SWU konkret treffen werden, lässt sich aktuell noch nicht abschätzen.

Zwischen der WBU und der SWU besteht ein steuerlicher Querverbund. Der Bundesfinanzhof (BFH) hat 2019 im Rahmen eines Klageverfahrens dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) die Frage gestellt, ob die deutsche Regelung zum steuerlichen Querverbund eine rechtswidrige Beihilfe darstellt. Die Klage wurde zurückgenommen und somit besteht zunächst keine Gefahr für den steuerlichen Querverbund in Deutschland. Es muss jedoch ernsthaft damit gerechnet werden, dass der BFH bei zukünftigen Gerichtsverfahren nicht zögert, die Rechtsfrage erneut dem EuGH zur Prüfung vorzulegen. Sollte der EuGH den Beihilfeverdacht bestätigen, schließt sich ein Prüfverfahren der Europäischen Kommission an.

Über die Tochtergesellschaft SWU bestehen mittelbare Risiken. Die SWU als Energieversorgungsunternehmen unterliegt insbesondere branchenspezifischen Risiken. Aufgrund der stetig komplexeren und dynamischen Unternehmensumwelt steigen die Anforderungen an das Unternehmen entlang der Wertschöpfungskette (Erzeugungskapazitäten, Netze und Vertrieb). Neben dem allgemeinen Risikomanagementhandbuch für das Gesamtunternehmen wurden spezielle Risikomanagementhandbücher für die Strom- sowie Gas- und Wärmebeschaffung im Unternehmen etabliert. Die Implementierung der Beschaffungsrisikohandbücher führt dazu, dass sich die SWU den Anforderungen der marktorientierten Beschaffungsvorgänge leichter stellen kann.

Massive Verunsicherung herrscht hinsichtlich der Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Lage nach dem russischen Angriff auf die Ukraine. Ende Februar sind russische Truppen in die Ukraine einmarschiert. Die völkerrechtswidrige Invasion löste weltweit Empörung und Bestürzung aus. Zahlreiche Staaten wie die USA, die EU-Länder und Großbritannien haben Wirtschaftssanktionen gegen Russland verhängt. Angesichts der Unsicherheiten über den Fortgang der Rohstofflieferungen von Russland nach Europa sind die Notierungen im Gas- und Stromhandel stark angestiegen. Die Bundesregierung arbeitet an Maßnahmen, um die Abhängigkeit von russischen Öl- und Gasimporten zu verringern. Parallel hierzu wurde die Notfallstufe des Notfallplans Gas ausgerufen, um sich auf eine mögliche Verschlechterung der Gasversorgung vorzubereiten. Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses der SWU sind der Fortgang des Ukraine-Konflikts und seine Folgen noch nicht absehbar. Welche spürbaren Auswirkungen ein Abbruch der Lieferbeziehungen von russischen Unternehmen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage unserer Tochtergesellschaft haben werden, kann nicht abgeschätzt werden.

Für die Gesamtbeurteilung der Risikolage kann zusammengefasst werden, dass Risiken, die den Fortbestand der WBU gefährden könnten, weder im Geschäftsjahr 2021 eingetreten noch für das Geschäftsjahr 2022 gegenwärtig erkennbar sind.

IV. Prognosebericht

Die zukünftige Entwicklung wird durch eine weitere Konsolidierung im Bereich des Konzerns Kreisstadt Unna geprägt sein.



Hier soll durch eine aktive Ertragspolitik bei gleichzeitiger Reduzierung der Aufwendungen durch entsprechende Konsolidierungsmaßnahmen eine Verbesserung im Bereich des Eigengeschäftes der WBU vorangetrieben werden. Hierunter fallen Preisanpassungen im Jahr 2022 sowohl im Bereich der Parkeinrichtungen als auch im Bereich der Schwimmsporthalle, so dass mit Mehrerlösen zu rechnen ist. Diese Vorgehensweise soll sich – bedarfsgerecht – in regelmäßigen Abständen wiederholen.

Des Weiteren sollen die Erträge durch Wachstum in den Kernbereichen stetig verbessert werden, um die Jahresergebnisse der WBU zu stärken und um so zu einer Konsolidierung im Bereich des Konzerns Kreisstadt Unna beizutragen. Hierzu wurde im Jahr 2021 ein Vertrag zur Parkraumbewirtschaftung des neuen Einkaufszentrums „Neue Mühle“ abgeschlossen; dieses soll Mitte 2022 eröffnet werden und die Jahresergebnisse ab 2022 stärken.

Grundstücksverkäufe werden nicht geplant, so dass außerplanmäßige Verkäufe das geplante Jahresergebnis zusätzlich positiv beeinflussen.

Daneben erfolgt eine Portfolio-Optimierung im Immobilienbereich im Rahmen einer permanenten Betreuung und Bestandspflege der Immobilien der WBU. Es werden vorausschauende Unterhaltungs- und Sanierungsmaßnahmen getätigt, so dass auch zukünftig eine hohe Verfügbarkeit der Anlagen dargestellt werden kann. In sämtlichen Einrichtungen der WBU wird zukünftig ein regelmäßiges Gebäudemonitoring stattfinden; d.h. in den Tiefgaragen am Bahnhof und am Neumarkt, im Parkhaus Massener Straße, in der Schwimmsporthalle, in der vermieteten Immobilie am Markt 1 und im Büro- und Geschäftshaus auf der Tiefgarage am Bahnhof werden in regelmäßigen Intervallen technische Überprüfungen und in größeren Zeitabständen Bauwerksprüfungen stattfinden.

Für das Jahr 2022 sind Investitionen in Höhe von 540 T€ geplant.

Bei der Abstimmung zum Bürgerentscheid am 15.05.2022 haben die Bürgerinnen und Bürger sich mit 60,67 Prozent der Stimmen gegen die Sanierung der Eissporthalle entschieden. Für das weitere Vorgehen bezüglich der Eissporthalle bleiben zunächst die Entscheidungen des Rates und der Gremien der WBU abzuwarten. Diese Entscheidungen werden Auswirkungen auf das operative Geschäft der WBU und auf das Jahresergebnis 2022 ff. haben; der Umfang der Auswirkungen ist abhängig von den getroffenen Entscheidungen.

Im Rahmen der Betrachtung der zukünftigen Entwicklung muss auch die Marktsituation der SWU berücksichtigt werden. Die Wirtschaftsplanung sieht ein erwartetes Jahresergebnis vor Ertragsteuern von 5.800 T€ und eine Gewinnabführung von 4.110 T€ vor.

Die WBU plant für das Geschäftsjahr 2022 ein operatives Ergebnis von 222 T€. Unter Berücksichtigung des Finanzergebnisses (2.864 T€) wird ein Ergebnis vor Ertragsteuern von 3.086 T€ erwartet. Das geplante Jahresergebnis liegt bei 1.276 T€. Inwieweit dieses Planziel vor dem Hintergrund der weiteren Entwicklung der Covid-19 Pandemie und des Krieges in der Ukraine erreicht werden kann, kann zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses nicht abschließend beurteilt werden, da insbesondere die weitere wirtschaftliche Entwicklung, sowohl bei WBU als auch bei SWU, nicht eingeschätzt werden kann.

Unna, 18. Mai 2022

Wirtschaftsbetriebe der Stadt Unna GmbH

Gez. Ines Brüggemann





Stadtbetriebe Unna



4.1.2 Stadtbetriebe Unna

Anschrift:	Kontakt:	Gründung:
Viktoriastraße 12 59425 Unna	Telefon: 02303 2003-0 Fax: 02303 2003-74 E-Mail: info@stadtbetriebe-unna.de Internet: www.stadtbetriebe-unna.de	Grundsatzbeschluss des Rates der Kreisstadt Unna vom: 21.12.1994 in der Fassung vom: 26.04.2018

Öffentlicher Zweck/Beteiligungsziel

Die Stadtbetriebe Unna werden nach Maßgabe der Satzung, den Vorschriften der GO NRW und in entsprechender Anwendung der EigVO NRW als organisatorisch und wirtschaftlich eigenständige Einrichtung ohne eigene Rechtspersönlichkeit geführt.

Der Gegenstand der Stadtbetriebe Unna ist die Durchführung der Aufgaben für folgende Bereiche:

- Abwasserwirtschaft
- Gewässer (einschließlich Hochwasserschutzanlagen)
- Straßenunterhaltung
- Abfallwirtschaft
- Duale Systeme
- Straßenreinigung
- Grünflächenpflege
- Städtische Friedhöfe

Organe der Gesellschaft

Betriebsleitung

Betriebsausschuss

Rat der Kreisstadt Unna

Die Zuständigkeiten richten sich nach der Gemeindeordnung, der Eigenbetriebsverordnung, der Hauptsatzung, der Zuständigkeitsordnung des Rates und der Betriebssatzung.

Betriebsleitung

Frank Peters

Vergütung der Geschäftsführung

Gemäß Punkt 3.3.4 des Public Corporate Governance Kodexes der Kreisstadt Unna ist die Vergütung bzw. sind die Bezüge der Mitglieder der Geschäftsführung im Beteiligungsbericht aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten und Sachleistungen auszuweisen.

Mitglied	Erfolgsabhängige Bezüge	Sachleistungen	Erfolgsunabhängige Bezüge	Gesamtbezüge
Peters	0,00 €	0,00 €	93.909,36 €	93.909,36 €

Herr Peters hat auf Grund seines Beamtenstatus einen Pensionsanspruch gegenüber der Kreisstadt Unna. Die Pensionsansprüche werden im städtischen Haushalt abgebildet.



Betriebsausschuss

Der Betriebsausschuss besteht aus 19 Mitgliedern. Folgende Mitglieder waren im Betriebsausschuss vertreten:

Lfd. Nr.	Fraktion	Ordentliches Mitglied
1.	SPD	RM Klaus Tibbe
2.	SPD	RM Renate Nick
3.	SPD	sB Max Jülkenbeck
4.	SPD	RM Michael Wladacz
5.	SPD	sB Dietmar Griese
6.	CDU	RM Hans-Martin Berg
7.	CDU	RM Ivan Juric
8.	CDU	RM Werner Clodt
9.	CDU	sB Hendrik Masling
10.	CDU	sB Paul Müller
11.	GRÜNE	RM Ronja Kossack
12.	GRÜNE	RM Claudia Keuchel
13.	GRÜNE	RM Claudia Wendel
14.	GRÜNE	sB Michael Griesohn-Kluth
15.	GRÜNE	RM Gudrun Bürhaus
16.	WFU	RM Margarethe Strathoff
17.	FDP	sB Günter Schmidt
18.	FLU	sB Erich Kreß
19.	LINKE+	sB Monika Köpp

Vergütung des Betriebsausschusses

Gemäß Punkt 2.7.2 des Public Corporate Governance Kodexes der Kreisstadt Unna sind die Gesamtbezüge des Aufsichtsrates/ Betriebsausschusses und die Vergütungssätze der Aufsichts-/ Betriebsausschussmitglieder individualisiert im Beteiligungsbericht auszuweisen.

Die Mitglieder des Betriebsausschusses Stadtbetriebe Unna erhalten für ihre Tätigkeit keine Vergütung.



Anzahl der Mitarbeiter (ohne Betriebsleitung)	2021	2020
Angestellte		
in Vollzeit	70	63
in Teilzeit	11	16
Beamte		
in Vollzeit	5	5
in Teilzeit	0	0
Auszubildende	0	0
Aushilfen	0	0
Gesamt	86	84

Bilanz der letzten zwei Geschäftsjahre

	2021	2020
	in €	in €
Aktiva:		
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle	8.758	12.998
Vermögensgegenstände		
II. Sachanlagen	101.513.065	99.701.224
III. Finanzanlagen		-
Summe Anlagevermögen	101.521.823	99.714.222
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte	77.736	83.223
II. Forderungen	1.428.002	1.379.359
III. Kassenbestand	365.258	244.892
Summe Umlaufvermögen	1.870.996	1.707.474
C. Rechnungsabgrenzungsposten	40.127	51.483
Summe Aktiva	103.432.945	101.473.178
Passiva:		
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	600.000	600.000
II. Kapitalrücklage	9.514.835	9.931.003
III. Bilanzgewinn	6.545.716	3.796.774
Summe Eigenkapital	16.660.551	14.327.777
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	10.866.150	11.256.503
C. Empfangene Ertragszuschüsse	2.341.814	2.569.868
D. Rückstellungen	3.432.713	3.219.857
E. Verbindlichkeiten	65.085.212	65.300.984
F. Rechnungsabgrenzungsposten	5.046.505	4.798.187
Summe Passiva	103.432.945	101.473.178



Gewinn- und Verlustrechnung der letzten zwei Geschäftsjahre

	2021	2020
	in €	in €
Umsatzerlöse	30.738.969	30.201.899
Andere aktivierte Eigenleistungen	170.450	245.676
sonstige betriebliche Erträge	504.440	517.820
Materialaufwand	-22.793.067	-16.130.516
Personalaufwand	-5.296.652	-5.279.432
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-2.765.498	-2.614.267
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-2.285.225	-1.945.141
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	115	
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-1.433.940	-1.506.612
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		-9.523
Ergebnis nach Steuern	2.341.336	2.479.903
Sonstige Steuern	-8.563	-
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	2.332.773	3.470.810
Gewinnvortrag	3.796.774	136.781
Entnahme aus Rücklagen	535.784	316.553
Einstellung aus Rücklagen	-119.615	-127.368
Ergebnis nach Steuern	6.545.716	3.796.776
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (-)		

Verwendung des Jahresergebnisses 2021

Der Jahresüberschuss 2021 in Höhe von 6.545 T€ soll – vorbehaltlich des endgültigen Beschlusses - wie folgt verwendet werden:

Zuführung allgemeine Rücklage aus PRA-Auflösung	120 T€
Entnahme aus zweckgebundenen Rücklagen	536 T€
Gewinnvortrag aus 2020	3.796.T€
Jahresüberschuss 2021	2.332 T€
Abführung an städtischen Haushalt	6.545 T€



Kennzahlen

Kennzahlen			
Eigenkapitalquote:	Eigenkapital	x 100	
	Gesamtkapital		
	<u>16.660.550,00 €</u>	x 100	16,11 %
	103.432.945,00 €		
Eigenkapitalrentabilität:	Jahresüberschuss	x 100	
	Eigenkapital		
	<u>2.332.773,00 €</u>	x 100	14 %
	16.660.550,00 €		
Anlagendeckungsgrad 1:	Eigenkapital	x 100	
	Anlagevermögen		
	<u>16.660.550,00 €</u>	x 100	16,41 %
	101.521.823,00 €		

Kassenkredit

Zum Bilanzstichtag 31.12.2021 hat die Kreisstadt Unna den Stadtbetrieben Unna einen Kassenkredit von 250.000,00 € zur Verfügung gestellt.



Lagebericht

I. Grundlagen des Unternehmens

I.1 Gründung des Eigenbetriebes

Der Rat der Stadt Unna hat am 16.06.1994 die Umgründung des Regiebetriebes Stadtbetriebe in eine entsprechend den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung NRW geführte eigenbetriebsähnliche Einrichtung (im Folgenden kurz Eigenbetrieb) zum 01.01.1995 beschlossen.

I.2 Gegenstand und Organisation des Eigenbetriebes

I.2.1 Gegenstand

Der Gegenstand der Stadtbetriebe Unna ist in zwei grundsätzliche Kategorien zu gliedern. In einen originären Aufgabenkreis, in dem die Aufgaben durch die Stadtbetriebe Unna eigenverantwortlich abgewickelt und im Wesentlichen über Gebühreneinnahmen finanziert werden und einen Auftragsbereich, wo Dezernate der Stadtverwaltung Unna als Auftraggeber Leistungen der Stadtbetriebe Unna in Anspruch nehmen und dafür grundsätzlich kostendeckende Entgelte erbringen. Darüber hinaus nimmt der Betrieb Aufgaben im steuerpflichtigen Drittbereich wahr.

Mit der Änderung der Betriebssatzung der Stadtbetriebe Unna (Vorlage Nr. 0072/04, Ratsbeschluss vom 16.12.2004) wurden der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Stadtbetriebe Unna die gesamten Aufgaben der Abwasserwirtschaft, Abfallentsorgung, Duales System, Straßenreinigung, Friedhöfe und Hochwasserschutz übertragen. Seitdem gliedern sich die Aufgabenbereiche wie folgt:

Originärer Bereich

Abwasserwirtschaft

- Abfallwirtschaft
- Straßenreinigung (seit 01.01.2012 ohne Winterdienst)
- Städtische Friedhöfe
- Gewässerunterhaltung
- Hochwasserschutz

Auftragsbereich

- Straßenunterhaltung
- Grünflächenunterhaltung
- Winterdienst (seit 01.01.2012)
- Sonstige diverse Einzelaufträge

Steuerpflichtiger Drittbereich

- Leistungen im Rahmen Duale Systeme
- Grabpflege
- Sonstige Leistungen an Dritte



I.2.2 Organisation

Organe der Stadtbetriebe Unna sind die Betriebsleitung, der Betriebsausschuss Stadtbetriebe Unna und der Rat der Kreisstadt Unna.

Die Aufbauorganisation sieht seit 1995 eine Gliederung in Hilfsbetriebe und Leistungsbereiche vor. Entsprechend ist die Kostenrechnung gegliedert.

<u>Verwaltung</u>	<u>Allg. Dienste</u>	<u>Originärer Bereich</u>	<u>Auftragsbereich der Stadt</u>	<u>Drittbereich</u>
Kfm. Bereich	Werkstatt	Abwasserwirtschaft Abfallwirtschaft Straßenreinigung Städtische Friedhöfe Gewässerunterhaltung	Straßenunterhaltung Grünflächenpflege Winterdienst Sonstige Auftragsleistungen	Duale Systeme Grabpflege Sonstige Leistungen an Dritte

II. **Wirtschaftsbericht**

II.1 **Geschäftsverlauf**

II.1.1 **Allgemeines zur Erfolgsrechnung**

Die Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes der Kreisstadt Unna für die Jahre 2019 bis 2023, die vom Rat der Kreisstadt Unna in seiner Sitzung am 03. Dezember 2018 beschlossen wurde, ging von einer gemittelten Ergebnisabführung in Höhe von jährlich 1.200 T€ aus.

Damit ergaben sich für die Wirtschaftsplanjahre 2018 bis 2023 der Stadtbetriebe Unna nachfolgende Ergebnisabführungen:

	2018	2019	2020	2021	2022	2023
	T€	T€	T€	T€	T€	T€
Ergebnisabführung	1.200	1.200	1.200	1.200	1.200	1.200

Der Wirtschaftsplan 2021 wies einen Planüberschuss in Höhe von 3.250 T€ aus. Dabei betrug der Saldo aus dem Gewinn des Originären Bereichs (6.145 T€) abzüglich des Verlustes des Auftragsbereichs (2.850 T€) 3.295 T€ und erfüllte damit die Vorgabe des Haushaltssicherungskonzeptes für 2021.

Insgesamt wurde im Wirtschaftsjahr 2021 ein vorläufiger Jahresüberschuss lt. Gewinn- und Verlustrechnung in Höhe von 2.332.773,39 € erwirtschaftet.



Gesamtbetrieb

Bereich	Plan 2021	Ergebnis 2021	Ergebnis 2020
Originärer Bereich	+ 6.145.000,00 €	+ 5.835.307,47 €	+ 6.186.919,59 €
Auftragsbereich	- 2.850.000,00 €	- 3.326.661,03 €	- 2.745.928,55 €
Drittbereich	- 45.000,00 €	- 165.873,05 €	+ 29.816,33 €
Gesamt	+ 3.250.000,00 €	2.332.773,39 €	3.470.807,37 €

Von diesem vorläufigen Jahresüberschuss sollen der Allgemeinen Rücklage die Passive Rechnungsabgrenzung Friedhof in Höhe von 119.614,93 € zugeführt werden. Es verbliebe so ein Jahresgewinn in Höhe von 2.213.158,46 €. Hinzu kommen Entnahmen aus den zweckgebundenen Rücklagen für die Gewässerunterhaltung Ententeich Bornekamp und für den Winterdienst in Höhe von insgesamt 535.783,54 €, so dass sich das Ergebnis 2021 auf 2.748.942,00 € beläuft.

Zur Stärkung der Eigenkapitalausstattung des Eigenbetriebes wäre eine Zuführung zur Allgemeinen Rücklage in Höhe von 2.748.942,00 € angezeigt.

Aufgrund der Ratsbeschlüsse zum Kernhaushalt der Kreisstadt Unna und dem genehmigten Haushaltssicherungskonzept ist es erforderlich, einen möglichst hohen Betrag als Gewinn an den Kernhaushalt der Kreisstadt Unna abzuführen.

Gesamtbetrieb

Bereich	Plan 2021	Ergebnis 2021	Ergebnis 2020
Originärer Bereich	+ 6.145.000,00 €	+ 6.085.563,67 €	+ 6.332.314,89 €
Auftragsbereich	- 2.850.000,00 €	- 3.170.748,62 €	- 2.702.139,07 €
Drittbereich	- 45.000,00 €	- 165.873,05 €	+ 29.816,33 €
Gesamt	+ 3.250.000,00 €	+ 2.748.942,00 €	+ 3.659.992,15 €

Das obige Ergebnis des Gesamtbetriebes hat sich gegenüber der Planung um 501,1 T€ und gegenüber dem Jahresergebnis 2020 um 911,1 T€ verschlechtert. Gegenüber der Planung ergaben sich Verschlechterungen im Originären Bereich um 59,4 T€, im Auftragsbereich um 320,8 T€ und im Drittbereich um 120,9 T€. Gegenüber 2020 ergaben sich Verschlechterungen im Originären Bereich um 246,8 T€, im Auftragsbereich um 468,6 T€ und im Drittbereich um 195,7 T€.

Im Einzelnen haben sich die Ergebnisse in den Sparten wie folgt entwickelt:

Bereich	Planung	Ergebnis	Ergebnis	Veränderungen	
	2021	2021	2020	Ergebnis 2021 zu	Ergebnis
	€	€	€	Planung	2020
				2021	€
Abwasserwirtschaft	+ 6.700.000	+ 6.666.827	+ 6.671.460	- 33.173	- 4.633
Abfallwirtschaft	+ 18.000	- 86.956	+ 22.544	- 104.956	- 109.500
Straßenreinigung	+ 15.000	- 10.069	+ 30.015	- 25.069	- 40.084
Städtische Friedhöfe *	- 69.000	- 226.875	- 106.449	- 157.875	- 120.426
Straßenunterhaltung	-150.000	- 359.321	- 242.223	- 209.321	- 117.098
Komm. Anteil					
Straßenunterhaltung	- 2.570.000	- 2.635.693	- 2.449.537	- 65.693	- 186.156
Grünflächenpflege	+ 0	- 81.611	+ 5.186	- 81.611	- 86.797
Drittbereich	- 45.000	- 165.873	+ 29.816	- 120.873	- 195.689
Verschlechterungen	+ 3.899.000	+ 3.100.429	+ 3.960.812	- 798.571	- 860.383



Gewässerunterhaltung *	- 191.000	- 70.452	- 97.685	+ 120.548	+ 27.233
Hochwasserschutz	- 328.000	- 186.911	- 187.570	+ 141.089	+ 659
Komm. Anteil Grünflächenpflege *	- 114.000	- 113.001	- 112.599	+ 999	- 402
Winterdienst *	+ 0	+ 0	+ 72.588	+ 0	- 72.588
Sonstige Auftrags- leistungen Stadt	- 16.000	+ 18.877	+ 24.446	+ 34.877	- 5.569
Verbesserungen	- 649.000	- 351.487	- 300.820	+ 297.513	- 50.667
Gesamt	+ 3.250.000	+ 2.748.942	+ 3.659.992	- 501.058	- 911.050

* nach Rücklagenzuführungen bzw. -entnahmen

Das laut Wirtschaftsplan 2021 mit einem Gesamtüberschuss von 3.250 T€ prognostizierte Ergebnis konnte damit nicht erreicht werden.

Die Verschlechterungen ergaben sich im Wesentlichen in den Gebührenbereichen, den Auftragsbereichen Straßenunterhaltung und Grünflächenpflege sowie im Bereich Duale Systeme.

II.1.2 Verwaltung und Allgemeine Dienste (vor Verrechnung)

Bereich	Plan 2020	Ergebnis 2020	Ergebnis 2019
Verwaltung Rechnungswesen, Controlling	-2.333.000,00 €	-1.819.568,49 €	-1.513.540,54 €
Allgemeine Dienste	-390.000,00 €	-376.344,65 €	-316.709,40 €
Gesamt	-2.723.000,00 €	-2.186.913,14 €	-1.830.249,94 €

Das Ergebnis des Bereiches Verwaltung vor Verrechnung hat sich gegenüber der Planung um 513 T€ verbessert und gegenüber dem Ergebnis 2020 um 306 T€ verschlechtert.

Das Ergebnis des Bereiches Allgemeine Dienste vor Verrechnung hat sich gegenüber der Planung um 23 T€ verbessert und gegenüber dem Ergebnis 2020 um 51 T€ verschlechtert.

II.1.3 Originärer Bereich

Bereich	Plan 2021	Ergebnis 2021	Ergebnis 2020
Abwasserwirtschaft	+ 6.700.000,00 €	+ 6.666.827,46 €	+ 6.671.460,06 €
Abfallwirtschaft	+ 18.000,00 €	- 86.955,87 €	+ 22.543,94 €
Straßenreinigung	+ 15.000,00 €	- 10.069,16 €	+ 30.015,23 €
Städtische Friedhöfe ¹	- 69.000,00 €	- 226.874,96 €	- 106.449,08 €
Gewässerunterhaltung ²	- 191.000,00 €	- 70.452,39 €	- 97.685,38 €
Hochwasserschutz	- 328.000,00 €	- 186.911,41 €	- 187.569,88 €
Gesamt	+ 6.145.000,00 €	+ 6.085.563,67 €	+ 6.332.314,89 €

¹ nach Rücklagenzuführung Friedhöfe 2020 und 2021

² nach Rücklagenentnahme 2020 und 2021



Bereich Abwasserwirtschaft

Die vom Rat am 10. Dezember 2020 beschlossene Gebührenkalkulation sah für das Wirtschaftsjahr 2021 ein jahresbezogen ausgeglichenes Ergebnis vor; der bilanzielle Überschuss sollte sich auf 6.700 T€ belaufen.

Der gebührenrechtliche Überschuss 2021 in Höhe von 393.535,53 € wurde den Gebührenaussgleichsverbindlichkeiten Abwasser zugeführt und wird im Rahmen der Gebührenkalkulationen ab 2024 aufgelöst werden.

Die Ausweisung eines bilanziellen Überschusses von 6.666,8 T€ (- 33,2 T€ gegenüber der Planung) ist im Wesentlichen auf zusätzliche Verbesserungen (Differenz zwischen dem Unterschiedsbetrag aus Gebührenvorkalkulation und den Plan-Zahlen des Wirtschaftsplans und dem Unterschiedsbetrag aus Gebühreennachkalkulation und den Ist-Zahlen des Wirtschaftsplanes) bei den Abschreibungen (Plan: 2.470,0 T€, Ist: 2.649,4 T€, + 179,4 T€), den Auflösungen der Investitionszuschüsse (Plan: 270,0 T€, Ist: 286,6 T€, + 16,6 T€) und den sonstigen betrieblichen Erträgen (Plan: 0,0 T€, Ist: 3,1 T€, + 3,1 T€) zurückzuführen, denen Verschlechterungen bei den Zinsen (Plan: 3.610,0 T€, Ist: 3.525,4 T€, + 84,6 T€), den Umlagen (Plan: 119,0 T€, Ist: 55,4 T€, + 63,6 T€), sowie den Umsatzerlösen (Plan: 231,0 T€, Ist: 146,9 T€, + 84,1 T€) gegenüberstehen.

Im Vergleich mit dem bilanziellen Ergebnis 2020 in Höhe von 6.671,5 T€ ergibt sich eine Verschlechterung in Höhe von 4,7 T€.

Bereich Abfallwirtschaft

Die vom Rat am 10. Dezember 2020 beschlossene Gebührenkalkulation sah für das Wirtschaftsjahr 2021 ein jahresbezogen ausgeglichenes Ergebnis vor; der bilanzielle Überschuss sollte sich auf 18 T€ belaufen.

Der gebührenrechtliche Überschuss 2021 in Höhe von 490.356,24 € wurde den Gebührenaussgleichsverbindlichkeiten Abfall zugeführt und wird im Rahmen der Gebührenkalkulationen ab 2024 aufgelöst werden.

Die Ausweisung eines bilanziellen Verlustes von 87,0 T€ (+ 105 T€ gegenüber der Planung) ist auf zusätzliche Verschlechterungen (Differenz zwischen dem Unterschiedsbetrag aus Gebührenvorkalkulation und den Plan-Zahlen des Wirtschaftsplans und dem Unterschiedsbetrag aus Gebühreennachkalkulation und den Ist-Zahlen des Wirtschaftsplanes) bei den Umlagen (Plan 11,1 T€, Ist: 101,9 T€, + 90,8 T€), den Zinsgewinnen (Plan 16,8 T€, Ist: 0,1 T€, + 16,7 T€), den Gewinnen aus sonstigen betrieblichen Erträgen (Plan 11,0 T€, Ist: 0,3 T€, + 10,7 T€) und den Umsatzerlösen (Plan: 0,0 T€, Ist: - 3,5 T€, + 3,5 T€) zurückzuführen; zusätzliche Verbesserungen gab es lediglich bei den Abschreibungen (Plan: 1,4 T€, Ist: 18,1 T€, + 16,7 T€).

Die Verschlechterung des bilanziellen Ergebnisses um 109,5 T€ gegenüber dem Vorjahr (von + 22,5 T€ auf - 87,0 T€) ist insbesondere auf Verschlechterungen bei den Umlagen (2021: - 101,9 T€, 2020: + 2,9 T€, + 104,8 T€) zurückzuführen.



Bereich Straßenreinigung

Die vom Rat am 10. Dezember 2020 beschlossene Gebührenkalkulation sah für das Wirtschaftsjahr 2021 ein jahresbezogen ausgeglichenes Ergebnis vor; der bilanzielle Überschuss sollte sich auf 15 T€ belaufen.

Der gebührenrechtliche Überschuss 2021 in Höhe von 121.175,17 € wurde den Gebührenaussgleichsverbindlichkeiten Straßenreinigung zugeführt und wird im Rahmen der Gebührenkalkulationen ab 2024 aufgelöst werden.

Die Ausweisung eines bilanziellen Verlustes von 10,1 T€ (+ 25,1 T€ gegenüber der Planung) ist auf zusätzliche Verschlechterungen (Differenz zwischen dem Unterschiedsbetrag aus Gebührenvorkalkulation und den Plan-Zahlen des Wirtschaftsplans und dem Unterschiedsbetrag aus Gebührenausschließung und den Ist-Zahlen des Wirtschaftsplanes) bei den Umlagen (Plan: 3,0 T€, Ist: 27,0 T€, + 24,0 T€), den Zinsgewinnen (Plan: 15,4 T€, Ist: 9,4 T€, + 6,0 T€) und den Umsatzerlösen (Plan: 0,0 T€, Ist: - 0,1 T€, + 0,1 T€) zurückzuführen; diesen stehen zusätzliche Verbesserungen bei den Abschreibungen (Plan: 2,5 T€, Ist: 7,5 T€, + 5,0 T€) gegenüber.

Die Verschlechterung des bilanziellen Ergebnisses um 40,1 T€ gegenüber dem Vorjahr (von + 30 T€ auf - 10,1 T€) ist im Wesentlichen auf Verschlechterungen bei den Umlagen (2021: - 27,0 T€, 2020: + 0,7 T€, + 27,7 T€) zurückzuführen.

Bereich Friedhof

Der Wirtschaftsplan 2021 berücksichtigte eine gebührenrechtliche Kostendeckung von 100 v. H. sowie einen grünpolitischen Anteil von 110 T€ und prognostizierte ein bilanzielles Plandefizit in Höhe von 69 T€.

Der gebührenrechtliche Überschuss 2021 in Höhe von 313.673,04 € wurde den Gebührenaussgleichsverbindlichkeiten Friedhöfe zugeführt und wird im Rahmen der Gebührenkalkulationen ab 2024 aufgelöst werden.

Das bilanzielle Ergebnis 2021 im Bereich Friedhofswesen (einschließlich der Sparte Ehrengräber

und jüdischer Friedhof) beträgt unter Berücksichtigung der Zuführung zur Allgemeinen Rücklage (119,6 T€) - 226,9 T€. Gegenüber der Planung hat sich der Verlust um 157,9 T€ (von 69 T€ auf 226,9 T€) erhöht. Die Verschlechterung des bilanziellen Ergebnisses ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass die passive Rechnungsabgrenzung um 151,4 T€ (Plan: 217,8 T€, Ist: 369,2 T€) höher ausfiel als in Wirtschaftsplan vorgesehen.

Die Verschlechterung des bilanziellen Ergebnisses im Bereich Friedhofswesen (einschließlich der Sparte Ehrengräber und jüdischer Friedhof) um 120,5 T€ gegenüber dem Vorjahr (von - 106,4 T€ auf - 226,9 T€) ist im Wesentlichen auf Verschlechterungen bei der Passiven Rechnungsabgrenzung (2021: 369,2 T€, 2020: 242,1, + 97,1 T€) und den Umlagen (2021: - 28,8; 2020: + 0,7 T€, + 29,5 T€) zurückzuführen.



Bereich Gewässerunterhaltung

Ausgehend von einer Planunterdeckung für den Bereich Gewässerunterhaltung in Höhe von 191 T€ beläuft sich das Jahresergebnis 2021 unter Berücksichtigung der Entnahme aus der zweckgebundenen Rücklage (370 T€) auf - 70 T€ und verbessert sich damit um 121 T€.

Gegenüber dem Jahresergebnis 2020 in Höhe von - 98 T€ ergibt sich eine Verbesserung von insgesamt 28 T€.

Bereich Hochwasserschutz

Ausgehend von einem Planergebnis für den Bereich Hochwasserschutz in Höhe von – 328 T€ beläuft sich das Jahresergebnis auf - 186,9 T€ und verbessert sich damit um 141,1 T€.

Dies ist im Wesentlichen auf Verbesserungen beim Materialaufwand einschließlich innerbetrieblicher Leistungsverrechnung, bei den Abschreibungen, den Zinsen, den Umlagen und dem sonstigen betrieblichen Aufwand zurückzuführen, denen Verschlechterungen bei den sonstigen betrieblichen Erträgen gegenüberstehen. Die veranschlagten Sondermaßnahmen für die Beseitigung von akuten Hochwasserschäden wurden nicht benötigt.

Gegenüber dem Jahresergebnis 2020 in Höhe von - 187,6 T€ ergibt sich eine Verbesserung von 0,7 T€.

Zusammengefasst beläuft sich das Ergebnis für die Bereiche Gewässerunterhaltung und Hochwasserschutz auf - 257 T€ und bedeutet damit eine Verbesserung um 262 T€ gegenüber den Planzahlen 2021 (- 519 T€) bzw. eine Verbesserung um 28 T€ gegenüber dem Ergebnis 2020 in Höhe von - 285 T€.

II.1.4 Auftragsbereich Stadt

Bereich	Plan 2021	Ergebnis 2021	Ergebnis 2020
Straßenunterhaltung	-150.000,00 €	- 359.321,11 €	- 242.222,77 €
Anteile Kreisstadt Unna	- 2.570.000,00 €	- 2.635.692,55 €	- 2.449.537,29 €
Straßenunterhaltung gesamt	- 2.720.000,00 €	- 2.995.013,66 €	- 2.691.760,06 €
Grünflächenpflege ¹	+ 0,00 €	- 81.611,10 €	+ 5.186,26 €
Anteil Kreisstadt Unna	- 114.000,00 €	- 113.000,64 €	- 112.598,98 €
Grünflächenpflege gesamt	- 114.000,00 €	- 194.611,74 €	- 107.412,72 €
Winterdienst ²	+ 0,00 €	+ 0,00 €	+ 72.587,78 €
Sonstige Auftragsleistungen	- 16.000,00 €	+ 18.876,78 €	+ 24.445,93 €
Gesamt	- 2.850.000,00 €	- 3.170.748,62 €	- 2.702.139,07 €

¹ nach Rücklagenentnahme 2020

² nach Rücklagenentnahme 2021



Bereich Straßenunterhaltung

Das beeinflussbare Ergebnis im Bereich der Straßenunterhaltung hat sich gegenüber der Planung verschlechtert. Gegenüber dem Plan 2021 in Höhe von - 150 T€ ergab sich ein Ergebnis in Höhe von - 359 T€. Die Verschlechterungen von 209 T€ ergaben im Wesentlichen beim Materialaufwand.

Gegenüber dem Vorjahr ergibt sich eine Verschlechterung von insgesamt 117 €.

Der Wirtschaftsplan 2021 weist im Bereich Straßenunterhaltung (Anteile Kreisstadt Unna) ein Defizit in Höhe von 2.570 T€ aus. Die Stadtbetriebe Unna leisten hier für die Kreisstadt Unna die durch die Stadtbetriebe Unna nicht beeinflussbaren Zahlungen für die Niederschlagswassergebühren der Straßen der Kreisstadt Unna und den kommunalen Anteil Straßenreinigung zuzüglich Umlagen.

Das Ergebnis im Bereich Straßenunterhaltung (Anteile Kreisstadt Unna) für 2021 beläuft sich auf - 2.636 T€ und verschlechtert sich gegenüber der Planung um 66 T€. Diese Erhöhung ist auf Nachveranlagungen für die Jahre 2017 bis 2020 für Niederschlagswassergebühren Stadtstraßen (siehe auch Erläuterungen im Finanzbericht der Stadtbetriebe Unna zum 31. März 2021 Vorlage Nr. 0206/21) zurückzuführen.

	Plan 2021	Ergebnis 2021	Ergebnis 2020
Niederschlagswassergebühren	- 2.363.000,00 €	- 2.439.703,89 €	- 2.266.997,76 €
Komm. Anteil Straßenreinigung	- 126.000,00 €	- 126.000,00 €	- 126.000,00 €
Umlagen Verwaltung / Dienste	- 81.000,00 €	- 69.988,66 €	- 56.539,53 €
Anteile gesamt	- 2.570.000,00 €	- 2.635.692,55 €	- 2.449.537,29 €

Bereich Grünflächenpflege

Das beeinflussbare Ergebnis im Bereich der Grünflächenpflege hat sich gegenüber der Planung um 81,6 T€ und gegenüber dem Vorjahr um 86,8 T€ verschlechtert. Begründet liegt dies in erster Linie in gestiegenen Materialkosten.

Das Ergebnis im Bereich Grünflächenpflege (Anteil Kreisstadt Unna), in dem die Stadtbetriebe Unna die Kostenanteile der Kreisstadt Unna für die Nutzung des Süd- und Westfriedhofs als öffentliche Park- und Grünanlage finanzieren, beläuft sich auf - 113 T€ und verbessert sich aufgrund geringerer Umlagen um 1 T€; gegenüber dem Vorjahr ergibt sich eine Verschlechterung um 0,4 T€.

Bereich Winterdienst

Nach dem Beschluss zum Doppelhaushalt 2019/2020 der Kreisstadt Unna (Vorlage Nr. 1408/18 und Vorlage Nr. 1351/18/2) sollten der zweckgebundenen Rücklage Winterdienst in den Jahren 2020 70 T€ und in den Jahren 2021 bis 2023 jeweils 110 T€ entnommen werden, wodurch sich die Zahlungen des 18 v. H-Punkte-Anteils der Kreisstadt Unna an die Stadtbetriebe Unna für den Winterdienst entsprechend reduzierten.

Aufgrund des relativ starken Winters zu Beginn 2021 waren die Winterdienst-Aufwendungen deutlich höher als im Vorjahr. Da die Entnahme aus der zweckgebundenen Rücklage in 2020 nicht erforderlich



war, konnte durch eine Entnahme in 2021 in Höhe von 166 T€ ein ausgeglichenes Ergebnis 2021 erzielt werden.

Das Ergebnis Winterdienst 2021 hat sich damit gegenüber dem Vorjahr um 73 T€ verschlechtert.

Bereich Sonstige Auftragsleistungen

Der Bereich Sonstige Auftragsleistungen weist für 2021 einen Überschuss in Höhe von 18,9 T€ aus. Gegenüber der Wirtschaftsplanung 2021 bedeutet dies eine Verbesserung um 34,9 T€.

Verglichen mit dem Ergebnis 2020 hat sich das Ergebnis 2021 um 5,6 T€ verschlechtert.

II.1.5 Drittbereich

Bereich	Plan 2021	Ergebnis 2021	Ergebnis 2020
Duale Systeme	- 46.000,00 €	- 171.462,61 €	+ 20.198,36 €
Grabpflege	+ 1.000,00 €	+ 5.280,11 €	+ 9.419,71 €
Sonstige Leistungen an Dritte	+ 0,00 €	+ 309,45 €	+ 198,26 €
Gesamt	- 45.000,00 €	- 165.873,05 €	+29.816,33 €

Bereich Duale Systeme

Der Jahresabschluss 2021 weist für den Bereich Duale Systeme einen Verlust in Höhe von 171,5 T€ aus; dies bedeutet gegenüber der Planung 2021 eine Verschlechterung von 125,5 T€ und gegenüber dem Ergebnis 2020 eine Verschlechterung von 191,7 T€. Die Verschlechterung ist im Wesentlichen auf die neue Entgeltvereinbarung mit den Dualen Systemen zurückzuführen.

Bereich Grabpflege

Es wird gegenüber dem Planansatz (+ 1 T€) eine Verbesserung um 4,3 T€ und gegenüber dem Ergebnis 2020 eine Verschlechterung um 4,1 T€ erzielt.

Bereich Sonstige Leistungen an Dritte

Der Bereich Sonstige Leistungen an Dritte weist für 2021 einen Gewinn in Höhe von 0,3 T€ aus und verbessert sich damit gegenüber der Planung 2021 (+ 0 T€) um 0,3 T€. Gegenüber dem Ergebnis 2020 (+ 0,2 T€) bedeutet dies eine Verbesserung um 0,1 T€.



II.2 Lage

II.2.1 Ertragslage

a) Aufwendungen und Erträge

Die Aufwendungen und Erträge im Wirtschaftsjahr 2021 stellen sich wie folgt dar:

	Verwaltung / Allg. Dienste	originärer Bereich	Auftrags- bereich	Dritt- bereich
	€	€	€	€
Umsatzerlöse ¹	2.063,34	27.069.936,28	3.148.590,49	398.763,69
Umsatzerlöse ILV	315.136,69	3.919.948,61	1.318.973,80	160.178,88
Gebührenabschluss	0,00	- 212.494,99	0,00	0,00
Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00
aktivierte Eigenleistungen	0,00	170.450,28	0,00	0,00
Sonstige betriebliche Erträge ²	10.827,26	809.886,73	215.486,20	4.023,43
Zinsen und ähnliche Erträge	114,56	0,00	0,00	0,00
Erträge gesamt	328.141,85	31.757.726,91	4.683.050,49	562.966,00
Materialaufwand:				
- Lieferungen	43.560,60	371.175,10	172.395,92	31.059,86
- Leistungen	15.600,21	11.758.255,44	4.473.341,60	213.440,04
- Leistungen ILV	78.078,25	3.902.745,47	1.422.044,85	311.369,41
Personalaufwand:				
- Lohn/Gehalt	812.046,58	2.312.128,62	731.066,11	85.705,39
- Sozialaufwand	106.263,37	487.880,07	165.208,51	18.431,05
- Altersversorgung	257.205,93	270.108,19	45.103,19	5.504,94
Abschreibungen	126.165,49	2.464.479,07	173.902,05	950,94
Sonstiger betrieblicher Aufwand	1.064.455,26	1.079.792,12	123.153,07	17.824,34
Zinsen und ähnlicher Aufwand	10.530,73	1.419.797,50	3.611,43	0,00
Steuern vom Einkommen und Ertrag	0,00	0,00	0,00	0,00
Sonstige Steuern	1.148,57	3.584,72	3.540,79	288,47
Aufwendungen gesamt	2.515.054,99	24.069.946,30	7.313.367,52	684.574,44
Zwischensumme	-2.186.913,14	7.687.780,61	- 2.630.317,03	- 121.608,44
Umlagen	2.186.913,14	- 1.602.216,94	- 540.431,59	- 44.264,61
Jahresergebnis 2021	0,00	+ 6.085.563,67	- 3.170.748,62	- 165.873,05

¹ nach Rücklagenzuführung Passive Rechnungsabgrenzung Friedhöfe

² nach Entnahmen aus den zweckgebundenen Rücklagen
Gewässerunterhaltung Ententeich Bornekamp und Winterdienst



b) Entwicklung der Ergebnisse

	Ergebnis 2021	Ergebnis 2020
	€	€
Abwasserwirtschaft	6.666.827,46	6.671.460,06
Abfallwirtschaft	- 86.955,87	22.543,94
Straßenreinigung	- 10.069,16	30.015,23
Städtische Friedhöfe ¹	- 226.874,96	- 106.449,08
Gewässerunterhaltung ²	- 70.452,39	- 97.685,38
Hochwasserschutz	- 186.911,41	- 187.569,88
Summe Originärer Bereich	6.085.563,67	6.332.314,89
Straßenunterhaltung	- 359.321,11	- 242.222,77
Kommunaler Anteil		
Straßenunterhaltung	- 2.635.692,55	- 2.449.537,29
Grünflächenpflege	- 81.611,10	5.186,26
Kommunaler Anteil		
Grünflächenpflege	- 113.000,64	- 112.598,98
Winterdienst ³	0,00	72.587,78
Sonstige Auftragsleistungen	18.876,78	24.445,93
Summe Auftragsbereich	- 3.170.748,62	- 2.702.139,07
Duale Systeme	- 171.462,61	20.198,36
Grabpflege	5.280,11	9.419,71
Sonstige Dritteleistungen	309,45	198,26
Summe Drittbereich	- 165.873,05	29.816,33
Vorläufiges Ergebnis	2.748.942,00	3.659.992,15
Verrechnung des Gewinnvortrags des Drittbereichs	166.598,21	136.781,88
Ergebnis	2.915.540,21	3.796.774,03
Ergebnisverwendung:		
Gewinnabführung an die Kreisstadt Unna	- 2.914.815,05	- 3.630.175,82
Gesamtergebnis = Gewinnvortrag Drittbereich	725,16	166.598,21

¹ nach Rücklagenzuführung Passive Rechnungsabgrenzung Friedhöfe

² nach Entnahmen aus der zweckgebundenen Rücklage Gewässerunterhaltung Ententeich Bornekamp

³ nach Entnahmen aus der zweckgebundenen Rücklage Winterdienst

Siehe auch Erläuterungen unter Punkt II.1.1 Allgemeines zur Erfolgsrechnung



c) Mitarbeiterinnen / Mitarbeiter und Personalaufwand

Im Jahresdurchschnitt betrug die Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter:

	2021	2020
Tarifbeschäftigte	82	82
Beamtinnen / Beamte	5	5
Gesamt	87	87

Die Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hat sich damit im Jahresdurchschnitt gegenüber dem Vorjahr nicht verändert.

Der Personalaufwand hat sich wie folgt entwickelt:

	Wirtschaftsjahr 2021	Wirtschaftsjahr 2020	Veränderung
	€	€	€
Löhne	2.394.083,60	2.356.122,80	+ 37.960,80
Gehälter	1.160.089,14	1.304.994,54	- 144.905,40
Beamtenbesoldung	441.999,25	385.962,85	+ 56.036,40
Rückstellung für Altersteilzeit	- 113.653,95	- 125.747,07	+ 12.093,12
Rückstellung für Lebensarbeitszeit	3.335,33	3.901,45	- 566,12
Alimentationsrückstellungen	11.644,00	11.644,00	+ 0,00
Urlaubs- / Gleitzeitrückstellung	20.646,00	30.000,00	- 9.354,00
Aushilfsvergütungen	10.697,77	11.623,21	- 925,44
Übrige	12.105,56	9.565,62	+ 2.539,94
Löhne / Gehälter gesamt	3.940.946,70	3.988.067,40	- 47.120,70
Soziale Abgaben gesamt	1.355.705,25	1.291.364,89	+ 64.340,36
<u>davon</u>			
Sozialer Aufwand gesamt	777.783,00	740.503,75	+ 37.279,25
Altersversorgung gesamt	577.922,25	550.861,14	+ 27.061,11
Beihilferückstellungen	77.934,00	44.740,00	+ 33.194,00
Pensionsrückstellung	263.828,00	271.563,00	- 7.735,00
Personalaufwand gesamt	5.296.651,95	5.279.432,29	+ 17.219,66



Finanzlage

a) Strukturbilanz

Aktiva	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2021	+ / - Vj.
	T€	T€	T€	T€
<u>Langfristig gebundenes Vermögen</u>				
Immaterielle Vermögensgegenstände	14	13	9	- 4
Sachanlagen	97.125	99.701	101.513	+ 1.812
Anlagevermögen	97.139	99.714	101.522	+ 1.808
Langfristige Kundenforderungen	44	44	44	+ 0
	97.183	99.758	101.566	+ 1.808
<u>Kurzfristig gebundenes Vermögen</u>				
Vorräte	90	83	78	- 5
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	250	704	449	- 255
Forderungen gegen die Kreisstadt Unna	824	606	736	+ 130
Sonstige Vermögensgegenstände	19	25	199	+ 174
Geldmittel	353	245	365	+ 120
Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten	59	52	40	- 12
	1.595	1.715	1.867	+ 152
Gesamtvermögen	98.778	101.473	103.433	+ 1.960
Passiva				
	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2021	+ / - Vj.
	T€	T€	T€	T€
<u>Wirtschaftliches Eigenkapital</u>				
Stammkapital	600	600	600	+ 0
Allgemeine Rücklagen	6.208	6.756	6.876	+ 120
Zweckgebundene Rücklagen	3.491	3.175	2.639	- 536
Bilanzgewinn *	558	167	1	- 166
bilanzielles Eigenkapital	10.857	10.698	10.116	- 582
Sonderposten für Investitionszuschüsse des Anlagevermögens	11.111	11.256	10.866	- 390
Empfangene Ertragszuschüsse	2.477	2.570	2.342	- 228
	24.445	24.524	23.324	- 1.200
<u>Langfristiges Fremdkapital (> 5 Jahre)</u>				
Verbindlichkeiten Kreditinstitute	40.691	41.093	46.227	+ 5.134
Passiver Rechnungsabgrenzungsposten	4.655	4.798	5.046	+ 248
	45.346	45.891	51.273	+ 5.382
<u>Mittelfristiges Fremdkapital (1 < Jahre > 5)</u>				
Sonstige Rückstellungen	935	750	616	- 134
Verbindlichkeiten Kreditinstitute	11.550	9.097	9.103	+ 6
Sonstige Verbindlichkeiten – Gebührenaussgleich	3.488	3.794	3.432	- 362
Sonstige Verbindlichkeiten	226	214	171	- 43
	16.199	13.855	13.322	- 533
<u>Kurzfristiges Fremdkapital (< 1 Jahr)</u>				
Sonstige Rückstellungen	2.782	2.460	2.807	+ 347
Steuerrückstellungen	0	10	10	+ 0
Verbindlichkeiten Kreditinstitute	3.143	2.657	2.972	+ 315
Erhaltene Anzahlungen	186	46	43	- 3
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.037	754	873	+ 119
Verbindlichkeiten gegenüber der Kreisstadt Unna	2.215	6.332	458	- 5.874
Sonstige Verbindlichkeiten - Gebührenaussgleich	1.253	1.106	1.680	+ 574
Sonstige Verbindlichkeiten	172	208	126	- 82
Gewinnausschüttung an die Kreisstadt Unna *	2.000	3.630	6.545	+ 2.915
	12.788	17.203	15.514	- 1.689
Gesamtkapital	98.778	101.473	103.433	+ 1.960

* Für Zwecke der Strukturbilanz erfolgt der Ausweis des Bilanzgewinns 2021 (6.546 T€) gekürzt um die Gewinnabführung 2020 sowie die Vorabgewinnausschüttung 2021 und die Ausschüttung 2021 an die Kreisstadt Unna (6.545 T€). Diese werden unter dem kurzfristigen Fremdkapital ausgewiesen.



b) Kapitalflussrechnung gemäß DRS 21 ¹

	2020		2021	
	T€	T€	T€	T€
Periodenergebnis	+ 3.660		+ 2.213	
+/- Abschreibungen / Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	+ 2.614		+ 2.765	
+/- Zunahme / Abnahme der Rückstellungen	- 497		+ 213	
+/- Sonstige zahlungswirksame Aufwendungen / Erträge	- 622		- 622	
+/- Zunahme / Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	- 228		- 32	
+/- Zunahme / Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	- 355		+ 512	
+/- Gewinn / Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	+ 0		+ 18	
+/- Zinsaufwand / Zinserträge	+ 1.507		+ 1.434	
= Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit		+ 6.079		+ 6.501
- Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	- 5.189		- 4.591	
= Cashflow aus der Investitionstätigkeit		- 5.189		- 4.591
+ Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen	+ 127		+ 120	
- Auszahlungen aus Eigenkapitalherabsetzungen	- 2.316		+ 0	
+ Einzahlung aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von (Finanz-)Krediten	+ 0		+ 8.000	
- Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und (Finanz-)Krediten	- 2.529		- 2.545	
+ Einzahlungen aus erhaltenen Zuschüssen / Zuwendungen	+ 860		+ 3	
- Gezahlte Zinsen	- 1.515		- 1.433	
= Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit		- 5.373		- 4.145
- Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds		- 4.483		+ 6.055
+ Finanzmittelfonds am Anfang der Periode		- 1.457		- 5.940
= Finanzmittelfonds am Ende der Periode		- 5.940		+ 115
Zusammensetzung des Finanzmittelfonds:				
Bankguthaben, Kassenbestand		245		365
Kassenkredit an die Stadt		0		0
Kassenkredit von der Stadt		- 6.185		- 250
Finanzmittelbestand am 31.12.		- 5.940		+ 115

¹ Der Deutsche Rechnungslegungsstandard Nr. 21 „DRS 21“, welcher im Rahmen der Erstellung von Konzernabschlüssen zu beachten ist, wurde am 8. April 2014 bekannt gemacht. Die erstmalige Anwendung war verpflichtend für Geschäftsjahre, die nach dem 31. Dezember 2014 begannen.



c) Investitionen

Folgende Neuinvestitionen (einschließlich Anlagen im Bau) wurden 2021 getätigt:

Entwicklung des Sachanlagevermögens und der immateriellen Vermögensgegenstände		€
Buchwert des Sachanlagevermögens und der immateriellen Vermögensgegenstände 01.01.2021		99.714.221,19
Zugang 2021	☒ Immaterielle Wirtschaftsgüter	0,00
Grundstücke		109.873,20
	• Technische Anlagen und Maschinen	13.736,87
Abwassersammlungsanlagen		12.383,80
Spezialfahrzeuge		111.994,24
Andere Anlagen, Betriebs- und Ge- schäftsausstattung		247.824,41
Anlagen im Bau		<u>4.095.285,26</u>
	Summe Zugänge	4.591.097,78
Umbuchungen 2021 ☒ Immaterielle Wirtschaftsgüter		0,00
Grundstücke		4.372.036,49
	• Technische Anlagen und Maschinen	14.787,54
Abwassersammlungsanlagen		3.253.629,12
Spezialfahrzeuge		0,00
Andere Anlagen, Betriebs- und Ge- schäftsausstattung		96.457,51
Anlagen im Bau		<u>- 7.736.910,66</u>
	Summe Umbuchungen	0,00
Abgang 2021 ☒ Immaterielle Wirtschaftsgüter		0,00
Grundstücke		- 13.251,00
	• Technische Anlagen und Maschinen	0,00
Abwassersammlungsanlagen		0,00
Spezialfahrzeuge		- 4.549,00
Andere Anlagen, Betriebs- und Ge- schäftsausstattung		- 74.276,18
Anlagen im Bau		<u>- 11.643,00</u>
	Summe Abgänge	- 103.719,18
Buchwert vor Abschreibungen 2021		104.201.599,79
Abschreibungen 2021		- 2.765.497,55
Abschreibungen Abgang 2021		85.721,37
Buchwert des Sachanlagevermögens und der immateriellen Vermögensgegenstände 31.12.2021		101.521.823,61

Im Wirtschaftsjahr 2022 sind Investitionen in Höhe von 9.070 T€ geplant.



II.2.3 Vermögenslage

a) Eigenkapital und Liquidität

Ermittlung der Eigenkapitalquote:

Bilanzsumme 31.12.2021	103.432.945,42 €
Stammkapital	600.000,00 €
Allgemeine Rücklage	6.875.760,77 €
abzgl. Verlustvortrag	0,00 €
Bilanzgewinn ¹	725,16 €
Zweckgebundene Rücklagen	2.639.073,90 €
Kanalanschlussbeiträge	2.341.813,88 €
Investitionszuschüsse	<u>10.866.150,39 €</u>
wirtschaftliches Eigenkapital ¹	23.323.524,10 €

¹ nach Gewinnabführung in Höhe von 6.544.990,87 € (für 2020: 3.630.175,82 €, für 2021: 2.914.815,05 €)

Eigenkapitalquote somit **22,5 v. H.**

Jahresbezogen konnte die Liquidität im Wirtschaftsjahr 2021 durch die Inanspruchnahme von Kassenkrediten der Kreisstadt Unna jederzeit sichergestellt werden. An 322 Tagen wurden Kassenkredite der Kreisstadt Unna in Anspruch genommen, an 30 Tagen wurden Kassenkredite an die Kreisstadt Unna gewährt.

Die gesamten Darlehensverbindlichkeiten (einschließlich Zinsabgrenzung) betragen per 31.12.2021 58.302 T€. Der Schuldenstand hat sich damit gegenüber dem 31.12.2020 (52.847 T€) um 5.455 T€ erhöht.



b) Zweckgebundene Rücklagen

Entwicklung	Stand	Verbrauch	Zuführung	Stand
	01.01.2021			31.12.2021
	€	€	€	€
Gebührenausgleichsrücklagen				
- Abwasserwirtschaft	89.067,41	0,00	0,00	89.067,41
- Abfallwirtschaft	180.997,76	0,00	0,00	180.997,76
Winterdienst	843.459,26	165.912,41	0,00	677.546,85
Gewässerunterhaltung	635.122,49	369.871,13	0,00	265.251,36
Hochwasserschutz	900.000,00	0,00	0,00	900.000,00
Grünpflege von Wallanlagen	256.210,52	0,00	0,00	256.210,52
Rückbau der Sohlshalen des Korteibaches	100.000,00	0,00	0,00	100.000,00
Weiterentwicklung Stadtbetriebe Unna	170.000,00	0,00	0,00	170.000,00
	3.174.857,44	535.783,54	0,00	2.639.073,90

Bei den Gebührenausgleichsrücklagen handelt es sich um die satzungsmäßigen Rücklagen für die Bereiche Abwasser- und Abfallwirtschaft, die vor dem 01. Januar 1999 gebildet wurden.

c) Gebührenausgleichsverbindlichkeiten

Die Gebührenausgleichsverbindlichkeiten nach KAG NRW haben sich in 2021 wie folgt entwickelt:

Entwicklung	Stand	Verbrauch	Zuführung	Stand
	01.01.2021			31.12.2021
	EUR	EUR	EUR	EUR
Gebührenausgleich gemäß KAG NRW				
- Abwasserwirtschaft	2.038.323,79	-471.944,99	393.535,53	1.959.914,33
- Abfallwirtschaft	2.034.692,51	-482.000,00	490.356,24	2.043.048,75
- Straßenreinigung	154.192,57	-35.400,00	121.175,17	239.967,74
- Friedhöfe	672.771,23	-116.900,00	313.673,04	869.544,27
	4.899.980,10	-1.106.244,99	1.318.739,98	5.112.475,09



II.3 Finanzielle und nicht-finanzielle Leistungsindikatoren

II.3.1 Kennzahlen

	<u>31.12.2019</u>	<u>31.12.2020</u>	<u>31.12.2021</u>	<u>Veränderung</u>
<u>Anlagevermögen</u>				
Gesamtvermögen				
Anlagenintensität in %	98,3 %	98,3 %	98,2 %	- 0,1 %-Punkte
<u>Wirtschaftliches Eigenkapital</u>				
Gesamtkapital				
Eigenkapitalquote in %	24,7 %	24,2 %	22,5 %	- 1,7 %-Punkte
<u>Wirtschaftliches Eigenkapital</u>				
Anlagevermögen				
Anlagendeckungsgrad in %	88,5 %	84,5 %	86,6 %	+ 2,1 %-Punkte
<u>Liquidität zum Bilanzstichtag</u>	<u>31.12.2019</u>	<u>31.12.2020</u>	<u>31.12.2021</u>	<u>Veränderung</u>
	<u>T€</u>	<u>T€</u>	<u>T€</u>	<u>T€</u>
Kurzfristige Fremdkapital	- 12.788	- 17.203	- 15.514	+ 1.689
Liquide Mittel I. und II. Ordnung	1.505	1.632	1.789	+ 157
Unterdeckung (-)/Überdeckung I	- 11.283	- 15.571	- 13.725	+ 1.846
Liquide Mittel III. Ordnung	90	83	78	- 5
Unterdeckung (-)/Überdeckung II	- 11.193	- 15.488	- 13.647	+ 1.841

II.3.2 Umweltschutz, Nachhaltigkeit und Verantwortungsbewusstsein

Im Rahmen der Aufgabenwahrnehmung in allen Sparten stehen Verantwortung und Nachhaltigkeit gegenüber den Kundinnen und Kunden, den Bürgerinnen und Bürgern, unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und der Umweltschutz im Mittelpunkt unseres Handelns.

Wichtige Stichwörter in diesem Zusammenhang sind Kundenzufriedenheit, Gesundheitsvorsorge und Arbeitsschutz (Erhaltung und Förderung der Gesundheit und Leistungsfähigkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter), Weiterbildung und Qualifizierung sowie das Qualitäts- und Umweltmanagement im Bereich Abwasserwirtschaft.

Die Stadtbetriebe Unna sind seit 2003 im Bereich Abwasserwirtschaft nach der Qualitätsmanagement-Norm DIN EN ISO 9001 sowie der Umweltmanagement-Norm DIN EN ISO 14001 zertifiziert.

Mit Veröffentlichung der aktuellen Versionen der ISO 9001 und der ISO 14001 durch die Internationale Organisation für Normung (ISO - International Organization for Standardization, Genf) im September 2015 wurde allen bereits zertifizierten Unternehmen oder Organisationen mit einer dreijährigen Übergangsfrist bis September 2018 die Möglichkeit zur Zertifizierung nach den aktuellen Normen gegeben.

Die Stadtbetriebe Unna haben sich nach den neuen Normen zertifizieren lassen und eine



entsprechende Anpassung der Regelwerke und Arbeitsweisen durchgeführt. Der Übergang auf die neuen Normen erfolgte in einem zweistufigen Verfahren, bestehend aus einer Bereitschaftsbewertung und dem eigentlichen Systemaudit / Rezertifizierungsaudit.

Dieses Verfahren konnte im Juli 2018 erfolgreich abgeschlossen und in den Jahren 2019, 2020, 2021 und 2022 fortgeführt werden.

III. Feststellungen im Rahmen der Prüfung nach § 53 HGrG

Prüfung nach § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz (HGrG) wird als Erweiterung im Rahmen der Jahresabschlussprüfung vorgenommen. Dabei wird der vom IDW (Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V.) nach Abstimmung mit dem Bundesministerium der Finanzen, dem Bundesrechnungshof und den Landesrechnungshöfen veröffentlichte IDW PS 720 - Fragenkatalog zur Prüfung nach § 53 HGrG - beachtet. Die erforderlichen Feststellungen werden im Prüfungsbericht dargestellt.

Die Prüfung hat keine Feststellungen oder Besonderheiten ergeben, die für die Beurteilung der Ordnungsmäßigkeit der Betriebsleitung von Bedeutung waren.

IV. Risikomanagement

IV.1 Allgemeines

Gemäß § 10 Abs. 1 Eigenbetriebsverordnung NRW ist für die dauernde technische und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit einer eigenbetriebsähnlichen Einrichtung zu sorgen. Hierzu ist u. a. ein Überwachungssystem einzurichten, das es ermöglicht, etwaige bestandsgefährdende Entwicklungen frühzeitig zu erkennen. Zur Risikofrüherkennung gehören insbesondere

- die Risikoidentifikation,
- die Risikobewertung,
- Maßnahmen der Risikobewältigung einschließlich der Risikokommunikation,
- die Risikoüberwachung / Risikofortschreibung und
- die Dokumentation.

Als rechtlich unselbstständiges Sondervermögen der Kreisstadt Unna sind die Stadtbetriebe Unna nicht insolvenzgefährdet. Bestandsgefährdende Risiken bestehen nicht. Die Risiken und die Risikobewertung werden regelmäßig fortgeschrieben.

IV.2 Risikoaspekte des Wirtschaftsjahres 2021

Die Problematik der Raumluftbelastung durch Keramikfaser besteht, wenn auch in nur geringem Maße, weiter. Im September 2020 wurden die letzten Kontrollmessungen durchgeführt. Dabei wurde in fünf Räumen erneut eine minimale Belastung mit Keramikfasern festgestellt. Die Nachreinigung erfolgte vom 26. - 30. Oktober 2020.

Um für die Zukunft eine Raumluftbelastung durch Keramikfasern im Gebäude auszuschließen, enthielt der Vermögensplan 2017 einen Planungskostenansatz in Höhe von 140 T€, um eine alternative Unterbringung auf dem Betriebsgelände planen zu können.



Zwischenzeitlich wurde der Beschluss für den Bau eines neuen Verwaltungsgebäudes und einer Fahrzeughalle an der Viktoriastraße 11 gefasst; im Mai 2021 konnten die neuen Gebäude bezogen werden.

Die wirtschaftliche Entwicklung der Stadtbetriebe Unna ist wesentlich geprägt durch die Erhebung der Gebühren nach dem Kommunalabgabensetz NRW. Im letzten Lagebericht wurde darauf hingewiesen, dass Tendenzen erkennbar sind, insbesondere die bisherigen obergerichtlich festgelegten Grundsätze zur Ermittlung und zum Umfang der ansatzfähigen kalkulatorischen Kosten obergerichtlich neu zu überprüfen und gegebenenfalls zu korrigieren. Folge wäre, dass wirtschaftliche Spielräume der Stadtbetriebe Unna minimiert würden.

Mit Urteil vom 17. Mai 2022 (AZ 9 A 1019/20) hat das Oberverwaltungsgericht NRW seine langjährige Rechtsprechung zu kalkulatorischen Abschreibungen und kalkulatorischen Zinsen grundlegend geändert:

Der gleichzeitige Ansatz einer Abschreibung der Entwässerungsanlagen mit ihrem Wiederbeschaffungszeitwert (Preis für die Neuanschaffung einer Anlage gleicher Art und Güte) sowie einer kalkulatorischen Verzinsung des Anlagevermögens mit dem Nominalzinssatz (einschließlich Inflationsrate) ist unzulässig. An der bisherigen anderslautenden Rechtsprechung wird nicht mehr festgehalten. Diese Kombination von Abschreibungen und Zinsen ist nach dem vom Gericht eingeholten Gutachten zwar betriebswirtschaftlich vertretbar, worauf das Kommunalabgabengesetz zunächst abstellt. Aus der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen ergibt sich aber der Zweck der Gebührenkalkulation, durch die Abwassergebühren nicht mehr als die dauerhafte Betriebsfähigkeit der öffentlichen Einrichtung der Abwasserbeseitigung sicherzustellen. Die Gebühren dürfen nur erhoben werden, soweit sie zur stetigen Erfüllung der Aufgaben der Abwasserbeseitigung erforderlich sind.

Der gleichzeitige Ansatz einer Abschreibung des Anlagevermögens auf der Basis seines Wiederbeschaffungszeitwertes sowie einer kalkulatorischen Nominalverzinsung widerspricht diesem Kalkulationszweck, weil er einen doppelten Inflationsausgleich beinhaltet.

Außerdem ist der von der (beklagten) Stadt in der Gebührenkalkulation – ebenfalls aufgrund der bisherigen Rechtsprechung – angesetzte Zinssatz von 6,52 % sachlich nicht mehr gerechtfertigt. Der hier gewählte einheitliche Nominalzinssatz für Eigen- und Fremdkapital, der aus dem fünfzigjährigen Durchschnitt der Emissionsrenditen für festverzinsliche Wertpapiere inländischer öffentlicher Emittenten zuzüglich eines pauschalen Zuschlags von 0,5 Prozentpunkten für höhere Fremdkapitalzinsen ermittelt wurde, geht über eine angemessene Verzinsung des für die Abwasserbeseitigungsanlagen aufgewandten Kapitals hinaus. Das Oberverwaltungsgericht hält es bei einer einheitlichen Verzinsung für angemessen, den zehnjährigen Durchschnitt dieser Geldanlagen ohne einen Zuschlag zugrunde zu legen.

Die im Jahresabschluss 2020 erwarteten deutlichen Reduzierungen der Gewinne der Stadtbetriebe Unna ab dem Wirtschaftsjahr 2023 aufgrund des Urteils des Oberverwaltungsgerichts NRW (OVG NRW) vom 17. März 2022 zu den kalkulatorischen Kosten werden durch die Änderung des Kommunalabgabengesetzes NRW vom 09. Dezember 2022 abgedeckt. Durch die Berücksichtigung eines kalkulatorischen Durchschnittszinses für dreißig Jahre statt für zehn Jahren – wie im Urteil des OVG NRW zugrundegelegt – ist die Absenkung der kalkulatorischen Zinssätze geringer ausgefallen.



Da die beklagte Stadt Beschwerde beim Bundesverwaltungsgericht eingelegt hat, war das Urteil bislang nicht rechtskräftig. Aufgrund des Beschlusses des Bundesverwaltungsgerichts vom 07. März 2023 ist das Urteil wirkungslos. Die zum OVG-Urteil in der Urteilsbegründung vertretene Rechtsauffassung findet damit zwar zunächst keine Anwendung, es bleibt jedoch abzuwarten, wie diese Rechtsauffassung bei zukünftigen rechtlichen Auseinandersetzungen herangezogen wird. Die mit der Novellierung des KAG NRW vom 9. Dezember 2022 im § 6 Abs.2 geänderten Vorschriften sind eine Reaktion auf die im OVG-Urteil vertretene Rechtsauffassung. Die weitere Entwicklung gilt es daher zu verfolgen.

Für die Zukunft sind die Risiko- und Gefährdungspotentiale weiterhin regelmäßig zu überprüfen und an sich ergebende aktuelle Notwendigkeiten anzupassen.

V. Prognosebericht

V.1 Ausblick auf das Geschäftsjahr 2022

Die Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes der Kreisstadt Unna für die Jahre 2019 bis 2023, die vom Rat der Kreisstadt Unna in seiner Sitzung am 13. Dezember 2018 beschlossen wurde, führte die Ergebnisabführung in Höhe von 1.200 T€ bis ins Jahr 2022 fort. Damit ergaben sich für die Wirtschaftsjahre 2018 bis 2023 der Stadtbetriebe Unna nachfolgende Ergebnisabführungen:

	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Ergebnisabführung	1.200 T€	2.000 T€	1.200 T€	1.200 T€	1.200 T€	1.200 T€

Der Rat der Kreisstadt Unna hat in seiner Sitzung am 05. März 2020 die Erhöhung der Ergebnisabführung der Stadtbetriebe Unna um 800 T€ auf 2.000 T€ für die Haushaltsplanjahre 2020 bis 2023 mehrheitlich abgelehnt. Beschlossen wurde die einmalige Anhebung auf 2.000 T€ für das Haushaltsjahr 2020, d. h. das Wirtschaftsjahr 2019 der Stadtbetriebe Unna.

Damit bleibt die Ergebnisabführungsverpflichtung bei 1.200 T€ für das Wirtschaftsjahr 2022.

Der am 20. Dezember 2021 vom Rat der Kreisstadt Unna beschlossene Wirtschaftsplan 2022 der Stadtbetriebe Unna weist einen Planüberschuss in Höhe von 3.060 T€ aus. Aus dem Gewinn des Originären Bereichs in Höhe von 6.562 T€ ergibt sich abzüglich des Verlustes des Auftragsbereichs in Höhe von 3.487 T€ ein Saldo in Höhe von 3.075 T€, mit dem die Vorgabe des Haushaltssicherungskonzeptes für das Wirtschaftsplanjahr 2022 erfüllt werden kann.

Ausgehend von den Planzahlen 2022 und den Entwicklungen der letzten Monate kann gemäß



Finanzbericht zum 30. September 2022 (Vorlage Nr. 0676/22) bzw. der Fortschreibung des Ergebnisses im Bereich DSD 2021 von folgenden Prognosen ausgegangen werden:

	Plan 2022	Prognose 2022	Ergebnis 2021	Ergebnis 2020
	€	€	€	€
Abwasserwirtschaft	+ 7.074.000	+ 6.872.400	+ 6.666.827,46	+ 6.671.460,06
Abfallwirtschaft	+ 126.000	+ 114.500	- 86.955,87	+ 22.543,94
Straßenreinigung	+ 32.000	+ 7.000	- 10.069,16	+ 30.015,23
Städtische Friedhöfe	- 45.000	- 45.000	- 226.874,96	- 106.449,08
Gewässerunterhaltung	- 226.000	- 191.000	- 70.452,39	- 97.685,38
Hochwasserschutz	- 399.000	- 255.000	- 186.911,41	- 187.569,88
Summe Originärer Bereich	+ 6.562.000	+ 6.502.900	+ 6.085.563,67	+ 6.332.314,89
Straßenunterhaltung	- 350.000	- 350.000	- 359.321,11	- 242.222,77
Kommunaler Anteil	- 2.728.000	- 2.698.000	- 2.635.692,55	- 2.449.537,29
Straßenunterhaltung	- 245.000	- 245.000	- 81.611,10	+ 5.186,26
Grünflächenpflege	- 114.000	- 114.000	- 113.000,64	- 112.598,98
Kommunaler Anteil	- 114.000	- 114.000	- 113.000,64	- 112.598,98
Grünflächenpflege	+ 0	+ 0	+ 0,00	+ 72.587,78
Winterdienst	+ 0	+ 0	+ 0,00	+ 72.587,78
Sonstige Auftragsleistungen	- 50.000	+ 20.000	+ 18.876,78	+ 24.445,93
Summe Auftragsbereich	- 3.487.000	- 3.387.000	- 3.170.748,62	- 2.702.139,07

Gewinn (+) / Verlust (-)	+ 3.075.000	+ 3.115.900	+ 2.914.815,05	+ 3.630.175,82
Duale Systeme	- 16.000	- 145.000	- 171.462,61	+ 20.198,36
Grabpflege	+ 1.000	+ 1.000	+ 5.280,11	+ 9.419,71
Sonstige Drittleistungen	+ 0	+ 0	+ 309,45	+ 198,26
Summe Drittbereich	- 15.000	- 144.000	- 165.873,05	+ 29.816,33
Gesamtergebnis	+ 3.060.000	+ 2.971.900	+ 2.748.942,00	+ 3.659.992,15

Die Gebührenkalkulation 2022 im Bereich **Abwasserwirtschaft** berücksichtigte eine gebührenrechtliche Kostendeckung von 100 v. H. und prognostizierte eine Unterdeckung in Höhe von 0 T€.

Die Entwicklung des Gebührenbereichs verläuft im Wesentlichen planungskonform im Rahmen der Kalkulation. Nach den derzeit vorliegenden Zahlen kann davon ausgegangen werden, dass sich im Bereich Schmutzwasser eine leichte Überdeckung (23,6 T€) und im Bereich Niederschlagswasser eine höhere Unterdeckung (201,6 T€) ergeben wird.

Die Überdeckung Schmutzwasser wirkt sich nicht auf das bilanzielle Ergebnis aus, da diese Überdeckung der Gebührenausgleichsverbindlichkeit zugeführt würde, während die Unterdeckung im Bereich Niederschlagswasser in die Kalkulation 2024 einbezogen werden müsste und damit das voraussichtliche bilanzielle Ergebnis 2022 um 201,6 T€ verschlechtert.

Die Gebührenkalkulation 2022 im Bereich **Abfallwirtschaft** berücksichtigte eine gebührenrechtliche Kostendeckung von 100 v. H. und prognostizierte ein ausgeglichenes Ergebnis (0 T€).

Da sich die Kosten im Wesentlichen im Rahmen der Kalkulation bewegen, kann für den



Gebührenabschluss 2022 mit einer Überdeckung des Gebührenhaushaltes Restmüll gerechnet werden, die der Gebührenausgleichsverbindlichkeit Restmüll zugeführt würde, während eine mögliche Unterdeckung des Gebührenhaushalts Biomüll von ca. 11,5 T€ in die Kalkulation 2024 einfließen würde.

Das bilanzielle Ergebnis gemäß Wirtschaftsplan 2022 beläuft sich auf 126 T€ und würde durch die Unterdeckung des Gebührenhaushalts Biomüll um rd. 11,5 T€ (25 T€ Mindereinnahmen abzgl. Minderaufwand 13,5 T€) unterschritten werden.

Die Gebührenkalkulation 2022 im Bereich **Straßenreinigung** berücksichtigte eine gebührenrechtliche Kostendeckung von 100 v. H. und prognostizierte ein ausgeglichenes Ergebnis (0 T€).

Im Bereich der Reinigung Fußgängerzone werden sich voraussichtlich Verschlechterungen aufgrund der längerfristigen Sanierungsarbeiten der Fußgängerzone und der dadurch nicht möglichen Durchführung der Straßenreinigung ergeben.

Für 2022 werden für 7 Monate die Straßenreinigungsgebühren abgesetzt; dies führt zu einer Unterdeckung in 2022, die in die Kalkulation für 2024 einfließen würde.

Das bilanzielle Ergebnis gemäß Wirtschaftsplan 2022 beläuft sich auf 32 T€ und wird sich voraussichtlich um 25 T€ verschlechtern.

Die Gebührenkalkulation 2022 im Bereich **Friedhofswesen** berücksichtigte eine gebührenrechtliche Kostendeckung von 100 v. H., einen grünpolitischen Anteil von 110 T€ und prognostizierte ein ausgeglichenes Ergebnis (0 T€).

Die Fallzahlen in 2022 liegen über den Planzahlen, sodass mit Gebührenmehreinnahmen gerechnet werden kann, die den Gebührenausgleichsverbindlichkeiten zugeführt würden.

Das bilanzielle Ergebnis gemäß Wirtschaftsplan 2022 beläuft sich auf -45 T€ und ist neben dem Gebührenabschluss stark davon abhängig, in welcher Höhe aus den vereinnahmten Erwerbsgebühren Friedhof Beträge im Rahmen der passiven Rechnungsabgrenzung für die Nutzungszeiten abgegrenzt werden müssen. Die jährlichen Ist-Abgrenzungsbeträge für die Jahre 2012 bis 2020 variierten zwischen 361 T€ und 496 T€. Für die Wirtschaftsplanung 2022 wurde eine passive Rechnungsabgrenzung in Höhe von 507 T€ zugrunde gelegt.

Nach den zurzeit vorliegenden Daten kann davon ausgegangen werden, dass dieses bilanzielle Planergebnis erreicht wird.

Die Veranschlagung 2022 des Bereiches **Gewässerunterhaltung** enthält ein Plandefizit in Höhe von 226 T€. Es kann davon ausgegangen werden, dass diese Vorgaben um 35 T€ unterschritten werden.

Die Veranschlagung 2022 des Bereiches **Hochwasserschutz** enthält für laufende Unterhaltungsmaßnahmen einen Ansatz in Höhe von 399 T€. Es kann davon ausgegangen werden, dass diese Vorgaben um 144 T€ unterschritten werden.



Für das Wirtschaftsjahr 2022 ist für den Bereich **Straßenunterhaltung (Unterhaltungsaufwand)** unter Berücksichtigung von städtischen Leistungsentgelten in Höhe von 1.130,5 T€ (Pauschalentgelt, seit 2009 unverändert) sowie von zusätzlichen Entgelten in Höhe von 300 T€ (Pauschalentgelt, seit 2016 unverändert) zur Verbesserung des Erscheinungsbildes des Straßenbegleitgrüns eine Unterdeckung in Höhe von 350 T€ ausgewiesen.

Im Vorschlag 1 des Haushaltssicherungskonzeptes 2015 – 2020 des Haushaltsplanes 2015 / 2016 der Kreisstadt Unna wurde seinerzeit festgestellt, dass von einem Mehraufwand für Grünpflege in den Jahren 2015 bis 2020 in einer Größenordnung von 250 T€ pro Jahr auszugehen sei. Dieser Mehrbedarf werde in den kommenden Jahren zusätzlich bereitgestellt, um mit Hilfe von Fremdaufträgen das Erscheinungsbild der städtischen Grünflächen deutlich zu verbessern. Dieser Zusatzbetrag wurde ab dem Haushaltsjahr 2016 auf 350 T€ erhöht.

Von diesen zusätzlichen Mitteln wurden den Stadtbetrieben Unna in 2015 200 T€ (ab 2016: 300 T€) für den Bereich der Grünpflege Straßenunterhaltung und ab 2015 50 T€ im Bereich der Grünpflege Spielplätze zur Verfügung gestellt.

Aufgrund der Trockenheit der Sommer 2018 bis 2020 waren die Aufwendungen für Baumfällungen, die Beseitigung von Totholz sowie für die Bekämpfung des Eichenprozessionsspinners schon in diesen Jahren deutlich gestiegen. Unter Berücksichtigung weiterer Folgemaßnahmen wurde im Wirtschaftsplan 2020 für Baumfällungen und die Beseitigung von Totholz 100 T€ zusätzlich bereitgestellt, die nicht durch entsprechende Mehrzahlungen der Kreisstadt Unna refinanziert wurden; dieser Betrag wurde im Wirtschaftsplan 2021 auf 150 T€ und im Wirtschaftsplan 2022 auf 350 T€ erhöht.

Zurzeit kann davon ausgegangen werden, dass die geplante Unterdeckung 2022 eingehalten werden kann.

Der Wirtschaftsplan 2022 weist im Bereich **Straßenunterhaltung (Anteile Kreisstadt Unna)** ein Defizit in Höhe von 2.728 T€ aus. Die Stadtbetriebe Unna leisten hier für die Kreisstadt Unna die durch die Stadtbetriebe Unna nicht beeinflussbaren Niederschlagswassergebühren Straße und den kommunalen Anteil Straßenreinigung.

Aufgrund der Veranlagung und Zahlung für 2022 ist davon auszugehen, dass sich das Ergebnis um ca. 30 T€ verbessern wird.

Für das Wirtschaftsjahr 2022 ist für den **Grünbereich (Unterhaltungsaufwand)** ein Plandefizit in Höhe von 245 T€ ausgewiesen.

Aufgrund der Trockenheit der Sommer 2018 bis 2020 waren die Aufwendungen für Baumfällungen, die Beseitigung von Totholz sowie für die Bekämpfung des Eichenprozessionsspinners (z. B. für die Bereiche Schulen, Spielplätze, Immobilienmanagement und Park- und Grünanlagen) in diesen Jahren deutlich angestiegen.

Auch für 2022 waren die Aufwendungen gegenüber den Vorjahren weiterhin erhöht; sodass zurzeit davon ausgegangen wird, dass die geplante Unterdeckung von 245 T€ ausreichend sein wird.

Der Wirtschaftsplan 2022 weist für den **Grünbereich (Anteil Kreisstadt Unna)** ein Defizit in Höhe von 114 T€ aus. Die Stadtbetriebe Unna leisten hier für die Kreisstadt Unna die durch die Stadtbetriebe



Unna nicht beeinflussbaren Zahlungen des grünpolitischen Anteils für die Funktion des West- und Südfriedhofs als öffentliche Park- und Grünanlagen in Höhe von 110 T€ zuzüglich Umlagen. Es ist davon auszugehen, dass das Planergebnis erreicht werden wird.

Für das Wirtschaftsjahr 2022 ist für den Bereich **Winterdienst** ein ausgeglichenes Planergebnis veranschlagt.

Der Bestand der bestehenden zweckgebundenen Rücklage für den Winterdienst belief sich zum 31.12.2020 auf 843.459,26 T€. Aufgrund der Unterdeckung Winterdienst im Jahr 2021 soll dieser zweckgebundenen Rücklage ein Betrag in Höhe 165.912,41 € entnommen werden, so dass sich der Bestand der Rücklage danach auf 677.546,85 € belaufen wird.

Aufgrund dieser bestehenden zweckgebundenen Rücklage für den Bereich Winterdienst kann davon ausgegangen werden, dass das Planergebnis 2022 erreicht werden wird.

Die Ausweisung eines Plan-Defizits im Bereich **Sonstige Auftragsleistungen** in Höhe von 50 T€ ist auf die Veranschlagung eines „Erinnerungsansatzes“ für Starkregenereignisse zurück-zuführen. Nachdem in 2020 und 2021 erste Starkregenereignisse auch in Unna stattgefunden haben, wurde deutlich, dass das Thema gemeinschaftlich (Haus- und Grundstückseigentümer, Bereich Planung, Straßenbaulastträger, etc.) angegangen werden muss, um Schäden aufgrund von Starkregen zu begrenzen. Eine vollständige Vermeidung wird nicht möglich sein.

In 2022 ist kein Aufwand für Starkregen angefallen; einschließlich zu erwartender Verbesserungen in den übrigen sonstigen Auftragsbereichen kann für 2022 Verbesserungen in Höhe von ca. 70 T€ ausgegangen werden.

Bei der Aufstellung des Wirtschaftsplanes 2022 wurde für den Bereich **Duale Systeme** eine Unterdeckung in Höhe von 16 T€ eingeplant.

Zurzeit wird für 2022 davon ausgegangen, dass sich aufgrund der Auswirkungen der neuen Entgeltvereinbarung mit den Dualen Systemen eine Unterdeckung von ca. 145 T€ ergeben wird.

In den letzten Jahren haben sich die Ergebnisse im Bereich **Grabpflege** positiv entwickelt, da die jährlichen Unterdeckungen kontinuierlich abgebaut werden konnten. Die derzeit noch bestehenden 70 Dauergrabpflegeverträgen werden über private Friedhofsgärtner abgewickelt.

Für das Wirtschaftsjahr 2022 kann von einer Überdeckung von ca. 1 T€ ausgegangen werden.

Im Bereich **Sonstige Drittleistungen** ist für 2022 davon auszugehen, dass das Planergebnis von 0 T€ erreicht werden wird.

Zusammenfassend kann damit zurzeit davon ausgegangen werden, dass der im Wirtschaftsplan 2022 veranschlagte Gewinn im Originären Bereich in Höhe von 6.562 T€ um 59,1T€ unterschritten werden wird. Im Auftragsbereich werden sich aller Voraussicht nach Verbesserungen gegenüber der Planung (- 3.487 T€) um 100 T€ auf - 3.387 T€ ergeben. Saldiert wird sich damit das Ergebnis 2022 voraussichtlich auf + 3.115,9 T€ (6.502,9 T€ Gewinn Originärer Bereich abzüglich Verlust Auftragsbereich 3.387 T€) belaufen, so dass damit das Ziel einer Gewinnabführung für 2022 in Höhe von 1.200 T€ erreicht werden kann.



Im Rahmen des Finanzcontrollings werden alle relevanten Aufgaben und Prozesse überprüft, um entsprechende Gegensteuerungen im Hinblick auf die Zielerreichung zu ermöglichen.

V.2 Weitere Entwicklung der Stadtbetriebe

Die Corona-Krise hat sich bei den Stadtbetrieben Unna unterschiedlich ausgewirkt. Zu Anfang der Pandemie wurden vom 16. März 2020 bis 05. Mai 2020 die Trauerhallen geschlossen, aber danach mit entsprechenden Regelungen für die Nutzung, wie z. B. einer Maskenpflicht und der Begrenzung der Anzahl der Teilnehmer*innen, wieder geöffnet.

Um das Risiko einer gegenseitigen Ansteckung zu minimieren, wurden die Arbeitszeiten der verschiedenen Bereiche gestaffelt, damit sich die Mitarbeiter*innen im gewerblichen Bereich möglichst wenig begegnen bzw. im Verwaltungsbereich im wöchentlichen Wechsel Arbeit vor Ort bzw. im „Home-Office“ eingeführt. Nachdem entsprechende Schutzmaßnahmen in den Büros durchgeführt wurden, wurde seit dem 06. Juli 2020 im Verwaltungsbereich wieder in normaler Besetzung gearbeitet; die gestaffelten Arbeitszeiten im gewerblichen Bereich wurden bis zum 06. Februar 2023 beibehalten.

Bislang sind Mehrkosten für ein zusätzlich angemietetes Müllsammelfahrzeug, für zusätzliche Mitarbeiter, Schutzausrüstung, Corona-Tests und zusätzliche Reinigungen angefallen. Das zusätzliche Müllsammelfahrzeug und die zusätzlichen Mitarbeiter wurden seit dem 05. Oktober 2020 nicht mehr benötigt. Im Bereich Friedhöfe waren in 2020 Mindereinnahmen aufgrund der Nicht-Nutzung der Trauerhallen zu verzeichnen. Die Mehrkosten waren nicht erheblich und wurden zum Teil über erhöhte Entgelte refinanziert.

Schwieriger einzuschätzen sind die konkreten Auswirkungen des Ukraine-Krieges. Die Deutsche Bundesbank erwartete seinerzeit eine schwere Rezession und eine Inflationsrate, die zweistellig werden könnte. Bislang waren deutlich gestiegene Energiekosten, deutlich gestiegene Baukosten und teilweise erhebliche Beeinträchtigungen der Lieferketten zu registrieren. Die Preissteigerungen, gerade im Bereich der Baukosten, halten an, die Beeinträchtigungen der Lieferketten sind zurückgegangen.

Die im Jahresabschluss 2020 erwarteten deutlichen Reduzierungen der Gewinne der Stadtbetriebe Unna ab dem Wirtschaftsjahr 2023 aufgrund des Urteils des Oberverwaltungsgerichts NRW (OVG NRW) vom 17. März 2022 zu den kalkulatorischen Kosten werden durch die Änderung des Kommunalabgabengesetzes NRW vom 9. Dezember 2022 abgedeckt. Durch die Berücksichtigung eines kalkulatorischen Durchschnittszinses für dreißig Jahre statt für zehn Jahren – wie im Urteil des OVG NRW zugrundegelegt – ist die Absenkung der kalkulatorischen Zinssätze geringer ausgefallen.

Die Verbesserungen, die sich seinerzeit aus der Anpassung der Abschreibungen im Bereich der Abwasserwirtschaft und der Reduzierung der Gebühren für die kommunalen Straßen, die von den Stadtbetrieben Unna für die Kreisstadt Unna gezahlt werden, ergeben haben, lassen sich ebenfalls nicht dauerhaft fortschreiben. Steigende Niederschlagswassergebühren und Zuwächse der kommunalen Straßenflächen werden zu steigenden Gebührenübernahmen für die Kreisstadt Unna und damit zu weiter sinkenden Gewinnen führen.

In den vergangenen Jahren wurden – um den finanziellen Vorgaben entsprechen zu können – freiwerdende Stellen nicht extern, sondern intern besetzt. Diese internen Besetzungen erfolgten zu Lasten des Bereichs Grünflächenpflege, der damit personell ausgedünnt wurde.

Seit 2015 ist es den Stadtbetriebe Unna nur noch möglich, für einen Teil der städtischen



Pflegebereiche die Grünpflegeleistungen selbst zu erbringen. Für die anderen Bereiche werden die Leistungen ausgeschrieben und fremdvergeben.

Mit diesem Vorgehen ist auch das Ziel verbunden, durch den konkreten Vergleich der Leistungen und Kosten der Stadtbetriebe Unna und der Fremdfirmen eine Grundsatzentscheidung über eine Eigenerledigung oder eine Fremderledigung von Grünflächenleistungen treffen zukönnen.

Aktuell ist die Grünflächenpflege für die Bereiche Schulen, Kinder- und Jugendbüro komplett und für den Bereich Immobilienmanagement anteilig bis 2023 sowie für den Bereich Straßenbegleitgrün anteilig bis 2024 fremdvergeben.

Reintegration der Stadtbetriebe Unna (siehe Vorlage Nr. 0693/22, aus der im Folgenden auszugsweise zitiert wird)

“Um zu prüfen, ob und ggf. zu welchem Zeitpunkt eine Reintegration der Stadtbetriebe Unna vorteilhaft ist, wurde im Februar 2021 eine Projektgruppe eingerichtet. Zusätzlich zu den Stadtbetrieben waren daran das Büro des Bürgermeisters, die Bereiche Organisation, Personal, Datenverarbeitung, Finanzmanagement und Rechnungswesen sowie die Gleichstellung, der Personalrat und die Schwerbehindertenvertretung beteiligt. In mehreren Sitzungen hat die Projektgruppe die Auswirkungen einer möglichen Reintegration der Stadtbetriebe herausgearbeitet. Allerdings haben deren Mitglieder die Arbeitsergebnisse hinsichtlich der Validität unterschiedlich bewertet. Daher wurde die Allevo Kommunalberatung GmbH, welche die Kreisstadt Unna schon im Kontext der NKF-Einführung beraten hat, im Januar 2022 beauftragt, ein Gutachten zur Betriebsform der Stadtbetriebe Unna zu erstellen. Zur Ermittlung des mit einer Reintegration verbundenen Einsparpotenzials wurde der Auftrag im April 2022 entsprechend erweitert.

Für die Erstellung des Gutachtens hat die Allevo Kommunalberatung GmbH im Zeitraum von Januar bis Mai 2022 Dokumentenanalyse betrieben sowie Interviews mit unterschiedlichen Akteurinnen* Akteuren und Workshops mit den Mitarbeitenden der Stadtbetriebe durchgeführt. Im Ergebnis hat die Allevo Kommunalberatung GmbH mit Gutachten vom 11.08.2022 (Anlage) die Umwandlung der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Stadtbetriebe Unna in einen Regiebetrieb empfohlen. Hierfür führte sie insbesondere folgende Argumente an:

- Die Gründe für die damalige Umwandlung der Stadtbetriebe Unna sind mit Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements zum Teil entfallen.
- Reibungsverluste infolge von Doppelstrukturen zwischen Stadtverwaltung und Stadtbetrieben lassen sich vermeiden.
- Größere Querschnittsbereiche mit besseren Vertretungsmöglichkeiten können gebildet werden.
- Es besteht ein Einsparpotenzial von ca. 278.000 € pro Jahr (Aufwendungen für externe Wirtschaftsprüfung, Personalaufwendungen).

Weiterhin regte die Allevo Kommunalberatung GmbH u. a. an, die Mitarbeitenden der Stadtbetriebe durch transparente Kommunikation und aktives Aufgreifen der von ihnen gesehenen Nachteile in den Veränderungsprozess einzubeziehen. Dieses sei bis dato neben der Beteiligung in der Projektgruppe und im Rahmen von Workshops durch ein Schreiben des Bürgermeisters, die Durchführung einer Teilpersonalversammlung und die Präsentation der Ergebnisse des Gutachtens erfolgt.



Auswirkungen / weiteres Vorgehen

Beschlussfassung durch den Rat

Vor der Beschlussfassung durch den Rat Mitte Dezember 2022 sind Vorberatungen im Betriebsausschuss Stadtbetriebe Unna und im Haupt- und Finanzausschuss geplant. In den Ausschusssitzungen werden die Ergebnisse des Gutachtens durch die Allevo Kommunalberatung GmbH vorgestellt.

Kommunalaufsicht

Dem § 115 GO NRW folgend, ist die Auflösung der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung der Kommunalaufsicht anzuzeigen. Die Anzeige hat nach Beschlussfassung des Rates unverzüglich zu erfolgen.

Betriebssatzung

Die Betriebssatzung ist zum 31.12.2023, 24 Uhr, außer Kraft zu setzen. Für den Beschluss über eine damit einhergehende Auflösungsatzung wird im Anschluss an den Grundsatzbeschluss eine gesonderte Vorlage erstellt.

Betriebsausschuss Stadtbetriebe Unna

Der Betriebsausschuss bleibt formal bis zum Jahresabschluss 2023 der Stadtbetriebe Unna bestehen. Überdies soll er personenidentisch in einen Regiebetriebsausschuss mit gleichen Aufgabeninhalten überführt werden. Die Kompetenzen orientieren sich an denen der anderen Fachausschüsse des Rates. Die Zuständigkeitsordnung ist dementsprechend anzupassen.

Personal der Stadtbetriebe Unna

Die Betriebsleitung soll im Rahmen der städtischen Regelungen größtmögliche Flexibilität in der Aufgabenwahrnehmung erhalten. Auswirkungen auf die übrigen Beschäftigten der Stadtbetriebe Unna ergeben sich nicht.

Produkthaushalt der Kreisstadt Unna

Der Regiebetrieb Stadtbetriebe Unna wird ab dem 01.01.2024 im städtischen Produkthaushalt geführt. Für die Aufgabenbereiche der Stadtbetriebe Unna werden entsprechende Produkte gemäß der VV Muster zur GO NRW und KomHVO NRW gebildet und mit eigenen Budgets geplant. Das Vermögen und die Schulden der Stadtbetriebe Unna werden in die Bilanz der Kreisstadt Unna zum Stichtag 01.01.2024 auf Grundlage der Schlussbilanz der Stadtbetriebe Unna zum 31.12.2023 überführt.“

Beratungen und Beschlussfassungen

- Betriebsausschuss Stadtbetriebe Unna 30. November 2022

Vorstellung des Gutachtens der Allevo Kommunalberatung GmbH, Anmeldung von Beratungsbedarf, ohne Abstimmung.

- Haupt- und Finanzausschuss 08. Dezember 2022



Mehrheitliche Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses.

- Betriebsausschuss Stadtbetriebe Unna 14. Dezember 2022

Ohne Abstimmung.

- Rat der Kreisstadt Unna 15. Dezember 2022

Mehrheitlicher Beschluss des Rates der Kreisstadt Unna:

1. Die Stadtbetriebe Unna als eigenbetriebsähnliche Einrichtung werden zum 01. Januar 2024 in einen Regiebetrieb umgewandelt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die noch notwendigen Maßnahmen einzuleiten sowie die weiteren erforderlichen Beschlüsse vorzubereiten und einzuholen.
3. Die Verwaltung wird ferner beauftragt, im Anschluss das kommunalrechtliche Anzeigeverfahren durchzuführen.

Unna, den 02.08.2023

gez. Frank Peters
Betriebsleiter







Unna Marketing – Gesellschaft für Veranstaltungen und Stadtmarketing



4.1.3 Unna Marketing-Gesellschaft für Veranstaltungen und Stadtmarketing mbH

Anschrift:	Kontakt:	Gründung:
Parkstraße 44 59425 Unna	Telefon: 02303 96805-0 Fax: 02303 96805-21 E-Mail: info@unna-Marketing.de Internet: www.unna-marketing.de	Gesellschaftsvertrag vom: 29.10.1982 in der Fassung vom: 07.07.2016

Öffentlicher Zweck/Beteiligungsziel

Die Gesellschaft verfolgt den Zweck, das kulturelle und soziale Leben der Kreisstadt Unna, insbesondere durch Unterstützung der örtlichen Kulturträger, zu fördern.

Die Gesellschaft organisiert und veranstaltet größere Ereignisse im Stadtgebiet von Unna. Diese sind derzeit:

- das Stadtfest,
- Un(n)a Festa Italiana,
- Weihnachtsmarkt,
- Wochenmarkt,
- Autobazar,
- Kirmessen sowie
- diverse Kulturveranstaltungen und Konzerte.

Zudem gehören gesellschaftliche Traditionspflege und Erhaltung des stadtgeschichtlichen Erbes zu ihren Aufgaben. Darüber hinaus übernimmt die Gesellschaft das Gebäudemanagement sowie die Verwaltung für das Gebäude der Erich Göpfert Stadthalle im Rahmen eines Dienstleistungsvertrages in der jeweils gültigen Fassung.

Weitere Veranstaltungen bzw. auch Märkte können zukünftig von der Gesellschaft durchgeführt werden, wenn dadurch der Gesellschaftszweck gefördert wird. Die Gesellschaft kann auch beratende und organisatorische Hilfestellungen bei Drittveranstaltern im Stadtgebiet Unna leisten.

Der Gesellschaft obliegt die Aufgabe des Stadtmarketing mit den Schwerpunkten

- Stadtwerbung,
- Tourismusförderung und
- Umsetzung des Stadtmarketinghandbuchs.

Gesellschafter	Anteile am Stammkapital in	
	%	€
Kreisstadt Unna	100,00	28.800,00
	100,00	28.800,00

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführer

Gesellschafterversammlung



Geschäftsführung	
Horst Bresan	

Vergütung der Geschäftsführung			
Gemäß Punkt 3.3.4 des Public Corporate Governance Kodexes der Kreisstadt Unna ist die Vergütung bzw. sind die Bezüge der Mitglieder der Geschäftsführung im Beteiligungsbericht aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten und Sachleistungen auszuweisen.			
Erfolgsabhängige Bezüge	Sachleistungen	Erfolgsunabhängige Bezüge	Gesamtbezüge
0,00 €	0,00 €	139.100 €	139.100 €
Herr Bresan hat auf Grund seines Beamtenstatus einen Pensionsanspruch gegenüber der Kreisstadt Unna. Die Pensionsansprüche werden im städtischen Haushalt abgebildet.			

Anzahl der Mitarbeiter (ohne Geschäftsführer)	2021	2020
Angestellte		
in Vollzeit	7	7
in Teilzeit	1	1
Auszubildende	3	3
Aushilfen	6	12
Gesamt	17	23

Aufgrund der Pandemie reduzierte sich die Zahl der Aushilfen, die in 2020 noch beschäftigt waren, von 12 auf 6 Aushilfen im Jahr 2021.

Gesellschafterversammlung		
Folgende Mitglieder waren für die Kreisstadt Unna in der Gesellschafterversammlung vertreten:		
Lfd. Nr.	Fraktion	Ordentliches Mitglied
1.	B `90/GRÜ	RM Sacher, Michael
2.	B `90/GRÜ	RM Wendel, Claudia
3.	B `90/GRÜ	RM Keuchel, Claudia
4.	B `90/GrRÜ	RM Nieder-Molik, Ines-Carola
5.	CDU	RM Fröhlich, Rudolf
6.	CDU	RM Meyer, Gabriele
7.	CDU	RM Rottinger, Franz
8.	CDU	RM Schmidt, Meinolf
9.	CDU	sB Volkmann, Vera
10.	SPD	RM Nick, Renate
11.	SPD	RM Essers, Ilka
12.	WfU	RM Risadelli, Barbara
13.	FDP	RM Kunzenbacher, André
14.	FDP	RM Klaus-Dieter Bahn
15.	FLU	RM Haase, Torsten
16.	Fraktionslos	RM Ondrejka-Weber, Petra
17.	Verw.	BM Wigant, Dirk



Bilanz der letzten zwei Geschäftsjahre

	2021	2020
	in €	in €
Aktiva:		
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	12	12
II. Sachanlagen	46.856	50.484
Summe Aktiva	46.868	50.496
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte	10.104	8.673
II. Forderungen	101.161	187.105
III. Kassenbestand	523.693	156.310
Summe Umlaufvermögen	634.958	352.088
C. Rechnungsabgrenzungsposten	-	2.088
Summe Aktiva	681.826	404.672
Passiva:		
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	28.800	28.800
II. Kapitalrücklage	211.518	81.518
III. Gewinnrücklage	-	-
IV. Gewinn-/Verlustvortrag	12.909	12.909
V. Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	-	-
Summe Eigenkapital		
B. Rückstellungen	147.500	46.800
C. Verbindlichkeiten	281.099	234.645
D. Rechnungsabgrenzungsposten	-	-
Summe Passiva	681.826	404.672



Gewinn- und Verlustrechnung der letzten zwei Geschäftsjahre

	2021	2020
	in €	in €
Umsatzerlöse	595.615	414.463
sonstige betriebliche Erträge	471.288	436.204
Materialaufwand	193.170	1.309
Personalaufwand	514.213	598.133
Abschreibungen	17.167	36.134
Sonstige betriebliche Aufwendungen	342.393	144.442
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	40	150
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-	-
Ergebnis nach Steuern	0	-12.986
Sonstige Steuern	-	12.986
Erträge aus Verlustübernahme	-	-
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag (-)	0	0

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß §12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Der Gesellschafterversammlung der Unna Marketing – Gesellschaft für Veranstaltungen und stadtmkteting mbH gehören von den 17 Mitgliedern 8 Frauen an (Frauenanteil: 47,06 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent überschritten.

Kassenkredit

Zum Bilanzstichtag 31.12.2021 wurde der Kreisstadt Unna ein Kassenkredit in Höhe von 0,00 € (Vorjahr: 0,00 €) zur Verfügung gestellt.

Zuschuss/Stärkung des Eigenkapitals

Im Verlaufe des Geschäftsjahres hat die Kreisstadt Unna zur Stärkung der Gesellschaft das Eigenkapital um TEUR 130 aufgestockt.



Lagebericht

A. Wirtschaftsbericht

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Die Unna Marketing-Gesellschaft für Veranstaltungen und Stadtmarketing mbH gliedert ihre Aufgaben in eine wirtschaftliche und eine kulturelle Sparte. Diese Organisationsstruktur erfolgt im Einklang mit den Ausführungsverordnungen des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union.

Für die Durchführung ihrer kulturellen Aufgaben erhält die Gesellschaft von der Kreisstadt Unna einen Zuschuss, der entsprechend der Vorgaben des Zuschussgebers Verwendung findet. Im Gesellschaftsvertrag haben die Gesellschafter den besonderen Auftrag und die öffentliche Zweck- und Zielsetzung der Gesellschaft insofern begründet, das kulturelle und soziale Leben der Kreisstadt Unna insbesondere durch die Unterstützung der örtlichen Kulturträger zu fördern. Aufgrund der durch die Coronapandemie nur schwer erfüllbar gewordenen Zielsetzung hat die Kreisstadt Unna dem Antrag der Gesellschaft zugestimmt, den Zuschuss zur Abmilderung der finanziellen Folgen der Pandemie einzusetzen. Ein Teil des Zuschusses kann an die Kreisstadt Unna zurückgegeben werden.

Im Jahr 2021 trotz der Gesellschaft einer weiterhin grassierenden Corona-Pandemie mit ihren weltweiten und vor allem weitreichenden Auswirkungen. Ein temporäres Veranstaltungsverbot und die spürbare Reduzierung der Sitzplatzkapazitäten in den Hallenbetrieben führten auch im Berichtsjahr zu erheblichen finanziellen Abweichungen von der gewohnten Normalität. Im zweiten Jahr der Pandemie war immerhin der Umgang mit den unterschiedlichsten Anforderungen bis hin zu kurzfristigen Reaktionen geübt, Hygienekonzepte konnten störungsfrei umgesetzt werden und auch das Publikum war nach gewisser Zeit mit dem Umgang der wechselnden Zugangs- und Hygieneregeln vertrauter.

Was blieb war auch die Herausforderung an das Mitarbeiterteam, auch in 2021 nahezu vollständig über das Jahr gesehen mit Einschränkungen aufgrund der fortgesetzten Kurzarbeit zu leben bzw. zu arbeiten. Zur Erfüllung ihrer Aufgaben beschäftigte Unna Marketing zum 31.12.2021 insgesamt 9 Mitarbeiter/innen plus Geschäftsführer. Eine Mitarbeiterin befand sich in Elternzeit. In der Ausbildung zum Verkaufskaufmann/-kauffrau und zur Fachkraft für Veranstaltungstechnik befanden sich 3 junge Menschen, zur Ergänzung des Stammpersonals wurden zum 31.12.2021 13 geringfügig Beschäftigte eingesetzt.

Mit „First in – last out“ wurde schon im Frühjahr 2020 eine genaue Einschätzung der Lage einer ganzen Branche beschrieben. Die ab Herbst trotz Einschränkungen durchgeführten Veranstaltungen in der Innenstadt setzten wichtige Akzente für den Einzelhandel und die Gastronomie, wobei insbesondere der Unnaer Familienweihnachtsmarkt in der umsatzstärksten Jahreszeit überzeugen konnte. Und auch die Wochenmärkte bewiesen ganzjährig ihre Notwendigkeit als Nahversorger und Frequenzträger für die Unnaer City.

„You can't e-mail a handshake“: eines wurde im Verlauf der Pandemie jedoch zur Gewissheit, digitale Formate können maximal eine Kompensation sein, wenn nichts mehr geht; die realen Erlebnisse mit echten Emotionen sind nicht digital austauschbar. Die baulichen Ertüchtigungsmaßnahmen in und an der Stadthalle beschränken sich im Berichtsjahr auf Nachbesserungen, Endmontagen und kleinere Gewerke, die allenfalls geringe Einschränkungen für den Vermietungsbetrieb in der Stadthalle zur Folge hatten. Nach Abschluss aller Arbeiten, geplant für 2024/25, kann die Stadthalle Unna wieder ihren vollen Beitrag als ein wichtiges Instrument des lokalen Standortmarketings im interkommunalen Wettbewerb um die Konkurrenzfähigkeit Unnas, um die Beliebtheit und Sympathiewerte unserer Stadt auszuspielen. Hotellerie, Gastronomie, Einzelhandel, Verkehrsdienstleister und Stadttourismus werden partizipieren, denn deren Arbeitsplätze werden auch durch ein gut frequentiertes Veranstaltungszentrum gestärkt.



In 2021 fanden insgesamt 124 Veranstaltungen statt, somit 47 mehr als im Jahr 1 der Pandemie. Die Umsätze aus dem Hallenbetrieb sind jedoch deutlich entfernt von den Möglichkeiten des Hauses und spiegeln ein Stück weit auch die reduzierte Größe der meisten Veranstaltungen wider. Die bekannten und beliebten Großveranstaltungen der Gesellschaft, insbesondere die Un(n)a Festa Italiana, mussten für das 1. Halbjahr 2021 noch ersatzlos abgesagt werden. Damit entfielen auch einige starke Umsatzträger der Gesellschaft.

Ertragslage der Gesellschaft:

Die Gesellschaft erzielte im Geschäftsjahr 2021 ein Ergebnis von TEUR 0, i. Vj. ebenfalls 0. Die Umsatzerlöse stiegen zum Vorjahr um TEUR 182 auf TEUR 596. Die sonstigen betrieblichen Erträge fielen um TEUR 35 höher aus. Der Materialaufwand ist um TEUR 108 auf TEUR 193 gestiegen. Grund hierfür sind die Außenveranstaltungen im 2. Kalenderhalbjahr. Der Personalaufwand liegt mit TEUR 514 um TEUR 84 unter dem Vorjahr, ist aber aufgrund des erhaltenen Kurzarbeitergeldes und der Reduzierung der Anzahl der Mitarbeiter (im Wesentlichen Aushilfen) weiterhin auf niedrigem Niveau. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind um TEUR 198 auf TEUR 342 gestiegen, was hauptsächlich aus der Bildung einer Rückstellung für mögliche Rückerstattungsansprüche für erhaltenes Kurzarbeitergeld resultiert.

Finanzlage der Gesellschaft:

Im Verlaufe des Geschäftsjahres hat die Kreisstadt Unna zur Stärkung der Gesellschaft das Eigenkapital um TEUR 130 aufgestockt. Die Kapitalrücklage der Gesellschaft wird nunmehr mit TEUR 212 (im Vorjahr TEUR 82) ausgewiesen. Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war, wie in den Vorjahren, jederzeit und in vollem Umfang gegeben. Eingehende Rechnungen werden unverzüglich nach Prüfung beglichen. Kredite für die Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit wurden im Geschäftsjahr, wie bereits in den Vorjahren, nicht in Anspruch genommen.

Im Geschäftsjahr wurde ein Cash-Flow aus laufender Geschäftstätigkeit von TEUR 251 (i. Vj. TEUR 85) erwirtschaftet. Des Weiteren betrug der Cash-Flow aus Investitionstätigkeit TEUR -13 (i. Vj. -31TEUR) und aus Finanzierungstätigkeit TEUR 130 (i. Vj. TEUR 49). Die Eigenkapitalquote bezogen auf die Bilanzsumme beträgt 37,1 % (i. Vj. 30,4 %).

Vermögenslage der Gesellschaft:

Die Bilanzsumme ist im Geschäftsjahr von TEUR 277 auf TEUR 682 gestiegen.

Die Aktiva bestehen zum Stichtag hauptsächlich aus TEUR 635 Umlaufvermögen (i.Vj. TEUR 352) und TEUR 47 Sachanlagen (i.Vj. TEUR 50). Die wesentlichen Positionen im Umlaufvermögen sind der Kassenbestand mit TEUR 524 (i.Vj. TEUR 156) und sonstige Vermögensgegenstände mit TEUR 101 (i.Vj. TEUR 187).

Die Passivseite besteht im Wesentlichen mit TEUR 253 (i.Vj. TEUR 123) aus Eigenkapital, TEUR 148 (i. Vj. TEUR 47) aus Rückstellungen und TEUR 124 (i.Vj. TEUR 162) aus Verbindlichkeiten gegenüber der Kreisstadt Unna. Die Veränderungen der Forderungen und Verbindlichkeiten sind überwiegend begründet durch die am Ende des Jahres wieder durchgeführten großen Außenveranstaltungen (Stichtagsbetrachtung der Bilanz).

Fazit:

Die unmittelbaren negativen Folgen der Coronapandemie für die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der Gesellschaft konnten unter Zuhilfenahme verschiedener Instrumente (Kapitalerhöhung, Kurzarbeitergeld, Sonderzuschuss) abgewendet werden.



B. Nachtragsbericht/ Corona-Pandemie

Trotz weltweiter gemeinsamer Anstrengungen konnte die wellenartige Ausbreitung des SARS-CoV-2-Virus auch in 2021 nicht eingedämmt werden. Deutschland wurde im Frühjahr 2021 von einer dritten Infektionswelle erfasst, in der 2. Novemberhälfte breitete sich eine vierte Welle aus. Wann und in welchem Umfang der Geschäftsbetrieb der Gesellschaft wieder völlig störungsfrei laufen kann, bleibt nicht einschätzbar, für 2022 sind bereits etliche Ausfälle bekannt. Dabei stehen zwischenzeitliche Lockerungen stets unter dem Vorbehalt des Gesundheitsschutzes und können auch kurzfristig wieder rückgängig gemacht werden, um eine erneute Ausbreitung des Virus zu verhindern bzw. einzudämmen. Die bereits bekannten Mutationen des Virus erhöhen indes die Gefahr für weitere Infektionswellen, wenn der bislang erworbene Impfschutz den mutierten Viren kein Einhalt gebieten kann. Die Corona-Pandemie stellt daher erneut eine Unsicherheit für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft dar. Ohne zusätzliche Unterstützung droht mit hoher Eintrittswahrscheinlichkeit gegen Ende des Jahres 2022 ein negatives Jahresergebnis.

C. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Prognosebericht:

Der Wirtschaftsplan 2022, den die Gesellschafterversammlung in Ihrer Sitzung am 13.12.2021 einstimmig festgestellt hat, weist ein Ergebnis von TEUR 0 aus. Alle Planungen und Beschlüsse für das Geschäftsjahr 2022 erfolgten unter der Annahme, dass ein störungsfreies Veranstaltungsjahr durchgeführt werden kann, in dem auch die abgesagte Un(n)a Festa Italiana des Vorjahres nachgeholt werden sollte.

Die Planungsannahmen für die Löhne und Gehälter berücksichtigen eine moderate Tarifsteigerung, was auch die Veränderungen beim Mindestlohn für geringfügig Beschäftigte betrifft. Auf der Aufwandsseite wurde die allgemeine Teuerungsrate zu Grunde gelegt. Für Corona-Hilfsprogramme von Bund und Land ist die Gesellschaft nicht antragsberechtigt.

Diese Planungen wurden ab Anfang Februar 2022 sogleich von einer massiven fünften Pandemie-welle und insbesondere durch die Auswirkungen des russischen Ukrainekrieges ab dem 24. Februar komplett negiert. Die wirtschaftlichen Folgen dieser neuen Entwicklung sind für die Gesellschaft zum Berichtszeitpunkt noch nicht prognostizierbar. In einer Postcoronazeit zeichnet sich zudem ein erheblicher Personalmangel im Dienstleistungsbereich von Handel, Gastronomie und Eventwirtschaft ab, dessen Folgewirkungen insgesamt noch gar nicht vorhersehbar sind. Für die großen Veranstaltungen, deren Vorbereitungen viele Monate vor dem eigentlichen Event getroffen werden, verbleibt ein unsicherer Planungsrahmen.

EU-konforme Sparte

- ***Förderung des kulturellen Angebotes und der lokalen kulturellen Qualitäten***
- ***„Erlebnisstadt Unna“ als regionale Stadtmarke durch Entwicklung des kulturtouristischen Potenzials Unnas***
- ***Bewahrung von Traditionsveranstaltungen als historisches Erbe***
- ***Sicherheit bei Großveranstaltungen als Qualitätskriterium***
- ***Förderung eines stadtgeschichtlichen Bewusstseins***

Aufgrund der regionalen Tätigkeit der Gesellschaft, das kulturelle und soziale Leben der Kreisstadt Unna, insbesondere durch Unterstützung der örtlichen Kulturträger, zu fördern, steht die kulturelle Tätigkeit der Gesellschaft im Einklang mit den Ausführungen des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union.



Die Wahrnehmung dieser Aufgabe ist jedoch angesichts der aktuellen Krisenlage nur eingeschränkt möglich. Mit einer störungsarmen Wiederaufnahme des Veranstaltungsbetriebes ist ab Mitte 2022 zu rechnen.

Wirtschaftliche Sparte

- **Dienstleistungsbetrieb des multifunktionalen Kultur- und Veranstaltungszentrums**
- **Beratung und Dienstleistungen für externe Veranstalter**
- **Wertschöpfungskette für den lokalen Handel und Gewerbe**
- **Unnaer Wochenmärkte: Nahversorger und „Szene-Treff“**
- **Ausbau stadttouristischer Angebote**

Die Kreisstadt Unna hat die Gesellschaft durch einen Dienstleistungsvertrag mit der Bewirtschaftung und Vermarktung des Kultur- und Veranstaltungszentrums Erich Göpfert Stadthalle beauftragt. Das Zentrum ist eines der wichtigsten Infrastruktureinrichtungen dieser Art in der Region. In 2022 sind in den Ferienzeiten kleinere Revisions- und Nacharbeiten geplant. Für die Sicherstellung der gastronomischen Angebotsqualität plant die Kreisstadt Unna für 2022 die dauerhafte Errichtung einer an das Gebäude angedockten Containerküche.

Die Wochenmärkte in Unna-Mitte mit ihrem umfassenden Angebot an Frische, Vielfalt und Qualität sind trotz geringer finanzieller Spielräume gefestigt und werden mit geeigneten Marketingsinstrumenten unterstützt. Angesichts der aktuellen Teuerungsraten bleibt die Konsumententwicklung jedoch auch für unsere Wochenmärkte ungewiss.

Das Potential des Städtetourismus liegt als Impulsgeber für Dienstleister der ersten und zweiten Umsatzstufe in der Festigung und im Ausbau von Arbeitsplätzen in der lokalen Wirtschaft. Eine attraktive Freizeitinfrastruktur sowie überdurchschnittliche Gastronomie-Kultur- und Einkaufserlebnisse stärken als Standortfaktor direkt das Binnenimage und den Freizeitwert Unnas sowie unmittelbar die Lebensqualität der Unnaer.

Das so gewonnene Imageplus wird die Wettbewerbsfähigkeit Unnas im interkommunalen Vergleich und Wettstreit um die besten Fachkräftestärken und den Zuzug junger Familien anregen. Für die Gesellschaft könnte sich so die Nachfrage nach Ihren Angeboten stabilisieren, ggf. drohende Umsatzverluste kompensiert werden. Eine flankierende Baulandoffensive der Kreisstadt Unna könnte als Treiber diesen Effekt deutlich verstärken. Hier wäre Potential für Infrastrukturinvestitionen nach überstandener Krise.

Die Entwicklung der Innenstadt unterliegt einer besonderen Fokussierung. Der bisherige Treiber der Herzkammer der Stadt, der lokale und inhabergeführte Einzelhandel, schwächelt, es müssen daher Alternativen entwickelt werden. Diese Veränderung wird spür- und sichtbare Auswirkungen auf die Aufenthaltsqualität der Unnaer Innenstadt haben. Mehr gastronomische Angebote, eine Profilierung der Innenstadtquartiere, überraschende Kulturangebote an wechselnden Standorten sowie eine Stärkung der Faktoren Sauberkeit und Sicherheit können wertvolle Beiträge hin zu einer weiterhin vitalen Unnaer Innenstadt sein. Eine weniger anziehende Innenstadt hätte hingegen auch Auswirkungen auf die Besuchsfrequenz bei den Veranstaltungen der Gesellschaft, hier gilt es also, zu einem möglichst frühen Zeitpunkt Gegenstrategien zu entwickeln. So könnte eine Investition im Bereich der Übernachtungsmöglichkeiten ab der 3-Sterne-Kategorie neben der Baulandoffensive ein weiterer positiver Impuls sein, deren Umsätze zur Stabilisierung der innerstädtischen Entwicklung beitragen. Hier bedarf es jedoch eines aktiven Zusammenspiels aller betroffenen Akteure, der Kreisstadt Unna, der Handelsorganisation und weiterer Stakeholder.



Chancen- und Risikobericht:

Die Risiken der Corona-Pandemie sind mittlerweile bekannt, jedoch nicht vollständig einpreisbar. Mit der Un(n)a Festa Italiana ist der stärkste Umsatzträger der Gesellschaft für 2022 abgesagt und auf 2023 verschoben worden. Es muss davon ausgegangen werden, dass weitere Anteile der Umsätze ersatzlos ausfallen.

Geringere Besucherzahlen sind realistisch, daher werden sich auch Provisionserlöse tendenziell rückläufig entwickeln.

Die neu erlernten Techniken der digitalen Konferenzen werden als Zusatzmodul bei entsprechenden Veranstaltungsformaten angeboten. Hybride oder rein virtuelle Veranstaltungen sind somit ebenfalls denkbar. Die Auswirkungen des Ukrainekrieges mit erheblichen Teuerungen für Lebensmittel und Energie wird deutlich spürbare Auswirkungen auf die Konsumfreude der Kunden haben. Diese wird vor allem in nicht lebensnotwendigen Positionen ablesbar werden. Dazu zählt sicherlich der Genuss von Freizeit- und Kulturangeboten an vorderster Stelle.

Losgelöst von diesen Bewertungen stellt stets auch eine mögliche Infektion im Mitarbeiterteam mit weitreichenden Quarantänefolgen ein Betriebsrisiko dar. Für die Gesellschaft existiert ein umfassendes IT-Sicherheitskonzept, das auch die rotierende Erneuerung von Hard- und Software erfasst. Ein betriebsinterner Ausschuss für Arbeitsschutz befasst sich fortlaufend mit den Themenfeldern Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gesellschaft. Die Gesellschaft führt ein aktives Risikomanagementsystem. Für 2022 ist eine vollständige Revision und Neubewertung geplant.

Nach vielen Jahren fortdauernden Wachstums stößt die Gesellschaft in ihrer heutigen Struktur und im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit an die Grenzen des Machbaren. Die Folgen der Corona-Pandemie und des Ukrainekrieges verschärfen die Lage. Sponsoreneinnahmen werden sich bestenfalls stagnierend, eher wohl rückläufig entwickeln. Die Deckelung des Zuschusses treibt die Gesellschaft jedoch zu immer höheren Umsatzerwartungen mit überproportionalem Wachstum der Angebote und Dienstleistungen sowie zu immer rationaleren, dem Prinzip der Wirtschaftlichkeit untergeordneten Entscheidungen.

Nach den überwundenen Verwerfungen durch die Corona-Pandemie und Kriegsfolgen erfordern die zu erwartenden Ergebnisentwicklungen der künftigen Jahre eine Diskussion über eine Anhebung und eine fortlaufende, den Teuerungsraten entsprechende, Anpassung des Zuschusses.

Damit könnte die Gesellschaft auch künftig ihrem Anspruch gerecht werden, mehr für Unna zu tun als nur zu unterhalten. Denn das Entertainment der Zukunft wird zunehmend ein Treiber für Achtsamkeit und Aktivismus – und damit auch ein wichtiger Hebel für die Fragen der sozialen Herausforderungen unserer Zeit.

Unna, 06.07.2022

gez. Horst Bresan
Geschäftsführer



4.2 Unmittelbare Beteiligungen

Gesellschaften mit fremden Anteilseignern

Hier werden die Unternehmen dargestellt, bei denen die Kreisstadt Unna neben anderen Anteilseignern Gesellschafter ist. Hierzu zählen folgende Unternehmen:

- Partnerschaft Deutschland GmbH
- d-NRW
- KoPart eG



Partnerschaft Deutschland GmbH



4.2.1 Partnerschaft Deutschland GmbH

Anschrift:	Kontakt:	Gründung:
Friedrichstr. 149 10117 Berlin	Telefon: 030 25 76 79-0 Fax: 030 25 76 79-199 E-Mail: info@pd-g.de Internet: www.pd-g.de	Gesellschaftsvertrag vom: 29.10.1982 in der Fassung vom: 27.04.2021

Öffentlicher Zweck/Beteiligungsziel

Gegenstand des Unternehmens ist die Beratung der öffentlichen Hand in Deutschland, ausländischer Staaten und internationaler Organisationen zu Investitions- und Modernisierungsvorhaben, die die Voraussetzungen eines öffentlichen Auftraggebers i.S.d. § 99 Nr. 1 bis 3 GWB erfüllen. Die Gesellschaft ist Kompetenzzentrum für langfristige Kooperationsmodelle sowohl der öffentlichen Hand mit privaten Unternehmen als auch zwischen öffentlichen Verwaltungen. Die PD ist beratend tätig für den Bund, Bundesländer, Kommunen und sonstige öffentliche Auftraggeber in den beiden Bereichen Strategische Verwaltungsmodernisierung sowie Bau, Infrastruktur und Kommunalberatung. Sie unterstützt ihre ausschließlich öffentlichen Kunden dabei in der Strategie- und Organisationsberatung, im Großprojektmanagement, sie steuert Vergabeverfahren und Projekte im gesamten Themenspektrum der PD und leistet Investitionsberatung zur Wirtschaftlichkeit von Infrastruktur- und Immobilienvorhaben. Darüber hinaus ist es Aufgabe der PD, den Wissenstransfer zu fördern, das heißt Beratungserfahrungen und Erkenntnisse ihren öffentlichen Gesellschaftern zugänglich zu machen. Hierzu nutzt die PD interne Wissensmanagement-Tools, die den Einsatz von Erkenntnissen projektübergreifend unterstützen. Die PD hat eigene Wissensaustauschformate für Teilnehmende der öffentlichen Verwaltung eingeführt, die Initiative "PD-Impulse" zu Schlüsselthemen der Verwaltung initialisiert, publiziert auf der Webseite und in Fachmedien Ergebnisse und Erfahrungen, führt Veranstaltungen durch und fördert so den Netzwerkaufbau und Austausch im Kontext von Investitions- und Modernisierungsvorhaben der öffentlichen Hand. Zum 31.12.2021 betrug das gezeichnete Kapital der Gesellschaft 2.004.000 € und war eingeteilt in 10.020 Geschäftsanteile.

Gesellschafter	Anteile am Stammkapital in	
	%	€
Kreisstadt Unna	0,0005	1.000,00 *
Weitere öffentliche Gesellschafter	99,9995	2.003.000,00
	100,00	2.004.000,00

*Der Erwerb der Anteile erfolgte zum reduzierten Nominalpreis von 100,00 € (Marktpreis 200,00 €) je Anteil. Ein Gewinnbezugsrecht sowie Ansprüche auf Erlöse aus Rücklagen, etwaigem Liquidationserlös bzw. stillen Reserven bestehen hierbei nicht. Allerdings ermöglichen vertraglich zugesicherte Rückübertragungsrechte eine verlustfreie Rückgabe der Anteile an den Bund, wenn kein Beteiligungsinteresse mehr besteht. Diese Variante ist risikofrei und wurde deshalb von der Kreisstadt Unna favorisiert. Die Partnerschaft Deutschland GmbH weist in ihrem Abschluss den tatsächlichen Marktwert von 2.000,00 € aus.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführer
Aufsichtsrat
Gesellschafterversammlung



Geschäftsführung

Stéphane Beemelmans

Claus Wechselmann

Vergütung der Geschäftsführung

Gemäß Punkt 3.3.4 des Public Corporate Governance Kodexes der Kreisstadt Unna ist die Vergütung bzw. sind die Bezüge der Mitglieder der Geschäftsführung im Beteiligungsbericht aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten und Sachleistungen auszuweisen.

Mitglied	Erfolgsabhängige Bezüge	Sachleistungen	Erfolgsunabhängige Bezüge	Gesamtbezüge
Beemelmans	42.500,00 €		266.000,00 €	308.500,00 €
Wechselmann	49.700,00 €		331.000,00 €	380.700,00 €

Anzahl der Mitarbeiter (ohne Geschäftsführer)	2021	2020
Direktoren / Senior Manager	51	42
Manager	107	68
Senior Consultant	103	71
Consultant	127	85
Interne Mitarbeiter	53	44
Aushilfen	78	45
Summe	519	355

Aufsichtsrat

Die PD hat im Jahr 2021 die Grenze von 500 Beschäftigten überschritten und unterliegt somit erstmals den Regelungen des Drittelbeteiligungsgesetzes: Der Aufsichtsrat ist zu einem Drittel mit Vertretern und Vertreterinnen der Belegschaft zu besetzen. Durch das Drittelbeteiligungsgesetz hat sich Anpassungsbedarf beim Gesellschaftervertrag ergeben. So wurde die Zahl der Aufsichtsratsmitglieder von 9 auf 15 erhöht. Die Gesellschafterversammlung hat die Neufassung des Gesellschaftervertrages am 27. April 2021 einstimmig beschlossen.

Der Aufsichtsrat der Gesellschaft besteht nunmehr aus vier Vertreterinnen und Vertretern des Bundes, zwei der Länder, zwei der Kommunen bzw. kommunalen Spitzenverbände, einem Vertreter der öffentlich-rechtlichen Körperschaften, einem Vertreter der sonstigen öffentlichen Auftraggeber sowie fünf Vertreterinnen und Vertretern der Mitarbeitenden.



Bilanz der letzten zwei Geschäftsjahre

	2021	2020
	in €	in €
Aktiva:		
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	621.386	539.822
II. Sachanlagen	2.024.182	1.679.825
III. Finanzanlagen	0	0
Summe Anlagevermögen	2.645.568	2.219.647
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte	6.185.827	5.848.143
II. Forderungen	13.468.834	11.033.155
III. Kassenbestand	23.300.369	15.089.232
Summe Umlaufvermögen	42.955.030	31.970.530
C. Rechnungsabgrenzungsposten	440.066	567.433
Summe Aktiva	46.040.665	34.757.610
Passiva:		
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	867.000	2.004.000
II. Kapitalrücklage	3.608.073	3.608.073
III. Gewinnrücklage	14.623.122	8.320.184
IV. Jahresüberschuss/	12.703.507	6.302.937
Summe Eigenkapital	31.801.702	20.235.194
B. Rückstellungen	7.763.179	8.134.063
C. Verbindlichkeiten	6.475.784	6.388.351
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0
Summe Passiva	46.040.665	34.757.610



Gewinn- und Verlustrechnung der letzten zwei Geschäftsjahre

	2021	2020
	in €	in €
Umsatzerlöse	93.702.161	63.451.662
Erhöhung/Minderung des Bestands an Vorräten	337.684	1.408.792
sonstige betriebliche Erträge	50.356	148.142
Aufwendungen für bezogene Leistungen	-20.870.666	-16.788.070
Personalaufwand	-42.457.973	-29.747.771
Abschreibungen	-1.216.061	-749.432
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-11.272.297	-8.389.541
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-73.559	-15.164
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-5.495.679	-3.015.158
Ergebnis nach Steuern	12.706.966	6.303.459
Sonstige Steuern	-459	-521
Jahresüberschuss	12.703.507	6.302.938

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung vom Aufsichtsrat nach Geschlecht

Gemäß §12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsrat der PD- Berater der öffentlichen Hand gehören von den insgesamt 15 Mitgliedern 6 Frauen an (Frauenanteil: 67%).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent in dem Gremium überschritten.

Verwendung des Jahresergebnisses 2021

Die Gesellschafterversammlung hat den Jahresabschluss 2020 der Partnerschaft Deutschland am 28.04.2022 festgestellt und beschlossen, aus dem Jahresüberschuss in Höhe von 12.703.506,76 € (Vorjahr: 6.302.937,59 €) den Betrag von 4.000.000,00 € an die ausschüttungsberechtigten Gesellschafter auszuschütten. Der darüber hinaus gehende Betrag in Höhe von 8.703.506,76 € wird auf neue Rechnung vorgetragen.



Lagebericht

1 Grundlagen des Unternehmens

1.1 Unternehmensstruktur

Die Gesellschaft liegt zu 100 Prozent in den Händen öffentlicher Auftraggeber im Sinne von § 99 GWB. Gesellschafter sind der Bund, Länder, Kommunen, Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts sowie weitere öffentliche Organisationen, Institutionen und zwei Beteiligungsvereine. Sie kontrollieren über ihre Stimmrechte und Mitwirkungspflichten die Arbeit der PD. Die Gesellschafter der PD und ihre nachgeordneten Behörden haben die Möglichkeit, die PD auf der Grundlage von § 108 Abs. 4 GWB direkt zu beauftragen, und zwar in Bezug auf alle angebotenen Beratungsfelder und in jeder Projektphase. Die Zusammenarbeit zwischen der PD und ihren Gesellschaftern ist grundsätzlich in der jeweils abgeschlossenen Eckpunktevereinbarung geregelt.

Gegenstand des Unternehmens ist die Beratung der öffentlichen Hand in Deutschland, ausländischer Staaten und internationaler Organisationen zu Investitions- und Modernisierungsvorhaben, die die Voraussetzungen eines öffentlichen Auftraggebers i.S.d. § 99 Nr. 1 bis 3 GWB erfüllen. Die Gesellschaft ist Kompetenzzentrum für langfristige Kooperationsmodelle sowohl der öffentlichen Hand mit privaten Unternehmen als auch zwischen öffentlichen Verwaltungen. Die PD ist beratend tätig für den Bund, Bundesländer, Kommunen und sonstige öffentliche Auftraggeber in den beiden Bereichen Strategische Verwaltungsmodernisierung sowie Bau, Infrastruktur und Kommunalberatung. Sie unterstützt ihre ausschließlich öffentlichen Kunden dabei in der Strategie- und Organisationsberatung, im Großprojektmanagement, sie steuert Vergabeverfahren und Projekte im gesamten Themenspektrum der PD und leistet Investitionsberatung zur Wirtschaftlichkeit von Infrastruktur- und Immobilienvorhaben.

Darüber hinaus ist es Aufgabe der PD, den Wissenstransfer zu fördern, das heißt Beratungserfahrungen und Erkenntnisse ihren öffentlichen Gesellschaftern zugänglich zu machen. Hierzu nutzt die PD interne Wissensmanagement-Tools, die den Einsatz von Erkenntnissen projektübergreifend unterstützen. Die PD hat eigene Wissensaustauschformate für Teilnehmende der öffentlichen Verwaltung eingeführt, die Initiative "PD-Impulse" zu Schlüsselthemen der Verwaltung initialisiert, publiziert auf der Webseite und in Fachmedien Ergebnisse und Erfahrungen, führt Veranstaltungen durch und fördert so den Netzwerkaufbau und Austausch im Kontext von Investitions- und Modernisierungsvorhaben der öffentlichen Hand. Zum 31.12.2021 betrug das gezeichnete Kapital der Gesellschaft 2.004.000 € und war eingeteilt in 10.020 Geschäftsanteile, die sich wie folgt auf die Gesellschafter verteilen:



Gesellschafter	Geschäfts- anteile*	Gesellschafter	Geschäfts- anteile*
PD Berater der öffentlichen Hand GmbH	5.685	Bundesanstalt für Immobilienaufgaben Anstalt des öffentlichen Rechts	20
Bundesrepublik Deutschland	1.734	Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung e.V. (DGUV)	20
PD-Beteiligungsverein „Forschung und Medizin“ e.V.	200	Stiftung Preußischer Kulturbesitz	20
PD-Beteiligungsverein Kommunale Großkrankenhäuser e.V.	160	Sächsische Aufbaubank – Förderbank Anstalt öffentlichen Rechts	20
Land Baden-Württemberg	100	FITKO (Föderale IT-Kooperation)	20
Land Brandenburg	100	Anstalt für kommunale Datenverarbei- tung in Bayern (AKDB)	20
Land Bremen	100	Zweckverband der Berufsbildenden Schulen Opladen	20
Land Hamburg	100	Universität Bonn	20
Land Hessen	100	Westfälische Hochschule	20
Land Mecklenburg-Vorpommern	100	Leibniz Institut für Bildungsverläufe e.V.	20
Land Niedersachsen	100	regio iT gesellschaft für informations- technologie mbH	20
Land Nordrhein-Westfalen	100	BBB Infrastruktur GmbH & Co. KG	20
Land Sachsen-Anhalt	100	Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH	20
Land Schleswig- Holstein	100	Stadt Aachen	15
Republik Zypern	100	Stadt Bergisch Gladbach	15
Stadt Bremen	25	Stadt Braunschweig	15
Stadt Bochum	25	Stadt Herne	15
Stadt Duisburg	25	Stadt Leverkusen	15
Stadt Frankfurt am Main	25	Stadt Mönchengladbach	15
Stadt Nürnberg	25	Stadt Oberhausen	15
Stadt Wuppertal	25	Stadt Paderborn	15
Kreis Mettmann	25	Stadt Recklinghausen	15
Kreis Paderborn	25	Stadt Remscheid	15
Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder	20	Stadt Salzgitter	15
Dataport Anstalt des öffentlichen Rechts	20	Stadt Solingen	15



Gesellschafter	Geschäfts- anteile*	Gesellschafter	Geschäfts- anteile*
Burgenlandkreis	15	Stadt Gelnhausen	5
Landkreis Celle	15	Stadt Halle (Westfalen)	5
Landkreis Dachau	15	Stadt Hamminkeln	5
Landkreis Dahme-Spreewald	15	Stadt Heiligenhaus	5
Landkreis Görlitz	15	Stadt Kamp-Lintfort	5
Kreis Groß-Gerau	15	Stadt Lengerich (Westfalen)	5
Kreis Herzogtum Lauenburg	15	Stadt Lindau	5
Hochsauerlandkreis	15	Stadt Mettmann	5
Main-Taunus-Kreis	15	Stadt Monheim	5
Landkreis Nienburg/Weser	15	Kreisstadt Olpe	5
Kreis Ostholstein	15	Stadt Papenburg	5
Landkreis Sigmaringen	15	Stadt Rheinberg	5
Landkreis Uckermark	15	Stadt Sehnde	5
Stadt Castrop-Rauxel	10	Stadt Taunusstein	5
Stadt Dormagen	10	Stadt Waren (Müritz)	5
Stadt Hürth	10	Stadt Wesseling	5
Stadt Iserlohn	10	Stadt Wülfrath	5
Stadt Langenfeld	10	Stadt Würselen	5
Stadt Lüneburg	10	Stadt Brake	2
Stadt Ratingen	10	Gemeinde Holzkirchen	2
Stadt Troisdorf	10	Stadt Hünfeld	2
Stadt Unna	10	Samtgemeinde Lachendorf	2
Landkreis Lichtenfels	10	Gemeinde Langerwehe	2
Stadtwerke Heiligenhaus GmbH	10	Gemeinde Lilienthal	2
Stadt Bad Hersfeld	5	Gemeinde Marpingen	2
Stadt Barsinghausen	5	Stadt Mengen	2
Stadt Dillenburg	5	Gemeinde Merzenich	2
Stadt Ennepetal	5	Gemeinde Neubiberg	2
Stadt Erkrath	5	Gemeine Nörvenich	2



Gesellschafter	Geschäfts- anteile*	Gesellschafter	Geschäfts- anteile*
Gemeinde Nohfelden	2	Stadt Wittingen	2
Gemeinde Oberthal	2	Gemeinde Zöllnitz	2
Stadt Pattensen	2	Deutscher Landkreistag e.V.	1
Stadt Schwarzenbek	2	Deutscher Städte- und Gemeindebund e.V.	1
Gemeinde Seeheim-Jugenheim	2	Deutscher Städtetag (DST)	1
Gemeinde Tholey	2		
			10.020

* Anzahl Geschäftsanteile im Nennwert von je 200 Euro

Die Gesellschafterversammlung hatte am 23. Juni 2020 einstimmig den Beschluss gefasst, die Bundesbeteiligung der PD neu zu strukturieren. Dieser Beschluss wurde Anfang Dezember 2021 durch die notarielle Beurkundung eines zwischen dem Bund, der BVVG Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH (als Zwischenerwerberin) sowie der PD abgeschlossenen Anteilskauf- und Optionsvertrag umgesetzt. Nach der neuen Struktur sinkt die stimmberechtigte Beteiligung des Bundes von rund 74 auf 40 Prozent. Dies entsprach am 31. Dezember 2021 1734 Geschäftsanteilen. Damit besteht zukünftig ein Gleichklang von Anteilen und Stimmrechten. Die in der Gesellschaftervereinbarung angelegte Stimmrechtsbegrenzung für den Bund ist nicht mehr erforderlich. Gleichzeitig veräußerte der Bund 5.685 Geschäftsanteile zu einem Gesamtpreis von 1.137.000,00 Euro an die PD. In der Folge werden interessierte öffentliche Auftraggeber ihre Geschäftsanteile zukünftig nicht mehr vom Bund, sondern direkt von der PD erwerben. Etwas anderes gilt nur für die beiden Beteiligungsvereine. Wenn diese nachkaufen, erfolgt der Erwerb weiterhin über den Bund. Die neue Struktur stärkt die gemeinsame Kontrolle aller Gesellschafter und damit die Inhouse-Fähigkeit der PD.

Die PD hat im Jahr 2021 die Grenze von 500 Beschäftigten überschritten und unterliegt somit erstmals den Regelungen des Drittelbeteiligungsgesetzes: Der Aufsichtsrat ist zu einem Drittel mit Vertretern und Vertreterinnen der Belegschaft zu besetzen. Durch das Drittelbeteiligungsgesetz hat sich Anpassungsbedarf beim Gesellschaftervertrag ergeben. So wurde die Zahl der Aufsichtsratsmitglieder von 9 auf 15 erhöht. Die Gesellschafterversammlung hat die Neufassung des Gesellschaftervertrages am 27. April 2021 einstimmig beschlossen.

Der Aufsichtsrat der Gesellschaft besteht nunmehr aus vier Vertreterinnen und Vertretern des Bundes, zwei der Länder, zwei der Kommunen bzw. kommunalen Spitzenverbände, einem Vertreter der öffentlich-rechtlichen Körperschaften, einem Vertreter der sonstigen öffentlichen Auftraggeber sowie fünf Vertreterinnen und Vertretern der Mitarbeitenden.

Des Weiteren wurde im Jahr 2021 ein Betriebsrat gewählt. Dieser umfasst 11 (nebenamtliche) Mitglieder. Neben einem Betriebsausschuss hat der Betriebsrat einen Personalausschuss und einen Wirtschaftsausschuss eingerichtet.

Die Gesellschaft verfügt über einen Beirat. Das im Jahr 2017 gegründete Gremium berät die Geschäftsführung und den Aufsichtsrat der Gesellschaft auf deren Verlangen in strategischen Fragen, bei der Entwicklung und Evaluierung neuer Geschäftsideen, der Entwicklung neuer Kooperationsmodelle und der Öffentlichkeitsarbeit, insbesondere in den Bereichen Bau, Infrastruktur, Gesundheit, IT



und Verwaltungsmodernisierung. Das Gremium kann Empfehlungen an die Geschäftsführung und den Aufsichtsrat aussprechen, diese sind an die Empfehlungen nicht gebunden. Die Mitglieder wurden von der Geschäftsführung gemäß § 8 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrags nach Billigung durch den Aufsichtsrat benannt. Der Beirat bestand im Jahr 2021 aus 15 Mitgliedern. Es fanden zwei digitale Sitzungen am 26. März 2021 und 22. Oktober 2021 statt. Schwerpunkte waren die Auswirkungen und Lehren aus der Corona-Pandemie für die öffentliche Hand sowie das Zielbild der digitalen Verwaltung und die Rolle der PD. Die nächste Beiratssitzung ist für das Frühjahr 2022 geplant.

1.2 Unternehmenssteuerung

Die Steuerung des Unternehmens erfolgt auch im Geschäftsjahr 2021 durch die Geschäftsführung. Grundlage sind regelmäßige vergleichende Analysen von Wirtschaftsplanung, Ist-Entwicklung und Forecast auf Basis der Finanzbuchhaltung und Kostenrechnung. Dabei werden sowohl das Gesamtunternehmen als auch die einzelnen Unternehmensbereiche und Standorte betrachtet. Die Einhaltung von Einzelansätzen des Wirtschaftsplanes wurde im Rahmen von Soll-Ist-Vergleichen überwacht. Abweichungen von den Erwartungswerten der Projekte werden laufend beobachtet, analysiert und in regelmäßigen Besprechungen zwischen Geschäftsführung/Geschäftsleitung und kaufmännischer Leitung erörtert. Gleiches gilt für nicht projektbezogene Planabweichungen. Die Ergebnisentwicklung des Unternehmens wird monatlich anhand des Ergebnisses vor Zinsen und Steuern (EBIT) und die Liquidität anhand der Entwicklung des Cash-Flows verfolgt. Als unabhängige Prüfungs- und Beratungsstelle ist eine interne Revision eingerichtet.

2 Wirtschaftsbericht

2.1 Branchenbezogene Rahmenbedingungen

2.1.1 Markt für Beratung der öffentlichen Hand im Bereich Strategische Verwaltungsmodernisierung

Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen wünschen sich Verwaltungen als moderne Dienstleister, die zuverlässigen Service bieten und effizient haushalten. Um dieses Qualitätsniveau zu erreichen, müssen Strukturen und Abläufe häufig neu ausgerichtet werden. Demografische und regulatorische Rahmenbedingungen sind hierbei ebenso zu berücksichtigen wie der von der Digitalisierung vorangetriebene Wandel, der viele gesellschaftliche Bereiche erfasst.

Zentrale Anforderungen für die Bundesverwaltung sind bspw. im E-Government-Gesetz (EGovG) beschrieben. Darin werden die Bundesbehörden u. a. verpflichtet, ihre Akten elektronisch zu führen (§ 6 EGovG) sowie ihre Verwaltungsabläufe im Zuge der Digitalisierung unter Nutzung gängiger Methoden zu dokumentieren, analysieren und optimieren (§ 9 EGovG). Darüber hinaus hat die Erweiterung des Artikels 91 GG zum Onlinezugangsgesetz (OZG) geführt, das im Rahmen eines bundesweiten, interföderalen Programms schrittweise umgesetzt werden soll. Der nunmehr seit Ende 2021 vorliegende Koalitionsvertrag der Regierungsparteien auf Bundesebene greift diese Entwicklungen auf und setzt weitere transformatorische Eckpunkte für ein modernes Staatswesen in Deutschland. Diesen Anforderungen unterstehen in vergleichbarem Umfang die Länder, die sich entsprechende E-Government-Gesetze gegeben haben und zugleich - gemeinsam mit den Kommunen - zur Umsetzung des OZG verpflichtet sind. Auch unterstreichen die Erfahrungen der Coronakrise die Notwendigkeit einer weitergehenden Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung.

Aufgrund der großen Nachfrage nach Unterstützung bei der Bearbeitung vorgenannter Aspekte wächst der Bereich mit Projekten auf allen drei föderalen Ebenen und hat sich als anerkannter Berater für Organisations- und Strategieberatung weiter etabliert.



2.1.2 Markt für Beratung der öffentlichen Hand im Bereich Bau, Infrastruktur und Kommunalberatung

Auch im Geschäftsbereich Bau, Infrastruktur und Kommunalberatung steht die öffentliche Hand weiterhin vor großen Herausforderungen, um öffentliche Infrastrukturen und Immobilien mit begrenzten Haushaltsmitteln zu bauen, zu modernisieren und auszubauen. Auf Bundes-, Landes- und vor allem auf kommunaler Ebene sind die Nettoinvestitionen der öffentlichen Hand in den letzten Jahren zum Teil drastisch gesunken. Hinzu kommen auch in 2021 durch Corona induzierte Effekte wie sinkende Steuereinnahmen, wachsende Sozialausgaben und wirtschaftliche Imponderabilien.

Dies, drastisch wachsende Rohstoffpreise und ein eklatanter Fachkräftemangel in den zuständigen Ämtern wird vor allem auf kommunaler Ebene zu weiterer Zurückhaltung bei der Bewilligung und Umsetzung dringend notwendiger Investitionsvorhaben führen. Hinzu kommt eine hohe Auslastung der Bauwirtschaft im Privatsektor, so dass eine große Verfügbarkeit an staatlichen Fördermitteln bislang noch keine große Wirkung erzielen konnte. Darauf hat die Bundesregierung allerdings im Rahmen des Deutschen Aufbau- und Resilienzplanes (DARF) reagiert und daraus einen Beratungsauftrag an die PD in einer Höhe von 50 Mio. € brutto bis 2026 zum Abbau von Investitionshemmnissen insbesondere im kommunalen Bereich vorgesehen.

Konkreter Beratungs- und Unterstützungsbedarf der öffentlichen Hand besteht vor allem bei Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen, bei der Vertragsgestaltung und Vergabeverfahren sowie der effektiven und effizienten Steuerung aufwendiger Infrastruktur- und Bauprojekte bzw. deren kosten-, termin- und qualitätsgerechter Fertigstellung einschließlich der Einbindung von Fördermitteln.

In diesem insgesamt herausfordernden Marktumfeld konnte die PD im Geschäftsbereich Bau, Infrastruktur und Kommunalberatung ihre Marktposition auf allen föderalen Ebenen weiter ausbauen und dementsprechend personell kontinuierlich wachsen. Während auf Bundesebene weiterhin das Segment der Großprojekte dominiert, spielt die Beratung einer steigenden Anzahl von Landesbauverwaltungen eine zunehmend bedeutsamere Rolle. Aufgabenfelder sind hier z.B. die Entwicklung und Umsetzung nachhaltiger Immobilienstrategien und Bewirtschaftungskonzepte oder die Begleitung von komplexen Bauprojekten mit überregionaler Ausstrahlungswirkung. Aber auch die Beratungstätigkeit im kommunalen Umfeld und im Gesundheitswesen konnten deutlich ausgebaut werden. Während im kommunalen Bereich insbesondere die Themen Wohnungsbau und Schulmodernisierung, zunehmend auch Quartiersentwicklung und Portfoliomanagement dominieren, fokussiert sich der Marktbereich Gesundheit, Wissenschaft und Forschung auf operative Krankenhausplanung, Krankenhaus- und Hochschulbau, Beschaffungsprozesse für Medizintechnik oder Beratungstätigkeiten im Umfeld der Corona-Pandemie.

Unter dem Eindruck der Bundestagswahl sind in 2021 zudem die gesellschaftlichen und politischen Diskussionen um den Klimawandel und Nachhaltigkeitsthemen wieder deutlicher in den Fokus öffentlicher Aufmerksamkeit gerutscht. Auch daraus ergeben sich neue Anforderungen und Beratungsfelder, die durch Projektanfragen und Pilotprojekte – z.B. im Umweltbereich - mit Leben erfüllt werden und somit den Rahmen prospektiver Geschäftstätigkeiten der PD kontinuierlich erweitern. Die PD entwickelt hier neue Beratungsansätze und gibt auch Impulse für Veränderungsprozesse über ihren originären Kundenkreis der PD-Gesellschafter hinaus



2.1.3 Wettbewerb

PD steht als Beratungsunternehmen im Wettbewerb mit anderen Beratern. Hierzu gehören neben großen internationalen Wirtschaftsprüfungs- und Strategieberatungsgesellschaften auch kleinere, vor allem regionale Berater. Da diese Berater - im Gegensatz zur PD - neben der öffentlichen Hand auch private Unternehmen beraten können, ist ihr Marktpotential deutlich höher. Trotzdem konnten beide Geschäftsbereiche der PD gegenüber dem Vorjahr weiterhin ein sehr dynamisches Umsatzwachstum verzeichnen. Neben erfolgreicher Projektarbeit haben sich hier auch die Vorteile der Inhouse-Beratung positiv ausgewirkt, der sich jeder PD-Gesellschafter bedienen kann.

2.2 Geschäftsentwicklung der PD

Die Geschäftsentwicklung der PD verlief auch in 2021 sehr erfolgreich. Wie schon in den letzten Geschäftsjahren konnte die Gesellschaft die im Wirtschaftsplan 2021 konkretisierten Wachstumserwartungen voll erfüllen. In den beiden Kernbereichen "Strategische Verwaltungsmodernisierung" und "Bau, Infrastruktur, Kommunalberatung" ist es der Gesellschaft zudem gelungen ihre Präsenz und Beratung für ihre Anteilseigner weiter auszubauen. Die in 2018 bzw. 2019 gegründeten Betriebsstätten in Düsseldorf und Frankfurt am Main entwickelten sich im Berichtsjahr weiter überaus positiv. Sie ermöglichen eine größere Kundennähe, damit eine kurzfristige und unmittelbare Reaktion auf geäußerte Unterstützungsbedarfe und forcieren die weitere Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Gesellschaftern in der Region. Neben den etablierten Betriebsstätten und dem bereits in 2020 eröffneten Hamburger Büro kamen mit Wiesbaden und Nürnberg in 2021 zwei weitere Bürostandorte hinzu.

Die Weiterentwicklung des Bereichs Strategische Verwaltungsmodernisierung zu einer vernetzten, Expertise-orientierten Geschäftsorganisation wurde und wird zielgerichtet fortgesetzt. Im Geschäftsbereich Bau, Infrastruktur und Kommunalberatung wird gezielt auf Regionalisierung der Beratungsangebote und Zukunftsthemen wie Nachhaltiges Bauen und Betreiben, die Digitalisierung des Bauwesens (BIM: Building – Information – Modeling) oder auch die Exploration von innovativen/ beschleunigten Verfahrenswegen des Bauens gesetzt.

Weitere wichtige Aktionsbereiche sind der Wohnungsbau und die Ausdifferenzierung der Beratungstätigkeiten für einen künftigen Marktbereich Umwelt. So kann dazu beigetragen werden, den massiven Investitionsstau der öffentlichen Hand zu verringern und es werden gleichzeitig Impulse für eine fortgesetzt nachhaltige Wirtschaftsentwicklung gegeben. Die Geschäftsführer Stéphane Beemelmans und Claus Wechselmann zeichneten im Geschäftsjahr 2021 für folgende Bereiche Verantwortung:

Stéphane Beemelmans	Claus Wechselmann
Bau, Infrastruktur und Kommunalberatung	Strategische Verwaltungsmodernisierung
Bis zum 01.05.2021: Finanzen, IT-Betrieb / Organisation, Recht/Gesellschafterbetreuung (inkl. Datenschutz), CDOO, Digitalisierung/Sicherheit/ interne Projekte, IT-Sicherheit, interne Revision Ab dem 01.05.2021: Finanzen, Recht, Gesellschafterbetreuung, Vergabestelle, interne Revision	Bis zum 01.05.2021: Personal, Marketing & Kommunikation (inkl. Lektorat und Qualitätssicherung), interne Revision Ab dem 01.05.2021: Personal, Marketing & Kommunikation (inkl. Lektorat und Qualitätssicherung), Digitalisierung & IT, Einkauf & Facilities, interne Revision

Im Geschäftsjahr 2021 gehörten der Geschäftsleitung an: Aus dem Bereich „Bau, Infrastruktur und Kommunalberatung“ Herr Dr. Norbert Ahrend (bis zum 1. Mai 2021), Herr Karl-Heinz Heller und Herr Dr. Uwe Schmidt, sowie aus dem Bereich „Strategische Verwaltungsmodernisierung“ Frau Yvonne Balzer, Herr Dr. Sebastian Muschter, Herr Dr. Norbert Ahrend (ab dem 1. Mai 2021) und Herr Dr.



Peter-Roman Persch. Die zivilrechtlichen Grundlagen der Zusammenarbeit mit den Gesellschaftern sind in der jeweils abgeschlossenen Eckpunktevereinbarung geregelt. Der Gesellschafterkreis wird sich voraussichtlich auch in den kommenden Jahren dynamisch entwickeln.

2.3 Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Gesellschaft hat das Jahr 2021 mit einem Jahresüberschuss von rd. 12.704 T€ abgeschlossen und liegt damit um 5.144 T€ über Plan. Gegenüber dem Vorjahr verbesserte sich das Jahresergebnis um 6.401 T€.

Die nachfolgende Tabelle verdeutlicht den soliden Entwicklungskurs der Gesellschaft:

Geschäftsjahr	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Gesamtleistung (T€) (ohne sonstige betriebliche Erträge)	9.286	11.396	25.961	43.468	54.578	65.407	94.040
Deckungsbeitrag 1 (T€)	6.327	8.051	16.289	23.585	31.952	48.767	73.184
Jahresüberschuss (T€)	1.064	1.324	2.838	3.858	2.898	6.303	12.704

Ein wesentlicher Einflussfaktor für den deutlichen Anstieg der Gesamtleistung gegenüber dem Vorjahr ist die erneute Steigerung der Beratungstätigkeit der PD in der Berichtsperiode, u.a. aufgrund der starken Kundenbindung und der Positionierung als profilierter Projektberater. Nach mehrjähriger vertrauensvoller Zusammenarbeit und zahlreichen erfolgreich abgeschlossenen Beratungsprojekten wachsen die Auftragsvolumina mit Hauptkunden weiter. Zudem ist es gelungen, den Kundenstamm, insbesondere im kommunalen Bereich, weiter auszuweiten.

Mit Steigerung der Gesamtleistung sind auch die Gesamtaufwendungen angestiegen. Ein wesentlicher Einflussfaktor ist die Steigerung der Personalaufwendungen aufgrund des erneuten überplanmäßigen Personalaufbaus, der durch die hohe Nachfrage der Beratungsleistungen begründet ist. Des Weiteren erhöhten sich die Mietkosten aufgrund neuer Bürostandorte in Wiesbaden und Nürnberg sowie für zusätzliche Büroflächen in Berlin. Zusätzlich wurden im abgelaufenen Geschäftsjahr Büroräume in Hamburg angemietet. Mit dem Aufbau an Personal und Büroflächen waren auch zusätzliche Aufwendungen für die Büroausstattung und sonstige betriebliche Aufwendungen notwendig.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr ergab sich im Vergleich zur Wirtschaftsplanung folgendes Bild:

	PLAN (T€)	IST (T€)	Δ (T€)
Gesamtleistung (einschl. sonstige betriebliche Erträge)	81.625	94.055	12.430
Aufwand	-70.707	-75.782	-5.075
davon Personalaufwand	-36.850	-42.458	-5.608
Zinsergebnis, Steuern	-3.358	-5.569	-2.211
Jahresüberschuss	7.560	12.704	5.144



Die Gesellschaft verfügt zum Ende des Jahres 2021 über direkte Geldmittel in Höhe von 23,3 Mio. €. Aufgrund des Zinsniveaus erfolgten keine Anlagen in Termin- oder Tagesgeldern. Die direkten Geldmittel gegenüber dem Vorjahr sind rd. 8,2 Mio. € angestiegen, was insbesondere durch den sehr guten Jahresüberschuss erreicht wurde. Verstärkt wurde dieser Effekt durch den Verzicht auf die Gewinnausschüttungen für das Geschäftsjahr 2020.

Der Bestand an Forderungen aus Lieferungen und Leistungen hat sich um 14,7% (+ 1.461 T€) erhöht. Angestiegen sind auch die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen von 1.310 T€ auf 1.950 T€.

Im Vergleich zum Vorjahr reduzierten sich die Rückstellungen um 371 T€. Die Reduzierung ergibt sich aus einer verringerten Steuerrückstellung (-1.329 T€) und der Erhöhung im Bereich sonstigen Rückstellungen (+958 T€), insbesondere für Tantieme und Personalkosten.

Das Eigenkapital (inklusive des Jahresüberschusses 2021) liegt vor Ergebnisverwendung mit rund 31,8 Mio. € bei rund 69,1% der Bilanzsumme und damit 11.283 T€ bzw. 32,5% über dem Vorjahreswert. Der aktuelle Saldo des Eigenkapitals entspricht in etwa dem 12,0-fachen des Anlagevermögens. Die Entwicklung der Gesellschaft im Berichtsjahr hat die im Lagebericht des Vorjahres abgegebene Prognose für die Entwicklung von Gesamtleistung und operativem Jahresergebnis deutlich übertroffen. Damit einhergehend sind gegenüber der Prognose weiterhin hohe Aufwendungen für bezogene Fremdleistungen sowie überplanmäßige Personalaufwendungen durch den starken Anstieg des Personalkörpers angefallen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen stiegen in der Berichtsperiode gegenüber der Vorjahresprognose auf Grund von hohen Personalbeschaffungskosten und bezogenen Leistungen durch externe Dienstleister. Weiterhin hatte die anhaltende Corona-Pandemie Auswirkungen auf die betrieblichen Abläufe. Daraus resultierten auch im Berichtsjahr Verschiebungen in den betrieblichen Aufwendungen. Während die Weiterbildungsmaßnahmen größtenteils digital stattfanden und die Reiseintensität auf das Nötigste beschränkt wurde blieb die Homeoffice-Tätigkeit der PD-Mitarbeitenden konstant hoch. Dies führte im Ergebnis zu relativ gesunkenen betrieblichen Aufwendungen für Mieten, Weiterbildung, Reisekosten und Büromaterial. Die Berichterstattung zu Vorgängen von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag erfolgt im Anhang.

2.4 Finanzielle und nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Das Ergebnis vor Zinsen und Steuern betrug im Geschäftsjahr 2021 rund 18.313 T€ und liegt damit um 7.385 T€ über Plan. Gegenüber dem Vorjahr wurde das Ergebnis vor Zinsen und Steuern mit 8.979 T€ übertroffen.

Der Cash-Flow betrug insgesamt 8.211 T€. Die Finanzmittel liegen damit am Ende des Berichtszeitraums bei 23.300 T€. Der Cash-Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit betrug 11.093 T€ und aus der Investitionstätigkeit -1.745 T€. Aufgrund des Anteilsrückkaufs (5.685 Anteile) vom Bund weist der Cash-Flow aus Finanzierungstätigkeit im abgelaufenen Geschäftsjahr 1.137 T€ aus. Gewinnausschüttungen für 2020 an die Gesellschafter erfolgten beschlussgemäß nicht.

Die PD hat während des Geschäftsjahres 2021 durchschnittlich 520 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beschäftigt, gegenüber durchschnittlich 355 Arbeitnehmern im Geschäftsjahr 2020.

Zur Förderung einer positiven Arbeitsumgebung und zur Mitarbeiterförderung wurden zahlreiche Maßnahmen ergriffen und fortgeführt, z.B.

- Der bereits im letzten Jahr auf digitale Formate angepasste Onboarding-Ablauf wurde im Sommer 2021 nochmals überarbeitet, um allen Beteiligten eine bessere Planbarkeit sowie



eine bessere dramaturgische Abfolge der einzelnen, circa einstündigen Onboarding-Events anbieten zu können.

- Das Basis-Curriculum (bisher als Berater-Curriculum bekannt), als fester Bestandteil des Personalentwicklungskonzeptes, wurde im ersten Halbjahr 2021 erweitert, komplettiert, evaluiert und durch multifaktorielle Feedbackprozesse umfassend qualitätsgesichert. Ferner arbeitet PD an der Implementierung eines Aufbau-Curriculums.
- Das Rollen- und Kompetenzmodell wird weiterhin der wachsenden Struktur der PD und dem Bedarf nach zielgerichteter Personalentwicklung und transparenteren Evaluations- und Beförderungskriterien angepasst.
- Am 1. Juli 2021 startete im Geschäftsbereich SVM der SVM-Campus. Die PD investiert mit der Implementierung des SVM-Campus in die Entwicklung ihrer Consultants und Senior Consultants und konkretisiert deren Entwicklungspfad. Hierbei steht die Förderung einer breiten und integrierten Grundausbildung zu exzellenten Beratern und Beraterinnen der öffentlichen Hand mit den zwei Standbeinen Beratungsexellenz und Verwaltungskompetenz im Fokus.
- Im Herbst 2021 wurden die Abschlussevents der ersten Führungskräfteentwicklungstrainings mit dem externen Partner Egon Zehnder durchgeführt. Auf Basis der Erkenntnisse wird derzeit an einem Konzept für ein PD-spezifisches und entwicklungsorientiertes Führungskräfteprogramm gearbeitet.
- Es finden weiterhin jährliche Zielvereinbarungs-/Personalentwicklungsgespräche mit allen Beschäftigten statt.
- Als zusätzlichen Baustein der beruflichen Fortbildung und in weiterer Ausgestaltung des Weiterbildungskonzepts fördert die Gesellschaft seit 2014 berufsbegleitende Studien bzw. den Erwerb sonstiger zertifizierter Zusatzqualifikationen auf der Basis der dazu formulierten Leitlinien.
- Die PD fördert weiterhin die Gleichstellungskultur um – insbesondere im Beratungsbereich – den Anteil von Frauen zu steigern, vor allem durch die Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf; z. B. durch Teilzeitmöglichkeiten oder Entwicklungspläne, die Unterbrechungen wegen Elternzeit berücksichtigen. Die gendergerechte Sprache wurde Ende 2020 bei der PD eingeführt. Somit setzt sich die PD das Ziel, geschlechterdifferenziert und gleichstellungsorientiert in Sprache und Schrift zu formulieren. Zur Weiterentwicklung der Diversitätsarbeit innerhalb der PD und der Verankerung des Themas Vielfalt in der Unternehmenskultur wurde von der AG Diversität ein Entwurf für ein Diversity-Konzept erstellt, für dessen professionalisierte Umsetzung nach Unterstützung gesucht wurde.
- Das bestehende System zum betrieblichen Gesundheitsmanagement wurde fortgeführt. Die Maßnahmen dienen dem Ziel, die langfristige Erhaltung der Arbeits- und Leistungsfähigkeit der Mitarbeiter zu fördern und damit die krankheitsbedingten Abwesenheiten oder Einschränkungen in der Produktivität zu reduzieren. Darüber hinaus sollen die Motivation und Zufriedenheit der Mitarbeiter und damit die Mitarbeiterbindung erhöht werden. Auch wurden im Rahmen des betrieblichen Gesundheitsmanagements sowohl Covid-19-Impfungen wie Gripeschutzimpfungen angeboten zudem ein Web Based Training zur Arbeitssicherheit durchgeführt.
- Der sonst jährlich stattfindende StaffDay fand in 2021 pandemiebedingt in Form eines virtuellen Jahresausklangs statt, wo über aktuelle Themen berichtet wurde. Zusätzlich fanden im Sommer die jeweiligen Geschäftsbereichstreffen statt, die einen vertieften Einblick in die Entwicklungen bei SVM und BIK gaben und zur Vernetzung der Teams dienen.
- Des Weiteren wurde in diesem herausfordernden Jahr das Teambuilding und die soziale Verbundenheit über eine Auswahl an verschiedenen virtuellen Formaten gefördert.
- Die Gesellschaft erfüllt die Entsprechenserklärung des Deutschen Nachhaltigkeitskodexes seit 2013 und unterstützt andere öffentliche Unternehmen als Mentor. Der Austausch in weiteren Netzwerken trägt zum Aufbau und der Verbreitung der Initiativen bei.



- Die PD hat die Charta der Vielfalt unterzeichnet und lebt und fördert die Vielfalt des Zusammenlebens.
- Im Rahmen unseres ökologischen Engagements haben wir seit 2016 jährlich heimische Bäume in der Region Brandenburg und erstmalig 2019 in der Region Nordrhein-Westfalen gepflanzt. 2020 wurde an einer Waldsäuberungsaktion teilgenommen und in 2021 fand an den Standorten Berlin, Düsseldorf und Frankfurt ein PD Social Nature Day statt, bei denen u.a. ein Moot winterfest gemacht wurde und das Rheinufer und ein Teil des Jakobswegs von Müll befreit wurden.
- Während unserer Büro- und Beraterarbeit achtet die PD auf einen sparsamen Umgang mit Ressourcen wie Papier und Energie und nutzt – wenn immer möglich – alternative Besprechungsmedien.

3 Prognose-, Chancen- und Risikobericht

3.1. Prognose und Chancenbericht

Die PD sieht ihre strategischen Wachstumschancen zum einen in einer Vertiefung der Wertschöpfung in ihren Kernbereichen und zum anderen im weiteren Ausbau der Beratungskompetenzen in Themenfeldern wie zum Beispiel Gesundheit, Umwelt/Nachhaltigkeit, Personal & Organisationsentwicklung, Mobilität, öffentliche Sicherheit, öffentliche Finanzen, IT, Digital Governance, Digitalisierung des Bauwesens etc. auf allen förderalen Ebenen.

Neben der Umsetzungsbegleitung von Großprojekten und komplexen Immobilienvorhaben steht die Strategie- und Organisationsberatung der Verwaltung bei strategisch wichtigen Innovations-, Modernisierungs- und Beschaffungsprojekten im Fokus. Darüber hinaus werden die Kommunalberatung und das Gesundheitswesen weiterhin einen Schwerpunkt der Beratungstätigkeit bilden. Im Bereich Gesundheitswesen steht die Umsetzung von baulichen Masterplänen oder die Ausstattung mit innovativer Medizintechnik im Mittelpunkt, die häufig durch komplexe Partnerschaftsmodelle abgebildet werden. Einen weiteren Schwerpunkt bildet die Investitionsberatung, da der immense Investitionsbedarf der öffentlichen Infrastruktur in Übereinstimmung mit den gängigen Verfahren und Vorschriften der Haushaltsaufstellung und -führung abgewickelt werden muss. Neue Wachstumschancen werden im Ausbau der Geschäftstätigkeiten in den Aufgabenfeldern Umwelt und Wohnungsbau gesehen, die in 2022 als eigenständige Marktbereiche etabliert werden. Für 2022 ist zunächst die Eröffnung eines Büros in München geplant, um hier Büroarbeitsplätze für eine begrenzte Anzahl an Mitarbeitenden in Kundennähe zur Verfügung zu stellen.

Der Wirtschaftsplan für das Jahr 2022, der vom Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 1. Dezember 2021 beschlossen wurde, und die mittelfristige Planung für die Geschäftsjahre 2023-2026 sehen für das Gesamtunternehmen ein kontinuierliches Wachstum insbesondere der eigenen Leistung der PD vor. Dabei wird im Zeitraum 2022-2026 eine an die Eigenleistung angepasste Steigerung der Gesamtleistung von bis zu 37 % erwartet.

Für das Jahr 2022 wird gegenüber dem Berichtsjahr mit einer moderat steigenden Gesamtleistung gerechnet. Der Anteil der Eigenleistung steigt gegenüber dem Berichtsjahr um ca. 20%. Hier kommen die Effekte aus dem Personalaufbau des Berichtsjahres zum Tragen. Aufgrund der Anpassung der Kosten im Verhältnis zum stetigen Wachstum des Geschäftsvolumens der PD in einem Umfeld ohne Coronabeschränkungen wird das operative Ergebnis im Jahr 2022 deutlich niedriger angenommen als im Jahr 2021. Ausschlaggebende Faktoren hierbei sind Aufwendungen im Personalbereich auf Grund des fortlaufenden Personalzuwachses im operativen und internen Bereich, Personalentwicklung sowie die damit einhergehende Steigerung der sonstigen betrieblichen Aufwendungen. Die steigenden sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind insbesondere durch die notwendigen



Standortinvestitionen begründet. Eine kostenseitige Anpassung auf das weitere Mitarbeitendenwachstum ist für die Weichenstellung und zukünftige Entwicklung der PD in 2022 zwingend erforderlich.

Die weltweite Coronakrise hat beginnend mit den bundesweiten Schutzmaßnahmen ab März 2020 Auswirkungen auf den operativen Geschäftsablauf bei der PD. Die Reisetätigkeit zu den Kunden wurde in enger Abstimmung nahezu vollständig reduziert und die Mitarbeitenden arbeiten überwiegend im Homeoffice. Durch die Ausweitung moderner digitaler Kommunikationsmittel können die genannten Einschränkungen kompensiert und die geschäftlichen Aktivitäten nahezu unterbrechungsfrei fortgesetzt werden. Bei Projektanfragen und im Auftragseingang spiegeln sich die geänderten Rahmenbedingungen thematisch wider.

Durch die öffentlichen Auftraggeber ist die Auswirkung der Krise auf die Geschäftsentwicklung im laufenden Jahr eher als gering einzustufen. Dabei muss aber die Lage bzgl. der kommunalen Gesellschafter genau beobachtet werden, die vor dramatischen Einnahmefällen im Bereich der Steuereinnahmen zu stehen scheinen. Mit negativen Auswirkungen auf die Liquidität des Unternehmens ist in Bezug auf die Kundenstruktur derzeit nicht zu rechnen.

3.2 Risikomanagement, Risikobericht

Das von der PD bearbeitete Geschäftsfeld ist verschiedenen Risiken ausgesetzt, die untrennbar mit dem unternehmerischen Handeln verbunden sind. Das Risikomanagement obliegt der Geschäftsführung und hat zum Ziel, Risiken frühzeitig zu erkennen, die Planungssicherheit zu verbessern sowie die Kosten zu senken.

Risiken im Beratungsgeschäft sind:

- Externe Risiken durch Rahmenbedingungen und Markteinflüsse, die nicht unmittelbar beeinflusst werden können. Dies sind vor allem Auswirkungen aufgrund von Veränderungen in der Marktlage, dem Wettbewerb, der Konjunktur oder Pandemien.
- Interne Risiken, die durch Entscheidungen und Handlungen der Gesellschaft selbst bedingt sind. Dazu zählen Risiken aus der Leistungserstellung, im finanzwirtschaftlichen Bereich, informationstechnische Risiken oder aus der Organisation und dem Management des Unternehmens. Sie sind meist durch operative Entscheidungen und Maßnahmen direkt beeinflussbar und steuerbar.

Um die Auswirkungen von Risiken abschätzen zu können, werden sie fortlaufend bewertet.

Die Bewertung erfolgt üblicherweise in den Dimensionen der Eintrittswahrscheinlichkeit und der möglichen Schadenshöhe bei Eintritt. Um Risiken frühzeitig zu erkennen, zu bewerten und konsequent zu handhaben, setzt die Gesellschaft wirksame Steuerungs- und Kontrollsysteme ein.

Das Projektmanagementsystem stützt sich auf eine Software für Projektplanung, Projektsteuerung, Projektüberwachung, Zeiterfassung, durch die die Geschäftsführung automatisch über die Erreichung von definierten Schwellenwerten gegenüber kalkulierten Budgets bei einzelnen Projekten informiert wird.

Es besteht sowohl eine Jahres- als auch eine mittelfristige Unternehmensplanung und eine unterjährige Prognoseberichterstattung, die es erlaubt, bezüglich der Markt- und Wettbewerbsrisiken Soll/Ist-Abweichungen zu analysieren.

Daneben wird auch die operative Risikostruktur in regelmäßigen Abständen einer Überprüfung und Bewertung unterzogen sowie im Management der Risiken eine Überprüfung von Mitigationsmöglichkeiten (z.B. Versicherbarkeit) durchgeführt. Die Risikogewichtung und deren



Eintrittswahrscheinlichkeit werden nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung unter Einbeziehung von Erfahrungswerten und Prognosen vorgenommen. Über das Ergebnis der Prüfung wird dem Aufsichtsrat regelmäßig berichtet.

Bei der vorliegenden Relation zwischen Kosten, Risikostruktur und Eigenkapital sind den Fortbestand der Gesellschaft gefährdende Entwicklungen nicht zu erkennen. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Gesamtrisikoposition im Berichtsjahr stabil entwickelt.

Berlin, den 04. März 2022

PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH, Berlin

gez. Stéphane Beemelmans

Geschäftsführer

gez. Claus Wechselmann

Geschäftsführer







d-NRW AöR



4.2.2 d-NRW AöR

Anschrift:	Kontakt:	Gründung:
Rheinische Straße 1 44137 Dortmund	Telefon: 0231 22243810 Fax: 0231 22243811 E-Mail: info@d-nrw.de Internet: www.d-nrw.de	Errichtungsgesetz vom: 25.10.2016 mit Wirkung zum 01.01.2017 in der Fassung vom: 18.02.2022

Öffentlicher Zweck/Beteiligungsziel

Die d-NRW AöR ist auf der Grundlage des Gesetzes vom 25.10.2016 über die Errichtung einer Anstalt öffentlichen Rechts „d-NRW AöR“, das am 05.11.2016 in Kraft getreten ist – geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 23.01.2018 (GV. NRW. S. 90), in Kraft getreten am 02.02.2018, durch Artikel 3 des Gesetzes vom 30.06.2020 (GV. NRW. S. 644), in Kraft getreten am 14.07.2020 und durch Artikel 5 des Gesetzes vom 01.02.2022 (GV. NRW. S. 122), in Kraft getreten am 19.02.2022 – seit dem Jahreswechsel 2016/2017 als Rechtsnachfolgerin der d-NRW Besitz-GmbH & Co. KG und der d-NRW Besitz-GmbH Verwaltungsgesellschaft tätig.

Die d-NRW AöR unterstützt ihre Träger und andere öffentliche Stellen beim Einsatz von Informationstechnik in der öffentlichen Verwaltung. d-NRW entwickelt und betreibt für die öffentlichen Gesellschafter verwaltungsübergreifende E-Government-Lösungen. Ziele sind die Förderung der kommunal-staatlichen und interkommunalen Zusammenarbeit sowie der Aufbau von modernen, flächendeckenden und wirtschaftlichen E-Government-Komponenten. Überdies unterstützt die Anstalt den IT-Kooperationsrat bei der Erfüllung seiner Aufgaben nach § 21 des nordrhein-westfälischen E-Government-Gesetzes.

Träger	Anteile am Stammkapital in	
	%	€
Kreisstadt Unna	0,0780	1.000,00
Weitere öffentliche Gesellschafter	99,9214	1.281.000,00
	100,00	1.281.000,00

Organe der Anstalt

Geschäftsführung

Verwaltungsrat

Geschäftsführung

Dr. Roger Lienenkamp

Markus Both (allgemeiner Vertreter)



Vergütung der Geschäftsführung

Gemäß Punkt 3.3.4 des Public Corporate Governance Kodexes der Kreisstadt Unna ist die Vergütung bzw. sind die Bezüge der Mitglieder der Geschäftsführung im Beteiligungsbericht aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten und Sachleistungen auszuweisen.

Mitglied	Sachleistungen	Erfolgsunabhängige Bezüge	Gesamtbezüge
Dr. Roger Lienenkamp	4.391,28	156.837,12	161.228,40
Markus Both	-	144.315,18	144.315,18

Anzahl der Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt	2021	2020
Summe	62	43

Verwaltungsrat

Der Verwaltungsrat besteht nach den Bestimmungen des Errichtungsgesetzes aus 13 Mitgliedern. Sie werden für eine Dauer von fünf Jahren durch die Landesregierung bestellt. Die Vertretung der kommunalen Träger der Anstalt im Verwaltungsrat erfolgt durch jeweils zwei von den drei kommunalen Spitzenverbänden benannte Vertreter.

Die übrigen sieben Mitglieder des Verwaltungsrates werden vom Land Nordrhein-Westfalen benannt. Beamt:innen der Träger nehmen ihre Aufgaben im Verwaltungsrat im Rahmen ihres Hauptamtes wahr.



Bilanz der letzten zwei Geschäftsjahre

	2021	2020
	in €	in €
Aktiva:		
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	7.416	1.715
II. Sachanlagen	68.434	75.710
III. Finanzanlagen	0	0
Summe Aktiva	75.850	77.425
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte	2.392.489	2.850.755
II. Forderungen	7.780.437	2.895.314
III. Kassenbestand	10.347.155	7.186.977
Summe Umlaufvermögen	20.520.081	12.933.046
C. Rechnungsabgrenzungsposten	5.088	3.998
Summe Aktiva	20.601.020	13.016.470
Passiva:		
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	1.281.000	1.271.000
II. Kapitalrücklage	1.528.752	1.528.752
III. Gewinnrücklage	0	0
IV. Jahresüberschuss/	0	0
Summe Eigenkapital	2.809.752	2.799.752
B. Rückstellungen	3.339.662	1.883.658
C. Verbindlichkeiten	14.451.605	8.333.060
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0
Summe Passiva	20.601.020	13.016.470



Gewinn- und Verlustrechnung der letzten zwei Geschäftsjahre

	2021	2020
	in €	in €
Umsatzerlöse	51.001.545	28.061.527
Erhöhung/Minderung des Bestands an Vorräten	0	0
sonstige betriebliche Erträge	344.201	22.953
Materialaufwand	-47.342.142	-24.774.858
Personalaufwand	-3.312.697	-2.343.268
Abschreibungen	-39.777	-55.211
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-636.771	-736.465
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-31.173	-31.173
Ergebnis nach Steuern	-16.969	143.503
Sonstige Steuern	16.969	-143.503
Erträge aus Verlustübernahme	0	0
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	0	0

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Gesellschafterversammlung und Aufsichtsrat nach Geschlecht

Gemäß §12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Verwaltungsrat in der d-NRW AöR gehören von dem gesamten 13 Mitgliedern 4 Frauen an (Frauenanteil 30,77 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent unterschritten.

Verwendung des Jahresergebnisses 2021

Für das Geschäftsjahr 2021 wird wie im Vorjahr 2020 ein Jahresergebnis von 0 T€ ausgewiesen. Nach § 11 des Errichtungsgesetzes d-NRW AöR erhebt die Anstalt für ihre Leistungen kostendeckende Entgelte. Die Erzielung von Gewinn ist nicht Zweck der Anstalt.



Lagebericht

I. Grundlagen des Unternehmens

Geschäftsmodell des Unternehmens

Die d-NRW AöR ist auf der Grundlage des Gesetzes vom 25.10.2016 über die Errichtung einer Anstalt öffentlichen Rechts „d-NRW AöR“, das am 05.11.2016 in Kraft getreten ist – geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 23.01.2018 (GV. NRW. S. 90), in Kraft getreten am 02.02.2018, durch Artikel 3 des Gesetzes vom 30.06.2020 (GV. NRW. S. 644), in Kraft getreten am 14.07.2020 und durch Artikel 5 des Gesetzes vom 01.02.2022 (GV. NRW. S. 122), in Kraft getreten am 19.02.2022 – seit dem Jahreswechsel 2016/2017 als Rechtsnachfolgerin der d-NRW Besitz-GmbH & Co. KG und der d-NRW Besitz-GmbH Verwaltungsgesellschaft tätig.

Die d-NRW AöR unterstützt ihre Träger und andere öffentliche Stellen beim Einsatz von Informationstechnik in der öffentlichen Verwaltung. D-NRW entwickelt und betreibt für die öffentlichen Gesellschafter verwaltungsübergreifende E-Government-Lösungen. Ziele sind die Förderung der kommunal-staatlichen und interkommunalen Zusammenarbeit sowie der Aufbau von modernen, flächendeckenden und wirtschaftlichen E-Government-Komponenten. Überdies unterstützt die Anstalt den IT-Kooperationsrat bei der Erfüllung seiner Aufgaben nach § 21 des nordrhein-westfälischen E-Government-Gesetzes.

Träger der d-NRW AöR sind mit Stand vom 31.12.2021 das Land Nordrhein-Westfalen sowie 283 nordrhein-westfälische Kommunen (Städte, Gemeinden, Kreise inkl. der Städteregion Aachen und die beiden Landschaftsverbände).

II. Geschäftsverlauf

a) Entwicklung von Branche und Gesamtwirtschaft

Die deutsche Gesamtwirtschaft ist gegenüber dem Vorjahr, das aufgrund der Corona-Pandemie durch eine schwere Rezession gekennzeichnet war, in 2021 um 2,7 % gewachsen. Davon profitiert hat auch die IT-Branche, die ohnehin vergleichsweise gut durch die Krise gekommen ist. Die Pandemie hat auch im weiteren Verlauf dazu beigetragen, die großen Chancen und Potentiale der Digitalisierung noch intensiver zu erschließen und die digitale Transformation weiter zu beschleunigen. Die Digitalisierung der Verwaltung bildete im Zusammenhang mit dem digitalen Wandel von Gesellschaft und Wirtschaft die Grundlage für weiterhin gute Umsätze.

b) Produktentwicklung

Bei der Produktentwicklung standen die Zusammenarbeit von Land und Kommunen im Bereich des Serviceportals.NRW, die Weiterentwicklung des Wirtschafts-Service-Portals.NRW, die Umsetzung verschiedener „nrwGOV-Projekte“, das öffentliche Auftragswesen inklusive der Umsetzung der E-Rechnung, die IT-Unterstützung für die Abwicklung des Förderprogrammcontrollings verschiedener Ressorts, die Aufträge für den Ausbau von IT-Lösungen für den Bereich Kinder und Jugend im Geschäftsbereich des MKFFI, die Weiterentwicklung der Online-Sicherheitsprüfung (OSiP), diverse Entwicklungen im Bereich der PfAD-Projekte, der Landesredaktion FIM und Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Onlinezugangsgesetz (OZG) im Vordergrund.

c) Absatz- Beschaffungspolitik



Wesentliche Vertragspartner auf der Beschaffungsseite waren die BMS Consulting GmbH, Düsseldorf, die Capgemini Deutschland GmbH, Ratingen, die Cassini Consulting AG, Düsseldorf, die cosinex GmbH, Bochum, die Deloitte Consulting GmbH, Düsseldorf, die Detecon International GmbH, Köln, die flowconcept Agentur für Kommunikation GmbH, Oberhaching, die Materna Information & Communications SE, Dortmund, die Nortal AG, Berlin, die publicplan GmbH, Düsseldorf, die T-Systems International GmbH, Düsseldorf, sowie das kommunale Rechenzentrum Niederrhein, Kamp-Lintfort, und das Kommunale Rechenzentrum Minden-Ravensberg/Lippe, Lemgo. Wesentliche Vertragspartner auf der Absatzseite waren das Land Nordrhein-Westfalen und die Kommunen in NRW.

d) Produktion

Die Produktion erfolgte unmittelbar durch die unter lit. C) genannten Projektpartner auf Beschaffungsseite.

e) Investition

Die Anstalt hat im Jahr 2021 keine nennenswerten Investitionsmaßnahmen ergriffen.

f) Finanzierung

Die Finanzierung der Anstalt erfolgte im Geschäftsjahr 2021 vollständig durch die Kostenerstattung aus Aufträgen.

g) Personal

Die Anstalt hat im Jahr 2021 im Durchschnitt 62 Mitarbeiter:innen beschäftigt. Kennzeichnend war – wie bereits in den Vorjahren – die Aufstockung der Personalressourcen infolge von neuen Aufgaben und zunehmenden Projektaufträgen.

h) Umwelt

Umweltrisiken und umweltrechtliche Auflagen oder Anforderungen bestehen nicht. Umweltschutzmaßnahmen wurden infolgedessen nicht durchgeführt.

i) Wichtige Ereignisse im Geschäftsjahr

Der Verwaltungsrat hat – korrespondierend zu der am 13.11.2020 beschlossenen Durchführung einer europaweiten Ausschreibung zur Gewinnung von externen Dienstleisterkapazitäten zur Umsetzung des Online Zugangsgesetzes (OZG) unter Berücksichtigung des zu erwartenden Auftragsvolumens des Konjunkturpaketes des Bundes mit einer Obergrenze von bis zu 200 Mio. Euro und einer Laufzeit von 4 Jahren – im Berichtsjahr der Zuschlagserteilung über einen Rahmenvertrag zur Erbringung von Entwicklungs- und Unterstützungsleistungen mit insgesamt 34 Bietern, die sich auf 6 Lose verteilen, zugestimmt. Überdies hat der Verwaltungsrat der Durchführung von sog. Miniwettbewerbern zur Ermittlung des konkreten Partners für die Umsetzung der jeweiligen Bedarfe der Landesverwaltung NRW zugestimmt.

Mit dem Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der medienbruchfreien Digitalisierung (Landtag NRW, Drucksache 17/15478) ist gemäß Artikel 5 im Berichtsjahr eine Änderung des Errichtungsgesetzes der d-NRW AöR auf den Weg gebracht worden, die maßgeblich vorsieht, dass der Anstalt durch Rechtsverordnung strategisch bedeutsame Digitalisierungsaufgaben der Landesverwaltung zur ausschließlichen Wahrnehmung übertragen werden können. Auf der Grundlage dieses Gesetzes, das am 19.02.2022 in Kraft getreten ist, ist zu erwarten, dass die Rolle der weiterhin im Wachstum befindlichen Anstalt durch Aufgabenübertragungen zusätzlich gestärkt werden wird.



Die Umsatzsteuersonderprüfung der d-NRW AöR ist mit Bericht der zuständigen Finanzbehörde vom 04.10.2021 für abgeschlossen erklärt worden. Basierend auf den Feststellungen des Abschlussberichts konnten die Umsatzsteuerjahreserklärungen für die Jahre 2017 bis 2020 abgegeben und die sich ergebenden Nachforderungen in Höhe von insgesamt 2.041 TEUR ausgeglichen werden. Sonstige Forderungen im Zusammenhang mit der Umsatzsteuernachzahlung bestehen nicht. Im Übrigen hat das Finanzamt für Groß- und Konzernprüfung Dortmund im Dezember 2021 angekündigt, dass die Betriebsprüfung der d-NRW AöR als ergebnislos abgeschlossen wird. Die entsprechende schriftliche Mitteilung der Finanzbehörde erfolgte mit Datum vom 01.02.2022. Steuerliche Unwägbarkeiten zur ertragssteuerlichen Beurteilung des Umwandlungsprozesses zur d-NRW AöR sind damit ausgeräumt.

III. Lage des Unternehmens

Die d-NRW AöR konnte im Jahr 2021 Umsatzerlöse in Höhe von TEUR 51.002 verzeichnen. Gegenüber dem Vorjahr (TEUR 28.062) ergibt sich mithin eine signifikante Steigerung der Umsatzerlöse.

a) Vermögenslage

Die Anstalt hat Vermögen in erster Linie durch Erlöse aus Projektaufträgen für Softwarelösungen aufgebaut. Durch die Umwandlung von der privatrechtlichen in eine öffentlich-rechtliche Organisationsform grift seit dem Jahr 2017 das Kostenerstattungsprinzip.

Wesentliche Bilanzposten	31.12.2020	31.12.2021	Veränderung
Aktiva	T€	T€	T€
Anlagevermögen	77	76	-1
Umlaufvermögen	12.935	20.520	+7.585
Rechnungsabgrenzung	4	5	+1
Passiva			
Eigenkapital	2.800	2.810	+10
Fremdkapital	10.216	17.791	+7.575
Bilanzsumme	13.016	20.601	+7.585

Im Vergleich zum 31.12.2020 hat sich das Umlaufvermögen um +TEUR 7.585 erhöht. Grund dafür sind bei einer Verringerung der bereits geleisteten Anzahlungen (-TEUR 460) vor allem zusätzliche Geldmittel (+TEUR 3.160), erhöhte Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (+TEUR 4.007) sowie eine Zunahme bei den sonstigen Vermögensgegenständen (+TEUR 878).

Auf der Passivseite ist das Eigenkapital leicht erhöht (+TEUR 10) und das Fremdkapital um +TEUR 7.575 gestiegen. Beim Fremdkapital sind vor allem die „Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen“ (+TEUR 8.575) gewachsen. Demgegenüber sind die „erhaltenen Anzahlungen auf Bestellungen“ (-TEUR 680) sowie die „sonstige Verbindlichkeiten“, die sich im Vorjahr im Wesentlichen aus der Umsatzsteuerpflichtigkeit ergeben hatten, im Vergleich zum 31.12.2020 verändert.

Die „Rückstellungen“ sind gegenüber dem Vorjahr 2019 erhöht (+TEUR 1.456). Maßgeblich sind insoweit vor allem die Einstellungen in die Rückstellungen für Ausgleichsverpflichtungen (+TEUR 1.423), für „sonstige Rückstellungen“ (+TEUR 264) und Rückstellungen für Gewährleistungen (+TEUR 73). Aufgelöst werden konnten im Berichtsjahr gemgegenüber die „Rückstellungen für Kulanzgewährung“ (-TEUR 310).

b) Finanzlage

Die Finanzlage der Anstalt ist in 2021 zufriedenstellend gewesen. Finanzierungsquellen waren Aufträge aus dem Kreis der Anstaltsträger. Die Anstalt hat über eine ausreichende Liquidität verfügt.



Die Eigenkapitalquote ist im Vergleich zum Vorjahr wegen der höheren Bilanzsumme (+ TEUR 7.585), insbesondere aufgrund von erhöhten Geldmitteln (+TEUR 3.160) sowie von erhöhten Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (+TEUR 4.007), auf 13,6 % (31.12.2020:21,5 %) verringert.

Der Finanzmittelbestand (Bankguthaben, Kassenbestand) beträgt TEUR 10.347 (31.12.2020: TEUR 7.187).

Die Liquidität 2. Grades beträgt 101,9 % (Vorjahr: 98,7 %).

c) Ertragslage

Die Ertragslage hat im Wirtschaftsjahr 2021 in engem Zusammenhang mit dem Geschäftsbetrieb in den Produktbereichen Online Zugangsgesetz, Wirtschafts-Service-Portal, Öffentliches Auftragswesen, E-Rechnung, nrwGOV, Förderprogrammcontrolling, Landesredaktion FIM, Serviceportal NRW, Digitales Archiv, Online Sicherheitsprüfung, PfAD, Meldeportal und KiBiz.web sowie den Beratungsleistungen im Bereich der Landesverwaltung gestanden. Diese Bereiche haben sich positiv entwickelt.

	2020 TEUR	2021 TEUR	+/- Vj. TEUR
Betriebserträge	28.084	51.345	+23.261
Betriebsaufwendungen	-28.053	-51.314	+23.261
Finanzergebnis	-31	-31	-0
Jahresergebnis	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>

Für das Geschäftsjahr 2021 wird ein Jahresergebnis von TEUR 0 ausgewiesen. Nach § 11 Abs. 2 Errichtungsgesetz d-NRW AöR erhebt die Anstalt für ihre Leistungen kostendeckende Entgelte. Die Erzielung von Gewinn ist nicht Zweck der Anstalt.

Für den Fall von Kostenüberdeckungen ist grundsätzlich von einer Ausgleichsverpflichtung auszugehen. Dieser Ausgleichsverpflichtung ist zunächst – soweit möglich – auftragsindividuell nachzukommen. Sofern dies nicht möglich ist, resultiert aus § 11 Abs. 2 Errichtungsgesetz d-NRW AöR die grundsätzliche Verpflichtung, in einem Geschäftsjahr insgesamt entstehende Kostenüber- oder -unterdeckungen bei der Entgeltgestaltung zukünftiger Geschäftsjahre entgeltmindernd (Kostenüberschreitung) bzw. entgelterhöhend (Kostenunterdeckung) zu berücksichtigen.

Die **Umsatzerlöse** setzen sich wie folgt zusammen:

	2020 TEUR	2021 TEUR	+/- Vj. TEUR
Projekterlöse	21.273	22.604	+1.331
Dienstleistungen .	7.715	29.819	+22.104
übrige Umsatzerlöse	0	1	+1
	<u>28.988</u>	<u>52.424</u>	<u>+23.436</u>
Aufwand/Ertrag aus Ausgleichsverpflichtung	-624	-1.423	-799
Erlösschmälerungen wegen Korrektur Umsatzsteuer 2017 - 2019	-302	-0	+302
	<u>28.062</u>	<u>51.001</u>	<u>+22.939</u>

Die Materialaufwendungen betreffen im Wesentlichen Leistungen von Subunternehmern für Programmierleistungen. Die Fremdleistungen sind um +TEUR 22.567 auf TEUR 47.342 gestiegen.



Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen TEUR 637 (Vorjahr: TEUR 736) betreffen im Wesentlichen die allgemeinen Kosten im Zusammenhang mit dem Dienstbetrieb der weiterhin stark im Wachstum befindlichen Anstalt – z.B. Telefonkosten TEUR 21 (Vorjahr: TEUR 11), Raummiete TEUR 185 (Vorjahr: TEUR 185), Fortbildungskosten TEUR 62 (Vorjahr: TEUR 22), Rechts- und Beratungskosten TEUR 52 (Vorjahr: TEUR 74), Abschluss- und Prüfungskosten TEUR 22 (Vorjahr: TEUR 25), Buchführungskosten TEUR 25 (Vorjahr: TEUR 28) sowie Aufwand für Gewährleistungen TEUR 73 (Vorjahr: TEUR 74).

Bei den Zinsaufwendungen TEUR 31 (Vorjahr: TEUR 31) – ausgewiesen im Finanzergebnis – handelt es sich um Verwahrgeld.

IV. Wesentliche Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

a) Chancen

Hinsichtlich der Umsatz- und Auftragsentwicklung ist die durch die Rechtsformänderung zur AöR noch engere Bindung an das Land NRW sowie die größere Nähe zu den kommunalen Trägern nebst der zugehörigen IT-Dienstleister erneut besonders hervorzuheben. Eine wesentliche Chance der Anstalt liegt damit in ihrer Verankerung im kommunal-staatlichen Umfeld. An der Schnittstelle von Land und Kommunen kann die d-NRW AöR öffentliche Aufgaben im Bereich der kommunal-staatlichen Zusammenarbeit übernehmen und hierfür Aufträge sowohl von Landeseite als auch von kommunaler Seite erwarten. Exemplarisch ist insoweit die neue Rolle der Anstalt als sog. „Kommunalvertreter.NRW“. Die d-NRW AöR ist damit die zentrale Anlaufstelle der Kommunen für nachnutzbare Online-Dienste im Rahmen des Onlinezugangsgesetzes (OZG) und sorgt für die rechtliche und organisatorische Abwicklung des Leistungsaustausches. Weitere Chancen, sich im verwaltungsübergreifenden Umfeld zukünftig noch stärker zu etablieren, werden sich voraussichtlich durch die mit der Änderung des Errichtungsgesetzes verbundenen Möglichkeit, der Anstalt strategische Digitalisierungsaufgaben exklusiv per Rechtsverordnung zu übertragen, ergeben. Damit wird sich die d-NRW AöR noch stärker in die digitale Transformation einbringen können.

b) Risiken

Unwägbarkeiten ergeben sich im Geschäftsbetrieb der Anstalt weiterhin dadurch, dass in der neuen Rechtsform für Leistungen kostendeckende Entgelte zu erheben sind, d.h. die Erzielung von Gewinn nicht Zweck der Anstalt ist. Insoweit wurde, wie mit der Aufsichtsbehörde vereinbart, eine Rückstellung für Ausgleichsverpflichtungen aufgrund von Kostenüberdeckungen gebildet.

Grundsatzentscheidungen zum E-Government auf Bundes- und Landesebene können die Entwicklungsperspektiven beeinträchtigen, wenn damit erhebliche Verzögerungen für Auftragserteilungen einhergehen. Perspektive Unwägbarkeiten können zudem durch die nordrhein-westfälischen Landtagswahlen im Mai 2022 entstehen, deren Ausgang auch für die weitere Digitalisierung der Verwaltung in NRW bedeutsam sein wird.

Dortmund, 31.03.2022

gez. Dr. Roger Lienenkamp
Vorsitzender der Geschäftsführung





KoPart eG



4.2.3 KoPart eG

Anschrift:	Kontakt:	Gründung:
Kaiserwerther Straße 199 - 201 40474 Düsseldorf	Telefon: 0211 59895755 Fax: 0211 4307722 E-Mail: info@kopart.de Internet: www.kopart.de	Satzung vom 02.05.2012 in der Fassung vom: 22.07.2020

Öffentlicher Zweck/Beteiligungsziel

Der Name der eingetragenen Genossenschaft „KoPart“ steht für „**K**ommunal & **P**artnerschaftlich“ und beschreibt damit die Grundintention der Genossenschaft. Im Mittelpunkt steht die Förderung der wirtschaftlichen Interessen der Mitglieder im Bereich Beschaffung und Vergabe. In der KoPart eG haben Kommunen und Unternehmen unabhängig von ihrer Größe je eine Stimme und die gleichen Rechte. Dies dient der Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit. Der Genossenschaft können Kommunen und zu 100 % kommunale Unternehmen beitreten. Die KoPart eG ist im Sommer 2012 auf Betreiben des Städte- und Gemeindebundes NRW und dessen Dienstleistungsunternehmen Kommunal Agentur NRW entstanden. Hauptziel der KoPart eG ist die Unterstützung der Mitglieder bei einem optimalen Einsatz der zur Verfügung stehenden Ressourcen. Hierzu fasst die KoPart eG den kommunalen Bedarf der Mitglieder zusammen und bündelt die Nachfrage. Damit erreicht die KoPart eG bessere Konditionen am Markt. Zudem könnten bei personellen Engpässen in der Zentralen Vergabestelle der Kreisstadt Unna Beschaffungsaufgaben an die KoPart eG verlagert werden. Hierbei garantiert die KoPart eG Vergaberechtskonformität sowie die Berücksichtigung anderer kommunaler und gesetzlicher Vorgaben.

Träger	Genossenschaftsanteil	
	Anzahl	in €
Kreisstadt Unna (Genossenschaft)	1	750,00
Weitere öffentliche Anteilseigner	147	156.750,00
	148	157.500,00

Organe der Genossenschaft

Vorstand
Aufsichtsrat
Generalversammlung
Standardisierungskommission

Mitarbeiter

Die KoPart eG beschäftigte im Jahr 2021 keine Mitarbeiter. Die Geschäftsbesorgung erfolgt durch die Kommunal Agentur NRW.



Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus 6 Mitgliedern, welche durch die Generalversammlung entsandt werden. Die Kreisstadt Unna ist nicht im Aufsichtsrat vertreten.

Generalversammlung

Die Generalversammlung fasst die wesentlichen wirtschaftlichen und strategischen Beschlüsse der Genossenschaft. Die Kreisstadt Unna wird in der Generalversammlung durch den Bürgermeister oder eine/n von ihm bevollmächtigte/n Bedienstete/n vertreten.
Eine Teilnahme an der Generalversammlung erfolgte erstmals in 2021.

Bilanz der letzten zwei Geschäftsjahre

	2021	2020
	in €	in €
Aktiva:		
A. Rückständige fällige Einzahlungen auf Geschäftsanteile	750,00 €	
B. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1,00 €	1,00 €
Summe Anlagevermögen	1,00 €	1,00 €
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte	104.940,09 €	51.832,30 €
II. Forderungen	288.221,59 €	522.034,40 €
III. Kassenbestand	326.617,25 €	242.970,68 €
Summe Umlaufvermögen	719.778,93 €	816.837,38 €
C. Rechnungsabgrenzungsposten	-	-
Summe Aktiva	720.529,93 €	816.838,38 €
Passiva:		
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	173.250,00 €	159.000,00 €
II. Ergebnisrücklage	33.217,40 €	14.363,24 €
IV. Jahresüberschuss/	- €	- €
Summe Eigenkapital	206.467,40 €	173.363,24 €
B. Rückstellungen	23.349,96 €	16.474,02 €
C. Verbindlichkeiten	490.712,57 €	627.001,12 €
D. Rechnungsabgrenzungsposten	- €	-
Summe Passiva	720.529,93 €	816.838,00 €



Gewinn- und Verlustrechnung der letzten zwei Geschäftsjahre

	2021	2020
	in €	in €
Umsatzerlöse	1.286.629,62	1.294.562,33
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	53.107,79	-4.831,40
Gesamtleistung	1.339.737,41	1.289.730,93
Materialaufwand	-1.294.902,44	-1.242.823,15
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-17.444,87	-13.371,58
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-8.535,94	-6.774,02
Ergebnis nach Steuern	18.854,16	26.762,18
Einstellung in Ergebnisrücklagen	18.854,16	26.762,18
Bilanzgewinn	0,00	0,00

Verwendung des Jahresergebnisses 2021

Für das Geschäftsjahr 2021 wird wie im Vorjahr ein Jahresergebnis von 0 T€ ausgewiesen. Ein Beschluss über die Verwendung des Jahresergebnisses war daher entbehrlich.



Lagebericht

1. Allgemeines

Die KoPart eG hat die Rechtsform einer eingetragenen Genossenschaft. Die Satzung ist datiert vom 14. Juni 2012. Die Eintragung ins Genossenschaftsregister des Amtsgerichts Düsseldorf erfolgte am 31.08.2012 unter der Nummer GnR 500.

Der Gegenstand des Unternehmens sind Dienstleistungen zur Beschaffung jeglicher Art für die Mitglieder, insbesondere die Durchführung rechtskonformer Ausschreibungen sowie die Vermittlung des Wareneinkaufs für die Mitglieder und alle damit im Zusammenhang stehenden Tätigkeiten, Dienstleistungen zur Unterstützung der nachhaltigen Erfüllung der öffentlichen Zwecke der Mitglieder sowie alles, was mit den oben beschriebenen Gegenständen in Zusammenhang steht.

2. Geschäftsverlauf und Lage der KoPart eG

Die KoPart eG erzielte im Geschäftsjahr 2021 einen Jahresüberschuss von 18.854,16 €. Im abgelaufenen Geschäftsjahr konnten 18 neue Mitglieder gewonnen werden. Zwei Mitglieder sind zum 31.12.2021 ausgeschieden.

3. Entwicklung der KoPart eG

Die Zahl der Mitglieder ist auf 163 gestiegen. Im aktuellen Jahr sind bereits 8 neue Mitglieder zu verzeichnen. Ziel ist es weiterhin, die Mitgliederzahl stetig zu erhöhen.

Um dieses Ziel zu erreichen, wurde das Angebotsspektrum über Ausschreibungsbegleitungen hinaus auf eine Vielzahl von Themen erweitert. Hierfür wurde der Geschäftsbesorgungsvertrag mit dem Mitglied Kommunal Agentur NRW GmbH angepasst. Die Kommunal Agentur NRW GmbH unterstützt die KoPart eG personell bei der Abwicklung und Bearbeitung der Aufträge, die nun auf alle Themenbereiche erweitert wurden, die die Kommunal Agentur NRW GmbH bearbeiten kann. Von daher ist nun eine umfassende Beratung und Unterstützung der Mitgliedskommunen bei vielen kommunalen Fragestellungen möglich.

Außerdem wurde der im Sommer 2014 begonnene Aufbau eines elektronischen Katalogverfahrens für die Beschaffung des kommunalen Bedarfs konsequent fortgeführt. Die Zahl der teilnehmenden Kommunen ist von ursprünglich zehn im Jahr 2015 auf 83 gestiegen. Hintergrund ist u.a. die von den Kommunen gut angenommene einfache Bezugsmöglichkeit in Zeiten der Pandemie über das Katalogsystem, die die Handlungsfähigkeit der Kommunen auch im Homeoffice sicherstellen konnte. Auch die schnelle Reaktion der KoPart eG auf geförderte Beschaffungsobjekte wie digitale Endgeräte für Schulen steigerte die Attraktivität des Angebots.

Als weiteres Standbein hat die KoPart wegen der Nachfragen aus dem Mitgliederkreis im Jahr 2017 ein Angebot entwickelt, für die Mitgliedskommunen Funktionen einer zentralen Vergabestelle (Zentrale Vergabestelle plus — zvs+) zu übernehmen. Dieses Angebot ist weiter verfeinert worden. Etliche Mitglieder nutzen dieses Angebot vor allem für ausgewählte Großprojekte wie z. B. umfangreiche Sanierungs- oder Neubauprojekte, die die Kapazitäten der vorhandenen Vergabestellen übersteigen.

Geschäftsjahr 2021

In diesem Jahr wurde aufgrund der Angebotserweiterung auf viele Dienstleistungen aus den Bereichen Organisation, Personal- und Organisationsentwicklung, Technik und Umwelt sowie Recht eine höhere Anzahl an Angeboten (über 145) und Aufträgen erreicht. Ergänzend zum erweiterten Angebot wurde der Geschäftsbesorgungsvertrag mit der Kommunal Agentur NRW überarbeitet und dem aktualisierten Angebot entsprechend angepasst. Durch eine neue Entgeltregelung werden die Ausgaben der KoPart eG an die Kommunal Agentur NRW übersichtlicher und klarer gestaltet.



Auch der weitere Ausbau der Individualausschreibungen, des Katalogverfahrens und des Angebots zvs+ sowie der Akquise neuer Mitglieder trug zum positiven Ergebnis bei.

Der elektronische Katalogeinkauf wurde um neue Kataloge insbesondere aus dem IT-Hardware-Bereich (Laptops für Schulen, interaktive Tafeln) sowie für den besonderen Hygienebedarf durch die Covid-19-Pandemie erweitert. Die Zahl der teilnehmenden Kommunen und auch der Besteller in den Kommunen hat kontinuierlich zugenommen. Dadurch und durch verstärkte Bestandskundenbetreuung ist der getätigte Umsatz auf ein sehr hohes Niveau gestiegen. Dieser ist nicht nur durch die recht hochpreisigen Artikel des geförderten IT-Bereichs entstanden, sondern auch durch die verstärkte Nachfrage der bereits bestehenden Kataloge.

Die Ansprache der Bestands- und Neukunden wurde weiter optimiert. Dennoch war der Akquise- und Betreuungsaufwand weiterhin hoch. Anregungen aus dem Kundenkreis hat der technische Dienstleister der KoPart laufend geprüft und in seine eigene Programmierung umgesetzt. Insbesondere die neue weitreichende Administrationsmöglichkeit durch einen kommunalen Admin findet großen Zuspruch und bedeutet eine erhebliche Erleichterung für die KoPart. Die vom Systembetreiber angestrebte komplett Neuprogrammierung des Katalogsystems ist damit weitgehend abgeschlossen.

Auch im zvs+-Bereich werden die Unterstützungsleistungen der KoPart laufend und flexibel auf die Bedürfnisse der Mitgliedskommunen ausgerichtet.

Die Zahl der Einzelbeauftragungen ist — auch wegen der Möglichkeit der Inhouse-Beauftragung - bis zum Bilanzstichtag im Vergleich zum Vorjahr angestiegen. Dies erhöht die Ausgaben für die Geschäftsbesorgung durch die Kommunal Agentur NRW.

Geschäftsjahr 2022

Die Angebote für eine Individualbetreuung der Mitgliedskommunen werden weiterhin auf die Wünsche der Kommunen angepasst und ausgebaut. Daher erwartet die KoPart eG auch in diesem Jahr eine Steigerung der Beauftragung.

Derzeit werden auslaufende Rahmenverträge für das Katalogverfahren neu ausgeschrieben sowie zusätzliche, neue Kataloge aus besonders nachgefragten Segmenten, die beim Katalogeinkauf das Umsatzniveau des Vorjahres deutlich steigerten, aufgesetzt, so z. B. ein Katalog für Schulmöbel. Vielfach werden hierzu Anregungen aus dem Mitgliederkreis aufgenommen.

Besonders gut angenommen wird in diesem Jahr die Ausschreibung eines Rahmenvertrages zum Dienstfahrradleasing, an der sich über 45 Kommunen und kommunale Unternehmen beteiligen. Bei weiterem Bedarf an diesen Leistungen kann diese Ausschreibung für weitere Mitglieder wiederholt werden.

Trotz der bislang positiven Entwicklung können die weiteren Auswirkungen der Corona- und der Ukraine-Krise auf das Kundenverhalten weiterhin nicht vollständig abgeschätzt werden. So werden beispielsweise Veranstaltungen zur Bestandskundenbetreuung oder Vorstellung der KoPart und ihrer Produkte sowie Schulungen vorraussichtlich weiterhin vorrangig per Videokonferenz stattfinden.

Denn das Leistungsspektrum ist seit Anfang des Jahres 2021 auf viele Leistungen ausgedehnt worden, die über das Angebot des Mitglieds Kommunal Agentur NRW erreicht werden können. Dazu gehören z. B. Organisationsuntersuchungen, Softwareangebote und Gebührenkalkulationen. In diesem Zusammenhang wird die Kooperation mit dem Mitglied Kommunal Agentur NRW weiter ausgebaut.



Geschäftsjahr 2023

Geplant ist, die Dienstleistungen der Kopart auch zukünftig dynamisch den Anforderungen der Kunden anzupassen. Auf Wunsch vieler Mitglieder ist das Angebotsspektrum der KoPart bereits erheblich ausgedehnt worden.

Derzeit geht der Vorstand davon aus, dass die Mitglieder ihr Beauftragungsverhalten gegenüber der KoPart zukünftig eher nicht einschränken werden, sondern aufgrund des attraktiven Angebotsspektrums und der einfachen Vergabe als Inhouse-Geschäft weiter ausweiten werden.

4. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag

Es gab keine wesentlichen Ereignisse nach dem Bilanzstichtag.

Düsseldorf, 05.05.2022

KoPart eG

Der Vorstand



5 Beteiligungen der Wirtschaftsbetriebe der Stadt Unna GmbH:

- Stadtwerke Unna GmbH
- Logistikzentrum RuhrOst GmbH
- Antenne Unna Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG





Stadtwerke Unna GmbH



5.1 Stadtwerke Unna GmbH

Anschrift:	Kontakt:	Gründung:
Heinrich-Hertz-Str. 2 59423 Unna	Telefon: 02303 2001-0 Fax: 02303 2001-22 E-Mail: office@sw-unna.de Internet: www.stadtwerke-unna.de	Gesellschaftsvertrag vom: 20.12.1991 in der Fassung vom: 10.04.2014

Öffentlicher Zweck/Beteiligungsziel

Die Gesellschaft hat als Aufgabe die Energieversorgung und -erzeugung sowie die Telekommunikation. Dazu gehören die Errichtung, der Erwerb und der Betrieb von Anlagen, die der Versorgung mit Strom, Gas und Wärme dienen, sowie die Vornahme aller damit im Zusammenhang stehender Geschäfte und Dienstleistungen. Darüber hinaus hat sie die Übernahme von Betriebsführungsaufgaben für Einrichtungen der Kreisstadt Unna sowie für Gesellschaften, an denen die Kreisstadt Unna beteiligt ist, als Aufgabe.

Gesellschafter	Anteile am Stammkapital in	
	%	€
Wirtschaftsbetriebe der Stadt Unna GmbH	76,00	4.666.400,00
Rheinland Energiepartner GmbH	24,00	1.473.600,00
Gesamt	100,00	6.140.000,00

Beteiligungen der SWU	Anteile am Grundkapital in	
	%	€
UnnaWasser & Mehr GmbH	51,00	12.750,00
Provision Stadtwerke IT GmbH	50,00	25.000,00
Biogas Pool 2 für Stadtwerke GmbH & Co. KG	29,35	300.000,00
Stadtwerke Döbeln GmbH	9,35	207.600,00
Trianel Gasspeicher Epe GmbH & Co. KG	5,90	826.000,00
Trianel Windkraftwerk Borkum GmbH & Co. KG	3,69	704.428,04
Trianel Gaskraftwerk Hamm GmbH & Co. KG	0,61	258.741,00
Trianel GmbH	0,33	66.503,50
BREKO e.G.	1 Geschäftsanteil	500,00

Aus Wesentlichkeitsgründen wird auf die Darstellung der einzelnen Enkelgesellschaften der Stadtwerke Unna GmbH verzichtet.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung
Aufsichtsrat
Gesellschafterversammlung

Geschäftsführung

Jürgen Schäpermeier



Vergütung der Geschäftsführung			
Gemäß Punkt 3.3.4 des Public Corporate Governance Kodexes der Kreisstadt Unna ist die Vergütung bzw. sind die Bezüge der Mitglieder der Geschäftsführung im Beteiligungsbericht aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten und Sachleistungen auszuweisen.			
Erfolgsabhängige Bezüge	Sachleistungen	Erfolgsunabhängige Bezüge	Gesamtbezüge
0,00 €	4.500,00 €	205.000,00 €	209.500,00 €

Vergütung des Aufsichtsrates	
Gemäß Punkt 2.7.2 des Public Corporate Governance Kodexes der Kreisstadt Unna sind die Gesamtbezüge des Aufsichtsrates und die Vergütungssätze der von der Kreisstadt Unna entsandten Aufsichtsratsmitglieder individualisiert im Beteiligungsbericht auszuweisen.	
Der Jahresabschluss 2021 der SBU weist für die Tätigkeiten der Aufsichtsratsmitglieder Gesamtbezüge in Höhe von 20.325,00 € (Vorjahr 13.275,00 €) aus. Davon entfallen auf die Vertreter der Kreisstadt Unna folgende Beträge:	
RM Karl Dittrich	2.100,00 €
RM Gerhard Meyer	1.575,00 €
RM Simone Hackenberg	900,00 €
RM Wolf-Rüdiger Schmidt	1.050,00 €
RM Ivan Juric	900,00 €
RM Sebastian Laaser	600,00 €
RM Renate Nick	1.050,00 €
sB Max Jülkenbeck	900,00 €
RM Margarete Strathoff	1.050,00 €
BM Dirk Wigant	750,00 €
RM Werner Clodt	150,00 €
StK Achim Thomae	300,00 €
RM Michael Wladacz	450,00 €

Gesellschafterversammlung:
Die Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Unna GmbH entspricht dem Haupt- und Finanzausschuss der jeweiligen Wahlperiode.

Anzahl der Mitarbeiter (ohne Geschäftsführer)	2021	2020
Angestellte		
in Vollzeit	123	120
in Teilzeit	25	26
Auszubildende	9	11
Aushilfen	2	2
Gesamt	159	159



Bilanz der letzten zwei Geschäftsjahre

	2021	2020
	in €	in €
Aktiva:		
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1.172.245	1.143.453
II. Sachanlagen	66.927.196	62.190.326
III. Finanzanlagen	12.196.356	14.610.983
Summe Anlagevermögen	80.295.796	77.944.762
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte	2.309.972	572.090
II. Forderungen	14.992.570	10.942.290
III. Kassenbestand	2.380.991	4.740.561
Summe Umlaufvermögen	19.683.533	16.254.941
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1.248.593	1.689.047
Summe Aktiva	101.227.922	95.888.750
Passiva:		
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	6.140.000	6.140.000
II. Kapitalrücklage	7.134.338	7.134.338
III. Gewinnrücklage	3.291.820	3.291.820
Summe Eigenkapital	16.566.158	16.566.158
B. Empfangene Ertragszuschüsse	9.423.682	8.669.786
C. Investitionszuschüsse	142.689	146.585
D. Rückstellungen	6.413.622	3.453.641
E. Verbindlichkeiten	68.647.625	67.052.580
F. Rechnungsabgrenzungsposten	34145,81	-
Summe Passiva	101.227.922	95.888.750



Gewinn- und Verlustrechnung der letzten zwei Geschäftsjahre

	2021	2020
	in €	in €
Umsatzerlöse	75.912.483	71.009.390
Andere aktivierte Eigenleistungen	1.539.526	1.671.259
sonstige betriebliche Erträge	234.676	218.540
Materialaufwand	-49.556.808	-46.813.003
Personalaufwand	-11.497.384	-11.064.288
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-3.892.765	-3.600.099
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-5.981.990	-6.219.035
Erträge aus Beteiligungen	318.192	274.581
Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	414.613	507.697
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	21.847	21.002
Abschreibungen auf Finanzanlagen	-1.280.000	-1.099.400
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-814.452	-873.978
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-1.568.457	-882.743
Ergebnis nach Steuern	3.849.479	3.149.923
Sonstige Steuern	-	-
Aufgrund eines Gewinnabführungsvertrages abgeführter Gewinn	-3.849.479	-3.149.923
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag (-)	-	-

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Gesellschafterversammlung und Aufsichtsrat nach Geschlecht

Gemäß §12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Der Gesellschafterversammlung der Wirtschaftsbetriebe Unna GmbH gehören von den 20 Mitgliedern 8 Frauen an (Frauenanteil: 40 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent in der Gesellschafterversammlung überschritten.

Dem Aufsichtsrat der Stadtwerke Unna GmbH gehören von den insgesamt 18 Mitgliedern 3 Frauen an (Frauenanteil: 16,67%).



Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent im Aufsichtsrat unterschritten.

Verwendung des Jahresergebnisses 2021

Die Gesellschafterversammlung hat am 13.06.2022 den Jahresabschluss 2021 festgestellt. Das Jahresergebnis belief sich vor Gewinnabführung auf 3.849 T€. Auf Grund des bestehenden Ergebnisabführungsvertrages wurde der Gewinn im Jahr 2021 an die WBU abgeführt.

Darlehen

Zum Bilanzstichtag 31.12.2021 hat die SWU ein kurzfristiges Liquiditätsdarlehen in Höhe von 5.300 T€ (Vorjahr: 7.900 T€) bei der Kreisstadt in Anspruch genommen. Hierfür wurde der Gesellschaft 37.885,82 € an Zinsen in Rechnung gestellt.

Die SWU weist zum Bilanzstichtag 31.12.2021 langfristige Darlehen bei der Kreisstadt Unna in Höhe von 3178 T€ (Vorjahr: 9.276 T€) aus. Die SWU hat für die gegebenen Darlehen Zinsen von 22.383,56 € gezahlt.

Ausleihungen

Zum Bilanzstichtag 31.12.2020 weist die SWU ein Darlehen in Höhe von insgesamt 2.078 T€ an die Trianel Windkraftwerk Borkum GmbH & Co. KG sowie an die Trianel Gaskraftwerk Hamm GmbH & Co. KG aus.

Haftungsverhältnisse

Die Stadtwerke Unna GmbH hat eine Patronatserklärung zugunsten der Verpflichtungen der Trianel GmbH in Höhe von insgesamt 779 T€ abgegeben.

Konzessionsabgaben

Aufgrund der zwischen der Kreisstadt Unna und der Stadtwerke Unna GmbH geschlossenen Konzessionsabgabeverträge erhält die Kreisstadt Unna jährlich Konzessionsabgaben für Strom, Gas und Fernwärme.

Folgende Konzessionsabgaben wurden von der Stadtwerke Unna GmbH gezahlt:

Konzessionsabgabe	2021	2020
Strom	1.433.225,57 €	1.790.560,21 €
Gas	223.063,31 €	217.689,34 €
Fernwärme	65.357,40 €	57.043,22 €
Gesamt	1.721.646,28 €	2.065.292,77 €



Lagebericht

I. Gesellschaftsstruktur für das Geschäftsjahr 2021

Die Stadtwerke Unna GmbH ist Dienstleisterin für rund 60.000 Einwohner des Versorgungsgebietes sowie für eine wachsende Zahl externer Kunden. Gesellschafter der Stadtwerke sind die Wirtschaftsbetriebe der Stadt Unna GmbH mit einem Anteil von 76 Prozent sowie die Rheinland Westfalen Energiepartner GmbH mit einem Anteil von 24 Prozent. Als kommunaler Energiedienstleister bieten die Stadtwerke Unna GmbH mit seinem Produktportfolio den 32.500 Kunden einen maßgeschneiderten Service in den Versorgungsbereichen Strom, Erdgas und Wärme. Die Breitbandversorgung wird als eine weitere wichtige Säule des Produktportfolios gesehen und entsprechend weiterentwickelt. Das Versorgungsnetz erstreckt sich über das gesamte Stadtgebiet von Unna. Den größten Teil der Energie beziehen die Stadtwerke Unna von Vorlieferanten, wobei ein Teil auch regenerativ vor Ort erzeugt wird. Um diese Aufgaben zu bewältigen, sind die Stadtwerke Unna GmbH an Erzeugungs- und Speicherkapazitäten und Handels- und Dienstleistungsgesellschaften beteiligt.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche Lage

Das deutsche Bruttoinlandsprodukt (BIP) wuchs laut Statista GmbH im Jahr 2021 preisbedingt um 2,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die konjunkturelle Entwicklung war auch im Berichtsjahr stark abhängig vom Infektionsgeschehen der Corona-Pandemie und auch den politisch beschlossenen Maßnahmen gegen die Ausbreitung des Virus. Trotz der andauernden pandemischen Situation und den etwa ab dem dritten Quartal beginnende Liefer- und Materialengpässen erholte sich die Wirtschaftsleistung, wenngleich auch nicht auf das Vorkrisenniveau wieder erreicht wurde.

Im Vergleich zum Krisenjahr 2020, in dem die Produktion im Zuge der Corona-Pandemie teilweise massiv eingeschränkt war, erhöhte sich die Wirtschaftsleistung im Jahr 2021 in fast allen Wirtschaftsbereichen. Die Produktion zog sowohl in den Dienstleistungsbereichen als auch im produzierenden Gewerbe deutlich an. Vor allem der Verkehr und das Gastgewerbe trugen zum Wachstum bei. Hier muss jedoch das sehr niedrige Niveau des Jahres 2020 berücksichtigt werden. Die preisbereinigte Bruttowertschöpfung im Handel nahm gegenüber 2020 nur leicht zu. Lediglich im Baugewerbe, in dem die Corona-Pandemie im Jahr 2020 kaum Spuren hinterlassen hatte, ging die Wirtschaftsleistung 2021 leicht zurück.

Auf der Nachfrageseite waren im zweiten Jahr der Corona-Pandemie erneut die privaten Haushalte besonders von den Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie betroffen. Die preisbereinigten privaten Konsumausgaben stabilisierten sich 2021 auf dem niedrigen Niveau des Vorjahres. Da aufgrund der temporär gesenkten Mehrwertsteuersätze im 2. Halbjahr 2020 noch besonders viele langlebige Konsumgüter (bspw. Möbel, Haushaltsgeräte) nachgefragt wurden, erfolgte in 2021 eine starke Gegenbewegung. Auch für Reisen gaben die Menschen wieder mehr Geld aus. Eine weitere Veränderung im Konsumentenverhalten war die merkliche Zunahme des Online-Handels seit Beginn der Corona-Krise. Die Konsumausgaben des Staates waren auch im Jahr 2021 eine Wachstumsstütze der deutschen Wirtschaft. Sie stiegen im zweiten Jahr der Corona-Pandemie, ausgehend von dem bereits hohen Vorjahresniveau, preisbereinigt um weitere 3,4 Prozent.

Die Bauinvestitionen legten im Jahr 2021 aufgrund von Engpässen bei Arbeitskräften und Material nur noch um 0,5 Prozent zu, nachdem sie zuvor fünf Jahre in Folge stärker gewachsen waren.

Der Außenhandel erholte sich 2021 von den starken Rückgängen im Vorjahr. Deutschland exportierte preisbereinigt 9,4 Prozent mehr Waren und Dienstleistungen ins Ausland als 2020. Die Importe legten gleichzeitig um preisbereinigt 8,6 Prozent zu. Damit lag der Außenhandel Deutschlands 2021 nur noch leicht unter dem Niveau des Jahres 2019.



Neben der konjunkturellen Entwicklung sind auch für die Geschäftsführung der Stadtwerke Unna GmbH die energiepolitischen Rahmenbedingungen und die damit verbundenen Auswirkungen auf die Energiemärkte, die alle Wertschöpfungsstufen betreffen, von besonderer Bedeutung.

2. Energiepolitische Lage

Im internationalen Umfeld waren die prägenden Fragen 2021, mit welchen Mitteln und wie schnell der Klimawandel gebremst werden müsse. Am ersten Tag als neuer amerikanischer Präsident hat Joe Biden die Rückkehr der Vereinigten Staaten zum Klimaabkommen von Paris eingeleitet. Der russische Präsident Wladimir Putin erklärte im Oktober 2021, dass Russland bis 2060 CO₂-neutral werden wolle. Der indische Premierminister Narendra Modi gab bekannt, dass Indien die Hälfte des Energiebedarfs bis 2030 aus erneuerbaren Energien decken und das gesamte Land bis 2070 klimaneutral werden soll.

Bei der UN-Klimakonferenz COP 26 (United Nations-Framework Convention on Climate Change, 26th Conference of the Parties) wurde ein neues, allerdings nicht rechtsverbindliches globales Abkommen geschlossen. Die Teilnehmer bekannten sich zu dem Ziel, die Erderwärmung bei 1,5 Grad im Vergleich zur vorindustriellen Zeit zu stoppen. Zudem wurde festgehalten, dass der Ausstoß klimaschädlicher Treibhausgase weltweit noch in diesem Jahrzehnt um 45 Prozent sinken müsse, um das 1,5 Grad-Ziel zu erreichen.

Die energiepolitische Lage ist insbesondere durch die europäische und nationale Gesetzgebung und Eingriffe des Regulators geprägt und hat Auswirkungen auf die zukünftige Entwicklung der Stadtwerke Unna GmbH.

Im Juni 2021 wurde das Europäische Klimagesetz mit einer Verpflichtung zur Klimaneutralität bis 2050 verbindlich festgeschrieben. Als Zwischenziel sollen bis 2030 die Netto-Treibhausgasemissionen in der EU um 55 Prozent im Vergleich zu 1990 sinken (zuvor 40 Prozent).

Die Europäische Kommission hat am 14. Juli 2021 als Herzstück ihres aus 2020 stammenden „European Green Deal“ das Fit-for-55-Paket vorgelegt. Die enthaltenen Maßnahmen erstrecken sich über alle Sektoren und beinhalten ordnungsrechtliche Maßnahmen und Marktinstrumente zur Senkung der Treibhausgasemissionen in allen Bereichen von Wirtschaft, Industrie und Gesellschaft. Es werden existierende Gesetze überarbeitet und neue Gesetze vorgeschlagen. Die Verhandlungen und Beratungen mit den Mitgliedsstaaten über die unterschiedlichen Rechtsakte werden im Jahr 2022 und voraussichtlich darüber hinaus fortgesetzt.

Mit der am 21. April 2021 veröffentlichten und am 1. Januar in Kraft getretenen EU-Taxonomie-Verordnung wurde ein Baustein für nachhaltiges Wirtschaften geschaffen. Sie verfolgt zwei Zielrichtungen: Zum einen wird darin definiert, wann eine Wirtschaftstätigkeit als ökologisch nachhaltig gilt. Diese Definition soll ausdrücklich Greenwashing vermeiden. Zum anderen werden bestimmte Unternehmen dazu verpflichtet, öffentlich darüber Bericht zu erstatten, in welchem Umfang sie ihre Umsätze mit solchen ökologisch nachhaltigen Wirtschaftstätigkeiten erzielen bzw. in welchem Umfang sie entsprechende Investitionsausgaben tätigen.

Am 15. Dezember 2021 hat die Europäische Kommission zur Umsetzung des „Green Deals“ Vorschläge zur Gestaltung des Erdgas- und Wasserstoffmarktes veröffentlicht. Ziel des „Wasserstoff- und Gasmarkt-Dekarbonisierungspakets“ ist es, fossiles Gas nach und nach durch CO₂-arme und erneuerbare Alternativen zu ersetzen, um die Klimaneutralität zu erreichen. Es geht um die Änderung der Gasbinnenmarkt-richtlinie (GasRL) und der Fernleitungszugangsverordnung (Erdgas-ZVO). Im Anhang der Erdgas-ZVO finden sich zudem bedeutende Vorschläge zur Ergänzung der Verordnung zur Versorgungssicherheit Gas (EU-SOS-GasVO), die vor dem Hintergrund der aktuellen Preisturbulenzen und niedriger Speicherfüllstände besondere Bedeutung haben.

Auch in Deutschland war der Klimaschutz ein beherrschendes Thema. Das Bundesverfassungsgericht



hatte am 24. März 2021 (Veröffentlichung erfolgte am 29. April) das Klimaschutzgesetz von 2019 für teilweise verfassungswidrig erklärt. Der Gesetzgeber muss die Gesetzgebung überarbeiten und dabei die Grundrechtrelevanz der Klimaschutzpolitik berücksichtigen. Die Bundesregierung und das Parlament haben daraufhin beschlossen, die Klimaneutralität bis 2045 zu erreichen und das Treibhausgas-Minderungsziel für 2030 wurde auf 65 Prozent angehoben.

Im Jahr 2021 wurde an mehreren Stellen das Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) geändert. Beispielsweise unterliegen Energiepartner künftig zusätzlichen Informations- und Transparenzanforderungen. Verträge bedürfen bspw. über alle Vertriebskanäle hinweg der Textform. Im Bereich der Stromnetze wurden erhöhte Transparenzpflichten bei der Veröffentlichung von Netzdaten sowie neue Vorgaben für das Management von Netzengpässen (Redispatch) eingeführt.

Das Oberverwaltungsgericht Münster hat mit Beschluss vom 4. März 2021 die sogenannte Markterklärung und damit den Rollout für intelligente Messsysteme (Smart Meter) vorläufig ausgesetzt. Im Rahmen der Novellierung des EnWG erfolgten vor diesem Hintergrund auch Anpassungen im Messstellenbetriebsgesetz (MsbG), um wieder Rechtssicherheit im Rollout zu erlangen und die Digitalisierung der Energiewende zu beschleunigen.

Im Rahmen der Festlegung des Eigenkapitalzinssatzes für die vierte Regulierungsperiode in Deutschland (2023 bis 2027 für Gas und 2024 bis 2028 für Strom) hatte die Bundesnetzagentur zunächst mehrere Gutachten beauftragt und im Anschluss ein Konsultationsverfahren durchgeführt. In der anschließenden Beschlussfassung wurden der Eigenkapitalzins vor Körperschaftsteuer für Neuanlagen (ab 2006 aktiviert) auf 5,07 Prozent (aktuell 6,91 Prozent) und für Altanlagen (vor 2006 aktiviert) auf 3,51 Prozent (aktuell 5,12 Prozent) festgelegt. Diese deutliche Absenkung wird im Wesentlichen mit dem allgemein gesunkenen Zinsniveau, das sich vor allem im risikolosen Zins niederschlägt, begründet.

Aus den Wahlen zum 20. Deutschen Bundestag am 26. September 2021 ging eine neue Bundesregierung aus der Koalition von SPD, Bündnis90/Die Grünen und FDP hervor. Themenschwerpunkt der Legislaturperiode ist der Klimaschutz. Hierzu ist im Koalitionsvertrag unter anderem der forcierte Ausbau Erneuerbarer Energien – als übergeordnetes Ziel wird für 2030 ein Anteil der Erneuerbaren von 80 Prozent (bezogen auf einen erwarteten Stromverbrauch zwischen 630 und 750 TWh) angestrebt – und der vorgezogene Kohleausstieg vereinbart. Gaskraftwerke werden bis zur Versorgungssicherheit durch Erneuerbare Energien als notwendig anerkannt. Hervorgehoben ist auch der schnelle Netzausbau. Die Planung soll vorausschauend erfolgen und die Planungs- und Genehmigungsverfahren sollen verkürzt werden, was zu einer Halbierung der Verfahrensdauer führen soll und im ersten Jahr der Regierung umgesetzt werden soll.

Wesentliche weitere Punkte sind:

- Der Strompreis für Verbraucher soll sinken. Dazu soll ab 2023 die Finanzierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) nicht mehr über eine Umlage, sondern über den Bundeshaushalt erfolgen. Aufgrund des massiven Preisanstiegs der letzten Monate wird zur Entlastung der Verbraucher über ein Vorziehen dieser Maßnahme diskutiert.
- Auch eine Reform der Netzentgelte soll vorangetrieben werden.
- Deutschland soll bis 2030 zum Leitmarkt für Wasserstoff-Technologien werden.
- Bis 2030 sollen mindestens 15 Mio. Elektro-PKW zugelassen sein. Die Koalition bekannte sich zu dem Ziel der EU, ab 2035 nur noch CO₂-neutrale Fahrzeuge zuzulassen.
- Bis 2030 soll der Anteil klimaneutraler Wärme 50 Prozent betragen. Dies betrifft die Anforderungen an den Wohnungsneubau sowie dem Heizungsneubau; ab 2025 sollen neu eingebaute



Heizungen mit mindestens 65 Prozent Erneuerbaren Energien betrieben werden müssen.

Da die Stadtwerke Unna GmbH auch im Bereich der Telekommunikation als Provider und Betreiber einer Glasfaserinfrastruktur tätig sind, sind die Entwicklungen in diesem Markt auch für die Stadtwerke Unna GmbH relevant. Mit der Novellierung des Telekommunikationsgesetzes wurden die Rechte der Verbraucher im Hinblick auf Internet-, Fernseh-, Festnetz und Mobilfunkverträge gestärkt. Kooperationen mit der Wohnungswirtschaft gestalten sich deutlich schwieriger, da das Nebenkostenprivileg ab 2024 für Bestandsversorgungen und für neue Hausverteilnetze sofort fällt. So können ab dem 1. Juli 2024 die TV-Kosten nicht mehr wie bisher auf die Mieter umgelegt werden. Die Mieter können dann selbst bestimmen, welchen Anbieter sie haben wollen – oder ob sie ganz verzichten.

3. Energiewirtschaftliche Lage

Der Energieverbrauch in Deutschland ist 2021 nach Berechnungen der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen (AG Energiebilanzen) um 3,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen und erreichte eine Gesamthöhe 418,5 Millionen Tonnen Steinkohleeinheiten (SKE). Im Vergleich zum Vorjahr war es im Berichtsjahr deutlich kälter. Für die Steigerung war vor allem der wirtschaftliche Erholungsprozess nach dem pandemiebedingten Einbruch des Vorjahres und der kühleren Außentemperaturen verantwortlich. Trotz des Verbrauchsanstiegs liegt der Primärenergieverbrauch immer noch um 4,2 Prozent unter dem Niveau des Jahres 2019.

Für das Jahr 2021 wurde im Oktober 2020 die EEG-Umlage mit einer Höhe von 6,500 ct/kWh veröffentlicht. Die EEG-Umlage wird im kommenden Jahr durch das Corona-Konjunkturpaket begrenzt. Der hieraus gewährte Bundeszuschuss verhindert einen im Vergleich zum Vorjahr starken Anstieg der Umlage, der sich aufgrund der Auswirkungen der Corona-Pandemie ergeben hätte. Auch im kommenden Jahr wird mit Einnahmeausfällen aus einer reduzierten Stromnachfrage und geringeren Stromgroßhandelspreisen gerechnet. Die Übertragungsnetzbetreiber haben versucht, dies bei den Einnahmeschätzungen für 2021 zu berücksichtigen.

Der neu festgelegte Startpreis liegt für die Emissionszertifikate nach dem Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG) bei 25 EUR/t CO₂ und wird schrittweise bis zum Jahr 2025 auf ein Niveau von 55 EUR/t steigen. Ab dem Jahr 2026 soll sich der CO₂-Preis über den nationalen Handel mit Emissionszertifikaten bilden; die Menge der Emissionszertifikate wird dann Jahr für Jahr sinken. Dabei gilt für das Jahr 2026 eine Preisspanne zwischen 55 Euro und 65 Euro/t CO₂. Die zusätzlichen Einnahmen sollen insbesondere zur Senkung der EEG-Umlage auf Strom eingesetzt werden.

Die Gesellschaft Trading Hub Europe GmbH wurde zum 1. Juni 2021 durch Kooperation der Netzgesellschaften bayernets GmbH, Fluxys TENP GmbH, GASCADE Gastransport GmbH, Gastransport Nord GmbH, Gasunie Deutschland Transport Services GmbH, GRTgaz Deutschland GmbH, Nowega GmbH, ONTRAS Gastransport GmbH, Open Grid Europe GmbH, terranets bw GmbH und Thyssengas GmbH gegründet. Seit dem 1. Oktober 2021 ist die Trading Hub Europe GmbH Marktgebietsverantwortlicher für das gesamtdeutsche Marktgebiet Trading Hub Europe (THE) und betreibt das Marktgebiet im Sinne der „vereinbarung über die Kooperation gemäß §20 1b)EnWG zwischen den Betreibern von in Deutschland gelegenen Gasversorgungsnetzen“.

Die Aufgaben des Marktgebietsverantwortlichen sind:

- Abschluss von Bilanzkreisverträgen mit Bilanzkreisverantwortlichen,
- Führung der Bilanzkreise, Sub-Bilanzkonten und Netzkonten,
- Beschaffung und Einsatz von Regelenergie,



- Datenaustausch mit Netzbetreibern und Bilanzkreisverantwortlichen,
- Betreiber eines Virtuellen Handelspunkt für Erdgas

Das Hochdruckleitungssystem im deutschlandweiten Marktgebiet Trading Hub Europe wird über eine Gesamtlänge von rund 40.000 km verfügen und mehr als 700 nachgelagerte Netze verbinden.

Die neuen Bilanzierungsumlagen für den Zeitraum 01.10.2021 bis zum 01.10.2022 im Marktgebiet der Trading Hub Europe liegt weiterhin bei 0,00 EUR/MWh für SLP-Entnahmestellen. Für RLM-Entnahmestellen beträgt die Umlage ebenfalls 0,00 EUR/MWh.

2021 wurden nach vorläufigen Zahlen in Deutschland brutto 579,1 Milliarden kWh Strom erzeugt. Damit erhöhte sich die Stromproduktion gegenüber ihrem Vorjahreswert um 2,1 Prozent. Die Stromerzeugung aus den einzelnen Energieträgern entwickelte sich jedoch uneinheitlich. Die Erzeugung aus Erneuerbaren Energien ging insbesondere aufgrund eines schwachen Windjahres zurück. Ihr Anteil lag bei 40,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr 44,1 Prozent. Insgesamt wurde 2021 mehr Strom aus Kohlekraftwerken (Braun- und Steinkohle) gewonnen. Insgesamt wurden im Berichtsjahr 2021 rund 236,7 Milliarden kWh Strom aus erneuerbaren Energien gewonnen.

Der durchschnittliche Rohölpreis der Sorte Brent notierte im Berichtszeitraum des Berichtsjahres bei einem Durchschnitt von 70,68 US-Dollar/Barrel um 28,72 US-Dollar/Barrel (+68 Prozent) niedriger als im Berichtszeitraum des Vorjahres. Im September/Oktober überschritten die Rohöl-Future-Kontrakte die 80-Dollar-Marke; der Angebotsmarkt war in vielen Ländern durch die solide Konjunkturerholung vom Corona-Einbruch und die vielerorts entspannte Corona-Lage leergekauft.

Die Entwicklung an den wichtigen Beschaffungsmärkten haben wesentlichen Einfluss auf die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der Stadtwerke Unna GmbH. Am Handelspunkt Trading Hub Europe zeigte das Frontjahr 2022 eine deutliche Aufwärtsbewegung. Eine Kombination aus kühler Witterung, unterdurchschnittlichen Speicherfüllständen, schwächeren Gaszuflüssen aus Russland bewirkten ab dem zweiten Quartal einen kontinuierlichen Anstieg der Notierungen, der sich im weiteren Jahresverlauf beschleunigte. Im vierten Quartal führten ein Einbruch der Gaslieferungen aus Russland sowie niedrigen Speicherfüllstände zu Beginn der Ausspeichersaison zu einem deutlichen Preissprung auf über 140 EUR/MWh.

Auch der Kohlemarkt zeigte einen deutlichen Preisanstieg im Jahresverlauf. Der Durchschnitt der Frontjahrespreise für Steinkohle im ARA-Raum (Amsterdam, Rotterdam, Antwerpen) stieg um 42 Prozent bzw. 23,48 EUR/t auf 80,04 EUR/t. Die Preisspitze lag Anfang Oktober bei über 150 EUR/t. Die Preise für Grundlaststrom (Baseload) mit Lieferung im Folgejahr zeigten im Berichtszeitraum auch einen kontinuierlichen Preisanstieg. Der Durchschnittspreis für den Cal22 lag bei 88,43 EUR/MWh. Im Vorjahr wurde das Frontjahr Cal21 noch mit durchschnittlich 41,65 EUR/MWh gehandelt. Ab dem dritten Quartal setzten deutliche Preissprünge ein. In der Spitze notierte der Cal22 bei über 320 EUR/MWh. Der Ende 2020 begonnene Preisanstieg der Emissionsberechtigungen (EUA) setzte sich analog zu den anderen Commodities kontinuierlich fort.

Für die Lieferung im jeweils kommenden Jahr lag der Preis im Durchschnitt bei 52,80 EUR/t CO² für den Kontrakt Dec21. Im Vorjahr lag der Durchschnittspreis für Dec21 bei 24,45 EUR/t. Preistreiber waren eine erhöhte Nachfrage nach Emissionsberechtigungen aufgrund einer unterdurchschnittlichen Einspeisung von erneuerbaren Energien.



4. Geschäftsverlauf

Das Geschäftsjahr 2021 wurde durch die Covid-19-Pandemie geprägt. Für die Stadtwerke Unna stehen die Sicherstellung der Energieversorgung sowie die Sicherheit der Mitarbeiter und Kunden während der Pandemie im Vordergrund. So wird seit Mitte März 2020 in einem Lenkungskreis, dem neben der Geschäftsleitung die obersten Führungskräfte, die Unternehmenskommunikation und der Betriebsrat angehören, die jeweilige tagesaktuelle Lage analysiert und der entwickelte Hygieneplan fortlaufend aktualisiert. Im Fokus stehen weiterhin die Aktualisierung der Risikobewertungen, die Anpassung der Regeln im Einklang mit staatlichen Vorschriften sowie die rechtzeitige Kommunikation, um Transparenz und Verständnis für die getroffenen Maßnahmen sowohl bei den Stadtwerken Unna als auch in der Kundschaft zu schaffen. Wichtigste Maßnahmen sind weiterhin die konsequente Einhaltung von Hygiene- und Abstandsregeln, die Verteilung der operativen Einheiten auf andere Betriebsstandorte und die Reduzierung der Kontaktpunkte unter den Mitarbeitern, aber auch mit den Kunden. Die Mitarbeiter wurden weiter konsequent mit dem notwendigen technischen Equipment ausgestattet, um ihnen die Möglichkeit zu geben, mobil bzw. von anderen Betriebsstandorten zu arbeiten.

Im Berichtsjahr wurde erfolgreich die Vermarktung der Breitbandprodukte gestartet. Die gesteckten Ziele wurden übertroffen.

Das Berichtsjahr war das Jahr der operativen Umsetzung der im Vorjahr eingegangenen Kooperationen. Zum 1. Januar 2021 startete die Verpachtung des Teilnetzes SüdWest an die GELSENWASSER Energienetze GmbH. Zudem erhielten erstmalig alle Tarifkunden der GELSENWASSER AG ihre Wasserabrechnung von der Stadtwerke Unna GmbH.

Im Bereich E-Mobilität wurden die Kooperationen mit Autohäusern weiter vertieft und neue Modelle neben dem Smart in die Angebotspalette mit aufgenommen. Das Produktportfolio wurde zudem um kundenindividuelle Ladelösungen erweitert.

Die Geschäftsführung hat mit den Führungskräften im Berichtsjahr die Unternehmensstrategie überarbeitet. Pandemiebedingt fanden die Termine größtenteils online unter der Verwendung von virtuellen Besprechungsräumen und Pinnwänden statt. Für alle Beteiligten stellte die Strategieentwicklung unter diesen Voraussetzungen vor Herausforderungen und führte aufgrund des Formats zu einem deutlichen längeren Prozess als ursprünglich geplant, so dass dem Aufsichtsgremium die neue Strategie erst im nächsten Jahr vorgestellt werden kann.

Aufgrund des massiven Anstiegs der Strom- und Gaspreise an den Beschaffungsmärkten kam es zu Insolvenzen und Sonderkündigungen von Bestandsverträgen bei dritten Energiehändlern. Die Stadtwerke Unna GmbH als zuständiger Grundversorger sahen sich mit einer großen Anzahl an Neukunden, die in die Grund- und Ersatzversorgung fielen, konfrontiert. Da für einen solchen Kundenzustrom keine ausreichenden Energiemengen planbar beschafft wurden und teilweise eine Beschaffung nicht möglich war, haben die Stadtwerke Unna GmbH wie viele andere Grundversorger zum 1. Dezember 2021 einen zweiten Grundversorgungstarif mit einer deutlichen Preisdifferenz, die auf den damaligen Marktpreisen beruhte, eingeführt. Weitere Ausführungen erfolgen im Risikobericht.

5. Lage der Gesellschaft

Umsatz- und Ergebnisentwicklung

Die Stadtwerke Unna GmbH schließt das Geschäftsjahr 2021 mit einem Jahresüberschuss vor Gewinnsteuern von 5.418 T€ ab. Dies entspricht einer deutlichen Steigerung um 1.385 T€ im Vergleich zum Vorjahr und liegt damit deutlich über den Erwartungen, zumal auch sehr viel Risikovorsorge für die zukünftigen Jahre getroffen wurden.



Die Gewinnabführung beträgt 3.849 T€ und erhöht sich damit um 699 T€. Weitergehende Erläuterungen werden in der Beschreibung der Ertragslage gegeben. Die gesamten Umsatzerlöse des Berichtsjahres sind gegenüber 2020 um insgesamt 4.903 T€ auf 76 Mio. € gestiegen.

Die nachfolgenden Grafiken zeigen die Entwicklung der Abgabemengen seit 2017 und die Veränderungen der Mengen und der dazugehörigen Umsatzerlöse in den Versorgungsbereichen Strom, Erdgas und Wärme im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr:

	2021	Änderung VJ	Umsatzerlöse gem. GuV	
			2021	Änderung VJ
Stromversorgung	127.907 MWh	+0,2 %	45.229 T€	-3,09 %
Erdgasversorgung	363.902 MWh	+13,1 %	20.462 T€	+20,8 %
Wärmeversorgung	50.399 MWh	+17,9 %	4.357 T€	+13,2 %

Tabelle 1: Abgabemengen und Umsatzerlöse 2021

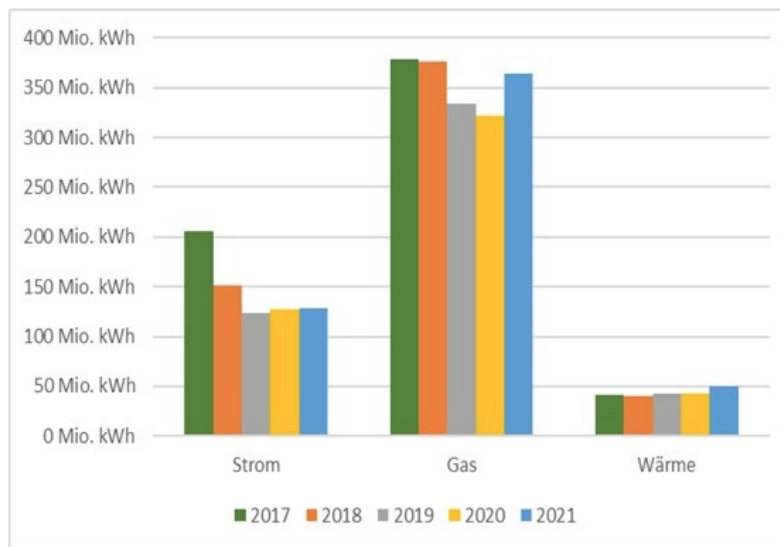


Abbildung 1: Entwicklung der Abgabemengen 2017 - 2021

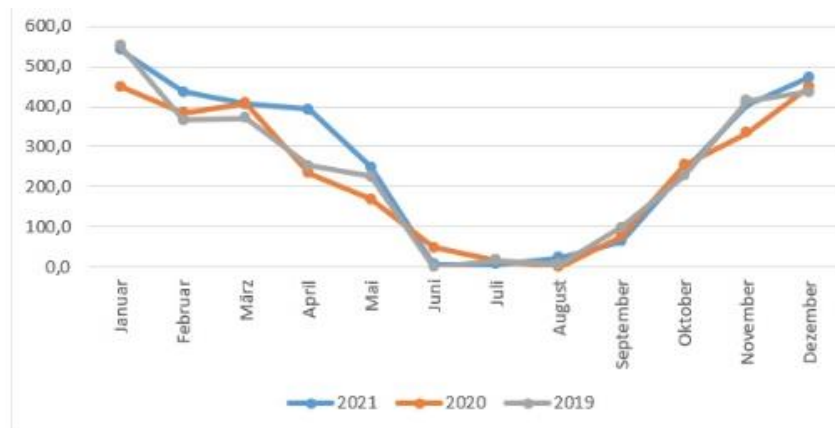


Abbildung 2: Gradtagzahlen 2019 - 2021

Die Gradtageszahlen des Geschäftsjahres 2021 liegen bis Mai deutlich über den Vorjahren. Daher sind die Mengen und Umsatzerlöse im Erdgas- und Wärmebereich witterungsbedingt gestiegen.

Ertragslage

Die Stadtwerke Unna realisierten ein Ergebnis vor Ertragsteuern von 5.418 T€. Unter Berücksichtigung der Steuern entspricht dies einer Gewinnabführung von 3.849 T€. Die Gewinnabführung erhöhte sich um 699 T€ bzw. 22 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Der Rückgang des Steueraufwands kompensierte



den Rückgang des Vorsteuerergebnisses, welches aufgrund der Entwicklung der Pandemie den Erwartungen entsprach.

	2021	2020	Veränderung zum Vorjahr	
Betriebserträge	77.452 T€	72.681 T€	+4.771 T€	+7 %
Material- und Fremdleistungen	-49.557 T€	-46.813 T€	-2.744 T€	+6 %
Rohertrag	27.895 T€	25.868 T€	+2.028 T€	+8 %

Tabelle 2: Rohertrag

Der Rohertrag des Berichtsjahres ist gegenüber dem Vorjahr um 2.028 T€ gestiegen. Die Steigerung des Rohertrages ist insbesondere auf den Gasbereich zurückzuführen.

	2021	2020	Veränderung zum Vorjahr	
Rohertrag	27.895 T€	25.868 T€	+2.028 T€	+8 %
Betriebsaufwendungen	-21.372 T€	-20.883 T€	-489 T€	+2 %
sonstige betriebliche Erträge	235 T€	219 T€	+16 T€	+7 %
Ordentliches Betriebsergebnis	6.758 T€	5.203 T€	+1.555 T€	+30 %

Tabelle 3: ordentliches Betriebsergebnis

Das ordentliche Betriebsergebnis von 6.758 T€ entspricht einer Erhöhung um 30 Prozent bzw. 1.555 T€ gegenüber dem Vorjahr. Die Steigerung des Rohertrages konnte die leichte Erhöhung des Betriebsaufwandes deutlich überkompensieren.

	2021	2020	Veränderung zum Vorjahr	
Erträge aus Beteiligungen	318 T€	275 T€	+44 T€	+16 %
Erträge aus Ausleihungen	415 T€	508 T€	-93 T€	-18 %
Abschreibungen auf Finanzanlagen	-1.280 T€	-1.099 T€	-181 T€	+16%
sonstige Zinsen	22 T€	21 T€	+1 T€	+5 %
Zinsaufwand	-815 T€	-874 T€	+59 T€	+7 %
Finanzergebnis	-1.340 T€	-1.170 T€	-170 T€	-15%

Tabelle 4: Finanzergebnis

Das Finanzergebnis hat sich gegenüber dem Vorjahr um 170 T€ verschlechtert. Ausschlaggebend war die erneute Abschreibung auf Finanzanlagen mit 1.280 T€ (+181 T€). Weiterhin haben sich die Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens um 93 T€ verschlechtert. Hier sind die Zinserträge aus den ausgereichten Gesellschafterdarlehen an die Trianel Windkraftwerk Borkum GmbH & Co. KG und die Trianel Gaskraftwerk Hamm GmbH & Co. KG, die insgesamt nicht liquiditätswirksam realisiert wurden, enthalten.

Der Rückgang lässt sich auf die Tilgungsleistungen der Trianel Windkraftwerk Borkum GmbH & Co. KG zurückführen. Der Zinsaufwand ist durch das niedrige Zinsniveau bei Neuaufnahmen oder Prolongationen rückläufig. In den Erträgen aus Beteiligungen sind die ausgezahlten Gewinnanteile der Personengesellschaften Trianel Gasspeicher Epe GmbH & Co. KG und der Biogaspool II für Stadtwerke GmbH & Co. KG sowie der Kapitalgesellschaften Trianel GmbH und Stadtwerke Döbeln GmbH enthalten.

Finanzlage

Im Rahmen des Finanzmanagements der Stadtwerke Unna GmbH wird das Ziel einer langfristigen und stabilen Unternehmensfinanzierung sowie die Sicherstellung der kurzfristigen Liquidität der operativen Geschäftstätigkeit unter Berücksichtigung der Kapitalkosten verfolgt. Dabei wird eine möglichst fristenkongruente Finanzierung des Vermögens angestrebt.

Der Gesamtfinanzierungsbedarf wird aus den Mittelzuflüssen aus der laufenden Geschäftstätigkeit und externen Finanzierungsquellen gedeckt. Das Innenfinanzierungspotenzial umfasste einen operativen Cashflow in Höhe von 8.091 T€ (Vorjahr: 12.589 T€). Im Rahmen der Außenfinanzierung stehen der Stadtwerke Unna GmbH Bankdarlehen sowie kurzfristige Kreditlinien zur Verfügung.

Die Veränderung des Finanzmittelbestandes sowie der Bewegungen innerhalb der operativen Investitions- und Finanzierungstätigkeit werden anhand der nachfolgenden Kapitalflussrechnung dargestellt.



Der Cashflow aus Finanzierungstätigkeit in Höhe von -3.244 T€ resultiert hauptsächlich aus der Gewinnabführung (3.849 T€) sowie aus Zins- (810 T€) und Tilgungszahlungen (-7.578 T€). Zuflüsse lassen sich auf die Aufnahmen langfristiger Darlehen von 7.880 T€ zurückführen.

	2021 T€	2020 T€
1. Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit (operativer Bereich)		
Jahresüberschuss vor Gewinnabführung (+)/-fehlbetrag (-)	3.849	3.150
Abschreibungen (+)/Zuschreibungen (-) auf Ggst. des Anlagevermögens	5.173	4.699
Zunahme (+)/Abnahme (-) der langfristigen Rückstellungen	903	101
Auflösung (-) von Ertrags-/Investitionszuschüssen	-363	-353
Cashflow nach DVFA/SG	9.562	7.597
Zunahme (-)/Abnahme (+) der Vorräte, Forderungen sowie anderer Aktiva	-5.348	3.541
Zunahme (+)/Abnahme (-) der Verbindlichkeiten sowie anderer Passiva	1.327	882
Zunahme (+)/Abnahme (-) der kurzfristigen Rückstellungen	2.057	-7
Cashflow aus Veränderungen des Working Capital	-1.964	4.416
Gewinn (-)/Verlust (+) aus dem Abgang von Ggst. des Anlagevermögens	23	3
Zinsaufwendungen (+)/Zinserträge (-)	788	848
Sonstige Beteiligungserträge (-)	-318	-275
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	8.091	12.589
2. Cashflow aus der Investitionstätigkeit		
Auszahlungen (-) für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-8.296	-11.766
Auszahlungen (-) für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-386	-446
Einzahlungen (+) aus Abgängen von Finanzanlagevermögen	1.211	1.192
Auszahlungen (-) für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-76	-27
Erhaltene Zinsen (+)	22	21
Erhaltene Dividenden (+)	318	275
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-7.207	-10.751
3. Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit		
Einzahlungen (+) aus der Aufnahme von (Finanz-)Krediten	7.880	12.749
Auszahlungen (-) aus der Tilgung von (Finanz-)Krediten	-7.578	-4.606
Einzahlungen (+) aus erhaltenen Zuschüssen/Zuwendungen	1.113	523
Gezahlten Zinsen (-)	-810	-869
Gewinnabführung	-3.849	-3.150
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-3.244	4.647
4. Finanzmittelfonds am Ende der Periode		
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds (Summe 1-3)	-2.360	6.485
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	4.741	-1.744
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	2.381	4.741
5. Zusammensetzung des Finanzmittelfonds		
Liquide Mittel	2.381	4.741
Kontokorrentverbindlichkeiten	0	0
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	2.381	4.741

Tabelle 5: Kapitalflussrechnung

Excel

Der Anstieg der Finanzverbindlichkeiten ist auf die Darlehensaufnahmen in 2021 zurückzuführen. Hier wurden Darlehen von insgesamt 7.880 T€ für Investitionen aufgenommen und Tilgungen von 7.578 € geleistet. Aufgrund der Erhöhung der liquiden Mittel stieg die Nettoverschuldung um 1.552 T€ gegenüber dem Vorjahr auf 51.563 T€.

	2021	2020	Veränderung zum Vorjahr	
Liquide Mittel	2.381 T€	4.741 T€	-2.360 T€	-50 %
Finanzverbindlichkeiten	53.944 T€	53.136 T€	+807 T€	+2 %
Nettoverschuldung	-51.563 T€	-48.395 T€	-1.522 T€	-3 %

Tabelle 6: Nettoverschuldung

Insgesamt wurden 8.758 T€ investiert. Der Großteil entfiel auf das Sachanlagevermögen und immaterielle Vermögensgegenstände (8.682 T€) und betraf insbesondere die Investitionen in die Energienetze.



Das Geschäftsfeld der Kundenlösungen umfasst im Wesentlichen die Erzeugungsanlagen sowie die Produkte Energiedach und Wärmecontracting.

2021	
Geschäftsfeld Energienetze	4.062 T€
Geschäftsfeld Kundenlösungen	1.397 T€
Geschäftsfeld Breitband	1.172 T€
Geschäftsfeld Metering	696 T€
Geschäftsfeld Straßenbeleuchtung	94 T€
Grundstücke und Gebäude	360 T€
Betriebs- und Geschäftsausstattung	675 T€
Anlagen in Bau	226 T€
Sachanlagevermögen	8.682 T€

Tabelle 7: Investitionen je Geschäftsfeld

Vermögenslage

Die Bilanzsumme lag mit rund 101.228 T€ um 5.339 T€ bzw. 6 Prozent über dem Wert zum Jahresende 2020. Das langfristige Vermögen von 80.296 T€ lag mit 2.351 T€ (3 Prozent) über dem Vorjahresniveau und ist auf die Investitionen im Berichtsjahr zurückzuführen. Die Finanzanlagen reduzierten sich insgesamt um 2.415 T€, da die Beteiligung Trianel Windkraftwerk Borkum GmbH & Co. KG hat im Berichtsjahr wertberichtigt wurde und 1.185 T€ an Gesellschafterdarlehen getilgt hat. An gestundeten Zinsen wurden 296 T€ zurückgezahlt. Der neue Zinsanspruch aus den Gesellschafterdarlehen beträgt 507 T€, wovon auf die Trianel Windkraftwerk Borkum GmbH & Co. KG 488 T€ und auf die Trianel Gaskraftwerk Hamm GmbH & Co. KG 19 T€ entfallen. Die Anlagenquote liegt im Berichtsjahr bei rund 79 Prozent und hat sich gegenüber dem Vorjahr leicht von 81 Prozent verringert.

Das kurzfristige Vermögen blieb annähernd auf dem Niveau des Vorjahres. Die bilanzielle Eigenkapitalquote hat sich gegenüber dem Vorjahr (17,3 Prozent) auf rund 16,4 Prozent erneut verschlechtert. Eigenkapitalzuführungen wurden im Berichtsjahr nicht durchgeführt. Der Rückgang ist auf die Investitionstätigkeit und die Aufnahme langfristiger Mittel zurückzuführen.

Die langfristigen Schulden sind gegenüber dem Vorjahr auf 46.585 T€ (bzw. um 16 Prozent) gestiegen und resultieren aus der getätigten Darlehensaufnahme. Die langfristigen Rückstellungen haben sich um 101 T€ leicht aufgrund der Risikovorsorge für das RLM-Kundengeschäft erhöht.

Die kurzfristigen Schulden haben sich um 1.826 T€ gegenüber dem Vorjahr verringert.

Aktiva	2021	2020	Veränderung zum Vorjahr	
Anlagevermögen	80.296 T€	77.945 T€	2.351 T€	3%
Umlaufvermögen, übrige Aktiva	20.932 T€	17.944 T€	2.988 T€	17%
Bilanzsumme	101.228 T€	95.889 T€	5.339 T€	6%
Passiva				
Eigenkapital	16.566 T€	16.566 T€	0 T€	0%
Ertragszuschüsse	9.566 T€	8.816 T€	750 T€	9%
langfristige Schulden	46.585 T€	40.170 T€	6.415 T€	16%
kurzfristige Schulden	28.511 T€	30.337 T€	-1.826 T€	-6%
Bilanzsumme	101.228 T€	95.889 T€	5.339 T€	6%

Tabelle 8: Bilanzstruktur

6. Berichterstattung nach § 6b EnWG und § 3 Messstellenbetriebsgesetz

Die Stadtwerke Unna GmbH stellt Tätigkeitsabschlüsse, bestehend aus Bilanz und Gewinn und Verlustrechnung, für die Tätigkeiten Stromverteilung, Gasverteilung, öffentliche Ladeinfrastruktur (Ladepunkte)



sowie Messstellenbetrieb auf. Mit den Tätigkeitsabschlüssen erfüllt die Stadtwerke Unna GmbH die Berichtspflichten nach § 6b EnWG und § 3 MsbG. In der Rechnungslegung führen wir nach § 6b EnWG und § 3 MsbG jeweils getrennte Konten für die Tätigkeiten der Strom- und Gasverteilung, öffentliche Ladeinfrastruktur (Ladepunkte) sowie für den modernen Messstellenbetrieb und andere Tätigkeiten.

Grundsätzlich werden die Kosten und Erlöse der jeweiligen Tätigkeiten direkt über Kostenstellen zugeordnet. Sofern dies nicht möglich ist oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand realisierbar wäre, erfolgt eine sachgerechte Aufteilung mittels Schlüsselung. Bei der Zuordnung und bei der Wahl der Schlüsselung wurde das Stetigkeitsgebot beachtet.

Der Gesamtumsatz der Stadtwerke Unna beträgt im Berichtsjahr 75.912 T€. Davon entfallen auf den Tätigkeitsbereich Stromverteilung 24.440 T€, auf die Gasverteilung 10.172 T€, auf öffentl. Ladepunkte 18 T€ und Messstellenbetrieb 187 T€.

Das jeweilige Ergebnis vor Gewinnabführung betrug für die Stromverteilung 2.602 T€, für die Gasverteilung 2.060 T€, für öffentl. Ladepunkte -5 T€ und für den Messstellenbetrieb -57 T€.

Zum Bilanzstichtag 31.12.2021 betrug die Bilanzsumme des Tätigkeitsbereichs Stromverteilung 35.824 T€, des Tätigkeitsbereichs Gasverteilung 19.129 T€, der öffentl. Ladepunkte 164 T€ und des Messstellenbetriebes 711 €.

7. Berichterstattung zur öffentlichen Zwecksetzung

Über die Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung und Zweckerreichung der Stadtwerke Unna GmbH im Geschäftsjahr 2021 ist gemäß § 108 Abs. 3 Nr. 2 GO NRW sowie § 18 Abs. 1 Gesellschaftsvertrag der Stadtwerke Unna jährlich zu berichten.

Die öffentliche Zwecksetzung der Stadtwerke Unna GmbH ist im Gesellschaftsvertrag festgeschrieben. Gegenstand ist die Energie- und Wasserversorgung, die Energieerzeugung, die Wassergewinnung sowie der Energiehandel und die Telekommunikation. Dazu gehören die Errichtung, der Erwerb und der Betrieb von Anlagen, die sowohl der Versorgung mit Strom, Gas, Wasser und Wärme als auch der Entsorgung sowie der Telekommunikation dienen, sowie die Vornahme aller damit im Zusammenhang stehenden Geschäfte und Dienstleistungen. Gegenstand ist weiter die Übernahme von Betriebsführungsaufgaben für Einrichtungen der Kreisstadt Unna sowie für Gesellschaften, an denen die Kreisstadt Unna beteiligt ist. Die Stadtwerke Unna GmbH waren im Berichtsjahr entsprechend ihrer Aufgabenstellung laut Gesellschaftsvertrag tätig und haben somit den öffentlichen Zweck gemäß GO NRW erfüllt.

8. Finanzielle Leistungsindikatoren

Die Steuerung der Gesellschaft erfolgt auf Basis der handelsrechtlichen Rechnungslegung, wobei das Ergebnis vor Ertragsteuern der zentrale Leistungsindikator ist. Daneben werden eine Reihe von weiteren Steuerungsgrößen definiert, um im Rahmen der Risikoberichterstattung auf wesentliche finanzielle Frühindikatoren reagieren zu können.

9. Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Neben den finanziellen Leistungsindikatoren spielen nichtfinanzielle Leistungsindikatoren ebenfalls eine wichtige Rolle bei der Stadtwerke Unna GmbH. So wird das Umweltmanagementsystem nach dem EU-Ökoaudit und der ISO 14001 jährlich zertifiziert. Detailliert informiert die Umwelterklärung über die Ziele der Umweltpolitik, die Kennzahlen und die Maßnahmen. Neben der Umwelleistung wird auch das



technische Managementsystem für die Strom- und Gasnetze im Rahmen der TSM-Zertifizierung und die IT-Sicherheit als Betreiber kritischer Infrastruktur im Rahmen der ISMS-Zertifizierung regelmäßig überprüft.

Aber auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stehen im Mittelpunkt. Die betriebliche Ausbildung hat bei den Stadtwerken Unna traditionell einen hohen Stellenwert. Die fortschreitende Digitalisierung der Energiewirtschaft und der angestrebte Ausbau der Breitbandinfrastruktur macht es erforderlich, auch für einen mittelständischen Energieversorger neue Berufsbilder auszubilden. So wird neben dem klassischen Anlagenmechaniker (Versorgungstechnik) und Elektroniker (Betriebstechnik) auch die Ausbildung zum Informations- und Telekommunikationssystemelektroniker sowie zum Fachinformatiker Systemintegration angeboten. Die Nachwuchsförderung ist daher fest in den Unternehmenszielen verankert, so dass viele Mitarbeiter ihre Berufslaufbahn mit einer Ausbildung im Hause begonnen haben. Dieser Weg zahlt sich weiter aus und wird im Durchschnittsalter der Belegschaft deutlich. Das Durchschnittsalter im Berichtsjahr 2021 liegt bei 42,9 Jahre und ist wieder unter dem Stand von 2016.

Neben der Ausbildung von Mitarbeitern muss dem beständig an Komplexität gewinnenden Arbeitsumfeld und dem Wandel der wirtschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen Rechnung getragen werden. Die Qualifikationen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind zielgerichtet und umfassend den jeweils gegebenen Herausforderungen anzupassen. Hier investieren die Stadtwerke Unna gezielt in bedarfsgerechte Qualifizierungsmaßnahmen. Im Zuge des eingeleiteten Generationenwechsels insbesondere im technischen Bereich werden Mitarbeiter konsequent auf die neuen Führungsaufgaben vorbereitet. Die Covid-19 Pandemie hat auch Auswirkungen auf den Bereich der Mitarbeiterweiterbildung, da gewisse Schulungen bzw. Qualifizierungsmaßnahmen nur im Rahmen einer Präsenzveranstaltung einen Mehrwert für die Mitarbeiter bieten bzw. von den Regelwerksgebern akzeptiert werden. Der kontinuierliche Ausbau der Attraktivität als Arbeitgeber steht bei allen personalwirtschaftlichen Maßnahmen im Vordergrund.

Da die Mitarbeiter ein wichtiges Gut für die Stadtwerke Unna darstellen, ist die Arbeitssicherheit und das Gesundheitsmanagement ebenfalls ein wichtiger Baustein der personalwirtschaftlichen Arbeit. Neben sehr hohen Standards der Arbeitssicherheit haben die Stadtwerke Unna ein aktives sowie gleichsam facettenreiches und systematisches Gesundheitsmanagement eingeführt.

III.Chancen – und Risikobericht

Die Stadtwerke Unna GmbH hat seit dem Jahre 2002 ein Risikomanagementsystem, welches die Anforderungen des Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) erfüllt, implementiert. Dieses Risikomanagement ist kein statisches Berichtssystem, sondern unterliegt vielmehr einem ständigen kontinuierlichen Verbesserungsprozess. Aufgrund der stetig komplexeren und dynamischeren Unternehmensumwelt steigen die Anforderungen an das Unternehmen entlang der Wertschöpfungskette (Erzeugungskapazitäten, Netze und Vertrieb), denen das Unternehmen mit einer überarbeiteten Risikoberichterstattung begegnet. Neben dem allgemeinen Risikomanagementhandbuch für das Gesamtunternehmen wurden spezielle Risikomanagementhandbücher für die Strom- sowie die Gas- und Wärmebeschaffung im Unternehmen etabliert. Die Implementierung der Beschaffungsrisikohandbücher führt dazu, dass sich die Stadtwerke Unna GmbH den Anforderungen der marktorientierten Beschaffungsvorgänge leichter stellen kann. Aus den identifizierten Einzelrisiken wurde die nachfolgende Risikosystematik entwickelt:



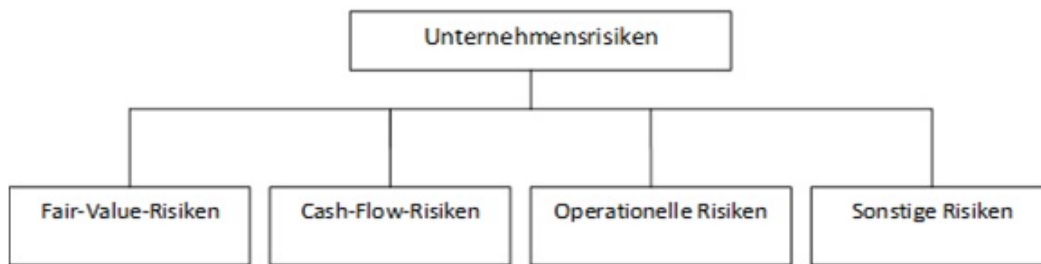


Abbildung 3: Risikosystematik

Ziel des Risikomanagements ist einerseits die systematische Identifikation von Risiken und Chancen, deren Bewertung hinsichtlich der Eintrittswahrscheinlichkeit sowie ihrer Auswirkungen, um durch die frühzeitige Erkennung sowie Bewältigung bestandsgefährdender Entwicklungen deren Vermeidung oder Begrenzung zu gewährleisten sowie einen Risikotransfer zu ermöglichen. Es soll die Steuerung der Risiken sowie der damit verbundenen Chancen im Rahmen einer ganzheitlichen Unternehmenssteuerung ermöglichen.

Das Risikomanagement beinhaltet somit die Gesamtheit aller organisatorischen Maßnahmen, Regelungen und Reaktionen zur Risikoerkennung, -erfassung, -analyse, -bewertung und -bewältigung sowie -akzeptanz. Wesentlicher Teil des gesamten Prozesses ist auch die Dokumentation und die Berichterstattung.

Fair-Value-Risiken bestehen im Wesentlichen im Bereich der Beteiligungen der Stadtwerke Unna GmbH. Beteiligungsrisiken werden durch eine enge Begleitung der erweiterten Geschäftsführung begegnet. In diesem Zusammenhang ist die wesentliche Beteiligung an der Trianel Windkraftwerk Borkum GmbH & Co. KG zu nennen. Im September 2015 erfolgte die verzögerte offizielle Inbetriebnahme des Windparks. Der Baubeginn der 40 Windenergieanlagen startete mit der Errichtung der Fundamentstrukturen und dem Setzen der Tripods im September 2011. Mit der Inbetriebnahme und Überführung der Anlagen in den Regelbetrieb erfolgt die Vergütung nun vollständig gemäß den Vergütungssätzen des EEG. Die Unsicherheiten hinsichtlich der Vermarktungserlöse nach Auslaufen der EEG-Vergütungen und der Risiken aus der Betriebsphase (Regelbetrieb) bestehen weiter. Die Produktion des Windparks lag im Jahr 2021 unter den Erwartungen. Es wurden 550 GWh Strom produziert. Seit dem Jahr 2018 hat die Gesellschaft begonnen, die ausgereichten Gesellschafterdarlehen zurückzuführen. Im Berichtsjahr betrug die erhaltene Tilgungsleistung 1.185 T€. Die Tilgung der von der Stadtwerke Unna GmbH ausgereichten Darlehen soll bis spätestens 2023 vollständig erfolgt sein. Die Bewertung der Beteiligung ist stark von den nach dem Auslaufen der EEG-Vergütung erzielbaren Vermarktungserlösen abhängig. Der durchgeführte Impairmenttest führte zu einer notwendigen Abwertung der Beteiligung. Da der Abzinsungsfaktor einen erheblichen Einfluss auf den Barwert der Bewertungseinheit aus den abgezinsten Cash-Flows hat, bestehen zukünftig in der Bewertung der Bewertungseinheit erhebliche Risiken. Die durchgeführte Bewertung bildet den Fair Value ab.

Die Beteiligung an der Trianel Erdgasspeicher Epe GmbH & Co. KG stellt kein Fair-Value-Risiko dar, da über den abgeschlossenen Speichernutzungsvertrag die Ertragsituation der Gesellschaft gesichert ist. Die Geschäftsführung der Gesellschaft ist sehr bemüht, die wirtschaftliche Situation der Gesellschaft zu verbessern und so die Kosten auf Seiten der Speichernutzer zu reduzieren.

Die Kraftwerksgesellschaft Trianel Gaskraftwerk Hamm GmbH & Co. KG profitiert von der derzeitigen Marktentwicklung und sieht Chancen, ab 2022/2023 wieder positive Deckungsbeiträge zu erwirtschaften. Die derzeit bestehende Warmreserve wird durch Gesellschafterdarlehen abgesichert, so dass kein Abwertungsbedarf besteht. Im Zuge des massiven Preisanstiegs waren die Vermarktungsaktivitäten der Kraftwerksgesellschaft sehr erfolgreich, sodass damit gerechnet werden kann, dass die Darlehen



vorzeitig zurückgezahlt werden. Im Zuge der aktuellen Diskussion um eine Gasmangellage, die durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine virulenter geworden ist, muss entschieden werden, wie mit den bestehenden Terminvermarktungen umgegangen wird. Hier besteht ein finanzielles Risiko für die Kraftwerksgesellschaft.

Ausfallrisiken bestehen insbesondere im Bereich des Endkundengeschäfts und zwar sowohl im Vertriebsbereich als auch im Netzbereich durch den Ausfall von Transportkunden. In Folge des im zweiten Quartal begonnen Preisanstiegs haben einige Lieferanten Insolvenz anmelden müssen. Zukünftig wird zu beobachten sein, wie sich das erhöhte Preisniveau auf die Zahlungsfähigkeit der Endkunden auswirkt. Die Bundesregierung hat für die Endkunden im Rahmen eines Entlastungspakets eine Energiepreispauschale von 300 €, welche als Zuschuss zum Gehalt ausgezahlt wird, beschlossen. Zudem erhalten Familien einen Einmalbonus von 100 € pro Kind, der mit dem Kindergeld ausgezahlt wird. Beide Maßnahmen sollen die Belastungen aufgrund des Preisanstiegs abfedern.

Die im Berichtsjahr 2013 vereinbarte und durchgeführte Eigenkapitalstärkung wurde bis auf weiteres ausgesetzt, so dass im Geschäftsjahr 2021 keine Einzahlungen in die Kapitalrücklage wie in den vergangenen Jahren durchgeführt wurde. Aufgrund des erhöhten Investitionsvolumens, welches unter anderem auf die geänderte Aktivierungspraxis zurückzuführen ist, sinkt die Eigenkapitalquote.

Die Fair-Value-Risiken haben in ihrer Klassifizierung der Eintrittswahrscheinlichkeit die Einstufung unwahrscheinlich und hinsichtlich des Nettorisikos ein Volumen zwischen 580 T€ und 1.300 T€.

Cash-Flow-Risiken bestehen insbesondere im Bereich der Mengen- und Margenplanung. Aufgrund des im Berichtsjahr begonnenen massiven Anstiegs an den Beschaffungsmärkten führt dies zu einer Erhöhung des Cash-Flow-Risikos. Aufgrund des oben beschriebenen Zuwachses an Kunden in der Grund- und Ersatzversorgung haben die Stadtwerke Unna GmbH eine große Anzahl an Kunden hinzugewonnen, für die jedoch keine Energie beschafft wurde. Weitere Kunden sind in die Grundversorgung gefallen, weil Lieferanten ihren Kunden die laufenden Verträge gekündigt bzw. massive Preiserhöhungen durchgesetzt haben, woraufhin die Kunden das vertraglich zugesicherte Sonderkündigungsrecht in Anspruch genommen haben. Auch für diese Kunden wurden planbar keine Energiemengen beschafft. Diese Mengen müssen zu den aktuell deutlich erhöhten Marktpreisen nachbeschafft werden. Um diesem Risiko preislich im Endkundengeschäft zu begegnen, haben die Stadtwerke Unna GmbH – wie viele andere Grundversorger in Deutschland auch – einen zweiten Grundversorgungstarif ab dem 1. Dezember 2021 eingeführt. Sowohl die Verbraucherzentrale NRW als auch der Energiehändler Lichtblick SE haben Anträge auf Erlass einstweiliger Verfügungen gegen etliche Grundversorger auf Unterlassung stichtagsbezogener gespaltenner Preise in der Grund- und Ersatzversorgung gerichtlich anhängig gemacht. Die Verbraucherzentrale hat sämtliche Verfahren verloren, Lichtblick hat vier Verfahren gewonnen und vier Verfahren verloren. Aufgrund der Rechtsunsicherheit wurde eine Rückstellung gebildet.

Die Backwardation an den Energiemärkten führt dazu, dass für die Bewirtschaftung des Erdgasspeichers Sommergas teurer eingekauft bzw. eingelagert werden muss, als Wintergas verkauft bzw. ausgelagert werden kann. Der Sommer-Winter-Spread, der den intrinsischen Wert des Speichers darstellt, lag zwischenzeitlich bei fast -70 EUR/MWh. Eine Verlängerung des bis zum 1. April 2022 laufenden Pachtvertrages für die Speicherbewirtschaftung wurde daher nicht vereinbart. Die Stadtwerke Unna GmbH werden den Speicher ab dem Speicherjahr 2022/2023 wieder selbst bewirtschaften. Die Risikovorsorge für den Speichernutzungsvertrag bildet die gesamte Laufzeit des mit der Projektgesellschaft abgeschlossenen Speichernutzungsvertrages ab. Insgesamt wurden 2.240 T€ zurückgestellt.



Risiken aus der Umstrukturierung der Trianel Gaskraftwerk Hamm GmbH & Co. KG bestehen nicht. Das Kraftwerk wird in Abhängigkeit der Marktentwicklung im Rahmen eines flexiblen Minimalbetriebs eingesetzt. Die Gesellschaft kann zur Finanzierung der Warmreserve Gesellschafterdarlehen bei den Gesellschaftern abrufen.

Zinsrisiken aus langfristigen Finanzierungen auf Basis variabler Zinssätze sind mit Zinsfestschreibungen begrenzt worden. Im Berichtsjahr wurden neue Kredite von insgesamt 9.749 T€ aufgenommen. Wenn es möglich ist, werden die bestehenden Kredite refinanziert, um das aktuell niedrige Zinsniveau mit Festzinsvereinbarungen zu sichern. Die gute Bonität der Stadtwerke Unna führt dazu, dass sie auch weiterhin ihren Kapitalbedarf durch Kredite decken kann.

Marktpreisrisiken im Strom- und Gasgeschäft werden durch eine strukturierte Beschaffung unter Zuhilfenahme von externen Anbietern begegnet. Hierfür werden verschiedene Techniken der Portfolioverwaltung angewendet. Im Berichtsjahr wurde für die Gasbeschaffung ebenfalls mit der strukturierten Beschaffung für die Lieferjahre 2021 bis 2024 begonnen. Aufgrund des gestiegenen Marktpreises wurde eine Rückstellung für den Erdgasbezug gebildet. Im Zuge der Einführung des Brennstoffemissionshandelsgesetzes mussten für die benötigten Zertifikate ebenfalls eine Rückstellung gebildet werden.

Die Cash-Flow-Risiken haben in ihrer Klassifizierung der Eintrittswahrscheinlichkeit die Einstufung „wahrscheinlich“ und hinsichtlich des Nettorisikos im Mittel ein Volumen zwischen 1.400 T€ und 3.500 T€.

Operationelle Risiken bestehen im Betrieb der technischen Anlagen, die das Risiko von Nichtverfügbarkeiten bergen. In den Verteilnetzen können ungeplante Versorgungsunterbrechungen auftreten, denen mit gezielten Wartungs- und Instandhaltungsarbeiten begegnet wird. Die bestehenden Risiken können jedoch nicht ausgeschlossen werden. Die Gesellschaft lässt sich alle fünf Jahre nach dem Branchenstandard „Technisches Sicherheitsmanagement (TSM)“ zertifizieren.

Die operationellen Risiken haben in ihrer Klassifizierung der Eintrittswahrscheinlichkeit die Einstufung „wahrscheinlich“ und hinsichtlich des Nettorisikos im Mittel ein Volumen zwischen 720 T€ und 1.600 T€.

Sonstige Risiken stellen vor allem das Regulierungsrisiko und das rechtliche/politische Risiko dar. Dem internen Regulierungsmanagement kommt in einer immer komplexer werdenden Regulierungspraxis eine besondere Bedeutung zu. Hier erfolgt ein hoher fachlicher Austausch mit anderen Netzbetreibern vergleichbarer Größe und eine energiewirtschaftliche und juristische Beratung. Rechtliche oder politische Risiken werden über die Verbände (insbesondere dem Verband kommunaler Unternehmen) beobachtet.

Aufgrund der unterjährig zufließenden Liquidität und der verfügbaren Kreditlinien konnten die Stadtwerke Unna ihren Mittelbedarf jederzeit decken. Die Liquiditätsplanung ist ein wesentliches Instrument, um weiterhin allen notwendigen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.

Neben den dargestellten Risiken bieten sich den Stadtwerken Unna in diesem Marktumfeld Chancen im Bereich der Energiedienstleistungen und des Breitbandausbaus. Mit energieeffizienten Lösungen und maßgeschneiderten Produkten sowie zusätzlichen Dienstleistungen begegnen die Stadtwerke Unna den Herausforderungen des Marktes. So können neben der Energielieferung zusätzliche Deckungsbeiträge erwirtschaftet werden.

Die sonstigen Risiken haben in ihrer Klassifizierung der Eintrittswahrscheinlichkeit die Einstufung wahrscheinlich und hinsichtlich des Nettorisikos im Mittel ein Volumen zwischen 130 T€ und 380 T€.



Für die Gesamtbeurteilung der Risikolage kann zusammengefasst werden, dass bestandsgefährdende Risiken, die den Fortbestand der Stadtwerke Unna GmbH gefährden könnten, weder im Geschäftsjahr 2021 eingetreten noch für das Geschäftsjahr 2022 gegenwärtig erkennbar sind. Massive Verunsicherung herrscht hinsichtlich der Entwicklung der gesamt- aber auch der versorgungswirtschaftlichen Lage nach russischem Angriff auf die Ukraine. Ende Februar sind russische Truppen in die Ukraine einmarschiert. Die völkerrechtswidrige Invasion löste weltweit Empörung und Bestürzung aus. Zahlreiche Staaten wie die USA, die EU-Länder und Großbritannien haben Wirtschaftssanktionen gegen Russland verhängt. Angesichts der Unsicherheiten über den Fortgang der Rohstofflieferungen von Russland nach Europa sind die Notierungen im Gas- und Stromhandel stark angestiegen. Die Bundesregierung arbeitet an Maßnahmen, um die Abhängigkeit von russischen Öl- und Gasimporten zu verringern. Parallel hierzu wurde die Notfallstufe des Notfallplans Gas ausgerufen, um sich auf eine mögliche Verschlechterung der Gasversorgung vorzubereiten. Bei der Aufstellung des Lageberichts sind der Fortgang des Ukraine-Konflikts und seine Folgen noch nicht absehbar. Welche spürbaren Auswirkungen ein Abbruch der Lieferbeziehungen von russischen Unternehmen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben werden, kann nicht abgeschätzt werden.

V. Prognosebericht

In der Prognose noch nicht berücksichtigt sind die schwer abzuschätzenden Folgen des Ukraine-Konflikts. Sein weiterer Verlauf, die Sanktionen gegen Russland und ihre Rückwirkungen auf die Energieversorgung können erhebliche Auswirkungen auf den Geschäftsverlauf haben. Prognosen zur konjunkturellen Entwicklung sind seit der Eskalation des Ukraine-Konflikts mit großen Unsicherheiten verbunden. Die verfügbaren Schätzungen stammen noch aus der Zeit vor Ausbruch des Krieges. Danach könnte sich die Wirtschaftsleistung in Deutschland 2022 um etwa 1,8 % erhöhen. Sollte sich die Versorgungssicherheit oder die Marktpreisentwicklung wegen des Ukraine-Konflikts verschlechtern, dürfte die konjunkturelle Dynamik aber wohl schwächer ausfallen.

Die Beteiligung an der Trianel Gasspeicher Epe GmbH & Co. KG wird für die Stadtwerke Unna GmbH auch zukünftig eine Herausforderung bleiben. Es wird weiter damit gerechnet, dass sich eine Trendwende, in der die energiewirtschaftliche Leistung wieder vergütet wird, am Erdgasmarkt mittelfristig nicht einstellen wird. Erst mit Auslaufen der Projektfinanzierung wird sich die Situation hinsichtlich der Fixkosten verbessern. Die wirtschaftliche Entwicklung der Beteiligung an der Trianel Windpark Borkum GmbH & Co. KG wird in den nächsten Jahren nach dem Auslaufen der EEG-Vergütung verstärkt in den Fokus rücken.

Vorbehaltlich der schwer einzuschätzenden Risiken aus dem Ukraine-Konflikt wird derzeit davon ausgegangen, im laufenden Geschäftsjahr das gute Ergebnis von 2021 zu übertreffen. Für das gesamte Geschäftsjahr 2022 sieht die Wirtschaftsplanung ein erwartetes Jahresergebnis vor Ertragsteuern von 5.800 T€ vor. Die erwartete Gewinnabführung liegt bei 4.110 T€.

Unna, 18. Mai 2021

Stadtwerke Unna GmbH

gez. Jürgen Schäpermeier





Logistikzentrum Ruhr Ost GmbH



5.2 Logistikzentrum RuhrOst GmbH

Anschrift:	Kontakt:	Gründung:
Heinrich-Hertz-Str. 2 59423 Unna	Telefon: 02303 2001-0 Fax: 02303 2001-22 E-Mail: office@logistikzentrum-ruhrost.de Internet: www.logistikzentrum-ruhrost.de	Gesellschaftsvertrag vom: 12.10.2004 in der Fassung vom: 07.08.2006

Öffentlicher Zweck/Beteiligungsziel

Gegenstand des Unternehmens ist die Verbesserung der Wirtschaftsstruktur durch Errichtung, Unterhaltung und Verpachtung von Umschlagterminals und Gleisanlagen mit dem gesamten erforderlichen beweglichen Anlagevermögen in der Kreisstadt Unna und in der Gemeinde Bönen.

Gesellschafter	Anteile am Stammkapital in	
	%	€
Wirtschaftsbetriebe der Stadt Unna GmbH	50,00	50.000,00
Gemeinde Bönen	50,00	50.000,00
	100,00	100.000,00



Bilanz der letzten zwei Geschäftsjahre

	2021	2020
	in €	in €
Aktiva:		
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	-	-
II. Sachanlagen	2.037.096,11 €	2.199.176,95 €
III. Finanzanlagen	12.550,00 €	12.550,00 €
Summe Anlagevermögen	2.049.646,11 €	2.211.726,95 €
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte	-	-
II. Forderungen	227.329,88 €	207.770,99 €
III. Kassenbestand	13.104,05 €	13.844,22 €
Summe Umlaufvermögen	240.433,93 €	221.615,21 €
C. Rechnungsabgrenzungsposten	-	-
Summe Aktiva	2.290.080,04 €	2.433.342,16 €
Passiva:		
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	100.000,00 €	100.000,00 €
II. Kapitalrücklage	50.000,00 €	50.000,00 €
III. Gewinn-/Verlustvortrag	-	-
IV. Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	-	-
Summe Eigenkapital	150.000,00 €	150.000,00 €
B. Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen	188.283,29 €	217.626,14 €
C. Rückstellungen	119.584,00 €	166.972,00 €
D. Verbindlichkeiten	1.827.470,61 €	1.894.076,53 €
E. Rechnungsabgrenzungsposten	4.742,14 €	4.667,49 €
Summe Passiva	2.290.080,04 €	2.433.342,16 €



Gewinn- und Verlustrechnung der letzten zwei Geschäftsjahre

	2021	2020
	in €	in €
Umsatzerlöse	734.790,20 €	692.405,77 €
sonstige betriebliche Erträge	94.145,32 €	179.562,64 €
Materialaufwand	- 603.437,21 €	- 621.521,02 €
Personalaufwand	- 28.858,05 €	- 28.820,61 €
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	- 170.020,84 €	- 204.103,53 €
Sonstige betriebliche Aufwendungen	- 141.318,88 €	- 130.748,25 €
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	-	-
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	- 37.906,98 €	- 45.914,92 €
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	- 21.007,98 €	- 19.968,13 €
Ergebnis nach Steuern	- 173.614,42 €	- 179.108,05 €
Sonstige Steuern	- 8.469,77 €	- 8.469,77 €
Erträge aus Verlustübernahme	- 182.084,19 €	- 187.577,82 €
Jahresüberschuss	-	-

Jahresergebnis

Gemäß dem Gesellschaftsvertrag sind festgestellte Verluste, soweit eine Deckung nicht anderweitig sichergestellt werden kann, durch die Gesellschafter, bemessen am Verhältnis ihrer Gesellschaftsanteile, auszugleichen. Dabei beschränkt sich die Verlustübernahme für jeden Gesellschafter auf jeweils den zweifachen Wert des jeweiligen Anteils am Stammkapital. Für die WBU bedeutet dies eine maximale Verlustübernahme von 100 T€ je Geschäftsjahr.

Das Jahresergebnis 2021 vor Verlustausgleich beläuft sich auf -182 T€. Entsprechend der Regelung im Gesellschaftsvertrag gleicht die WBU einen Betrag von 91 T€ (Vorjahr: 94 T€) aus.

Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind durch Ausfallbürgschaften der Gemeinde Bönen und der Kreisstadt Unna sowie durch eine Grundschuld gesichert.

Kapitalentwicklung

Die Eigenkapitalquote der LZR ist im Berichtsjahr auf 6,6 % (Vorjahr: 6,2 %) gestiegen. Die Fremdkapitalquote beträgt 93,4 % (Vorjahr: 93,8 %).

Die jederzeitige Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war durch ein Darlehen des Gesellschafters Wirtschaftsbetriebe der Stadt Unna GmbH gegeben.

Geschäftsentwicklung

Die Entwicklung der Geschäftstätigkeit in 2021 zeigt, dass die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der Gesellschaft in diesem volatilen Geschäftsfeld als herausfordernd zu bewerten ist.



Chancen- und Risiken

Die Geschäftsführung berichtet regelmäßig über operative und strategische Risiken der Geschäftstätigkeit. Es werden 17 Risiken bewertet (niedrig/mittel/hoch) und Maßnahmen zur Minimierung der Risiken festgelegt. Als besonderes Risiko sind die Auswirkungen der Corona-Pandemie in den Risikobericht aufgenommen worden. Das Rechnungswesen und die laufende Kontrolle des Geschäftsverlaufs dienen ergänzend zur frühzeitigen Erkennung von bestandsgefährdenden Risiken. Die Geschäftsführung verfügt über eine adäquate Liquiditätssteuerung und kann über die, im Rahmen des kaufmännischen Betriebsführungsvertrages, bei den Stadtwerken Unna angekauften Finanzierungs- und Finanzplanungssysteme gewährleisten, dass die Risiken für die Unternehmung sorgfältig beobachtet und gesteuert werden können.

Nach erfolgten umfangreichen Sanierungs- und Instandhaltungsmaßnahmen in den zurückliegenden Jahren kann nunmehr weitestgehend von einem Normalbetrieb ausgegangen werden. Notwendige betriebliche Maßnahmen lassen sich heute planmäßig steuern und umsetzen.

Es ist jedoch zu betonen, dass das Vorhalten einer funktionstüchtigen logistischen Infrastruktur trotz aller Reststrukturierungen in der jetzigen Betriebs- und Betreiberkonstellation nicht kostendeckend erfolgen kann.

Unna, 08. März 2022

Logistikzentrum RuhrOst GmbH

gez. Jürgen Schäpermeier

Geschäftsführer

gez. Uwe Kutter

Geschäftsführer



6 Wesentliche Beteiligungen der Stadtwerke Unna GmbH

Die Stadtwerke Unna GmbH sind gemeinsam mit anderen öffentlichen und privaten Gesellschaftern an einer Vielzahl weiterer Gesellschaften beteiligt.

Hier werden mit den Gesellschaften

- UnnaWasser & Mehr GmbH
- ProVion Stadtwerke IT GmbH
- Biogas Pool 2 für Stadtwerke GmbH & Co. KG

die mittelbaren Beteiligungen der Kreisstadt Unna an Gesellschaften mit einem Gesellschaftsanteil größer als 20 % abgebildet.

Auf die Darstellung der weiteren Beteiligungen der Stadtwerke Unna GmbH wird aus Wesentlichkeitsgründen verzichtet.





Unna Wasser & Mehr GmbH



6.1 Unna Wasser & Mehr GmbH

Anschrift	Kontakt	Gründung
Heinrich-Hertz-Straße 2 59423 Unna	Telefon: 0800-2001-0 Fax: 02303-2001-22 E-Mail: info@sw-unna.de Internet:www.sw-unna.de	Gründung am: 03. Dezember 2020 Letzte Änderung des Gesellschafts- vertrages am: 15.09.2020

Öffentlicher Zweck/Beteiligungsziel

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb, die Unterhaltung, die Inspektion und Wartung der örtlichen Wasserversorgungsanlagen im Stadtgebiet Unna und aller damit unmittelbar im Zusammenhang stehenden Geschäfte sowie die Betreuung der Tarifikunden in der Trinkwasserversorgung. Darüber hinaus können weitere Dienstleistungen im Bereich der Energie- und Wasserversorgung sowie im Bereich der Telekommunikation für die Gesellschafter entwickelt und erbracht werden.

Gesellschafter	Anteile am Stammkapital in	
	%	€
Stadtwerke Unna GmbH, Unna	51,0	12.750,00
GELSENWASSER AG, Gelsenkirchen	49,0	12.250,00
Gesamt:	100,0	25.000,00



Bilanz der letzten zwei Geschäftsjahre

	2021	2020
	in €	in €
Aktiva:		
A. Umlaufvermögen		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. sonstige Vermögensgegenstände	6.269,07 €	12,65 €
II. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	66.512,92 €	24.741,60 €
Summe Umlaufvermögen	72.781,99 €	24.754,25 €
Passiva:		
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00 €	25.000,00 €
II. Verlustvortrag	- 4.291,75 €	- €
III. Jahresüberschuss	29.496,43 €	- 4.291,75 €
Summe Eigenkapital	50.204,68 €	20.708,25 €
B. Rückstellungen		
I. Steuerrückstellungen	12.194,49 €	- €
II. sonstige Rückstellungen	6.500,00 €	4.000,00 €
Summe Rückstellungen	18.694,49 €	4.000,00 €
C. Verbindlichkeiten		
I. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	3.882,82 €	46,00 €
Summe Passiva	72.781,99 €	24.754,25 €

Gewinn- und Verlustrechnung der letzten zwei Geschäftsjahre

	2021	2020
	in €	in €
1. Umsatzerlöse	2.448.000,00 €	- €
2. sonstige betriebliche Erträge	136,93 €	- €
3. Materialaufwand	- 2.400.000,00 €	- €
4. sonstige betriebliche Aufwendungen	- 6.446,01 €	4.291,75 €
5. Steuern vom Einkommen und Ertrag	- 12.194,49 €	- €
6. Ergebnis nach Steuern	29.496,43 €	4.291,75 €
7. Jahresüberschuss	29.496,43 €	4.291,75 €



Jahresergebnis

Die Gesellschafterversammlung hat am 27.05.2022 den Jahresabschluss 2021 festgestellt. Der Jahresüberschuss 2021 in Höhe von 29.496,43 € (Vorjahr: Jahresfehlbetrag 4.291,75 €) wird auf neue Rechnung vorgetragen.

Kapitalentwicklung

Die Eigenkapitalquote der Gesellschaft beträgt zum Jahresende 69 %. Die Verringerung der Eigenkapitalquote ist hauptsächlich auf die Erhöhung der Rückstellungen und der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen zurückzuführen.

Die Liquidität der Gesellschaft war im Geschäftsjahr jederzeit gesichert. Die absolute Liquidität beträgt 66,5 T€.

Geschäftsentwicklung

Insgesamt entspricht die Entwicklung der Gesellschaft im Berichtsjahr 2021 den Erwartungen.

Chancen und Risiken

Durch die vertragliche Situation mit den abgeschlossenen Dienstleistungsverträgen der UnnaWasser & Mehr GmbH ist zukünftig mit positiven Jahresergebnissen zu rechnen. Die Geschäftsführung verfügt über eine adäquate Liquiditätssteuerung und kann über die im Rahmen des kaufmännischen Betriebsführungsvertrages bei den Stadtwerken Unna GmbH angekauften Finanzierungs- und Finanzplanungssysteme gewährleisten, dass die Risiken für die Unternehmung in Grenzen gehalten werden können.

Da derzeit nur die Dienstleistungsverträge mit den Gesellschaftern das Geschäftsmodell der UnnaWasser & Mehr GmbH abbilden, besteht ein Adressausfallrisiko eines Gesellschafters. Dieses Risiko wird jedoch mit einer sehr geringen Eintrittswahrscheinlichkeit bewertet.

Eine Chance sieht die Geschäftsführung im Aufbau der LoRaWAN-Infrastruktur. Die Gesellschaft kann durch den Betrieb dieser Infrastruktur die Aktivitäten ihrer Gesellschafter auf dem Gebiet von smart city-Anwendungen bündeln und entsprechende Dienstleistungen im Bereich von smart city in der Kreisstadt Unna anbieten.

Massive Verunsicherung herrscht hinsichtlich der Entwicklung der wirtschaftlichen Lage nach russischem Angriff auf die Ukraine. Aufgrund des Geschäftsumfanges der UnnaWasser & Mehr GmbH sieht die Geschäftsführung keine Auswirkungen auf das Geschäftsmodell.

Unna, 27.05.2022

gez. Matthias Kortmann
Geschäftsführer

gez. Björn Wölfel
Geschäftsführer



Provision **Stadtwerke IT GmbH**

Provision Stadtwerke IT GmbH



6.2 Provison

Anschrift	Kontakt	Gründung
Poststraße 4 59174 Kamen	Telefon: 02307 978280 Fax: 02307 978333 E-Mail: Internet:	Gründung am: 11.11.2016 Letzte Änderung des Gesellschafts- vertrages am: 11.11.2016

Öffentlicher Zweck/Beteiligungsziel
Gegenstand des Unternehmens ist die Entwicklung und Erbringung von Dienstleistungen für Unternehmen in kommunaler Trägerschaft im Rahmen einer gemeinsamen internen Servicegesellschaft im Bereich der Energiewirtschaft.

Gesellschafter	Anteile am Stammkapital in	
	%	€
GSW Gemeinschaftsstadtwerke GmbH Kamen, Bönen, Bergkamen	50	25.000,00 €
Stadtwerke Unna GmbH	50	25.000,00 €
Gesamt:	100,0	50.000,00 €



Bilanz der letzten zwei Geschäftsjahre

	2021	2020
	in €	in €
Aktiva:		
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	22.335,08	37.270,16
II. Sachanlagen	125.752,37	181.132,15
Summe Anlagenvermögen	148.087,45	218.402,31
B. Umlaufvermögen		
II. Forderungen	60.916,22	41.531,15
III. Kassenbestand	390.650,79	319.642,24
Summe Umlaufvermögen	451.567,01	361.173,39
C. Rechnungsabgrenzungsposten	51.645,99	51.661,01
Summe Aktiva	651.300,45	631.236,71
Passiva:		
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	50.000,00	50.000,00
II. Gewinnvortrag	198.397,05	142.546,08
III. Jahresüberschuss	55.452,71	55.850,97
Summe Eigenkapital	303.849,76	248.397,05
B. Rückstellungen	8.150,00	8.050,00
C. Verbindlichkeiten	310.040,69	345.529,66
F. Rechnungsabgrenzungsposten	29.260,00	29.260,00
Summe Passiva	651.300,45	631.236,71

Gewinn- und Verlustrechnung der letzten zwei Jahre

	2021	2020
	in €	in €
Umsatzerlöse	853.487,44	740.135,10
Materialaufwand	- 688.441,12	- 577.507,97
Personalaufwand		
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	- 70.314,86	- 67.586,35
Sonstige betriebliche Aufwendungen	- 8.396,21	- 7.377,85
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	- 4.471,54	- 5.208,50
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	- 26.411,00	- 26.603,46
Jahresüberschuss	55.452,71	55.850,97



Jahresergebnis

Der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2021 wurde am 15.06.2022 festgestellt und der Gewinn in Höhe von 56 T€ auf neue Rechnung vorgetragen.

Kapitalentwicklung

Die Umsatzerlöse von 853 T€ bewegen sich im geplanten Rahmen. Im Wirtschaftsplan wurden sie mit 801 T€ ausgewiesen. Der Jahresüberschuss fällt mit einem Ergebnis von 56 T€ besser aus, als zuvor im Wirtschaftsplan mit 28 T€ kalkuliert worden ist.

Geschäftsentwicklung

Auch im Jahr 2021 gehörten weitere Optimierung und Zusammenführung der technischen Infrastrukturen für die Stammhäuser zu den wesentlichen Aufgabenschwerpunkten.

Im Einzelnen wurden nachfolgende Aufgaben umgesetzt:

- Betrieb der SQL-Datenbanken
- Weiterentwicklung und Betrieb der virtuellen Serverstrukturen der Gesellschafter und der Provision

Die noch bei den Gesellschaftern vorhandene Hardware soll sukzessive und bedarfsorientiert in die Provision überführt werden. Durch die Zusammenlegung der IT-Systeme konnten neben der Einsparung von Hardwarekomponenten auch in 2021 Synergien bei der Software gehoben werden.

Die im Rahmen der Corona-Pandemie eingeführten Homeoffice-Arbeitsplätze, führten bei der Provision zu keinerlei nennenswerten Beeinträchtigungen der Systeme. Die erforderliche Hardware für die Home-Arbeitsplätze wurde von den Gesellschaftern selbst beschafft, eingerichtet und betrieben.

Chancen und Risiken

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie hatten in 2021 einen starken Einfluss auf die Geschäftstätigkeit. Durch die stark gestiegene Anzahl von Homeoffice-Arbeitsplätzen waren weitere Sicherheitsvorkehrungen für die IT-Systeme unverzichtbar.

Die Pandemie macht sehr deutlich, dass eine effiziente und sichere IT-Infrastruktur Grundlage für wirtschaftliches Handeln ist. Dabei hat das Schadenspotenzial durch die erhöhte Abhängigkeit der Systeme noch stärker zugenommen als bisher.

Die Anforderungen für Sicherungssysteme sind weiter gestiegen, sodass wir auch hier weiterhin im besonderen Maße Vorsorge schaffen müssen.

Eine kontinuierliche und verlässliche Steuerung von potenziellen Chancen und Risiken sehen wir als Basis für einen nachhaltigen Unternehmenserfolg. Dabei gilt es, sowohl potenzielle Chancen als auch Risiken frühzeitig zu identifizieren und das Chancen-/Risikoprofil unserer Geschäftstätigkeit zu optimieren.

Eine Überwachung der Risiken bei laufender Geschäftstätigkeit erfolgte durch permanente Auswertungen der Plan- und Istwerte des Erfolgsplanes, der Gewinn- und Verlustrechnung sowie der Unternehmensliquidität. Die wirtschaftlichen Risiken aus dem Betrieb der IT-Infrastruktur sind auf Grund



der ausschließlichen Leistungserbringung und Abrechnung gegenüber den Gesellschaftern als sehr gering einzustufen.

Chancen, das Kundenfeld für den Betrieb der IT-Infrastruktur zu erweitern, liegen im kommunalen Umfeld der Gesellschafter. Zusammenfassend sind keine Risiken bekannt, die bestandsgefährdend sind oder einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage haben.

Kamen, den 04. März 2022

Geschäftsführung

gez. Saarbeck

gez. Kerkhoff







Biogas Pool 2 für Stadtwerke GmbH & Co. KG



6.3 Biogas Pool 2 für Stadtwerke GmbH & Co. KG

Anschrift	Kontakt	Gründung
Iserlohner Str. 2 59423 Unna	Telefon: 02303 96720-0 E-Mail: info@arcarnum-energy.de Internet: www.arcarnum-energy.-de	Gründung im Jahr: 2011 Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom: 21. Juli 2011

Öffentlicher Zweck/Beteiligungsziel

Zweck der Gesellschaft ist die Errichtung und der Betrieb von Biogasaufbereitungsanlagen, insbesondere auf dem Gebiet der Gemeinden Altena, Müden-Aller und Gardelegen zur Erzeugung und zum Vertrieb von zu Biomethan aufbereitetem Biogas. Die Gesellschaft kann hierzu Einsatzstoffe (z.B. Rohbiogas) erwerben, annehmen, verarbeiten und handeln.

Komplementärin/Kommanditisten	Anteile am Stammkapital in	
	%	€
Komplementärin:		
Biogas Pool 2 für Stadtwerke Verwaltungs-GmbH	7,34	75.000,00 €
Kommanditisten:		
Arclisio GmbH	7,34	75.000,00
Energie- und Wasserversorgung Bünde GmbH	7,34	75.000,00
Nienburg Energie GmbH	15,66	160.000,00
Belkaw GmbH	7,34	75.000,00
Stadtwerke Rinteln GmbH	14,68	150.000,00
Stadtwerke Unna GmbH	29,35	300.000,00
Stadtwerke Solingen GmbH	10,95	112.000,00
Gesamt	100,00	947.000,00



Bilanz der letzten zwei Geschäftsjahre

	2021	2020
	in €	in €
Aktiva:		
A. Anlagevermögen		
I. Sachanlagen	1.230.402,00	1.478.533,00
II. Finanzanlagen	25.694,56	25.694,56
Summe Anlagevermögen	1.256.096,56	1.504.227,56
B. Umlaufvermögen		
Vorräte	39.570,99	51.283,56
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	395.104,70	474.153,84
Sonstige Vermögensgegenstände	110.400,86	116.582,19
Flüssige Mittel	703.392,88	412.561,58
Rechnungsabgrenzungsposten	5.448,00	10.712,00
Summe Aktiva	2.510.013,99	2.569.520,73
Gezeichnetes Kapital	1.351.372,74	1.166.955,60
Rückstellungen	35.351,00	26.563,00
Verbindlichkeiten	1.123.290,25	1.376.002,13
Summe Passiva	2.510.013,99	2.569.520,73

Gewinn- und Verlustrechnung der letzten zwei Geschäftsjahre

	2021	2020
	in €	in €
Umsatzerlöse	5.173.340	5.317.365
Sonstige betriebliche Erträge	6.387	0
Materialaufwand	4.528.844	4.697.426
Abschreibungen	248.131	248.131
Sonstige betriebliche Aufwendungen	153.095	150.878
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	436	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	25.013	50.484
Ergebnis vor Steuern	218.693	170.443
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	24.276	25.488
Ergebnis nach Steuern	184.417	144.955
Jahresüberschuss	184.417	144.955



Jahresergebnis

Die Gesellschafterversammlung hat am 06.10.2022 den Jahresüberschuss für das Geschäftsjahr 2021 in Höhe von 184.417,14 € festgestellt. Dieser wird den Gesellschafterdarlehenskonto gutgeschrieben.

Kapitalentwicklung

Das Eigenkapital steigt um rund T€ 184 durch den höheren Jahresüberschuss sowie den Jahresüberschuss des Jahres 2020, der aufgrund des im Jahr 2021 noch nicht erfolgten Verwendungsbeschlusses im Gewinnvortrag erfasst wird. Die Eigenkapitalquote steigt durch das höhere Eigenkapital um 8,4 %-Punkte auf 53,8 % der Bilanzsumme.

Chancen und Risiken

Aus der Analyse der derzeit erkennbaren Einzelrisiken sind auch vor dem Hintergrund der aktuellen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen keine Anhaltspunkte ersichtlich, die - für sich genommen oder in Kombination mit anderen Risiken - den Fortbestand des BGP 2 im Berichtszeitraum und darüber hinaus ernsthaft gefährdet haben bzw. gefährden könnten. Einzelrisiken wie geopolitische Krisen, Wegfall der VNE, kurzfristige Anlagenstillstände aufgrund einer temporären Havarie oder im Rahmen der Corona-Pandemie, können jedoch nicht ausgeschlossen werden, zumal die Anlagen mit höherer Lebensdauer einen höheren Instandhaltungsbedarf haben werden.

Massive Verunsicherung herrscht hinsichtlich der Entwicklung der gesamt- aber auch der versorgungswirtschaftlichen Lage nach dem russischen Angriff auf die Ukraine seit Ende Februar. Zahlreiche Staaten wie die USA, die EU-Länder und Großbritannien haben Wirtschaftssanktionen gegen Russland verhängt. Angesichts der Unsicherheiten über den Fortgang der Rohstofflieferungen von Russland nach Europa sind die Notierungen im Gas- und Stromhandel stark angestiegen. Die Bundesregierung arbeitet an Maßnahmen, um die Abhängigkeit von russischen Öl- und Gasimporten zu verringern. Parallel dazu wurde die Notfallstufe des Notfallplans Gas ausgerufen, um sich auf eine mögliche Verschlechterung der Gasversorgung vorzubereiten. Bei der Aufstellung des Lageberichts sind der Fortgang des Ukraine-Konflikts und damit verbundene Folgen noch nicht absehbar. Welche Auswirkungen ein Abbruch der Lieferbeziehungen von russischen Unternehmen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben werden ist nicht abzuschätzen. Festzustellen ist, dass das Risiko der Preisänderung bei Energie besteht- auf den Energiemärkten Strom und insbesondere Erdgas haben die aktuellen Krisen – Corona und Ukraine – für einen starken Preisanstieg gesorgt. Die Marktlage ist weiterhin auf hohem Preisniveau. Die schwer abzuschätzenden Folgen des Ukraine-Konflikts können noch nicht prognostiziert werden. Der weitere Kriegsverlauf, die Sanktionen gegen Russland und ihre Rückwirkungen auf die Energieversorgung können erhebliche Auswirkungen auf den Geschäftsverlauf haben. Prognosen zur konjunkturellen Entwicklung sind seit der Eskalation des Ukraine-Konflikts mit großen Unsicherheiten verbunden. Die verfügbaren Schätzungen stammen noch aus der Zeit vor Ausbruch des Krieges. Die Auswirkungen eines Abbruchs der Lieferbeziehungen von russischen Unternehmen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage können nicht abgeschätzt werden.

Ein Risiko im Anlagenbetrieb besteht zudem durch die Preisstellung der für die Gesellschaft tätigen Dienstleistungsunternehmen und die mögliche Unterbrechung von Lieferketten in Folge der Corona



Pandemie. Diese Situation kann zu erhöhten Instandhaltungskosten sowie verminderter Ersatzteilverfügbarkeit führen. Um die Kostenrisiken und Bewirtschaftungsrisiken zu begrenzen sollte zukünftig eine organisatorische Trennung der Service Dienstleister und der mit der technischen/kaufmännischen Betriebsführung beauftragten Unternehmen umgesetzt werden

Die Voraussetzungen, dass die zwei bestehenden Anlagen eine konstante Leistung in 2022 produzieren, sind gegeben. Gemäß Wirtschaftsplan wird für das Geschäftsjahr 2022 mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 11 T€ auf Basis eines im Dezember 2021 verabschiedeten Wirtschaftsplans gerechnet. Bei der geplanten Umstellung der Produktion von Biomethan, das auf Basis von nachwachsenden Rohstoffen produziert und den BHKW Betrieb vorgesehen ist, auf die Prudktion von Biome than, das auf Basis von landwirtschaftlichen Reststoffen wie Gülle und Mist, erwartet die Geschäftsführung durch die deutlich margenträchtigeren Vermarktung im Marktsegment „Erneuerbare Kraftstoffe“ ein wesentlich höheres Ergebnis. Allerdings setzt dies voraus, dass den Gesellschaftern für Ihre Verwendung in BHKW ein alternatives Biomethan bereitgestellt werden kann. Hier sind die Einkaufsmöglichkeiten bedingt durch den Ukraine Krieg sehr eingeschränkt.

Unna, 26. August 2022

gez. Dr. Helmut Kern

Geschäftsführer



7 Unmittelbare Beteiligungen auf Kreisebene

Die Kreisstadt Unna ist zusammen mit anderen Städten und Gemeinden aus dem Kreis Unna an folgenden Gesellschaften beteiligt:

- Unnaer Kreis-Bau- und Siedlungsgesellschaft mbH
- Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH
- Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna mbH
- Sparkassenzweckverband des Kreises Unna, der Kreisstadt Unna, der Stadt Kamen, der Stadt Fröndenberg und der Gemeinde Holzwickede
- Sparkasse UnnaKamen





Unnaer Kreis-Bau- und Siedlungsgesellschaften mbH



7.1 Unnaer Kreis-Bau- und Siedlungsgesellschaft mbH

Anschrift	Kontakt	Gründung
Friedrich-Ebert-Straße 32 59425 Unna	Telefon: 02303 2827-0 Fax: 02303 2827-99 E-Mail: info@ukbs.de Internet: www.ukbs.de	Gründung am: 19.08.1939 Letzte Änderung des Gesellschafts- vertrages am: 02.09.2020

Öffentlicher Zweck/Beteiligungsziel

Die Gesellschaft errichtet und bewirtschaftet Wohnungen im eigenen Namen. Sie kann zur Ergänzung der wohnlichen Versorgung ihrer Mieter Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Räume für Gewerbebetriebe bereitstellen. Daneben kann sie die Errichtung von Wohnungsbauten betreuen und fremde Wohnungen bewirtschaften. Außerdem kann die Gesellschaft alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaues und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen.

Gesellschafter	Anteile am Stammkapital in	
	%	€
Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft - Kreis Unna mbH (ab 01.01.2021)	40,8	1.061.850,00
Kreisstadt Unna	14,7	381.150,00
<i>Stadt Bergkamen bis</i>	14,0	364.000,00
Stadt Kamen	11,0	286.000,00
Stadt Hamm	6,6	171.600,00
Stadt Fröndenberg	4,9	127.400,00
Gemeinde Bönen	3,0	78.000,00
Stadt Selm	3,0	78.000,00
Gemeinde Holzwickede	2,0	52.000,00
Gesamt:	100,0	

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführer
Aufsichtsrat
Gesellschafterversammlung

Geschäftsführung

Matthias Fischer



Vergütung der Geschäftsführung

Gemäß Punkt 3.3.4 des Public Corporate Governance Kodexes der Kreisstadt Unna ist die Vergütung bzw. sind die Bezüge der Mitglieder der Geschäftsführung im Beteiligungsbericht aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten und Sachleistungen auszuweisen.

Sachbezüge	Erfolgsabhängige Bezüge	Erfolgsunabhängige Bezüge	Gesamtbezüge
0,00 €	0,00 €	202.000,00 €	202.000,00 €

Die erfolgsunabhängigen Brutto-Gesamtbezüge einschl. Sachbezüge, bemessen mit dem geldwerten Vorteil (Dienstwagen und Jobrad), betragen im Geschäftsjahr 202 T€. Davon betreffen 18 T€ das Vorjahr und 18 T€ Beiträge zu einer Unterstützungskasse.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus 17 Mitgliedern bis zum 21.01.2021 und aus 18 Mitgliedern ab 22.01.2021. Folgende Mitglieder waren für die Kreisstadt Unna im Aufsichtsrat vertreten:

Bis zum 22.09.2021:

Lfd. Nr.	Fraktion	Ordentliches Mitglied	Stellvertretendes Mitglied
1.	GRÜNE	RM Kossak, Ronja	RM Wieczorek, Beatrix
2.		BM Wigant, Dirk	Erster BG Toschläger, Jens

Ab dem 23.09.2021:

1.	GRÜNE	RM Kossak, Ronja	RM Wieczorek, Beatrix
		Erster BG Toschläger, Jens (Verw.)	BM Wigant, Dirk

Vergütung des Aufsichtsrates

Gemäß Punkt 2.7.2 des Public Corporate Governance Kodexes der Kreisstadt Unna sind die Gesamtbezüge des Aufsichtsrates und die Vergütungssätze der von der Kreisstadt Unna entsandten Aufsichtsratsmitglieder individualisiert im Beteiligungsbericht auszuweisen.

Der Jahresabschluss 2021 der UKBS weist für die Tätigkeiten der Aufsichtsratsmitglieder Gesamtbezüge in Höhe von 58.400,00 € (Vorjahr: 51.100,00 €) aus. Davon entfallen auf die Vertreter der Kreisstadt Unna folgende Beträge:

BM a. D. Kolter, Werner (bis 21.01.2021)	100,00 €
BM Wigant, Dirk (22.01.2021-22.09.2021)	1.360,00 €
1. BG Toschläger, Jens (ab 23.09.2021)	1.020,00 €

Gesellschafterversammlung

Folgendes Mitglied war für die Kreisstadt Unna in der Gesellschafterversammlung vertreten:

Lfd. Nr.	Fraktion	Ordentliches Mitglied	Stellvertretendes Mitglied
1.	CDU	RM Rottinger, Franz	RM Nieders-Mollik, Ines Carola (GRÜNE)



Anzahl der Mitarbeiter (ohne Geschäftsführer)	2021	2020
Angestellte		
in Vollzeit	24	25
in Teilzeit	9	8
Auszubildende	3	3
Aushilfen	0	0
Gesamt	36	36

Bilanz der letzten zwei Geschäftsjahre

	2021	2020
	in €	in €
Aktiva:		
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	33.895	27.916
II. Sachanlagen	127.389.539	116.433.009
III. Finanzanlagen	4.160	4.160
Summe Anlagevermögen	127.427.594	116.465.085
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte	7.025.837	6.639.313
II. Forderungen	378.700	100.042
III. Kassenbestand	1.410.838	1.332.196
Summe Umlaufvermögen	8.815.375	8.071.552
Summe Aktiva	136.242.969	124.536.636
Passiva:		
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	2.600.000	2.600.000
II. Gewinnrücklage	24.171.741	23.857.773
III. Jahresüberschuss/	804.466	937.967
Summe Eigenkapital	27.576.207	27.395.741
B. Rückstellungen	265.559	328.395
C. Verbindlichkeiten	108.090.932	96.475.527
D. Rechnungsabgrenzungsposten	310.271	336.973
Summe Passiva	136.242.969	124.536.636



Gewinn- und Verlustrechnung der letzten zwei Geschäftsjahre

	2021	2020
	in €	in €
Umsatzerlöse	18.777.879	17.929.045
Erhöhung des Bestandes	379.454	58.778
Andere aktivierte Eigenleistungen	572.500	590.016
sonstige betriebliche Erträge	588.776	388.002
Aufwendungen f. Hausbewirtschaftung	-9.582.338	-8.649.870
Personalaufwand	-2.427.656	-2.280.540
Abschreibung	-3.812.060	-3.532.050
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.323.112	-1.125.237
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2.028	1.689
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.766.920	1.745.267
Steuern vom Einkommen und Ertrag	2.480	-123.635
Ergebnis nach Steuern	1.565.205	1.681.533
Sonstige Steuern	-760.739	-743.565
Jahresüberschuss/	804.466	937.967
Bilanzgewinn nach Einstellung in andere Gewinnrücklage	804.466	937.967

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung vom Aufsichtsrat nach Geschlecht

Gemäß §12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsrat der Unnaer- Kreis Bau -und Siedlungsgesellschaft gehören von den insgesamt 18 Mitgliedern 4 Frauen an (Frauenanteil: 22,22%).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent unterschritten.

Verwendung des Jahresergebnisses 2021

Die Gesellschafterversammlung hat den Jahresabschluss 2021 der UKBS am 24.05.2022 festgestellt und beschlossen, aus dem ausgewiesenen Bilanzgewinn eine Gewinnausschüttung in Höhe von 624.000 € (= 24% der Stammeinlage) vorzunehmen und den Restbetrag in Höhe von 314.000 € in die anderen Gewinnrücklagen einzustellen. Bezogen auf die Höhe der Stammeinlage hat die Kreisstadt Unna im Jahr 2021 einen Bruttobetrag von 91.476 € erhalten.



Lagebericht

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Allgemein Die gesamtwirtschaftliche Lage in Deutschland war auch im Jahr 2021 von der Corona-Pandemie geprägt. Gebremst durch die andauernde Pandemiesituation und zunehmende Liefer- und Materialengpässe konnte sich die deutsche Wirtschaft nach dem Einbruch im Jahr 2020 nur allmählich erholen. Nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes war das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahr 2021 um 2,7 % höher als 2020. Das reichte jedoch nicht, um den starken Rückgang im ersten Corona-Jahr aufzuholen.

Die Prognose des wirtschaftlichen Erholungsprozesses ist weiter mit Unsicherheiten behaftet. So bleibt der Impffortschritt hinter den Erwartungen zurück und die weltweiten Produktions- und Lieferschwierigkeiten haben sich noch nicht gelegt. Neu aufkommende Virusvarianten, wie derzeit die Omikron-Variante, stellen die Pandemiebekämpfung vor neue Herausforderungen. Auch die Produktions- und Lieferengpässe könnten länger anhalten und weiteren Aufwärtsdruck auf die Preise erzeugen.

Die Grundstücks- und Wohnungswirtschaft, die im Jahr 2021 rund 10,8 % der gesamten Bruttowertschöpfung erzeugte, konnte um 1 % zulegen, ähnlich stark wie im Vorkrisenjahr 2019. Lediglich im ersten Corona-Jahr 2020 war sie leicht um 0,5 % gesunken.

Die Bedeutung der Immobilienwirtschaft als Stabilitätsanker zeigt sich vor allem beim Vergleich mit dem Vorkrisenjahr 2019. Trotz der Zuwächse im Jahr 2021 und der Tatsache, dass vier Arbeitstage mehr zur Verfügung standen als im Jahr 2019, hat die Wirtschaftsleistung in den meisten Wirtschaftsbereichen noch nicht wieder das Vorkrisenniveau erreicht. Ausnahmen waren das Baugewerbe (+3,3 %), der Bereich Information und Kommunikation (+2,3 %) sowie die Grundstücks- und Wohnungswirtschaft (+0,6%), die sich in der Pandemie behaupten und ihre Wirtschaftsleistung im Vergleich zu 2019 messbar steigern konnten.

Die Bauinvestitionen legten im Jahr 2021 nach fünf Jahren mit teilweise deutlichen Zuwächsen nur noch um 0,5 % zu. Gründe hierfür sind – trotz hoher Nachfrage – voll ausgelastete Kapazitäten im Bau, bedingt durch fehlende Arbeitskräfte und Materialmangel als Folge von Lieferengpässen.

Zu Beginn des Jahres 2022 dürften die anhaltenden Lieferengpässe und die vierte Corona-Welle die deutsche Wirtschaft spürbar ausbremsen. Für das 1. Quartal deuten die meisten Indikatoren auf eine Abschwächung der konjunkturellen Dynamik in den kontaktintensiven Dienstleistungsbereichen hin. Erst im Sommerhalbjahr 2022 dürfte es zu einer kräftigen Erholung und einer Normalisierung der privaten Konsumausgaben kommen.



Die Inflationsrate in Deutschland – gemessen als Veränderung des Verbraucherpreisindex (VPI) zum Vorjahresmonat – erreichte im Dezember 2021 mit 5,3 % einen historischen Höchststand. Vor allem die Preise für Energieprodukte lagen mit 22,1 % deutlich über der Gesamtteuerung.

Die Preise für den Neubau von Wohngebäuden in Deutschland sind im November 2021 um 14,4 % gegenüber dem Vorjahresmonat angestiegen. Dies ist der höchste Anstieg der Baupreise seit August 1970 (+17,0 %). Zum anderen setzt die hohe Nachfrage nach Baumaterialien die Bauunternehmen unter einen erheblichen Preisdruck. Vor allem Holz, Stahl und Dämmstoffe sind teurer, da die weltweite Nachfrage nach Baustoffen mit Abflauen der Corona-Krise sprunghaft gestiegen ist. Diese Materialknappheit scheint sich nur langsam abzubauen, sodass weiterhin von einem hohen, wenn auch sinkenden, Preisdruck von der Materialseite auszugehen ist.

Derweil bleibt die Nachfrage nach Wohnraum hoch, die Zinsen verharren dank der sehr expansiv ausgerichteten Geldpolitik auf historisch niedrigem Niveau. Unter den jährlich benötigten 320.000 Neubauwohnungen werden rund 80.000 Wohnungen pro Jahr im sozialen Mietwohnungsbau und weitere 60.000 Wohnungen im preisgünstigen Marktsegment benötigt, insgesamt also 140.000 Mietwohnungen im bezahlbaren Segment.

Trotz der deutlich gestiegenen Bautätigkeit der letzten Jahre besteht das Delta zwischen Wohnungsbedarf und Bautätigkeit, insbesondere beim preisgünstigen Wohnungsbau, nach wie vor fort.

Wohnungs- Während es für die Bezieher mittlerer und höherer Einkommen nach Einschätzung der
markt im Wohnungsmarktakeure relativ unproblematisch ist, eine passende Wohnung in den
Kreis Unna Kommunen des Kreises Unna zu finden, so stellt sich die Situation für einkommensschwächere Haushalte sowie Haushalte, die auf eine barrierearme/-freie Ausstattung der Wohnung angewiesen sind (z.B. Ältere, Mobilitätseingeschränkte), anders dar. Für sie steht aktuell und perspektivisch nicht genug Wohnraum zur Verfügung.

Es ist davon auszugehen, dass der Bedarf an kleinen bzw. an barrierearmen/-freien Wohnungen im Zuge des demografischen Wandels wachsen wird.

Als ein wichtiges Instrument, nachhaltig für ausreichenden Wohnraum im Segment der preisgünstigen (Miet-)Wohnungen zu sorgen, wird der öffentlich geförderte Wohnungsbau bewertet. Nach Einschätzung der Kommunen reicht der Bestand an öffentlich geförderten Wohnungen jedoch aktuell nicht aus. Zudem wird auch ein Defizit beim Neubau geförderter Wohnungen gesehen.



Wohnungsverwaltung Die Vermietungssituation der UKBS hat sich gegenüber dem Vorjahr nicht verändert.

Die UKBS bewirtschaftete den eigenen Hausbesitz, der zum 31.12.2021

- 2.884 Wohnungen und
- 49 Büro- und sonstige Einheiten
- in insgesamt 414 Häusern
- 1 Parkhaus mit 81 Stellplätzen
- 456 Garagen

mit einer Gesamtwohn-/Nutzfläche von 209.344,95 m² umfasst.



	Anzahl Wohnungen
Bergkamen	440
Bönen	254
Fröndenberg	187
Hamm	284
Holzwickede	184
Kamen	360
Selm	56
Unna	1.119
Gesamt	2.884



Für die Mieter bestand auch 2021 ein günstiges Preis-/Leistungsverhältnis. Die Mieten lagen auch in 2021 überwiegend unterhalb der ortsüblichen Vergleichsmieten.

Im Berichtsjahr waren 217 Mieterwechsel (2020: 223 Mieterwechsel) zu verzeichnen. Dies entspricht einer Fluktuationsrate von 7,2 % (2020: 7,3 %).

Am Bilanzstichtag lag der Leerstand bei 46 Wohnungen (2020: 66 Wohnungen) mit einer Leerstandsquote in Höhe von 1,6 % (2020: 2,2 %). Der modernisierungs-/abrissbedingte Leerstand davon betrug 15 Wohnungen (2020: 30 Wohnungen).

Die durch vorübergehenden Leerstand entstandenen Kosten betragen 391,8 T€ (2020: 325,4 T€). Von den Kosten entfallen 88,9 T€ (2020: 72,9 T€) auf modernisierungs-/abrissbedingten Leerstand; die restlichen Kosten sind bedingt durch Mieterwechsel. In den Leerstandskosten sind 107,1 T€ (2020: 87,8 T€) Betriebskosten enthalten.

In den Erlösausfällen sind Forderungsausfälle in Höhe von 44,7 T€ (2020: 67,3 T€) enthalten. Diese Kosten für Abschreibungen und Wertberichtigungen resultieren im Wesentlichen daraus, dass viele Haushalte oft überschuldet sind, von Arbeitslosigkeit betroffen oder finanzielle Unterstützung durch das Jobcenter erhalten. Die Rückzahlung ist oft nur in kleinen Raten und über einen längeren Zeitraum möglich.

Die Verbesserung unseres Wohnungsbestandes in Qualität und Attraktivität wurde in erheblichem Maße fortgesetzt. Für die Modernisierungs-, Instandhaltungs- und Reparaturmaßnahmen wurden 4.403 T€ (2020: 3.640 T€) ausgegeben.

Für Modernisierung, geplante und ungeplante Instandhaltungsmaßnahmen wurden in 2021 in Relation zur Sollmiete rd. 34,1 % (Vorjahr: 30,2 %) verausgabt. Dies sind 21,11 € pro durchschnittliche m² Wohn- und Nutzfläche (Vorjahr: 17,71 € pro durchschnittliche m²).

Die Gesellschaft erzielte einen Jahresüberschuss in Höhe von 804,5 T€.



Investitionen

Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr 2021 Investitionen in Höhe von rd. 15 Mio. EUR getätigt.

Bergkamen

Der im 1. Quartal 2020 begonnene Neubau einer Kindertagesstätte in Bergkamen, Berliner Straße 40, wurde im Mai 2021 fertiggestellt und an den Nutzer übergeben.

Neubautätigkeit***Bönen***

Der Baubeginn zur Errichtung einer Kindertagesstätte auf einem Erbpachtgrundstück in Bönen, Geschwister-Scholl-Str. 1, erfolgte im 4. Quartal 2020. Die Fertigstellung ist geplant im 2. Quartal 2022.

Holzwickede

Der im 4. Quartal 2019 begonnene Neubau einer Kita in Holzwickede, Unnaer Straße 55, wurde im April 2021 fertiggestellt und an den Nutzer übergeben.

Kamen

Im November 2018 wurde ein 5.405 m² großes Grundstück in Kamen, Wilhelm-Bläser-Str. 2, erworben. Der Baubeginn erfolgte im 2. Quartal 2020. Es entsteht ein Wohngebäude mit 30 WE sowie einer Tiefgarage. Die Fertigstellung ist im 3. Quartal 2022 geplant.

Im November 2020 wurde ein 1.168 m² großes Grundstück in Kamen, Kalt-hof/An der Koppel, erworben. Der Baubeginn erfolgte im 3. Quartal 2021. Es entsteht ein Mehrfamilienwohnhaus mit 11 Einheiten. Die Fertigstellung ist im 3. Quartal 2022 geplant.

Unna

Der im 4. Quartal 2019 begonnene Neubau einer Kindertagesstätte in Unna, Erlenweg 10, wurde im Februar 2021 fertiggestellt und an den Nutzer übergeben.

Der im 3. Quartal 2019 begonnene Neubau eines Wohngebäudes mit 8 WE in Unna, Vinckestraße 39 A, wurde im Januar 2021 fertiggestellt und an die Mieter übergeben. Der Baubeginn zur Errichtung einer Kita auf einem Erbpachtgrundstück in Unna, Döbelner Straße 1 J, erfolgte im 2. Quartal 2021. Die Fertigstellung ist geplant im 3. Quartal 2022.



Im April 2020 wurde ein 3.600 m² großes Grundstück in Unna, Döbelner Straße 1-1 H, erworben. Der Baubeginn erfolgte im 2. Quartal 2021. Es entstehen 9 Reihemietwohnhäuser. Die Fertigstellung ist im 1. Quartal 2023 geplant.

Im Juli 2014 wurde ein 5.889 m² großes Grundstück in Unna, Heinrichstraße 5-15, erworben. Der Baubeginn erfolgte im 4. Quartal 2021. Es entstehen 5 Mehrfamilienwohnhäuser. Die Fertigstellung ist im 1. Quartal 2024 geplant.

Selm

Im August 2014 wurde ein 2.656 m² großes Grundstück in Selm, Schulstraße 4 A-D, erworben. Der Baubeginn erfolgte im 2. Quartal 2021. Es entstehen 4 Mehrfamilienwohnhäuser und eine Tiefgarage. Die Fertigstellung ist geplant im 2. Quartal 2023. In Bauvorbereitung befinden sich: Neubauten von Bestandsobjekten in Bergkamen, Kamen und Unna (teilw. nach Abriss) sowie Maßnahmen zur Erreichung der Klimaziele 2045 in Unna.

Finanzierung

Die Neubautätigkeit wird branchenüblich mit Eigenkapital, Fremdkapital und Fördermitteln finanziert.

Das Modernisierungs- und Instandhaltungsprogramm konnte mit eigenen Mitteln durchgeführt werden.



Finanzielle Leistungsindikatoren

Kennzahlen	in	2021	2020	2019
Gesamtkapitalrentabilität	%	1,9	2,3	4,1
Eigenkapitalrentabilität	%	2,9	3,9	11,3
Eigenkapitalquote	%	20,2	22,0	23,5
Fremdkapitalquote	%	72,4	71,4	69,5
Cashflow	T€	4.586	4.338	6.430
Jahresüberschuss	T€	804,5	938,0	2.901,4
Sollmiete	€/m ² /mtl.	5,18	4,89	4,92
Modernisierung und Instandhaltung	€/m ²	21,11	17,71	18,90
Erlösschmälerungen Sollmiete	%	2,2	2,0	1,5
Fluktuationsquote	%	7,2	7,3	7,1
Leerstandsquote am Bilanzstichtag	%	1,6	2,2	2,2
- davon mod.-/abrissbed.Leerstand	%	0,5	1,0	0,8

Der Cashflow des Jahres 2019 beinhaltet Gewinn aus Anlagenabgängen in Höhe von 1.984 T€.



Darstellung der Lage

Ertragslage

Im Geschäftsjahr wird ein Jahresüberschuss von 804,5 T€ (2020: 938,0 T€) ausgewiesen. Dieser wurde im Wesentlichen durch das Ergebnis der Hausbewirtschaftung erzielt. Die Abweichung zu der Prognose aus dem Vorjahr (906 T€) ist bedingt durch die zeitliche Verzögerung von Versicherungserstattungen.

GuV-Analyse	2021 T€	%	2020 T€	%	Veränderung T€
Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung (einschl. Bestandsveränderungen)	19.311	95,8	18.159	95,2	1.152
Andere aktivierte Eigenleistungen	573	2,8	590	3,1	-17
Gesamtleistung	19.884	98,6	18.749	98,3	1.135
Andere betriebliche Erträge	279	1,4	322	1,7	-43
Betriebsleistung	20.163	100,0	19.071	100,0	1.092
Aufwendungen für Hausbewirtschaftung	9.582	47,5	8.650	45,4	932
Personalaufwand	2.428	12,0	2.281	12,0	147
Abschreibungen	3.790	18,8	3.532	18,5	258
Andere betriebliche Aufwendungen	1.157	5,7	978	5,1	179
Zinsaufwand	1.764	8,7	1.741	9,1	23
Sonstige Steuern	760	3,8	744	3,9	16
Aufwendungen für die Betriebsleistung	19.481	96,5	17.926	94,0	1.555
Betriebsergebnis	682	3,5	1.145	6,0	-463
Beteiligungs- und Finanzergebnis	-2		-2		0
Neutrales Ergebnis	122		-81		203
Ergebnis vor Ertragsteuern	802		1.062		-260
Steuern vom Einkommen und Ertrag	2		-124		126
Jahresüberschuss	804		938		-134

Der Anstieg der Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung basiert neben der Erstvermietung neuer Objekte vorrangig auf Mieterhöhungen.

Die Erhöhung der Aufwendungen für Hausbewirtschaftung betrifft maßgeblich die Betriebskosten (+357 T€) und den Instandhaltungsaufwand (+557 T€).

Der Anstieg der Abschreibungen betrifft vornehmlich den Bereich der Geschäftsbauten und ist durch den Neubau von Kindertagesstätten verursacht.

Das neutrale Ergebnis wurde im aktuellen Geschäftsjahr durch Gewinne aus Anlagenabgängen (226 T€) positiv beeinflusst.



Vermögens- und Finanzlage

Strukturbilanz	2021 T€	%	2020 T€	%	Veränderung T€
Vermögensstruktur					
Anlagevermögen					
Immaterielle Vermögensgegenstände	34	0,0	28	0,0	6
Sachanlagen	127.389	93,5	116.433	93,5	10.956
Finanzanlagen	4	0,0	4	0,0	0
	127.427	93,5	116.465	93,5	10.962
Umlaufvermögen					
<i>kurzfristig</i>					
Unfertige Leistungen und Vorräte	7.020	5,2	6.633	5,3	387
Flüssige Mittel	370	0,3	507	0,5	-137
Bausparguthaben	1.041	0,7	825	0,6	216
übrige Aktiva	385	0,3	107	0,1	278
	8.816	6,5	8.072	6,5	744
Gesamtvermögen	136.243	100,0	124.537	100,0	11.706
Kapitalstruktur					
Eigenkapital					
<i>langfristig</i>					
Stammkapital/Geschäftsguthaben	2.600	1,9	2.600	2,1	0
Kapitalrücklage	24.172	17,7	23.857	19,1	315
Jahresergebnis/Ergebnisrücklagen	804	0,6	938	0,8	-134
	27.576	20,2	27.395	22,0	181
Fremdkapital/Rückstellungen/ Verbindlichkeiten					
<i>langfristig</i>					
Rückstellungen	171	0,1	174	0,1	-3
Verbindlichkeiten	98.628	72,4	88.775	71,4	9.853
Rechnungsabgrenzungsposten	310	0,3	337	0,2	-27
	99.109	72,8	89.286	71,7	9.823
<i>kurzfristig</i>					
Rückstellungen	94	0,1	154	0,1	-60
Erhaltene Anzahlungen	6.836	5,0	6.610	5,3	226
übrige Verbindlichkeiten	2.628	1,9	1.092	0,9	1.536
	9.558	7,0	7.856	6,3	1.702
Gesamtkapital	136.243	100,0	124.537	100,0	11.706



Die Bilanzsumme beträgt am 31.12.2021 136,2 Mio. € (2020: 124,5 Mio. €)

Der Anteil des Anlagevermögens am Gesamtvermögen beträgt 93,5 % (2020: 93,5 %).

Die Eigenkapitalquote beträgt 20,2 % (2020: 22,0 %).

Den Vermögenswerten des Anlagevermögens in Höhe von 127,4 Mio. € (2020: 116,5 Mio. €) standen langfristige Deckungsmittel aus Eigen- und Fremdkapital in Höhe von 127,5 Mio. € (2020: 116,7 Mio. €) gegenüber.

Zum Stichtag besteht eine kurzfristige Unterdeckung in Höhe von 742 T€.

Der eingeräumte Kontokorrentkredit wird ggf. nur bei hohen Liquiditätsabflüssen auf Grund der intensiven Neubautätigkeit in Anspruch genommen.

Zum Stichtag waren noch 157 T€ frei verfügbar. Der Rahmen soll im neuen Geschäftsjahr um 2 Mio. EUR erhöht werden.

Zur weiteren Absicherung werden neben Kapitalmarktdarlehen und Eigenmitteln auch Finanzierungsmittel eines Gesellschafters zur Verfügung stehen.

Die Zahlungsfähigkeit war im Geschäftsjahr 2021 gegeben.

Zweckerreichung

Mit der umfangreichen Neubau- und Investitionstätigkeit im Wohnungsbestand hat die UKBS der im Gesellschaftsvertrag festgelegten Zielsetzung „die Errichtung und Bewirtschaftung von Wohnungen in allen Rechts- und Nutzungsformen“ auch im Jahr 2021 entsprochen.

Risiko- und Chancenbericht

Risiken der künftigen Entwicklung

Risikomanagementsystem und Compliance

Das eingerichtete Risikomanagementsystem ist darauf ausgerichtet, die dauerhafte Zahlungsfähigkeit sicherzustellen und das Eigenkapital zu stärken. Dazu werden in verschiedenen Beobachtungsbereichen Risikoindikatoren, die zu einer Störung der Vollvermietung oder zu Mietminderungen führen könnten, ermittelt und bewertet.

Zum internen Kontrollsystem der Gesellschaft gehören auch Regelungen zur Compliance. Neben den geltenden gesetzlichen Bestimmungen sind unternehmensinterne Richtlinien und Anweisungen Bestandteil des



Compliance Management Systems, das regelmäßig überprüft und aktualisiert wird.

Die Aktualisierung und Weiterentwicklung des Risikomanagements und des Compliance Systems ist eine laufende, mit hoher Priorität verfolgte Managementaufgabe.

Risikoanalyse

Wie bereits in den vergangenen Jahren wirkten sich die Fluktuation und die Veränderung der Bevölkerungsstruktur nicht spürbar auf die von der Gesellschaft bewirtschafteten Quartiere bzw. Stadtgebiete aus. Die im Vergleich mit dem Branchendurchschnitt geringen Quoten für Fluktuation und Leerstand belegen die stabilen städtebaulichen und sozialen Entwicklungen dieser Gebiete. Die ebenso wirtschaftliche wie faire Mietpreisgestaltung trägt zu geringen Risiken für Leerstand und Fluktuation in den nächsten Jahren bei.

Bei Neuvermietungen von Wohnungen erfolgt eine standardisierte Bonitätsprüfung potenzieller Mieter. Durch die aktive Betreuung des Portfolios bis hin zu nachhaltiger Bestandsmieterpflege sichert die Gesellschaft langfristige Mietverhältnisse. Zudem sichert das Forderungsmanagement die kontinuierlichen Zahlungseingänge und kann zeitnah möglichen Versäumnisausfällen entgegenwirken. Das Risiko von Mietausfällen ist in Einzelfällen vorhanden, in seiner Gesamtheit ist es jedoch als gering zu erachten. Insgesamt zeichnen sich derzeit keine Vermietungsrisiken ab.

Die Entwicklung sozialer Brennpunkte bzw. eine negative Veränderung des sozialen Wohnumfelds wird von der Gesellschaft beobachtet. Da es jedoch auch in der unmittelbaren Nachbarschaft Bestände gibt, welche von den Eigentümern vernachlässigt werden, ist auch in Zukunft ein Ziel der Gesellschaft, an der Festigung von Strukturen in den Quartieren zu arbeiten. Die Gesellschaft wird diese Prozesse weiterhin verfolgen, um frühzeitig und angemessen reagieren zu können. Darüber hinaus wird weiterhin mit den Gesellschafter-Kommunen und mit Hilfe gezielter Förderungsmaßnahmen die Stabilität der sozialen Struktur im Bestand gestärkt.

Bei den langfristigen Fremdmitteln handelt es sich überwiegend um langfristige, zinsgünstige öffentliche Mittel, die dinglich gesichert sind. Ein Zinsänderungsrisiko besteht im Wesentlichen im Hinblick auf zukünftige Refinanzierungen auslaufender Kredite. Die Gesellschaft nutzt das derzeitige Marktumfeld, um sich durch Refinanzierungen von langfristigen Krediten zu günstigen Konditionen vor diesem Risiko abzusichern. Dies geschieht in Form langfristiger Festzinssatzkredite, um Zinsänderungsrisiken zu minimieren. Insgesamt hält sich das Zinsänderungsrisiko aufgrund steigender Tilgungsanteile in beschränktem Rahmen. Ausfallrisiken sind nicht zu



verzeichnen. Darüber hinaus wird die Zinsentwicklung durch das Risikomanagementsystem fortlaufend beobachtet und überprüft.

Wesentlichen Risiken aus Zahlungsstromschwankungen und Liquiditätsrisiken ist die Gesellschaft aufgrund regelmäßiger Mieteinzahlungen nicht ausgesetzt. Die Mieterträge sind durch die Nutzungs- und Mietverträge gesichert, Preisänderungsrisiken bestehen auf Grund des bestehenden Abstands zum ortsüblichen Mietpreisniveau nicht. Das aktuelle Mietniveau bietet kurz- und mittelfristig Mieterhöhungsmöglichkeiten.

Angesichts des Bedarfes an Neubauwohnungen im Kreis Unna und in der Stadt Hamm und der positiven öffentlichen Resonanz auf Neubauvorhaben wird auch das Risiko aus freigezogenen bzw. neu zu vermietenden Wohnungen als gering bewertet.

Die Neubautätigkeit wird gefährdet durch den starken Anstieg der Baukosten, der hohen Auslastung von Bauunternehmen, die Lieferschwierigkeiten von Baustoffen und Technik.

Durch die Aufgabe, den Wohnungsbestand bis 2045 klimaneutral zu sanieren, entsteht eine große finanzielle, personelle und organisatorische Herausforderung für das Unternehmen. Voraussichtlich werden dafür andere Maßnahmen, wie z.B. barrierearme Umbauten, zurückgestellt werden müssen.

Chancen der künftigen Entwicklung

Der Wohnungsbestand wird seit vielen Jahren kontinuierlich und in großem Umfang den sich ändernden Marktgegebenheiten und -entwicklungen entsprechend nachfragegerecht angepasst und verbessert.

Die demografische Entwicklung mit der entsprechenden Nachfrage nach seniorengerechten Wohnungen – mit und ohne Serviceleistungen – wird bereits seit vielen Jahren angemessen in der Geschäftspolitik berücksichtigt. Dies betrifft sowohl die Herstellung barrierearmer und -freier Wohnungen, als auch den altersgerechten Umbau von Bestandswohnungen in unbewohntem und bewohntem Zustand. Damit kann einerseits altersbedingte Fluktuation vermindert, andererseits die steigende Nachfrage bedient werden.

Die angebotenen, wohnbegleitenden Dienstleistungen und Beratungsangebote werden auch in den kommenden Jahren die Lebensqualität in den Quartieren weiter erhöhen und ausgewogene Nachbarschaftsstrukturen unterstützen. Die Gesellschaft plant weiterhin eine bedarfsgerechte Weiterentwicklung solcher Angebote.



Finanzierungsmaßnahmen

Die bereits durchgeführte Modernisierung der IT-Systeme ermöglicht eine wesentliche Erweiterung des Angebots an digitalen Dienstleistungen für unsere Kunden, die in den nächsten Jahren ausgebaut werden sollen.

Für die klimaneutrale Sanierung des Wohnungsbestandes werden neben Eigenkapital auch Finanzierungsmittel, z.B. der KfW-Bank oder NRW Bank, in Anspruch genommen.

Forward-Darlehen zur Anschlussfinanzierung bestehen zum Bilanz-stichtag nicht.

Prognosebericht

Die Gesellschaft wird ihren Fokus auf die Umsetzung einer individuellen Klimastrategie ausrichten.

Als Basis dafür dienen die durchgeführte und stetig fortgeschriebene Portfolioanalyse und das daraus resultierende Investitionsprogramm der kommenden Jahre. Mit diesen zielgerichteten Investitionen wird frühzeitig bedarfsgerechter Wohnraum für die Nachfragegruppen der Zukunft geschaffen. Somit baut die Gesellschaft ihre gute Position im Wettbewerb langfristig aus, zumal auf sozialverträgliche und angemessene Mieten geachtet wird.

Inwiefern die Umsetzung der Klimastrategie die Ertragslage nachhaltig beeinflusst, werden weitere detailliertere Planungen der notwendigen Maßnahmen zeigen.

Neben der zukunftsorientierten Entwicklung bestehender Objekte werden auch Neubaumaßnahmen durchgeführt. Diese orientieren sich ebenfalls an den Klimaschutzvorgaben, gegenwärtigen und zukünftigen Wohnansprüchen sowie der Nachfrage. Entsprechende Konzepte wurden entwickelt und werden in den nächsten Jahren umgesetzt.

Die Gesellschaft wird also weiterhin eine hohe Reinvestitionsquote ausweisen.

Angesichts des prognostizierten Bedarfs an Wohnraum im Kreis Unna wird die Ertragslage durch die geplante Neubautätigkeit trotz der aktuell hohen Baukosten über die Nutzungsdauer der Objekte hinweg insgesamt positiv beeinflusst werden.



Die Geschäftsführung hat für das Geschäftsjahr 2022 einen Wirtschaftsplan aufgestellt, welcher – bei vorsichtigen betriebswirtschaftlichen Ansätzen – ein Ergebnis von ca. 919 T€ erwarten lässt.

Der geplante Jahresüberschuss für das Jahr 2022 setzt sich gemäß Wirtschaftsplan aus folgenden wesentlichen Posten zusammen:

Plan 2022

	EUR
Umsatzerlöse aus Mieten	19.409 T.
Instandhaltungsaufwendungen	3.300 T.
Abschreibungen	3.982 T.
Zinsaufwendungen	1.859 T.
Personalaufwand	2.575 T.

Unna, den 14.02.2022

gez. Matthias Fischer

Geschäftsführer

Unnaer Kreis-Bau- und Siedlungsgesellschaft mbH







Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH



7.2 Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH

Anschrift	Kontakt	Gründung
Lünener Str. 13 59174 Kamen	Telefon: 02307 209-0 Fax: 02307 209-35 E-Mail: info@vku-online.de Internet: www.vku-online.de	Gründung im Jahr: 1907 Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom: 24. April 2017

Öffentlicher Zweck/Beteiligungsziel

Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung und Verbesserung des öffentlichen Verkehrs im Sinne des § 107 Abs. 1 GO NRW im Kreis Unna sowie in angrenzenden Verkehrsgebieten, insbesondere durch Einrichtung und Betrieb von Linien- und Freistellungsverkehren (z.B. Bussen, Kleinbussen, Taxen), die Durchführung von Gelegenheitsverkehr mit Kraftfahrzeugen, ferner die Beteiligung an Unternehmungen, die diese Zwecke fördern.

Gesellschafter	Anteile am Stammkapital in	
	%	€
Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft Kreis Unna mbH	50,18	1.935.170,00
Stadt Lünen	16,39	632.050,00
Kreisstadt Unna	9,18	353.910,00
Stadt Kamen	8,07	311.320,00
Stadt Bergkamen	7,68	296.030,00
Stadt Werne	5,13	197.970,00
Gemeinde Bönen	1,38	53.220,00
Gemeinde Holzwickede	1,10	42.280,00
Stadt Selm	0,89	34.150,00
Gesamt	100,00	3.856.100,00

Beteiligungen der VKU	Anteile am Grundkapital in	
	%	€
Westfälische Verkehrsgesellschaft mbH	14,29	316.360,00
Tarifgemeinschaft Münsterland – Ruhr-Lippe GmbH	3,57	1.000,00
Aus Wesentlichkeitsgründen wird auf die Darstellung der einzelnen Tochtergesellschaften der Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH verzichtet.		

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung
Aufsichtsrat
Gesellschafterversammlung

Geschäftsführung

Dipl.-Wirtsch.-Ing. (FH) André Pieperjohanns



Vergütung der Geschäftsführung

Gemäß Punkt 3.3.4 des Public Corporate Governance Kodexes der Kreisstadt Unna ist die Vergütung bzw. sind die Bezüge der Mitglieder der Geschäftsführung im Beteiligungsbericht aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten und Sachleistungen auszuweisen.

Sachbezüge	Erfolgsabhängige Bezüge	Erfolgsunabhängige Bezüge	Gesamtbezüge
10.833,00 €	25.000,00 €	182.372,96 €	218.205,96 €

Der Geschäftsführer erhält seine Bezüge von der Westfälischen Verkehrsgesellschaft mbH, welche die Geschäfte der Gesellschaft im Rahmen eines Geschäftsführungsvertrages führt. Zugunsten Herrn Pieperjohanns wurde im Geschäftsjahr ein Betrag von 12.000,00 € in eine Unterstützungskasse sowie ein Betrag von 1.752,00 € in eine Direktversicherung eingezahlt. Weitere Altersversorgungszusagen bestehen gegenüber Herrn Pieperjohanns nicht.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus 18 Mitgliedern. Folgendes Mitglied war für die Kreisstadt Unna im Aufsichtsrat vertreten:

Lfd. Nr.	Fraktion	Ordentliches Mitglied
1.	CDU	RM Niko Dahlhoff

Vergütung des Aufsichtsrates

Gemäß Punkt 2.7.2 des Public Corporate Governance Kodexes der Kreisstadt Unna sind die Gesamtbezüge des Aufsichtsrates und die Vergütungssätze der von der Kreisstadt Unna entsandten Aufsichtsratsmitglieder individualisiert im Beteiligungsbericht auszuweisen.

Der Jahresabschluss 2021 der Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH weist für die Tätigkeiten der Aufsichtsratsmitglieder Gesamtbezüge in Höhe von 5.731,80 € aus.

Davon entfällt auf den Vertreter der Kreisstadt Unna, auf Herrn Niko Dahlhoff, ein Betrag in Höhe von 365,60 €.

Gesellschafterversammlung

Folgende Mitglieder waren für die Kreisstadt Unna in der Gesellschafterversammlung vertreten:

Lfd. Nr.	Fraktion	Ordentliches Mitglied	Stellvertretendes Mitglied
1.	GRÜNE	RM Wülfing Werner	RM Hans-Martin Berg (CDU)
2.	Verwaltung	Erster BG Jens Toschläger	

Anzahl der Mitarbeiter (ohne Geschäftsführer)	2021	2020
Angestellte		
in Vollzeit	203	202
in Teilzeit	40	42
Auszubildende	9	6
Aushilfen	0	0
Gesamt	252	250



Bilanz der letzten zwei Geschäftsjahre

	2021	2020
	in €	in €
Aktiva:		
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	576.511,09	469.672,34
II. Sachanlagen	16.383.686,73	15.725.056,40
III. Finanzanlagen	331.032,23	329.526,95
Summe Anlagevermögen	17.291.230,05	16.524.255,69
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte	233.064,44	203.254,48
II. Forderungen	14.055.489,93	8.048.424,39
III. Kassenbestand	376.681,09	6.751.560,23
Summe Umlaufvermögen	14.665.235,46	15.003.239,10
C. Rechnungsabgrenzungsposten	962,51	3.173,79
Summe Aktiva	31.957.428,02	31.530.668,58
Passiva:		
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	3.856.100,00	3.856.100,00
II. Kapitalrücklage	792.496,21	792.496,21
Verlustvortrag	- 152.946,00	- 152.946,00
V. Jahresüberschuss	0,00	0,00
Summe Eigenkapital	4.495.650,21	4.495.650,21
B. Rückstellungen	2.466.895,48	3.913.324,39
C. Verbindlichkeiten	24.693.116,61	23.080.629,96
D. Rechnungsabgrenzungsposten	301.765,72	41.064,00
Summe Passiva	31.957.428,02	31.530.668,56



Gewinn- und Verlustrechnung der letzten zwei Geschäftsjahre

	2021	2020
	in €	in €
Umsatzerlöse	29.133.697,94	30.030.953,24
Sonstige betriebliche Erträge	5.935.141,30	3.824.985,86
Materialaufwand	-16.899.644,43	-16.306.986,39
Personalaufwand	-13.780.556,10	-13.630.665,81
Abschreibung auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-2.631.280,33	-2.306.566,79
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.622.954,39	-1.461.512,33
Erträge aus Beteiligungen	0,00	0,00
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	5.349,93	209,62
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-121.066,54	-131.639,51
Ergebnis nach Steuer	18.687,38	18.777,89
Sonstige Steuern	18.687,38	18.777,89
Jahresüberschuss	0,00	0,00

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Gesellschafterversammlung und Aufsichtsrat nach Geschlecht

Gemäß §12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsrat der Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH gehören von den gesamten 18 Mitgliedern 2 Frauen an (Frauenanteil: 11 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent unterschritten.

Refinanzierungsvereinbarung

Zwischen dem Kreis Unna und den weiteren Gesellschaftern besteht eine Refinanzierungsvereinbarung, wonach der jährliche Fehlbedarf der VKU über den Kreishaushalt abgewickelt wird. Vom Fehlbetrag werden, nach Abzug der individuellen Abrechnungen für z.B. Ortslinien-, Regional- oder Schülerverkehre, 50% von den beteiligten Gemeinden nach einem Betriebsleistungsschlüssel erstattet.

Der Kreis Unna hat mit Schreiben vom 21.06.2022 den Kommunen die Aufwandsersatzleistungen in Rechnung gestellt. Der Anteil der Kreisstadt Unna für das Geschäftsjahr 2021 beträgt 822.786,71 € (Vorjahr: 761.035,12 €).



Lagebericht

I. Grundlagen des Unternehmens

Öffentliche Zwecksetzung

Das Geschäftsmodell der Gesellschaft besteht in der Förderung und Verbesserung der Verkehrsverhältnisse im Kreis Unna sowie in angrenzenden Verkehrsgebieten. Sie erfüllt diesen Zweck durch die Einrichtung und den Betrieb von Linien- und Freistellungsverkehren im öffentlichen Personennahverkehr und die Durchführung von Gelegenheitsverkehren mit Omnibussen.

Die Versorgung mit Leistungen des öffentlichen Personennahverkehrs gehört zum Kernbereich kommunaler Daseinsvorsorge und damit übt die Gesellschaft die Tätigkeit im Interesse der Bevölkerung des Verkehrsgebietes aus.

Die Öffentliche Zwecksetzung wird durch diese Geschäftstätigkeit erfüllt.

Geschäftsmodell des Unternehmens

Die Betätigung im öffentlichen Personennahverkehr mit Omnibussen geschieht in enger Abstimmung mit den Städten und Gemeinden des Bedienungsgebiets sowie mit dem Kreis Unna, der gemäß § 3 Abs. 1 des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr in Nordrhein-Westfalen als Aufgabenträger Sorge für die Planung, Organisation und Ausgestaltung des öffentlichen Personennahverkehrs trägt.

Grundlage der Betriebs- und Geschäftsführung ist Betriebs- und Geschäftsführungsvertrag mit der Westfälische Verkehrsgesellschaft mbH, Münster (WVG).

Auf einer Linienlänge von rd. 2.000 km wird öffentlicher Linienverkehr gemäß § 42 und § 43 PBefG betrieben. Bei der Angebots- und Tarifgestaltung ist die Gesellschaft in die Verkehrsgemeinschaft Ruhr-Lippe integriert.

Die Leistungserbringung erfolgt in enger Kooperation mit rd. 25 regionalen privaten Omnibusunternehmen, die ca. 49,4 % (Vorjahr: 50,4 %) der Gesamtleistung im Auftrag der VKU erbringen.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die Wirtschaftsleistung, gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP), in Deutschland ist im Jahr 2021 um 2,7 % gestiegen. Damit lag sie weit über dem Niveau des Jahres 2020 mit einem Rückgang von 4,9 % (statistisches Bundesamt). Die Mitgliedsunternehmen des VDV spielen eine entscheidende Rolle bei der Lösung verkehrlicher Herausforderungen. Sie befördern jeden Tag 30 Millionen Fahrgäste in Deutschland mit Bus und Bahn und ersparen damit mehr als 20 Millionen Autofahrten. Pro Jahr transportieren die Güterbahnen in Deutschland rund 600 Millionen Tonnen Güter auf der Schiene. Das ersetzt etwa 77.000 vollbeladene Lkw am Tag. Jedes Jahr sparen Busse und Bahnen 15 Millionen Tonnen Kohlendioxid ein. (VDV, Daten & Fakten zum Personen- und Schienengüterverkehr).

Die VKU verzeichnete im Berichtsjahr gemäß Ertragsstatistik einen Rückgang der Fahrgastzahlen von rd. 8,8%. Die entsprechenden Erträge gingen um rd. 4,1% zurück.



Die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung stellt zwar einen Einflussfaktor für die Gesellschaft dar, weitaus bedeutender sind jedoch für die Entwicklung der VKU die branchenspezifischen Rahmenbedingungen im wettbewerblichen und rechtlichen Umfeld.

Ab 2021 gilt für den Kreis Unna die Direktvergabe von Linienverkehren gem. Art. 5 Abs. 2 VO (EG) NR 1370/2007 an die VKU als internen Betreiber. Mit dieser Direktvergabe wurde der notwendige finanzielle Ausgleich für die vergebenen Linienverkehre bis 2030 sichergestellt.

2. Geschäftsverlauf

Mindererlöse aufgrund der Pandemie, Ausgleichszahlungen aus dem Rettungsschirm, Tarifierpassungen für Mitarbeiterentgelte, Vergütungsanhebungen für eingekaufte Fahrleistungen sowie der Einnahmenausgleich prägen den Geschäftsverlauf im Berichtsjahr.

Linienverkehrserlöse gemäß Ertragsstatistik gingen gegenüber dem Vorjahr um 4,1% zurück. Ausgleichszahlungen aus dem Rettungsschirm und Nachzahlungen gemäß § 148 SGB für Vorjahre waren positive Einflussfaktoren im Berichtsjahr.

Die wirtschaftliche Entwicklung wird durch den unterjährig durchgeführten Plan-Ist-Vergleich überwacht.

Die VKU beschäftigte im Berichtsjahr durchschnittlich rd. 252 Mitarbeiter und 9 Auszubildende. Davon waren 40 Teilzeitbeschäftigte.

Als Mobilitätsdienstleister transportierte die VKU im Berichtsjahr rd. 12,1 Mio. Fahrgäste und leistet damit einen aktiven Beitrag zum Klima- und Umweltschutz. Weitere Projekte wie NimBus im Rahmen des Kreisentwicklungsprogramms oder die Einführung von eTickets und deren Onlinevertrieb seit August 2019 über die fahrtwind-App nach dem Westfalentarif, CarSharing als Kooperationspartner, Fahrradbuslinien im Freizeitverkehr, AzubiAbo-Westfalen und Echtzeitinformation auf Kunden-Smartphones sind lediglich einige Beispiele dafür, wie sehr sich die VKU an den Kunden, deren Mobilität und Umweltschutz orientiert.

Das Unternehmen hat die bereits abgeschlossene Sanierung der IT-Infrastruktur weiter optimiert. Mit der Einführung der E-Rechnung im Berichtsjahr wird in den Folgejahren die Harmonisierung der IT-Landschaft durch die Einführung eines ERP-Systems im Vertrieb sowie Fakturierung und mit dem Projekt Digitalisierung 2.0 fortgesetzt.

3. Lage

a) Ertragslage

Die Erträge im Linienverkehr gemäß Ertragsstatistik gingen um 4,1% zurück. Während diese im Jedermannverkehr um rd. 10,4% zurück gingen, stieg der Ausbildungsverkehr um rd. 4,8%.

Die Betriebsleistung betrug im Berichtsjahr rd. 8.070 Tsd. km und blieb damit nahezu auf dem Vorjahresniveau.

Bei den Kosten der Fahrleistungen wirkte sich der im Jahresvergleich gestiegene Aufwand für den Diesel und die Instandhaltung negativ aus. Weiterhin gab es höhere Kosten im Zuge der Digitalisierung, Tarifierhöhungen für Mitarbeiterentgelte, pandemiebedingte Ausgleichszahlungen sowie Vergütungsanhebungen für eingekaufte Fahrleistungen. Die VKU unternahm auch in diesem Berichtsjahr



wirksame Gegensteuerungsmaßnahmen (z. B. Fahr- und Dienstplanoptimierung, Einführung E-Rechnung), um die Gesamtkosten den wirtschaftlichen Erfordernissen anzupassen.

Im Berichtsjahr wird insgesamt ein Fehlbetrag von rd. 9,65 Mio. EUR vor Ausgleichsleistungen ausgewiesen. Die wirtschaftliche Entwicklung wird durch die unterjährig durchgeführten Quartalsberichte überwacht. Das Ergebnis des Berichtsjahres lag mit den Corona-Ausgleichszahlungen aus dem Rettungsschirm um rd. 120 TEUR niedriger als Planwert von 9,77 Mio. EUR (wesentlicher finanzieller Leistungsindikator).

b) Finanzlage

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft ist im Rahmen des zentralen Liquiditätsmanagements aufgrund der Rahmenvereinbarungen mit den angeschlossenen Unternehmen gesichert. Das von den Zinseffekten der langfristigen Finanzierung geprägte Finanzergebnis als Saldo von Zinserträgen und Zinsaufwendungen hat sich gegenüber dem Vorjahr leicht verbessert.

c) Vermögenslage

Die Bilanzsumme der VKU stieg im Geschäftsjahr im Vergleich zum Vorjahr um rd. 427 TEUR auf 31.957 TEUR.

Das Anlagevermögen stieg um 767 TEUR auf 17.291 TEUR. Der Anstieg ist hauptsächlich durch den Zugang von Omnibussen begründet.

Das Umlaufvermögen ging um rd. 338 TEUR auf 14.665 TEUR zurück. Während Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände um rd. 6.007 TEUR stiegen, ging das Bankguthaben um rd. 6.375 TEUR zurück.

Das Eigenkapital blieb mit einem Betrag von 4.496 TEUR unverändert. Das entspricht einer Eigenkapitalquote von 14,1 %.

Bei den Rückstellungen war ein Rückgang um rd. 1.446 TEUR auf 2.467 TEUR zu verzeichnen.

Die Verbindlichkeiten stiegen um rd. 1.612 TEUR auf 24.693 TEUR. Ursache hierfür waren im Wesentlichen höhere Lieferungen und Leistungen. Zu Beginn des Geschäftsjahres 2021 wurde ein Darlehen in Höhe von 2.500 TEUR ausgezahlt.

Das Anlagevermögen ist durch langfristiges Kapital finanziert.

4. Prognose, Chancen und Risiken

4.1 Prognose

Neben den bisher bekannten Rahmenbedingungen wie begrenzte Ertragssteigerungspotenziale, demografisch bedingter Schülerrückgang, noch nicht planbare Effekte aus dem Einnahmenausgleich sowie Kostensteigerungstendenzen in den Bereichen Energie und Personal stellt die sogenannte Corona-Pandemie seit März 2020 das Unternehmen vor neue Herausforderungen.

Der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV), Branchenverband für über 600 Unternehmen des öffentlichen Personen- und des Schienengüterverkehrs, begrüßt die Entscheidung des Bundes



und der Länder, zügige Beratungen über eine pandemiebedingte Fortsetzung des ÖPNV-Rettungsschirmes für 2022 zu beginnen. Der VDV-Präsident: „Diese Krise verlangt der Branche alles ab und wird in ihren Auswirkungen auch das Jahr 2022 beherrschen. Wie genau kann derzeit kaum jemand sagen. Gewissheit herrscht bislang nur über drei Dinge: Erstens, es gibt kein erhöhtes Ansteckungsrisiko in Bus und Bahn. Zweitens, die Branche fährt, obwohl die Fahrgastzahlen bei 75 bis 80 Prozent liegen, auf Wunsch der Politik weitestgehend ihr volles Angebot. Drittens: Der aktuelle ÖPNV-Rettungsschirm läuft Ende 2021 aus. Es ist deshalb ein gutes Zeichen, dass Bund und Länder kurzfristig über eine Anschlussregelung verhandeln wollen. Nur so können wir das volle Angebot auf Straße und Schiene bringen, das auch für das Einhalten eines gewissen Abstands wichtig ist.“

Während im Januar und Februar 2020 noch Fahrgast-Rekordmonate verzeichnet werden konnten, ging die durchschnittliche Fahrgastnachfrage im März und April 2020 infolge fehlender Fahrtanlässe, Homeoffice etc. auf bundesweit zehn bis 20 Prozent des Vorkrisenniveaus zurück. Bis zum Spätsommer 2020 hatten sich die Verkehrsunternehmen auf eine Marke von durchschnittlich rund 80 Prozent des Vorkrisenniveaus zurückgearbeitet. Diese Zahl ging nach den erneuten Beschränkungen zum Jahreswechsel 2020/21 wieder auf 50 Prozent zurück und näherte sich zuletzt der Marke von durchschnittlich 75 bis 80 Prozent wieder an. „Die Branche ist mehr denn je gefordert, die erneute Verlängerung der Covid-Krise zu meistern und gleichzeitig ihren Beitrag zu leisten, die Mobilitätswende vor Ort voranzutreiben, um die Klimaschutzziele bis 2030 für den Verkehrssektor zu erreichen. Hierzu benötigt sie aber die Unterstützung der Politik“, so Wortmann abschließend. (VDV Pressemitteilungen vom 19.11.2021).

Die Maßnahmen zur Eindämmung wirken sich damit naturgemäß auf die Einnahmenseite der Unternehmen aus. Zwar reagieren die Verkehrsunternehmen hierauf wiederum vielerorts mit einer Anpassung der Fahrpläne (z. B. durch Umstellung auf Ferien oder Wochenend-Fahrpläne) bis hin zur teilweisen Einstellung ganzer Linien bzw. Streckenabschnitte. Die Kostensenkungen durch Leistungsreduzierungen und -anpassungen können die Einnahmehausfälle jedoch nicht kompensieren, da ein Großteil der Kosten unverändert auf dem Niveau des normalen Regelbetriebes bleibt. Dies betrifft insbesondere die Personalkosten, den Kapitaldienst oder auch die Overhead-Kosten. Eine kurzfristige Senkung dieser Kosten, wie in Fällen von klassischen Leistungsabbestellungen, ist nicht oder nur sehr eingeschränkt möglich, da die nunmehr reduzierten Leistungen eben nicht dauerhaft abbestellt wurden, sondern spätestens mit Beendigung der Krise kurzfristig oder sukzessive wieder auf „Normalniveau“ erbracht und gewährleistet werden müssen.

Das Unternehmen plant für 2022 mit einem Defizit von rd. 9.671 TEUR vor Ausgleichsleistungen.

Mit der Direktvergabe ist der notwendige finanzielle Ausgleich für die vergebenen Linienverkehre bis 2030 jedoch sichergestellt. Danach leisten die Gesellschafter aus dem kommunalen Umfeld dem Unternehmen für die erbrachten Verkehrsleistungen Aufwendersersatz.

4.2 Chancen und Risiken

Durch die abgeschlossene Umsetzung der 2020 beschlossenen Direktvergabe ist die Grundlage für den Hauptzweck der VKU bis 2030 gesichert.

Das vorhandene zentrale Risiko- und Chancenmanagement der WVG-Unternehmensgruppe ermöglicht, Risiken der betrieblichen Tätigkeit systematisch zu identifizieren und erforderliche Gegensteuerungsmaßnahmen einzuleiten. Es ist ein wesentliches Steuerungsinstrument und integraler Bestandteil des internen Kontrollsystems, um im Umgang mit identifizierten Risiken innerhalb der Gruppe auch die Chancen zu erkennen und umzusetzen.



Die Risiken werden systematisch dokumentiert. Soweit erforderlich, wird für die aus den unterschiedlichen Bereichen stammenden Risiken durch Rückstellungen Vorsorge getragen. Für potenzielle Schadensfälle und Haftungsrisiken bestehen adäquate Versicherungsverträge, welche die finanziellen Auswirkungen von eintretenden Schäden in Grenzen halten oder ausschließen. Der Umfang dieser Versicherungen wird für die gesamte WVG-Gruppe laufend optimiert.

Die Risiko- und Chancenberichterstattung erfolgt jährlich an die Geschäftsführung und den Aufsichtsrat. Sie wird stets gemäß den aktuellen Anforderungen weiterentwickelt. Die Effizienz und Wirksamkeit des Systems werden regelmäßig durch die interne Revision überwacht.

Als strukturelles Problem aller ÖPNV-Unternehmen der Gruppe zeichnet sich die demografische Entwicklung im Bedienungsgebiet ab, die zu bedeutenden Verringerungen und Veränderungen der heutigen Schülerströme führen wird, mit möglicherweise deutlichen Auswirkungen auf das wichtige Geschäftsfeld „Ausbildungsverkehr“. Der sich abzeichnende Fachkräftemangel in vielen Geschäftsbereichen der WVG und der angeschlossenen ÖPNV-Unternehmen sowie die in den nächsten Jahren erfolgende Pensionierung zahlreicher Fach- und Führungskräfte stellen eine Herausforderung an die Aufrechterhaltung des ordentlichen Geschäftsbetriebs dar. Diese Herausforderung liegt insbesondere in der rechtzeitigen, angemessenen und wirtschaftlichen Neubesetzung sowie Einarbeitung von neuen Mitarbeitern und Schaffung adäquater Vertretungsstrukturen.

Der VDV bekräftigt in diesem Zusammenhang auch nochmals die Notwendigkeit einer auskömmlichen Finanzierung für die Angebote im Nahverkehr. Die dafür vom Bund und den Ländern bereitgestellten Mittel müssen noch in diesem Jahr, wie auch im Koalitionsvertrag vereinbart und in der Verkehrsministerkonferenz im Februar zwischen Bund und Ländern verabredet, erhöht werden. Nur so sind auch zusätzliche Angebote und Kapazitäten, die im Rahmen der Ticketaktion und der Mobilitätssicherung der Geflüchteten jetzt umgesetzt werden, auskömmlich finanzierbar. Auch den aktuell durch den Krieg in der Ukraine steigenden Energiekosten der Branche muss durch einen entsprechenden Finanzausgleich Rechnung getragen werden. (VDV Pressemitteilung vom 25.03.2022).

Die Geschäftsführung sieht sowohl in Summe als auch im Einzelnen keine bestandsgefährdenden Risiken. Die Liquidität der Gesellschaft ist im Rahmen des zentralen Finanzmanagements aufgrund der Rahmenvereinbarungen mit den angeschlossenen Verkehrsunternehmen gesichert. Diese wird durch eine rollierende kurzfristige monatliche Liquiditätsplanung stetig überwacht.

Wirtschaftliche Risiken aus der Planung, insbesondere für die Fahrgeldeinnahmen, bestehen darin, dass für die VKU auf Basis der Vorjahre und bekannter Entwicklungen Annahmen getroffen werden. Aufgrund unerwarteter Veränderungen bei den Fahrgastzahlen sind Abweichungen bei den künftigen Fahrgeldeinnahmen gegenüber den Erwartungen möglich. Insbesondere die im Wirtschaftsplan getroffenen Annahmen basieren z.T. auf vorläufigen Ergebnissen der Fremdnutzerzählungen und der Auswertung der Relationslisten für das Firmenabo sowie den Schulträgerkarten der Vorjahre, welche Unschärfen beinhalten könnten.

Kamen, den 24.05.2022

Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH

gez. Dipl.-Wirtsch.-Ing. (FH) André Pieperjohanns



WFG

Wirtschaftsförderung Kreis Unna

Wirtschaftsförderung Kreis Unna



7.3 Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna mbH

Anschrift:	Kontakt:	Gründung:
Kreishaus Unna Fr.-Ebert-Str. 19 59425 Unna	Telefon: 02303 27-1690 Fax: 02307 27-1490 E-Mail: post@wfg-kreis-unna.de Internet: www.wfg-kreis-unna.de	Gründung am: 21.07.1961 Letzte Änderung des Gesellschafts- vertrages am: 08.09.2020

Öffentlicher Zweck/Beteiligungsziel

Gegenstand des Unternehmens ist die Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Struktur des Kreises Unna durch Förderung der Wirtschaft, insbesondere durch Industrieansiedlung, Schaffung neuer Arbeitsplätze und Sanierung von Altlasten.

Zur Erreichung dieses Ziels werden grundsätzlich folgende Tätigkeiten schwerpunktmäßig verfolgt:

- Planen, Erschließen und Vermarkten von Gewerbe- und Industriegebieten
- Standortmarketing für den Kreis Unna
- Beschaffen und Verteilen von wirtschaftsrelevanten Informationen an die kreisangehörigen Kommunen und die Unternehmen
- Fördern von Existenzgründungen und der Entwicklung des Unternehmensbestands
- Wissens- und Technologietransfer in kleinen und mittleren Betrieben
- Fördern der beruflichen Bildung, Weiterbildung und Qualifizierung im Kreis Unna

Gesellschafter	Anteile am Stammkapital in	
	%	€
Kreis Unna	40,00	1.213.000,00
Stadt Bergkamen	7,37	223.600,00
Gemeinde Bönen	3,05	92.500,00
Stadt Fröndenberg	3,31	100.300,00
Gemeinde Holzwickede	3,80	115.100,00
Stadt Kamen	5,56	168.500,00
Stadt Lünen	13,78	418.000,00
Stadt Schwerte	7,23	219.300,00
Stadt Selm	3,65	110.800,00
Kreisstadt Unna	8,11	245.800,00
Stadt Werne	4,14	125.600,00
Gesamt	100,00	3.032.500,00

Beteiligungen der WFG	Anteile am Grundkapital in	
	%	€
LÜNTEC GmbH Lünen	24,00	122.710,05
Wirtschaftsförderungszentrum Lünen GmbH	16,00	8.320,00
Technopark und Wirtschaftsförderung Schwerte GmbH	14,25	228.000,00

Aus Wesentlichkeitsgründen wird auf die Darstellung der einzelnen Tochtergesellschaften der Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna mbH verzichtet.



Organe der Gesellschaft

Geschäftsführer
Aufsichtsrat
Gesellschafterversammlung

Geschäftsführung

Dr. Michael Dannebom

Vergütung der Geschäftsführung

Gemäß Punkt 3.3.4 des Public Corporate Governance Kodexes der Kreisstadt Unna ist die Vergütung bzw. sind die Bezüge der Mitglieder der Geschäftsführung im Beteiligungsbericht aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten und Sachleistungen auszuweisen.

Erfolgsabhängige Bezüge	Erfolgsunabhängige Bezüge	Gesamtbezüge
0,00 €	138.000,00 €	138.000,00 €

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus 15 Mitgliedern. Folgendes Mitglied für die Kreisstadt Unna im Aufsichtsrat vertreten:

Lfd. Nr.	Fraktion	Ordentliches Mitglied	Stellvertretendes Mitglied
1.	Verw.	BM Dirk Wigant	RM Ronja Kossack (GRÜNE)

Vergütung des Aufsichtsrates:

Gemäß Punkt 2.7.2 des Public Corporate Governance Kodexes der Kreisstadt Unna sind die Gesamtbezüge des Aufsichtsrates und die Vergütungssätze der von der Kreisstadt Unna entsandten Aufsichtsratsmitglieder individualisiert im Beteiligungsbericht auszuweisen.

Der Jahresabschluss 2021 weist für die Tätigkeiten der Aufsichtsratsmitglieder Gesamtbezüge in Höhe von 16.520,00 € aus. Davon entfällt auf den Vertreter der Kreisstadt Unna, Herrn Bürgermeister Dirk Wigant, ein Betrag in Höhe von 1.000,00 €.

Gesellschafterversammlung

Mit der konstituierenden Sitzung des Rates vom 30.11.2020 war folgendes Mitglied für die Kreisstadt Unna in der Gesellschafterversammlung vertreten:

Lfd. Nr.	Fraktion	Ordentliches Mitglied	Stellvertretendes Mitglied
1.	B'90/GRÜ	RM Nieders-Mollik, Ines-Carola	RM Meyer, Gerhard (CDU)

Anzahl der Mitarbeiter (ohne Geschäftsführer)	2021	2020
Angestellte		
in Vollzeit	20	22
in Teilzeit	5	5
Auszubildende	0	2
Aushilfen		0
Gesamt	25	29



Bilanz der letzten zwei Geschäftsjahre

	2021	2020
	in €	in €
Aktiva:		
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	20.659,32	34.394,61
II. Sachanlagen	2.598.550,32	2.704.538,61
III. Finanzanlagen	359.030,05	359.030,05
Summe Anlagevermögen	2.978.239,69	3.097.963,27
B. Umlaufvermögen		
I. Zum Verkauf bestimmte WFG Grundstücke	35.853.625,38	35.444.889,11
II. Treuehandgrundstücke	13.772.560,93	12.087.771,88
III. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2.986.005,98	3.472.588,82
IV. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	2.312.052,51	5.010.791,83
Summe Umlaufvermögen	54.924.244,80	56.016.041,64
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1.959,93	1.286,29
Summe Aktiva	57.904.444,42	59.115.291,20
Passiva:		
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	3.032.500,00	3.032.500,00
II. Kapitalrücklage	7.240.640,75	7.240.640,75
III. Gewinnrücklage	2.200.000,00	2.200.000,00
IV. Bilanzgewinn	218.598,10	169.475,62
Summe Eigenkapital	12.691.738,85	12.642.616,37
B. Ausgleichsposten zu Grundstücken und Beteiligungen	14.107.590,98	12.422.801,93
C. Rückstellungen	830.971,21	894.559,40
D. Verbindlichkeiten	30.254.543,38	33.151.610,50
E. Rechnungsabgrenzungsposten	19.600,00	3.703,00
Summe Passiva	57.904.444,42	59.115.291,20



Gewinn- und Verlustrechnung der letzten zwei Geschäftsjahre

	2021	2020
	in €	in €
Umsatzerlöse	1.640.717,33	2.890.354,66
Erhöhung des Bestands der Grundstücke	408.736,27	1.951.489,91
Sonstige betriebliche Erträge	752.267,57	792.253,86
Materialaufwand	-951.986,93	-3.753.355,13
Personalaufwand	-1.900.612,26	-1.914.362,82
Abschreibungen	-190.881,39	-248.103,67
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-558.978,64	-417.455,35
Erträge aus Beteiligungen	12.599,26	20.506,77
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.146,55	2.439,15
Abschreibung auf Finanzanlagen	0,00	-55.900,00
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-74.792,04	-97.586,33
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-16.009,96	-22.777,16
Ergebnis nach Steuern	-852.496,11	-852.496,11
Sonstige Steuern	-10.278,81	-10.278,84
Erträge aus Verlustübernahme	937.195,53	900.825,00
Jahresüberschuss	49.122,48	38.050,43

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Gesellschafterversammlung und Aufsichtsrat nach Geschlecht

Gemäß §12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsrat der Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna mbH gehören von den gesamten 15 Mitgliedern 4 Frauen an (Frauenanteil: 27 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent unterschritten.

Verwendung des Jahresergebnisses

Die Gesellschafterversammlung hat den Jahresabschluss 2021 am 18.05.2022 festgestellt und beschlossen, das Jahresergebnis auf neue Rechnung vorzutragen.



Lagebericht

A. Grundlagen der Gesellschaft

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Die WFG hat gemäß Gesellschaftsvertrag den Auftrag, die soziale und wirtschaftliche Struktur des Kreises Unna insbesondere durch Industrieansiedlungen, Schaffung neuer Arbeitsplätze und Sanierung von Altlasten zu verbessern. Aus diesem Auftrag entstand im Laufe der Zeit die folgende Vision, die die Arbeit der WFG bis heute prägt:

„Durch unsere Arbeit verbessern wir die Chancen und Perspektiven aller Menschen und Unternehmen im Kreis Unna und entwickeln diesen zu einem attraktiven und innovativen Wirtschaftsstandort.“

Im Rahmen des Ziel-Indikatoren-Systems der WFG wurden die Haupt- und Teilziele, Handlungsfelder und Indikatoren der Arbeit der WFG erarbeitet und vom Aufsichtsrat beschlossen. Die folgenden Hauptziele lauten:

- Stärkung der Wirtschaftsstruktur, der Wettbewerbsfähigkeit und des Wachstums der Unternehmen,
- Erhöhung der Qualität und Quantität des Erwerbspersonenpotenzials,
- Schaffung moderner Infrastruktur für Unternehmen,
- Stärkung der Position im Wettbewerb um Unternehmen und Fachkräften.

B. Wirtschaftsbericht

Die Ergebnisse der in den Zielen angesprochenen Indikatoren werden grundsätzlich durch die Arbeit der WFG positiv beeinflusst. Noch viel entscheidender sind jedoch, wie in den vergangenen Jahren auch, die volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen auf Bundes- und Landesebene sowie die Entwicklungen in den einzelnen Betrieben im Kreis Unna.

In diesem Geschäftsjahr stand ebenfalls wie in 2020 die Corona-Pandemie im Vordergrund. Die Ausbreitung des Corona-Virus (COVID-19) stellt mit ihren Mutationen nicht nur Deutschland, sondern die gesamte Welt vor eine bisher in diesem Maße nicht bekannte Herausforderung. Die in vielen Ländern beschlossenen Maßnahmen zur Eindämmung des Virus umfassten neben unmittelbaren medizinischen Entscheidungen insbesondere die Einschränkung der sozialen Kontakte („Kontaktsperre“) und der pandemiebedingten Betriebsabschottungen (Homeoffice). Dies hatte zur Folge, dass das gesamte öffentliche bzw. wirtschaftliche Leben erheblich in Mitleidenschaft gezogen wurde. Zum derzeitigen Zeitpunkt ist erkennbar, dass die eingeleiteten Maßnahmen nur noch bis Ende März 2022 in Kraft bleiben werden. Es bleibt abzuwarten, ob durch Infektionen und Quarantäne weitere gravierende Auswirkungen auf die Wirtschaftsleistung in Deutschland, für den Kreis Unna und die WFG nach sich ziehen werden.



Nun bleibt abzuwarten, welche Konsequenzen der Krieg in der Ukraine auf die ökonomischen Entwicklungen der Weltwirtschaft bis in den Kreis Unna hinein haben werden. Diese Risiken lösen die pandemischen der vergangenen zwei Jahre mit wahrscheinlich noch gravierenderen Folgen für die Gesamtwirtschaft und die Unternehmen im Kreis Unna ab. An dieser Stelle verweisen wir auf die Darstellungen unter „C. Prognose-, Chancen- und Risikobericht“.

Die ersten wesentlichen Wirtschaftsdaten lassen sich für 2021 wie folgt zusammenfassen: Das Wachstum des preisbereinigten Bruttoinlandsproduktes lag nach Angabe des statistischen Bundesamtes 2021 mit +2,7 Prozent zwar deutlich über dem Vorjahresniveau bleibt aber weit hinter den Erwartungen zurück. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (SVB) am Arbeitsort liegt nur mit einem einjährigen Zeitverzug vor. Sie stieg von 131.025 (Juni 2020) auf 132.625 (Juni 2021) um 1.600 (-1,2 Prozent), während der Abnahme im Bund und in NRW jeweils - 0,0 Prozent bzw. - 0,3 Prozent betrug (Quelle: Bundesagentur für Arbeit).

Für die Wirtschaftsförderung ist jedoch neben diesem quantitativen Ziel auch die Steigerung der Qualität der Arbeitsplätze extrem wichtig. Beides zu erreichen bleibt eine große Herausforderung und ist sicherlich kurzfristig nicht realisierbar. Denn die Wirtschaft wird in den nächsten Jahren durch die Digitalisierung enorme Veränderungsprozesse durchlaufen und die Corona-bedingten Verwerfungen beseitigen müssen. Dennoch weisen die hochqualifizierten Beschäftigten (Akademiker) im Kreis Unna mit einem Wachstum von 3,66 Prozent inzwischen einen Anteil an allen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten von 10,6 Prozent auf. Dieser Anteil betrug vor 10 Jahren noch 8,9 Prozent bei einer deutlich niedrigeren Gesamtzahl an Beschäftigten (Quelle: Bundesagentur für Arbeit).

Die kreisweite Arbeitslosenquote im Dezember 2021 nahm im Vergleich zum Vorjahresmonat deutlich ab und lag bei 7,4 Prozent (Vorjahr 7,5 Prozent). Kreisintern stehen die größten Herausforderungen nach wie vor in Lünen (9,1 Prozent) und Bergkamen (7,9 Prozent) an, gegenüber den Bestwerten in Werne (5,0 Prozent) und Unna (5,4 Prozent) (Quelle: Bundesagentur für Arbeit). Die Entwicklung der Insolvenzen verlief im letzten Geschäftsjahr unerwartet positiv, so dass keine weiteren Steigerungen Arbeitslosenzahlen erkennbar waren. Im Gegenteil: Die Pandemie bedingten Steigerungen wurden fast vollständig abgebaut. Für 2022 ist allerdings zu befürchten, dass es zu einer konjunkturellen Eintrübung wegen der weltpolitischen Lage (Ukraine-Krieg) kommen wird. Der Kreis Unna muss daher sowohl beim Wachstum der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten als auch bei der Verbesserung der Arbeitslosenzahlen Geduld aufbringen, weil die Effekte der Corona-Pandemie und die weltwirtschaftlichen Langzeitfolgen aktuell nicht valide prognostiziert werden können.

Mit den Kernaufgaben Immobilienentwicklung und Unternehmensservice, bestehend aus der Immobilienvermarktung, der Kontaktstelle Wirtschaft, der Förderberatung, der Existenzgründungsberatung, der Fachkräftesicherung und der Innovationsförderung hatte die WFG in der Vergangenheit zu der positiven Entwicklung beigetragen. Die WFG hat sich den notwendigen Erfordernissen angepasst. In allen Teams musste schnellstmöglich umorganisiert werden. Die Beratungsgespräche fanden nicht mehr persönlich, sondern hauptsächlich telefonisch oder digital statt. Bereits geplante Veranstaltungen wurden verschoben oder in einem angepassten Format neu organisiert. Diese wurden dann fast ausschließlich digital durchgeführt. Auch in den Förderprojekten der WFG mussten die Aktivitäten und Formate angepasst werden. Die geplanten Inhalte wurden auf eine digitale Umsetzung geprüft oder durch neue Tätigkeiten ersetzt. Die Mitarbeiter der WFG wurden bereits 2020 für die weitere



digitale Umsetzung mit entsprechender EDV-Ausstattung versorgt. Somit konnte die Beratungsqualität der Unternehmen qualitativ und quantitativ auf einem hohen Niveau gehalten werden.

Immobilienentwicklung und Vermarktung

Die Entwicklung von Industrie- und Gewerbeflächen zur Ansiedlung von Unternehmen und Investoren ist seit Jahrzehnten das Kerngeschäft der WFG Kreis Unna. Die Schaffung von idealen Infrastrukturen konnte in der Vergangenheit und Gegenwart dazu beitragen, dass tausende von Arbeitsplätzen neu geschaffen bzw. erhalten werden konnten.¹

Trotz der Corona-Pandemie und der Neustrukturierung der Abteilung in 2020 blickt das Team Immobilien und Flächenentwicklung auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr 2021 zurück. Zwei neue Mitarbeiterinnen wurden in das Team integriert, so dass sich die WFG auch weiterhin qualifiziert um die klassischen Kernthemen Grunderwerb, Planung sowie Erschließung und Vermarktung von Industrie- und Gewerbeflächen in den zehn Städten und Gemeinden des Kreises Unna kümmern kann und ihrem hohen Anspruch nachkommen kann.

Grunderwerb

Im abgelaufenen Geschäftsjahr konnte die WFG einen Grundstückskaufvertrag mit 7,7 Hektar Grundstücksfläche für das Gewerbegebiet „Rausingen“ in Holzwickede im Rahmen eines Bieterverfahrens abschließen. Für das ehemalige Kraftwerksgelände der STEAG in Lünen steht die WFG seit eineinhalb Jahren in Ankaufsgesprächen über eine Teilfläche nördlich der Moltkestraße von 10,6 Hektar und einer Optionsfläche von ca. 2 Hektar, die wohl im 2. Quartal 2022 finalisiert werden können.

Planung

Ebenso wichtig für die Realisierung von Gewerbegebieten ist neben dem Erwerb der benötigten Grundstücks-, Acker- und Tauschflächen natürlich auch die Vorbereitung und Schaffung von entsprechendem Planungsrecht. Auch in diesem Bereich ist es dem Team Fläche im abgelaufenen Geschäftsjahr gelungen, zahlreiche Projekte weiter voranzubringen.

Für das Gewerbegebiet „Provinzialstraße“ in Unna wurde mit dem Bebauungsplan begonnen. Für das Gewerbegebiet „Nördlich der Werner Straße“ in Selm wurde das Bebauungsplanverfahren durch die WFG begleitet und konnte mit dem rechtskräftigen Bebauungsplan durch die Stadt Selm beendet werden.

An der Nordfeldstraße in Bergkamen wurde seitens der WFG die städtebauliche Überplanung für eine Wohnbebauung ausgearbeitet. Die WFG wird allerdings, genauso wie es in Südkamen bereits geschehen ist, dieses Projekt mit der Baureifmachung beenden. Die Erschließung und die Vermarktung wird sie nicht selbst durchführen, da die Wohnbaulandentwicklung nicht zum Kerngeschäft der WFG gehört. Stattdessen wird sie die Grundstücke an einen Wohnbauentwickler vermarkten. Somit endet die Tätigkeit der WFG mit den Phasen Grundlagenplanung und Baureifmachung in diesen

¹ Internes Reporting der WFG, gesetzlich nicht geforderte Zusatzangabe im Lagebericht (nicht durch den Jahresabschlussprüfer geprüft)



beiden Projekten, die zu dem Projektverbund des interkommunalen Gewerbegebietes Unna/Kamen gehören und auf diesen Projekterfolg einzahlen.

Die Rudolf-Diesel-Straße in Bönen wird im Auftrag der Gemeinde Bönen erneuert und umgestaltet werden. Die Planungen sind soweit fertiggestellt, so dass in 2022 mit der Umsetzung begonnen werden kann.

Des Weiteren beteiligte sich das Team Fläche der WFG gemeinsam mit der Stadt Lünen auch 2021 an der Überplanung und Entwicklung der einstigen STEAG-Kraftwerksfläche und des gesamten Wirtschaftsstandortes Lippolthausen. Der städtebauliche Rahmenplan Lippolthausen wurde fertiggestellt und der Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan gefasst.

Erschließung

Das interkommunale Gewerbegebiet Unna/Kamen ist seit Dezember 2020 nun voll erschlossen und bietet ansiedlungswilligen Unternehmen aktuell noch 7,65 Hektar Fläche zur Schaffung neuer Arbeitsplätze. Auch die Basiserschließung im Gewerbegebiet „Wandhofener Bruch“ in Schwerte wurde im Auftrag der WFG 2020 abgeschlossen.

Der Straßenendausbau im „Inlogparc“ in Bönen fand im abgelaufenen Geschäftsjahr weitgehend seinen Abschluss. Weitere Straßenendausbaumaßnahmen wurden von der WFG in den Gewerbegebieten „Hansastraße“ in Unna und „ECO PORT“ in Holzwickede umgesetzt. In Südkamen und Bergkamen konnten wie bereits oben dargestellt die Baureifmachungsarbeiten der Hofstellen abgeschlossen werden.

Vermarktung

Auch das abgelaufene Geschäftsjahr war stark von den Auswirkungen der Corona-Pandemie geprägt. Die Nachfrage nach attraktiven Flächen verblieb auf einem akzeptablen Niveau.

Dem Team Fläche gelang es im abgelaufenen Geschäftsjahr, 7 Verkaufsverträge (davon 3 Neuansiedlungen und 4 Bestandsunternehmen) mit 64.523 Quadratmeter Gewerbefläche zu veräußern und somit zur Schaffung und zum Erhalt von Arbeitsplätzen in der Region beizutragen.

Der Fokus des Interesses der ansiedlungswilligen Unternehmen lag primär bei Grundstücken bis 2.000 Quadratmeter sowie bei Flächen bis 5.000 Quadratmeter und führte lediglich zu einem Abschluss von mehr als 40.000 Quadratmetern. Dies liegt daran, dass Gesuche für Großflächen ab 25.000 Quadratmeter, die für Produktionszwecke oder logistische Nutzungen angefragt wurden, im Kreisgebiet kaum noch bedient werden können.

Krisenteam

Auch im zweiten Jahr der Pandemie stand das WFG-Krisenteam ratsuchenden Unternehmen rund um das Thema Corona unterstützend zur Seite. Dieses abteilungsübergreifende Beratungsteam war im März 2020 als Reaktion auf den ersten Lockdown ins Leben gerufen worden, um schnell und unbürokratisch Betrieben und Solo-Selbstständigen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Im Laufe der Monate änderten sich die Art und Inhalte der Anfragen merklich. Waren es zunächst Fragen zu den Tätigkeits- und Öffnungsverboten und ersten schnellen Finanzhilfen, kamen immer neue Themen hinzu,



die die Beratungen umfangreicher und komplexer machten. Dazu gehörten Fragen zu Auslandsdienstreisen von Beschäftigten und die länderspezifischen Ein- und Ausreiseregeln, Rahmenbedingungen der Förderprogramme wie Soforthilfe NRW und Überbrückungshilfen. Dazu fanden sich immer wieder Rückfragen zu Corona-Regelungen am Arbeitsplatz und bestimmten Branchen und den damit verbundenen Möglichkeiten der Beschäftigtentestungen. Die Unternehmen des Kreises Unna konnten sich auch auf der Internetseite der WFG in den News und dem fortlaufend aktuell gehaltenen Corona-ABC über neue Regelungen, Förderprogrammen und weiteren Themen rund um die Krise informieren.²

Unternehmensservice

Das Team Unternehmensservice der WFG bietet ein passgenaues und bedarfsgerechtes Angebot für die Bestandsunternehmen und Gründer*innen im Kreis Unna an.

Das Angebot für Bestandsunternehmen reichte von der klassischen Förderberatung über Innovations- und Geschäftsmodellworkshops bis zur Hilfestellung als Behördenlotse, der z.B. spezifische genehmigungstechnische Probleme der Unternehmen vor Ort löst. Eine besondere Rolle nahmen bei den Beratungen in diesem Jahr auch Fragen rund um die Corona-Pandemie ein.

Die WFG-Mitarbeiter*innen nahmen im vergangenen Jahr zu rund 301 Unternehmen direkten Kontakt auf, um sie in diesen Belangen zu unterstützen (internes Reporting der WFG).³

Unter dem Dach des STARTERCENTERS NRW ist das Team Unternehmensservice zudem eine wichtige Anlaufstelle für Gründungsinteressierte im Kreis Unna. Durch Partner in den Technologie- und Gründerzentren Lünen, Kamen, Bönen und Schwerte wird eine hohe Beratungsdichte im Kreis Unna gewährleistet. Wiederkehrende Zertifizierungsverfahren garantieren einen hohen Beratungsstandard in der Existenzgründungsberatung. Im abgelaufenen Geschäftsjahr suchten 264 Gründungsinteressierte den Kontakt zum STARTERCENTER bei der WFG Kreis Unna.⁴ Die Vor-Ort-Beratung in den Kommunen des Kreises Unna wurde kontinuierlich weiter ausgebaut und digitale Angebote geschaffen.

Fachkräftesicherung

Unter dem Dach der WFG unterstützen die Stiftung Weiterbildung, die Regionalagentur Westfälisches Ruhrgebiet und das Kompetenzzentrum Frau und Beruf (Competentia) Unternehmen mit verschiedenen Projekten und einem umfassenden Beratungsangebot bei der Sicherung von Fachkräften. Wichtige Aspekte sind dabei z. B. die Qualifizierung von Mitarbeitenden, eine vorausschauende Personalentwicklung, eine familienfreundliche Arbeitsorganisation oder eine wirksame Ansprache von Fach- und Nachwuchskräften.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr führte das Team der Abteilung Fachkräftesicherung 471 Beratungen durch, von denen 369 Unternehmen sowie 102 Einzelpersonen profitierten. In erster Linie ging es dabei um die Weiterbildungsberatung oder die Steigerung der

² Internes Reporting der WFG, gesetzlich nicht geforderte Zusatzangabe im Lagebericht (nicht durch den Jahresabschlussprüfer geprüft)

³ Erfassung durch eigene Erhebungen, gesetzlich nicht geforderte Zusatzangabe im Lagebericht (nicht durch den Jahresabschlussprüfer geprüft)

⁴ Internes Reporting der WFG, gesetzlich nicht geforderte Zusatzangabe im Lagebericht (nicht durch den Jahresabschlussprüfer geprüft)



Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen im Hinblick auf qualifiziertes Personal. Zur Förderung der beruflichen Weiterbildung wurden 462 Finanzierungsgutscheine ausgegeben.

Mit der Regionalagentur Westfälisches Ruhrgebiet ermöglicht die WFG den Unternehmen aus dem Kreis Unna, von Landes-, Bundes-, oder EU-Fördermitteln zu profitieren. Ein Beispiel für den Berichtszeitraum ist hier das Ausbildungsprogramm NRW, mit dem Personalkostenzuschüsse für jährlich 36 zusätzliche Ausbildungsplätze im Kreis Unna gefördert wurden.

In den Arbeitsfeldern für weibliche Fachkräfte und familienbewusste Unternehmensführung führte die WFG Veranstaltungen und Beratungen durch, die dazu beitragen, dass insbesondere kleine und mittlere Unternehmen eigene Strategien für eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder zur gezielten Rekrutierung und Bindung weiblicher Fachkräfte entwickeln konnten. An dem in 2021 durchgeführten Wettbewerb „Pluspunkt Familie“ beteiligten sich 26 Unternehmen. Mit dem zdi-Netzwerk Perspektive Technik, dem Berufswahl-SIEGEL oder der AzuBo-Initiative kümmerte sich die WFG mithilfe der Stiftung Weiterbildung um die präventive Nachwuchssicherung und erreichte in 2021 mehr als 1.000 Schüler*innen und gut 30 Schulen. Die Bindung qualifizierter Fachkräfte und die Kooperation mit Hochschulen forcierte die WFG im Rahmen des Projektes "Wissen schafft Erfolg".

Personalausstattung

Ende des Jahres 2021 waren bei der WFG inklusive Stiftung Weiterbildung 25 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 29) beschäftigt. Im Durchschnitt lag die Anzahl der Mitarbeiter bei 26,39 Vollzeitäquivalenten. Zum 01.01.2022 hat Herr Dorday als neuer hauptamtlicher Geschäftsführer der WFG Kreis Unna seinen Dienst angetreten. Herr Dr. Dannebom ist seit dem 01.01.2022 bis zum 31.07.2022 nur noch zu 50 % bei der WFG als Geschäftsführer tätig und steht Herrn Dorday unterstützend zur Seite. In der Personalentwicklung setzt die WFG weiterhin auf einen ausgewogenen Mix zwischen jungen und erfahrenen Mitarbeitern mit einem Altersdurchschnitt von nahezu 43 Jahren. Im Jahre 2022 werden weitere Stellen gemäß Wirtschaftsplan besetzt (Leitung Flächen- und Immobilienentwicklung sowie die Positionen (1 Projektleitung, 4 Projektmanager) im 5-StandorteProgramm).

Berichterstattung nach §108 Abs. 3 Nr. 2 GO NRW

Die Gesellschafter haben mit dem Unternehmensgegenstand im Gesellschaftsvertrag der Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna mbH die öffentliche Zwecksetzung vorgeschrieben. Gegenstand des Unternehmens ist die Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Struktur des Kreises Unna durch Förderung der Wirtschaft, insbesondere durch Industrieansiedlung, Schaffung neuer Arbeitsplätze und Sanierung von Altlasten. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben an anderen Unternehmen beteiligen, die der Verwirklichung der Zwecke der Gesellschaft dienen und die ebenfalls das Ziel der Strukturverbesserung verfolgen. Im Jahre 2012 wurde die WFG vom Kreis Unna im Rahmen eines Betrauungsaktes mit diesen Tätigkeiten betraut. Die in diesem Lagebericht gegebenen Erläuterungen und Daten legen dar, dass die WFG dieser öffentlichen Zwecksetzung entsprochen hat.



Ertragslage

	2021 in T€	2020 in T€	Verände- rung in T€
1. Umsatzerlöse	1.641	2.890	-1.249
2. Erhöhung des Bestands	409	1.951	-1.542
3. Erträge aus Zuschüssen	621	662	-41
4. Sonstige Erträge	131	130	1
5. Betriebserträge (Summe 1 bis 4)	2.802	5.633	-2.831
6. Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen	-952	-3.753	-2.801
7. Rohergebnis	1.850	1.880	-30
8. Personalaufwand	-1.901	-1.914	13
9. Abschreibungen	-191	-248	57
10. Sonstige Steuern	-10	-10	0
11. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-559	-417	-142
12. Betriebsaufwendungen (Summe 6, 8 - 11)	-3.613	-6.342	2.729
13. Ordentliches Betriebsergebnis (Differenz 5 und 12)	-811	-709	-102
14. Erträge aus Beteiligungen	13	21	-8
15. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	2	-1
16. Abschreibungen auf Finanzanlagen	0	-56	56
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-75	-98	23
18. Finanzergebnis (Summe 14-17)	-61	-131	70
19. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-16	-23	7
20. Ergebnis vor Verlustübernahme (Summe 13+18+19)	-888	-863	-25

Die WFG schloss im abgelaufenen Geschäftsjahr mit einem negativen Betriebsergebnis nach Steuern von T€ - 878 (Vorjahr: T€ - 853) ab. Hierin sind die sonstigen Steuern von T€ -10 (Vorjahr: T€ -10) und die Verlustabdeckung des Kreises in der Höhe von T€ 938 (Vorjahr: T€ 901) noch nicht enthalten. Unter Berücksichtigung der WFG Immobilie und der damit verbundene Trennrechnung ergibt sich mit dem Jahresüberschuss von T€ 49 (Vorjahr: T€ 38) ein Bilanzgewinn von T€ 219 (Vorjahr: T€ 169).



Im Gesellschaftsvertrag ist geregelt, dass der Gesellschafter Kreis Unna den Verlustausgleich bis zu einer Höhe von maximal 50 Prozent des Stammkapitals leistet. Die Bemessungsgrundlage des abzudeckenden Betrages ist gemäß Betrauungsakt mit dem Kreis Unna der Jahresfehlbetrag abzüglich des mit der Bewirtschaftung der Immobilie verbundenen Ergebnisses. Es ist erklärter Wille und geübte Praxis der Vergangenheit, die Tätigkeiten der WFG, die allen Kommunen gleichermaßen zuteilwerden, über die Kreisumlage den Kommunen entsprechend ihres Umlageanteils anzulasten. Dies ist ein sehr guter Weg, die Solidargemeinschaft und die interkommunale Zusammenarbeit im Kreis Unna zu stärken.

Die Säulen, auf die sich die Ertragslage der WFG gründeten, bestanden aus den Umsatzerlösen (T€ 1.641; Vorjahr: T€ 2.890), den Erträgen aus Zuschüssen (T€ 621, Vorjahr: T€ 662) und den sonstigen Erträgen (T€ 131, Vorjahr: T€ 130). Somit betragen die Erlöse aus diesen Positionen T€ 2.393 (Vorjahr: T€ 3.682). Die Umsatzerlöse wurden insbesondere bei dem Projekt HansasträÙe erzielt. Die Zuschüsse erfolgten im Wesentlichen für die Projekte im Rahmen der Fachkräftesicherung.

Die Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen in Höhe von T€ 952 (Vorjahr: T€ 3.753) stellen Aufwendungen für Erschließungs- und Entwicklungsmaßnahmen der WFG-eigenen Grundstücke bzw. Projekte dar.

Aufgrund höherer aktivierungsfähiger Aufwendungen im Zuge der Erschließung und Entwicklung der Grundstücke im Vergleich zu den Abgängen durch den Verkauf von Flächen sind die Bestandsveränderungen des Jahres 2021 zwar im Vorjahresvergleich gesunken aber mit T€ 409 erneut positiv (Vorjahr: T€ 1.951).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen stiegen von T€ 417 auf T€ 559. Der Anstieg ist im Wesentlichen auf den Aufwand im Bereich der Vertriebskosten auf die Teilnahme der EXPO REAL als auch im Bereich der übrigen Aufwendungen durch die Einstellung des neuen Geschäftsführers (Kosten Personaldienstleister) zurückzuführen. Die Abschreibungen verminderten sich auf T€ 191, da im Vorjahr zusätzlich zur planmäßigen Abschreibung eine außerplanmäßige Abschreibung i. H. v. T€ 60 auf die gestohlenen Photovoltaikmodule vorgenommen wurde.

Die Zinsaufwendungen sanken gegenüber dem Vorjahr von T€ 98 auf T€ 75 im Geschäftsjahr 2021. Die Personalaufwendungen blieben mit T€ 1.901 (Vorjahr: T€ 1.914) nahezu konstant und deutlich geringer als im Wirtschaftsplan vorgesehen.

Ausgehend von dem Jahresüberschuss der WFG im Geschäftsjahr 2021 von T€ 49 (Vorjahr: T€ 38) wurde der im Wirtschaftsplan 2021 prognostizierte Jahresverlust vor Verlustabdeckung des Kreises Unna von -T€ 928 um T€ 40 unterschritten (-T€ 888).

Im Hinblick auf die Ziele der WFG bleibt es bei der Feststellung, dass sich der Erfolg der struktur- und wirtschaftspolitischen Aktivitäten, insbesondere in der Wettbewerbs- und Leistungsfähigkeit der lokalen Wirtschaft niederschlägt und nur bedingt im Jahresabschluss der WFG. Wirtschaftsförderung kann grundsätzlich nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet sein, sondern auf die politisch motivierte Stärkung der heimischen Wirtschaft und damit auf die Sicherung der Entwicklungsperspektiven der Region Kreis Unna.



Finanzlage

Der Liquiditätsspielraum der WFG entspricht dem Eigenkapital. Das Eigenkapital der WFG beträgt 12.692 T€. Es steht in erster Linie für Investitionen in die Treuhandprojekte sowie für Investitionen in die WFG-eigenen Projekte zur Verfügung und fließt in weitere Grunderwerbs- und Erschließungsaktivitäten ein. Ein Betrag von T€ 359 ist durch Finanzbeteiligungen gebunden.

Die Zahlungsfähigkeit der WFG war im Geschäftsjahr jederzeit gegeben.

Vermögenslage

Die Aktivseite der Bilanz ist maßgeblich von den Posten Grundstücke im Umlaufvermögen sowie Forderungen aus Ansiedlungen bestimmt. Beim Vergleich der Bilanz von zwei aufeinanderfolgenden Stichtagen zeigen insbesondere diese Bilanzposten deutliche Veränderungen.

Der Bestand an WFG-eigenen Grundstücken stieg zum Bilanzstichtag 31.12.2021 durch den positiven Saldo von Grundstücksverkäufen und -käufen im Geschäftsjahr um T€ 409 auf insgesamt T€ 35.854. Während die Anschaffungskosten aufgrund der erfolgten Veräußerungen sowie unter Berücksichtigung der handelsrechtlichen Bilanzierung auf T€ 27.117 (Vorjahr: T€ 27.450) abnahmen, erhöhten sich die darauf aktivierten Erschließungskosten zum 31.12.2021 auf T€ 8.737 (Vorjahr: T€ 7.995). Die kommunalen Grundstücke in Treuhänderschaft der WFG stiegen zum 31.12.2021 auf T€ 13.773 (Vorjahr: T€ 12.088). Die WFG hat hier insbesondere in Holzwickede „Rausingen“ Treuhandgrundstücke erworben sowie in Bönen einen Kaufvertrag rückabgewickelt und gleichzeitig lediglich kleinere Flächen in Holzwickede „ECO PORT“, Werne, Schwerte und Selm veräußert. Die Forderungen aus Ansiedlungen belaufen sich auf T€ 2.430 (Vorjahr: T€ 2.357). Diese Veränderungen resultieren aus dem Saldo aus den Käufen und Verkäufen von Treuhandgrundstücken sowie den Erschließungsinvestitionen.

Der in den letzten Jahren im Umlaufvermögen zu beobachtende Trend mit der sukzessiven Verschiebung der Struktur des Grundstücksbestandes von den Treuhandprojekten zu den WFG-eigenen Projekten wurde in den beiden abgelaufenen Geschäftsjahren durch Ankäufe von Treuhandgrundstücken unterbrochen, wird sich jedoch zukünftig wieder fortsetzen. Damit verbunden ist eine deutliche Steigerung des Fremdkapitalbedarfes, da die WFG diese Projekte nicht mehr aus dem Eigenkapital finanzieren kann. Bei der Umsetzung der WFG-eigenen Projekte sind somit die Finanzierungskosten mit zu erwirtschaften.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sanken um -T€ 370 auf T€ 224 und die Forderungen gegen Gesellschafter um -T€ 279 auf T€ 57. Die sonstigen Vermögensgegenstände sind auf T€ 275 (Vorjahr T€ 186) gestiegen. Sie bestehen zum größten Teil aus Ansprüchen aus Projektzuschüssen. Der Kassenbestand sank auf T€ 2.312 (Vorjahr: T€ 5.011).

Die Bilanzsumme sank um T€ 1.211 auf T€ 57.904.



Das Eigenkapital in Höhe von T€ 12.692 (Vorjahr: T€ 12.643) nahm auf Grundlage des erzielten Jahresüberschusses zu. Unter Berücksichtigung der Erhöhung der Bilanzsumme stieg die Eigenkapitalquote auf 21,9 Prozent (Vorjahr: 21,4 Prozent). Die Fremdkapitalquote sank entsprechend auf 78,1 Prozent. Die als Sonderposten bilanzierten Ausgleichsposten (T€ 14.108; Vorjahr: T€ 12.423) veränderten sich entsprechend dem Aufbau des korrespondierend ausgewiesenen Vorratsvermögens (Treuhandgrundstücke). Die Rückstellungen reduzierten sich von T€ 889 zum Vorjahresstichtag auf T€ 823 zum 31.12.2021 um T€ 66. Sie beruhen im Wesentlichen auf der bilanziellen Abbildung der prognostizierten Kosten für die Erschließung von veräußerten Grundstücksflächen.

Die Gesamtverbindlichkeiten sanken gegenüber dem Vorjahresstichtag deutlich um T€ 2.897 auf T€ 30.255. Dafür zeichneten vor allem die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (T€ 6.775, Vorjahr: T€ 9.882) verantwortlich, die durch die Tilgungen von Darlehen für die Treuhandprojekte zurückgefahren werden konnten. Die Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern nahmen hingegen auf insgesamt T€ 23.264 (Vorjahr T€ 22.919) zum Bilanzstichtag zu. Diese stehen im Wesentlichen im Zusammenhang mit der Finanzierung der laufenden Projekte.

Fazit zur Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Die im Geschäftsjahr 2021 realisierten Grundstücksverkäufe sowie die durchgeführten Erschließungsmaßnahmen führten im Vergleich zum Wirtschaftsplan 2021 zu einer veränderten Ertragslage bei der WFG. Dabei belastet der Auftrag, den Kreis Unna soziokulturell und wirtschaftlich fortzuentwickeln, die Aufwandspositionen geringer als prognostiziert, so dass das Jahresergebnis vor der Verlustübernahme um rd. T€ 40 positiv vom Wirtschaftsplan abweicht. Ferner erfolgt aufgrund der handelsrechtlichen Bewertungsrestriktionen eine Realisierung der in den entwickelten Grundstücken innewohnenden Ertragsposten auch erst mit dem Verkauf dieser bzw. der vollständigen Abwicklung von Projekten.

Die Ausrichtung auf die Realisierung von Eigenprojekten führt zwangsläufig zu stark schwankenden Ergebnissen, die sich auch nur eingeschränkt in einem noch so präzise geplanten Wirtschaftsplan prognostizieren lassen. Die mit der Aufgabenerfüllung verbundenen Ausgaben für die anderen Aktivitäten konnten keinesfalls auch nur annähernd durch Grundstücksverkäufe oder andere Einnahmen gedeckt werden. Dennoch lässt sich konstatieren, dass die umfassenden Aufgaben und Investitionen in Projekte und Initiativen Wirkungen erzielen, die sich positiv im Sinne des Gesellschaftszwecks auf die Wirtschafts- und Sozialstruktur im Kreis Unna (wie z. B. die Arbeitslosenquote oder der Anstieg der Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten) auswirken und sich in der Zukunft nachhaltig auszahlen werden.

Zusammenfassend lässt sich für 2021 sowohl die Finanz- und Vermögenslage als auch die Ertragslage als befriedigend bezeichnen.



C. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Prognosebericht

Die WFG ist für die Herausforderungen der nächsten Jahre gut aufgestellt. Im Bereich Immobilienentwicklung wird in den kommenden Jahren die Hauptaufgabe darin bestehen, die Gewerbeflächenpotenziale des Regionalplans zu entwickeln. Dies gilt sowohl für den lokalen Bedarf in den Kommunen, für die interkommunalen Standorte, als auch für die regionalen Kooperationsstandorte. Letztere wurden im sachlichen Teilplan Regionale Kooperationsstandorte bereits bis Ende 2021 rechtskräftig beschlossen und laufen damit dem Regionalplan zeitlich voraus. Dennoch wird es keinesfalls einfach werden, da der Regionalplan nur wenige neue Gewerbeflächenpotenziale liefert. Mit dem interkommunalen Gewerbegebiet Unna/Kamen wurde bereits ein regionaler Kooperationsstandort im Jahr 2018 weitgehend vermarktet. Die Flächenentwicklung und -vermarktung muss zukünftig noch optimaler auf die Anforderungen der Unternehmen und den Klimaschutz ausgerichtet und durch geeignete Maßnahmen des Marketings begleitet werden.

Aufgrund der anhaltend hohen Nachfrage nach Gewerbegrundstücken in den letzten Jahren aber auch mit den reduzierten Flächenverfügbarkeiten wird die WFG den Verkauf der kostbaren Flächenressourcen an ökologische, soziale und ökonomische Kriterien knüpfen. Dies wird erhebliche Auswirkungen auf die Anzahl und das Volumen der Grundstücksverkäufe haben. Es können keinesfalls alle Anfragen bedient werden. Zudem werden die zu verkaufenden Grundstücke allein schon aufgrund der verfügbaren Flächen kleiner ausfallen und die Grundstückspreise weiter steigen.

Aus den wirtschaftlichen Rahmendaten des Kreises Unna ergeben sich neben den klassischen Wirtschaftsförderungsmaßnahmen im Bereich der Flächenentwicklung vor allem die Handlungsschwerpunkte Unternehmensservice und Fachkräftesicherung mit der Förderung von Existenzgründungen, der Erhöhung des (Aus-)Bildungsniveaus und Verbesserung der Innovationsbereitschaft im Unternehmensbestand. Die WFG hat bereits im Rahmen ihrer Möglichkeiten und des politisch gewünschten Umfangs begonnen, diese Aufgabenfelder offensiver auszubauen mit dem Ziel, die Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft kleiner und mittlerer Unternehmen im Kreis Unna zu verbessern. Diese Aktivitäten müssen aber in den nächsten Jahren hinsichtlich der Digitalisierung und des Klimaschutzes weiter fokussiert werden, damit die Unternehmen die anstehenden Herausforderungen bewältigen können.

Parallel dazu wird die neue Geschäftsführung das vor zehn Jahren beschlossene Ziel- und Indikatorensystem grundlegend überarbeiten. Das bestehende Ziel- und Indikatorensystem sowie die Aufgabenstruktur der WFG wird in 2022 an die veränderten Gegebenheiten angepasst, um mit der Neuausrichtung der Ziele für die kommenden Jahre gerüstet zu sein. Die vergangenen Geschäftsjahre haben zudem deutlich gezeigt, dass auf den Kreis Unna weitere strukturwirksame Aufgaben durch die Schließung der Steinkohlekraftwerke zukommen werden (5-StandorteProgramm). Die in 2021 beschlossenen Gesetze und Rahmenbedingungen zum Kohleausstieg und zur Strukturstärkung haben erhebliche Auswirkungen auf die Tätigkeit der WFG. Sie wird gefordert sein, strukturelevante Projekte zu begleiten, zu qualifizieren und zu entwickeln und diesen Prozess im Kreis Unna zu koordinieren. Dieser wird zukünftig im Rahmen einer neuen Abteilung umgesetzt, deren Personal durch das STARK-Programm gefördert und neu akquiriert wird.



Für das Wirtschaftsjahr 2022 wird laut Wirtschaftsplan ein Jahresfehlbetrag von T€ 771 vor Verlustübernahme des Kreises Unna erwartet.

Chancen- und Risikobericht

Durch die gesellschaftsrechtliche Regelung der Finanzierung ist sichergestellt, dass die Gesellschaft den beschriebenen Aufgabenbereich langfristig wahrnehmen kann. Dazu gehört auch der Betrauungsakt mit dem Kreis Unna, der nach zehnjähriger Laufzeit 2022 einer Verlängerung bedarf. Die politischen Entscheidungen werden derzeit vorbereitet. Darüber hinaus verfügt die WFG über ein Liquiditäts-, Finanzierungs- und Finanzplanungssystem, das gewährleistet, dass mit den zur Verfügung stehenden Mitteln optimal und sparsam gewirtschaftet wird. Notwendige Anpassungs- und Verbesserungsvorschläge werden laufend in das System integriert. Die Geschäftsführung wird das Risikomanagement an diese Herausforderungen anpassen müssen. Dabei werden Risiken, ihre Auswirkungen und Eintrittswahrscheinlichkeiten, Gegenmaßnahmen sowie die Risikoverantwortlichen festgelegt. Um die Risiken strukturiert darzustellen, wurden Einzelrisiken in Risikokategorien und Subkategorien eingeteilt. Risiken, die sich im Rahmen des Risikomanagements als besonders bedeutsam herausgestellt haben, stehen vor allem in engem Zusammenhang mit den WFG-eigenen Projekten, Zinsänderungsrisiken, abnehmenden Liquiditätsreserven durch langfristige Kapitalbindung oder Risiken aus der Grundstücksbevorratung.

Die WFG ist im Bereich der Risikoanalyse gut aufgestellt und sorgt somit dafür, dass unliebsame Überraschungen weitgehend vermieden werden können oder sehr früh erkannt werden. Corona hat in diesem Zusammenhang dafür gesorgt, dass die digitale Ausstattung der Mitarbeiter vervollständigt wurde, um mobiles Arbeiten zu ermöglichen. Weitere Projekte werden zukünftig folgen.

Hinsichtlich der Auswirkungen der Corona Pandemie hat die WFG zu jeder Zeit die erforderlichen Maßnahmen ergriffen, die notwendig waren, um den Geschäftsbetrieb in schwierigen pandemischen Lagen aufrecht zu erhalten. Die Erfahrungen der zurückliegenden 12 Monate haben dies klar gezeigt und lassen erwarten, dass dies auch in der Zukunft so bleibt. Alle Dienstleistungen konnten erbracht werden, die Vermarktung der WFG-eigenen Grundstücke war erfolgreich und die gesamtwirtschaftlichen Folgen der COVID-19 Pandemie hatten keine nennenswerten Auswirkungen auf die erzielbaren Erlöse der WFG.

Inzwischen stellt sich allerdings die Frage nach den Auswirkungen, die der Krieg in der Ukraine nach sich ziehen wird. Viele Unternehmen mit Außenhandelsbeziehungen nach Russland und der Ukraine werden durch die Kämpfe und Sanktionen erhebliche Einbußen erleiden. Stichworte wie Kriegsängste, Lieferengpässe, Energieverknappung und Inflation werden in dieser Phase für Deutschland im Jahr 2022 auf in einer Art und Weise auf die Agenda treten, wie wir es schon seit Jahrzehnten nicht mehr erlebt haben und die gesamte Wirtschaft negativ beeinflussen.

Die WFG wird unmittelbar durch steigende Energiekosten von den Auswirkungen der kriegerischen Auseinandersetzung betroffen sein, ohne dass dies nach derzeitiger Einschätzung nachhaltige Auswirkungen auf die VFE-Lage der Gesellschaft nach sich ziehen wird.

Die bisherige Entwicklung des Geschäftsjahres 2022 bis zur Erstellung dieses Berichtes entsprach dennoch den Erwartungen der Geschäftsleitung bzw. des Wirtschaftsplanes. Derzeit wird trotz der



dargestellten Risiken mit einer relativ stabilen Geschäftsentwicklung in 2022 gerechnet, ohne wesentliche wirtschaftliche oder rechtliche Risiken auszulösen, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden könnten. Die WFG wird mit ihrem Geschäftsmodell, den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Kreis Unna und den qualifizierten Mitarbeitern die Herausforderungen der Zukunft meistern.

Unna, 29. März 2022

gez. Sascha Dorday

Geschäftsführer

gez. Dr. Michael Dannebom

Geschäftsführer





Sparkasse UnnaKamen



7.4 Sparkasse UnnaKamen

Im Sinne der Gemeindeordnung NRW ist die Mitgliedschaft in einem Sparkassenzweckverband mit einem Erinnerungswert zu bilanzieren und entsprechend mit in den gemeindlichen Gesamtabschluss bzw. Beteiligungsbericht einzubeziehen. Hingegen ist das Kreditinstitut einschließlich seiner Beteiligungen nicht mit einzubeziehen. In den Fällen, in denen die Gemeinde zusammen mit der Sparkasse an einem Unternehmen beteiligt ist, ist die Beteiligung in den Gesamtabschluss bzw. Beteiligungsbericht mit aufzunehmen.

Die Kreisstadt Unna ist zusammen mit dem Kreis Unna, der Stadt Kamen, der Stadt Fröndenberg und der Gemeinde Holzwickede Mitglied im Sparkassenzweckverband. Dieser ist Träger der Sparkasse UnnaKamen.

Hier werden die allgemeinen Gesellschaftsdaten folgender Beteiligungen dargestellt:

- Sparkassenzweckverband des Kreises Unna, der Kreisstadt Unna, der Stadt Kamen, der Stadt Fröndenberg und der Gemeinde Holzwickede
- Sparkasse UnnaKamen



7.4.1 Sparkassenzweckverband des Kreises Unna, der Kreisstadt Unna, der Stadt Kamen, der Stadt Fröndenberg und der Gemeinde Holzwickede

Öffentlicher Zweck

Der Verband hat die Aufgabe, das Sparkassenwesen im Gebiet seiner Mitglieder zu fördern. Die zu diesem Zweck errichtete Sparkasse führt den Namen Kreis- und Stadtparkasse UnnaKamen, Zweckverbandssparkasse des Kreises Unna, der Kreisstadt Unna, der Stadt Kamen, der Stadt Fröndenberg und der Gemeinde Holzwickede. Der Verband ist ihr Träger.

Organe des Sparkassenzweckverbandes

Verbandsversammlung
Verbandsvorsteher

Vertreter der Kreisstadt Unna in der Verbandsversammlung

Die Verbandsversammlung besteht aus insgesamt 21 Vertretern der Verbandsmitglieder. Davon entsendet die Kreisstadt Unna 9 Vertreter, die Stadt Kamen 4 Vertreter, der Kreis Unna und die Gemeinde Holzwickede jeweils 3 Vertreter und die Stadt Fröndenberg 2 Vertreter.

Folgende Mitglieder waren für die Kreisstadt Unna in der Verbandsversammlung vertreten:

Lfd. Nr.	Fraktion	Ordentliches Mitglied	Stellvertretendes Mitglied
1.	GRÜNE	RM Michael Sacher	RM Sandro Wiggerich
2.	GRÜNE	RM Ronja Kossack	RM Claudia Keuchel
3.	CDU	RM Rainer Engel	RM Niko Dahlhoff
4.	CDU	RM Hans-Martin Berg	RM Ivan Juric
5.	SPD	RM Renate Nick	RM Sebastian Laaser
6.	SPD	RM Klaus Tibbe	RM Anke Limbacher
7.	SPD	RM Klaus-Dieter Bahn	RM André Kunzenbacher
8.	WFU	RM Barbara Risadelli	RM Margarethe Strathoff
9.	Verwaltung	BM Dirk Wigant	StK Achim Thomae



Verbandsvorsteher

Die Verbandsversammlung wählt aus dem Kreis der Hauptverwaltungsbeamten oder der allgemeinen Vertreter oder leitenden Bediensteten (§ 16 Abs. 1 GkG) der Verbandsmitglieder den **Verbandsvorsteher** und seinen Stellvertreter. Der Verbandsvorsteher vertritt den Verband gerichtlich und außergerichtlich. Er führt die laufenden Geschäfte des Verbandes.

Verbandsvorsteher: Erster BG Jens Toschläger (Kreisstadt Unna)

Stellvertreter: Stadtkämmerer Ralf Tost (Stadt Kamen)

Finanz- und Leistungsbeziehungen

Laut Satzung sind die Jahresüberschüsse, die dem Verband von der Sparkasse zugeführt werden, an die Mitglieder nach dem folgenden Verhältnis aufzuteilen:

Kreisstadt Unna	44,7 %
Kreis Unna	14,9 %
Stadt Kamen	17,5 %
Stadt Fröndenberg	8,0 %
Gemeinde Holzwickede	14,9 %

Die verteilten Jahresüberschüsse sind grundsätzlich von den Mitgliedern zur Erfüllung der gemeinwohlorientierten örtlichen Aufgaben des Trägers oder für gemeinnützige Zwecke zu verwenden.



7.4.2 Sparkasse UnnaKamen

Anschrift	Kontakt
Bahnhofstraße 37 59423 Unna	Telefon: 02303 104-0 Fax: 02303 104-268 E-Mail: info@sparkasse-unnakamen.de Internet: www.sparkasse-unnakamen.de

Gesellschaftsrechtliche Grundlagen

Die Kreis- und Stadtsparkasse UnnaKamen mit Sitz in Unna entstand am 01.01.2013 aus der Vereinigung der Kreis- und Stadtsparkasse Unna, gegründet 1839, und der städtischen Sparkasse Kamen, gegründet 1857.

Zum 01.01.2017 wurden die Kreis- und Stadtsparkasse Unna-Kamen und die Sparkasse Fröndenberg vereinigt. Das Vermögen der Sparkasse Fröndenberg ist durch Gesamtrechtsnachfolge auf die Kreis- und Stadtsparkasse Unna-Kamen übergegangen.

Im Geschäftsverkehr führt sie die Kurzbezeichnung „Sparkasse UnnaKamen“.

Öffentlicher Zweck/Beteiligungsziels

Die Sparkasse UnnaKamen ist ein regionales Wirtschaftsunternehmen mit der Aufgabe, die geld- und kreditwirtschaftliche Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft insbesondere im satzungsrechtlichen Geschäftsgebiet sicherzustellen.

Die Sparkasse führt ihre Geschäfte nach kaufmännischen Grundsätzen unter Beachtung ihres öffentlichen Auftrags. Die Erzielung von Gewinn ist nicht Hauptzweck des Geschäftsbetriebes.

Rechtsform

Die Sparkasse UnnaKamen ist eine dem gemeinen Nutzen dienende rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie ist Mitglied des Sparkassenverbands Westfalen-Lippe, Münster, und über diesen dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e.V., Berlin, angeschlossen.

Träger der Sparkasse Unna Kamen

Träger der Sparkasse ist der **Sparkassenzweckverband** des Kreises Unna, der Kreisstadt Unna, der Stadt Kamen, der Stadt Fröndenberg und der Gemeinde Holzwickede.

Organe der Sparkasse UnnaKamen

Vorstand

Verwaltungsrat

Beteiligungen der Sparkasse UnnaKamen

Die Sparkasse UnnaKamen ist an der Gelsenwasser AG, am Sparkassenverband Westfalen-Lippe sowie an der Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG beteiligt. Zudem hält sie 100 % der Anteile der S-Projekt UnnaKamen GmbH. Auf eine Darstellung der Beteiligungen wird aus Wesentlichkeitsgründen verzichtet.



Vorstand

Der Vorstand besteht aus den folgenden drei Personen:

Sparkassendirektor Klaus Moßmeier (Vorsitzender)

Sparkassendirektor Frank Röhr

Sparkassendirektor Jürgen Schneider

Vergütung des Vorstandes

Gemäß Punkt 3.3.4 des Public Corporate Governance Kodexes der Kreisstadt Unna ist die Vergütung bzw. sind die Bezüge der Mitglieder der Geschäftsführung (Vorstand) im Beteiligungsbericht aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten und Sachleistungen auszuweisen.

Mitglied	Erfolgsabhängige Bezüge in TEUR	Sonstige Vergütung in TEUR	Erfolgsunabhängige Bezüge in TEUR	Gesamtbezüge in TEUR
Moßmeier	41	12	440	493
Röhr	41	6	388	435
Schneider	41	12	388	442

Die Mitglieder des Vorstands haben für ihre Tätigkeiten im Vorstand einen Anspruch auf Ruhegehaltszahlungen. Entsprechend werden jährlich Beträge der Pensionsrückstellung zugeführt.

Mitglied	Im Jahr 2021 der Pensionsrückstellung zugeführt in TEUR
Moßmeier	521
Röhr	648
Schneider	751

Verwaltungsrat

In 2021 waren folgende Mitglieder für die Kreisstadt Unna im Verwaltungsrat vertreten:

Lfd. Nr.	Fraktion	Ordentliches Mitglied	Stellvertretendes Mitglied
1	Verw.	BM Dirk Wigant	
2.	GRÜNE	RM Claudia Keuchel	RM Karl Dittrich (bis 22.02.2021) BG Sandro Wiggerich (ab 15.06.2021)
3.	CDU	RM Rainer Engel	RM Hans-Martin Berg
4.	CDU	RM Niko Dahlhoff	RM Sandra Heinrichsen (GRÜNE)
5.	SPD	RM Sebastian Laaser	RM Anke Limbacher



Vergütung des Verwaltungsrates

Gemäß Punkt 2.7.2 des Public Corporate Governance Kodexes der Kreisstadt Unna sind die Gesamtbezüge des Aufsichtsrates (Verwaltungsrat) und die Vergütungssätze der von der Kreisstadt Unna entsandten Aufsichtsratsmitglieder individualisiert im Beteiligungsbericht auszuweisen.

Der Jahresabschluss 2021 der Sparkasse UnnaKamen weist für die Tätigkeit des Verwaltungsrates Gesamtbezüge in Höhe von 87.100,00 € aus.

Davon entfallen auf die Mitglieder der Kreisstadt Unna folgende Beträge:

Dirk Wigant	10.100,00 €
Claudia Keuchel	4.400,00 €
Rainer Engel	6.000,00 €
Niko Dahlhoff	2.700,00 €
Sebastian Laaser	5.400,00 €
Berg, Hans Martin	200,00 €
Heinrichsen, Sandra	200,00 €

Anzahl der Mitarbeiter (ohne Vorstand)	2021	2020
Angestellte		
in Vollzeit	230	239
in Teilzeit	146	144
Auszubildende	24	24
Aushilfen	0	0
Gesamt	400	407



Bilanz der letzten zwei Geschäftsjahre

	2021	2020
	in €	in €
Aktiva:		
1. Barreserve		
a) Kassenbestand	41.000.828,30	30.680.402,98
b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank	252.999.787,81	223.940.286,03
2. Schuldtitel	0,00	0,00
3. Forderungen an Kreditinstitute		
a) täglich fällig	10.407.538,34	30.782.184,32
b) andere Forderungen	20.095.101,38	15.034.261,11
4. Forderungen an Kunden	2.380.748.118,41	2.248.102.562,33
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
a) Geldmarktpapiere	0,00	0,00
b) Anleihen und Schuldverschreibungen	166.725.343,62	155.555.918,82
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	352.899.391,77	299.827.820,75
7. Beteiligungen	34.455.950,39	34.403.552,02
8. Anteile an verbundenen Unternehmen	100.000,00	100.000,00
9. Treuhandvermögen	4.801.428,84	3.618.617,74
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand	0,00	0,00
11. Immaterielle Anlagewerte	48.906,00	38.427,00
12. Sachanlagen	14.286.165,13	13.627.622,19
13. Sonstige Vermögensgegenstände	4.865.386,45	2.446.821,32
14. Rechnungsabgrenzungsposten	246.327,40	234.149,48
Summe Aktiva	3.283.680.273,84	3.058.392.626,09



	2021	2020
	in €	in €
Passiva:		
1. Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten	576.181.386,77	438.130.479,17
2. Verbindlichkeiten ggü. Kunden	2.281.669.697,65	2.210.408.685,82
3. Verbriefte Verbindlichkeiten	0,00	0,00
4. Treuhandverbindlichkeiten	4.801.428,84	3.618.617,74
5. Sonstige Verbindlichkeiten	1.874.580,13	1.422.941,66
6. Rechnungsabgrenzungsposten	904.508,25	1.185.982,60
7. Rückstellungen	55.361.069,32	51.356.238,03
8. weggefallen		
9. Nachrangige Verbindlichkeiten	4.170.032,88	6.176.586,30
10. Genussrechtskapital	0,00	0,00
11. Fond für allg. Bankrisiken	191.350.000,00	180.950.000,00
12. Eigenkapital		
a) Gezeichnetes Kapital	0,00	0,00
b) Kapitalrücklage	0,00	0,00
c) Gewinnrücklagen	165.143.094,77	163.011.958,69
d) Bilanzgewinn	2.224.475,23	2.131.136,08
Summe Passiva	3.283.680.273,84	3.058.392.626,09
1. Eventualverbindlichkeiten		
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln	0,00	0,00
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	78.015.485,39	56.078.772,10
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten	0,00	0,00
2. Andere Verpflichtungen		
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften	0,00	0,00
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen	0,00	0,00
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen	335.280.292,72	159.162.289,84



Gewinn- und Verlustrechnung der letzten zwei Geschäftsjahre

	2021	2020
	in €	in €
1. Zinserträge	49.358.917,17 €	51.496.484,00 €
2. Zinsaufwendungen	-11.369.284,91 €	-9.984.208,93 €
3. Lfd. Erträge aus Aktien, Beteiligungen	6.649.266,06 €	5.653.891,42 €
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften	0,00 €	0,00 €
5. Provisionserträge	21.898.808,08 €	20.020.093,54 €
6. Provisionsaufwendungen	-2.261.296,46 €	-1.823.000,14 €
7. Nettoerträge aus Handelsbeständen und sonstigen betrieblichen Erträgen	0,00 €	0,00 €
8. Sonstige betriebliche Erträge	901.497,34 €	2.552.035,00 €
9. weggefallen		
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	-40.350.486,54 €	-39.300.467,00 €
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte	-1.662.981,20 €	-1.677.132,00 €
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-2.298.997,86 €	-2.622.051,00 €
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Wertpapiere sowie Forderungen	190.773,68 €	481.751,00 €
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft	25.778,70 €	0,00 €
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen	0,00 €	0,00 €
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen	0,00 €	0,00 €
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme	0,00 €	0,00 €
18. Zuführung zum Fonds für allg. Bankrisiken	-10.400.000,00 €	-13.000.000,00 €
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	10.300.446,70 €	10.830.892,00 €
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-8.001.057,57 €	-8.562.323,00 €
Sonstige Steuern	-74.913,90 €	-137.432,00 €
Jahresüberschuss	2.224.475,23 €	2.131.136,08 €
Bilanzgewinn	2.224.475,23 €	2.131.136,08 €



Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Gesellschafterversammlung und Aufsichtsrat nach Geschlecht

Gemäß §12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Verwaltungsrat der Sparkasse UnnaKamen gehören von den gesamten 24 Mitgliedern 5 Frauen an (Frauenanteil: 20,83 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent unterschritten.



Lagebericht

1. Grundlagen der Geschäftstätigkeit der Sparkasse

Die Kreis- und Stadtsparkasse Unna-Kamen ist gemäß § 1 SpkG eine Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie ist Mitglied des Sparkassenverbands Westfalen-Lippe (SVWL), Münster und über diesen dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e. V. (DSGV), Berlin, angeschlossen. Sie ist beim Amtsgericht Hamm unter der Nummer A 2364 im Handelsregister eingetragen.

Träger der Sparkasse ist der Sparkassenzweckverband, der von dem Kreis Unna, der Kreisstadt Unna, der Stadt Kamen, der Stadt Fröndenberg und der Gemeinde Holzwickede gebildet wird. Der Sparkassenzweckverband ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit Sitz in Unna. Satzungsgebiet der Sparkasse sind das Gebiet des Trägers sowie die angrenzenden Kreise. Organe der Sparkasse sind der Vorstand und der Verwaltungsrat.

Im Geschäftsverkehr führt die Sparkasse die Kurzbezeichnung "Sparkasse UnnaKamen".

Die Sparkasse ist Mitglied im Sparkassenverband SVWL und über dessen Sparkassen-Teilfonds dem Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe angeschlossen. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) hat das institutsbezogene Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe als Einlagensicherungssystem nach dem Einlagensicherungsgesetz (EinSiG) amtlich anerkannt. Das Sicherungssystem stellt im Entschädigungsfall sicher, dass den Kunden der Sparkassen der gesetzliche Anspruch auf Auszahlung ihrer Einlagen gemäß dem EinSiG erfüllt werden kann („gesetzliche Einlagensicherung“). Darüber hinaus ist es das Ziel des Sicherungssystems, einen Entschädigungsfall zu vermeiden und die Sparkassen selbst zu schützen, insbesondere deren Liquidität und Solvenz zu gewährleisten („diskretionäre Institutssicherung“). Die Mitgliederversammlung des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV) hat am 27. August 2021 einen gemeinsamen Beschluss zur Weiterentwicklung des gemeinsamen Sicherungssystems gefasst. Mit ihrer Entscheidung kommt die Gruppe entsprechenden Feststellungen der Aufsichtsbehörden nach. Kern der Einigung ist u. a. ein zusätzlicher Sicherungsfonds, der von den Instituten ab 2025 zu befüllen ist und zusätzlich zu den bestehenden Sicherungsmitteln zur Verfügung stehen soll. Damit soll ermöglicht werden, im Falle einer Krise noch schneller handlungsfähig zu sein. Die Ergebnisse der Mitgliederversammlung des DSGV werden in einem nächsten Schritt den Aufsichtsbehörden vorgelegt.

Die Sparkasse bietet als selbstständiges regionales Wirtschaftsunternehmen zusammen mit ihren Partnern aus der Sparkassen-Finanzgruppe Privatkunden, Unternehmen und Kommunen Finanzdienstleistungen und -produkte an, soweit das Sparkassengesetz oder die Satzung keine Einschränkungen vorsehen. Der im Sparkassengesetz verankerte öffentliche Auftrag verpflichtet die Sparkasse, mit ihrer Geschäftstätigkeit in ihrem Geschäftsgebiet den Wettbewerb zu stärken und die angemessene und ausreichende Versorgung aller Bevölkerungskreise, der Wirtschaft - insbesondere des Mittelstands - und der öffentlichen Hand mit Bankdienstleistungen sicherzustellen.

Die Gesamtzahl der Beschäftigten hat sich bis zum 31. Dezember 2021 gegenüber dem Vorjahr um 1,72% auf 400 verringert, von denen 230 vollzeitbeschäftigt, 146 teilzeitbeschäftigt sowie 24 in Ausbildung sind. Der Rückgang ist Folge einer natürlichen Fluktuation.

Die Gesamtzahl unserer Geschäftsstellen bleibt in dem Berichtszeitraum gegenüber dem Vorjahr unverändert.



2. Wirtschaftsbericht

2.1 Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen im Jahr 2021

Nach dem historischen Einbruch der Wirtschaftsleistung in 2020 war auch das Jahr 2021 durch die Corona-Pandemie geprägt. Obwohl sich die Hoffnungen auf eine Überwindung der Pandemie nicht erfüllten und neue Probleme (z. B. Störungen der Lieferketten, insbesondere bei Halbleitern) auftraten, hat sich die Weltwirtschaft im vergangenen Jahr deutlich erholt. Die Prognose zur Entwicklung der weltweiten Produktion, die der Internationale Währungsfonds (IWF) zum Jahresbeginn 2021 veröffentlicht hatte (+5,5 %), wurde mit 5,9 % übertroffen, ebenso hat sich der Welthandel stärker als vor einem Jahr prognostiziert belebt (9,3 % statt 8,1 %).

Deutschland verzeichnete im Gesamtjahr 2021 nach dem starken Rückgang des Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 4,6 % im Vorjahr eine Zunahme des BIP um 2,9 %. Der größte Teil war auf den Außenbeitrag und die staatlichen Konsumausgaben zurückzuführen. Die zum Jahreswechsel 2020/2021 veröffentlichten Prognosen für die Entwicklung der deutschen Wirtschaft wurden jedoch verfehlt (damals wurde ein BIP-Zuwachs von +3,1 % bis +5,3 % erwartet). Dies lag vor allem an der starken Zunahme des Infektionsgeschehens sowie Lieferengpässen, die sich von einem Problem einzelner Branchen und Unternehmen zu einem nahezu flächendeckenden Problem - insbesondere für das produzierende Gewerbe - ausgewachsen haben. Der Wachstumsbeitrag des Außenhandels (Außenbeitrag) fiel nach einem negativen Wert im Vorjahr mit +0,8 %-Punkten positiv aus. Die Exporte stiegen um 9,9 %, die Importe um 9,3 %. Der private Konsum verharrte im Gesamtjahr 2021 annähernd auf dem Niveau von 2020 und die Sparquote ging um rund einen Prozentpunkt auf 15,0 % zurück (2020: 16,1 %).

Angesichts der weitreichenden ökonomischen Folgen der Corona-Pandemie hat sich der deutsche Arbeitsmarkt als sehr robust erwiesen. 2021 stagnierte die Zahl der Erwerbstätigen im Jahresdurchschnitt; im Jahresverlauf gab es jedoch einen deutlichen Anstieg um 506.000 oder 1,1 %. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, die bereits im Krisenjahr 2020 nur geringfügig zurückgegangen war (-0,3 %), konnte in 2021 ein Plus von 1,4 % verzeichnen. Die Inanspruchnahme von Kurzarbeit fiel im Vergleich zum Rekordniveau im Vorjahr (2,94 Mio.) deutlich geringer aus, blieb jedoch mit jahresdurchschnittlich rund 1,85 Mio. auf einem sehr hohen Niveau (2019: 145.000). Die Zahl der Arbeitslosen sank im Jahresdurchschnitt 2021 um 82.000 (-3 %) auf 2.613.000. Die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote belief sich auf 5,7 % im Bundesgebiet (2020: 5,9 %); in Nordrhein-Westfalen sank sie von 7,5 % im Vorjahr auf 7,3 %.

Der Arbeitsmarkt hat sich in den vergangenen zwei Jahren auch deshalb so robust erwiesen, weil die befürchtete Zunahme der Unternehmensinsolvenzen als Folge der Corona-Pandemie bislang ausgeblieben ist. 2021 nahm die Zahl der Unternehmensinsolvenzen gegenüber dem Vorjahr sogar um 10,8 % auf 14.300 ab und erreichte damit den niedrigsten Stand seit 1999. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass bislang massive Finanzhilfen und andere staatliche Eingriffe einem Anstieg der Insolvenzen entgegenwirken.

Die Verbraucherpreise sind in Deutschland in 2021 so stark wie seit 1993 nicht mehr gestiegen (+3,1 %). Die Inflationsrate fiel weit höher aus als vor einem Jahr prognostiziert, obwohl eine gewisse Gegenbewegung bei den Energiepreisen zum damaligen Zeitpunkt bereits genauso zu erwarten war wie die preissteigernden Effekte der Wiederanhebung der Mehrwertsteuer (1 %-Punkt) und der Einführung der CO²-Steuer (0,3 %-Punkte). Auch die Lieferengpässe und die dadurch verursachten Preisanstiege fielen weit stärker aus als zu Jahresbeginn erwartet. Nach einem nahezu konstanten Anstieg der Inflationsrate im Jahresverlauf erreichte die Preissteigerung gegenüber dem Vorjahresmonat im Dezember mit einem Plus von 5,3 % ihren vorläufigen Höhepunkt; einen stärkeren Preisanstieg hatte es zuvor im Juni 1992 gegeben. Auch die Preissteigerungen auf dem Immobilienmarkt setzten sich



fort und erreichten im 3. Quartal mit einem Anstieg von 12,0 % gegenüber dem Vorquartal den größten Preisanstieg bei Wohnimmobilien seit 2000.

Die Zentralbanken setzten ihren expansiven Kurs in der Geldpolitik grundsätzlich auch in 2021 fort. Allerdings haben einzelne Notenbanken ihren Expansionsgrad im Jahresverlauf bereits reduziert, andere haben eine Straffung der Geldpolitik angekündigt. Die Europäische Zentralbank (EZB) blieb sehr abwartend. Zwar hat sie angekündigt, Ende März 2022 die Nettoankäufe im Rahmen des Pandemie-Notfallkaufprogramms PEPP einzustellen, gleichzeitig jedoch den Wiederanlagezeitraum für das PEPP bis mindestens Ende 2024 verlängert und zudem eine vorübergehende Aufstockung des monatlichen Ankaufvolumens im Rahmen des Programms zum Ankauf von Vermögenswerten (APP) angekündigt. Der Zinssatz für die Anlage von Überschussliquidität der Banken, die über den von der Zentralbank festgesetzten unverzinslichen Freibetrag in Höhe des Sechsfachen des Mindestreserve-Solls hinausgeht, blieb unverändert bei -0,5 %.

Auch die Fiskalpolitik hat ihren expansiven Kurs fortgesetzt. Viele der in 2020 aufgelegten staatlichen Unterstützungsmaßnahmen wurden fortgesetzt, andere ausgeweitet. Seit Beginn der Corona-Pandemie summierten sich die Hilfen auf Bundesebene auf 170 Mrd. Euro. Die vielfältigen Stabilisierungsmaßnahmen der Politik haben den wirtschaftlichen Abschwung abgefedert, hatten aber auch einen erheblichen Anstieg der öffentlichen Verschuldung zur Folge. Die staatlichen Ausgaben der Bundesrepublik stiegen um 7,4 % und die Einnahmen um 8,9 %, was vor allem an höheren Einnahmen aus Unternehmenssteuern und der Wiederanhebung der Mehrwertsteuer lag. Das daraus resultierende Finanzierungsdefizit liegt mit 132,5 Mrd. EUR rund 12,8 Mrd. EUR unter dem Vorjahr.

Nachdem die Aktienmärkte bereits im Jahresverlauf 2020 den dramatischen Einbruch des Frühjahrs 2020 ausgleichen konnten, haben die meisten Indizes auch in 2021 weitere Steigerungen verzeichnet. Der Deutsche Aktienindex (DAX) schloss am 30. Dezember 2021 mit 15.885 Punkten, ein Plus von fast 16 % im Jahresverlauf. Noch deutlicher konnten der EUROSTOXX 50 mit gut 20 % und der weltweit wichtigste Leitindex S&P 500 mit einem Plus von rund 27 % zulegen.

Die Entwicklung an den zinsbezogenen Geld- und Kapitalmärkten war im Jahr 2021 geprägt von anhaltend niedrigen Renditen. Für Geldmarktgeschäfte und Anleihen der öffentlichen Hand sowie Zinswapgeschäfte unter Banken waren zumindest für Laufzeiten bis zu 10 Jahren im Jahresverlauf weiterhin negative Renditen festzustellen. Im mittel- und insbesondere im langfristigen Laufzeitbereich stiegen die Renditen gegen Ende des Jahres 2021 deutlich an; eine Entwicklung, die auch zu Beginn des Jahres 2022 anhielt. Die Rendite der auch für das Kundengeschäft wichtigen Bezugsgröße „Bundesanleihen mit zehnjähriger Laufzeit“ erreichte im Januar 2022 erstmals seit fast drei Jahren wieder einen positiven Wert. Mitte Februar 2022 lag die Rendite mit rd. 0,3 % um rd. 0,7 %-Punkte über dem Wert im Februar 2021 (-0,4 %). Einen vergleichbaren Trend verzeichneten auch die langfristigen Zinswapgeschäfte unter Banken.

Die Kredite an inländische Nichtbanken stiegen nach Angaben der Deutschen Bundesbank von November 2020 bis November 2021 um 4,3 %, nach einer Zunahme um 4,0 % im Vorjahreszeitraum. Maßgeblich dazu beigetragen haben die langfristigen Kredite an Unternehmen und Privatpersonen (November 2021: +5,7 % gegenüber dem Vorjahresmonat), insbesondere die Kredite für den Wohnungsbau (September 2021: +7,4 % gegenüber dem Vorjahresmonat).

Auf der Einlagenseite hat sich das anhaltende Wachstum an Einlagen in den vergangenen Jahren in 2021 verlangsamt fortgesetzt. Die Einlagen von Nichtbanken im Inland nahmen von November 2020 bis November 2021 um 2,9 % zu, die täglich fälligen Bankguthaben um 6,8 % gegenüber 12,1 % im Vorjahreszeitraum.

Eine ähnliche Entwicklung war auch bei den Sparkassen in Westfalen-Lippe zu verzeichnen, deren Bilanzsumme um 5,7 % auf 162,1 Mrd. EUR anstieg. Das Kreditvolumen wuchs auf Vorjahresniveau



mit 5,4 % weiter deutlich. Während der Kreditbestand an Unternehmen und wirtschaftlich Selbstständige im Jahr 2021 um 6,1 % auf 56,9 Mrd. EUR anstieg, erhöhte sich der Kreditbestand der Privatkunden um 5,6 % auf 46,7 Mrd. EUR. Beim privaten Wohnungsbaukreditneugeschäft setzte sich der Trend der letzten Jahre fort. Die Darlehenszusagen an Firmenkunden erhöhten sich um 4,9 %, die an Privatkunden um 8,6 %.

Auch bei den westfälisch-lippischen Sparkassen hat sich der Zufluss bei den Kundeneinlagen im Berichtsjahr fortgesetzt, wenn auch langsamer als im Vorjahr. Die Privatkunden konnten durch die Lockerungen der Corona-Maßnahmen in den Sommermonaten wieder mehr Geld für Freizeit, Urlaub und Ausflüge ausgeben - das führte zu einem leichten Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Sparquote auf 15,2 % (2020: 16,1 %). Der Gesamtbestand der Kundeneinlagen erhöhte sich um 4,6 Mrd. Euro bzw. 4,0 % auf 117,5 Mrd. Euro (2020: +9,0 %). Dem Branchentrend folgend kam es insbesondere bei täglich fälligen Einlagen - wie bereits in den zurückliegenden Jahren - zu besonders starken Mittelzuflüssen. Der Anteil der täglich fälligen Einlagen an den gesamten Kundeneinlagen erreichte zum Jahresende 2021 mit 70,0 % einen neuen historischen Höchststand (nach 67,7 % in 2020). Der Überhang an Einlagen gegenüber den Krediten (Passivüberhang) hat sich gegenüber dem Vorjahr leicht auf 9,6 Mrd. EUR (2020: 10,6 Mrd. EUR) verringert. Der Nettoabsatz von Wertpapieren an Privatpersonen hat gegenüber dem Jahr 2020 von 1,4 Mrd. EUR auf 2,6 Mrd. EUR zugelegt.

Das in Folge der Geldpolitik der EZB anhaltend niedrige Zinsniveau macht sich weiterhin negativ in der Ertragslage der Banken bemerkbar. Dies betrifft insbesondere Sparkassen, die - neben den Genossenschaftsbanken - aufgrund ihres Geschäftsmodells besonders von rückläufigen Zinserträgen betroffen sind. Nach Angaben der Deutschen Bundesbank sanken beispielsweise die Effektivzinssätze im Bestandsgeschäft mit privaten Wohnungsbaukrediten (mit einer ursprünglichen Laufzeit von mehr als 5 Jahren) von Januar bis November 2021 weiter von 1,95 % auf 1,77 %. Allerdings war im Neugeschäft mit privaten Wohnungsbaukrediten eine Trendwende festzustellen, wenn auch auf niedrigem Niveau. Nachdem das Zinsniveau in 2020 noch rückläufig war, verzeichnete die Deutsche Bundesbank von Januar bis November 2021 einen Anstieg der Effektivzinssätze von 1,23 % auf 1,36 %.

Dem standen im Jahr 2021 kaum veränderte Effektivzinssätze für Einlagen (insbesondere Sichteinlagen) von Privatkunden gegenüber. Die aus den starken Mittelzuflüssen resultierende Anlage der Überschussliquidität der deutschen Kreditinstitute bei der Deutschen Bundesbank führte zudem zu entsprechenden Zahlungen von Negativzinsen.

Die deutschen Kreditinstitute hatten ihre Kreditrisikovorsorge in 2020 erheblich gesteigert. Die befürchtete Insolvenzwelle blieb jedoch bislang aus. So markierte das Jahr 2021 einen Tiefstand der Unternehmensinsolvenzen seit Einführung der Insolvenzordnung im Jahr 1999. Die Unsicherheit über den weiteren Verlauf der Pandemie bleibt jedoch ebenso wie das anhaltende Niedrigzinsumfeld ein Risiko für die Ertragslage der Kreditinstitute.

Die Analyse für die Kreditwirtschaft im Allgemeinen gilt im Wesentlichen auch für die westfälisch-lippischen Sparkassen. Die Rückgänge aus der zentralen Ertragsquelle „Zinsüberschuss“ der Sparkassen konnten vollständig durch gesteigerte Provisionsüberschüsse ausgeglichen werden, so dass - unter Berücksichtigung von sehr moderat gestiegenen Verwaltungsaufwendungen - das Betriebsergebnis vor Bewertungsmaßnahmen in absoluten Zahlen nahezu den Vorjahreswert erreichte.

Die durch die Corona-Pandemie ausgelöste Krise der Realwirtschaft wirkt sich auch auf die wirtschaftliche Situation einer Vielzahl der privaten und gewerblichen Kreditnehmer aus. Die finanzielle Substanz der Kreditnehmer, die staatlichen Unterstützungsmaßnahmen sowie eine breite Streuung der Kreditvergaben über verschiedene Branchen haben bislang dazu beigetragen, dass sich die Aufwendungen für Risikovorsorge im Kreditgeschäft bei der Gesamtheit der westfälisch-lippischen Sparkassen auch im Jahr 2021 auf einem moderaten Niveau bewegen.



2.2. Veränderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen im Jahr 2021

Neben den gesamtwirtschaftlichen Einflüssen haben auch die Entwicklungen der rechtlichen Rahmenbedingungen das Geschäftsjahr 2021 mitgeprägt. Dies umfasst neben Entwicklungen im Aufsichtsrecht der Kreditinstitute insbesondere gesetzgeberische Initiativen zum Themenbereich „Nachhaltigkeit“. Darüber hinaus sind Entscheidungen des Bundesgerichtshofs (BGH) zu zwei die gesamte Kreditwirtschaft betreffenden Grundsatzfragen zu nennen. Im Einzelnen ist hervorzuheben:

Die nach der Finanzmarktkrise 2009/2010 eingeleiteten aufsichtsrechtlichen Regulierungsmaßnahmen wurden auch im Jahr 2021 fort- bzw. umgesetzt. So wurde beispielsweise von der BaFin im August 2021 die 6. MaRisk Novelle veröffentlicht, mit der u. a. Leitlinien der europäischen Bankaufsichtsbehörde (EBA) zu notleidenden und gestundeten Risikopositionen sowie zu Auslagerungen umgesetzt worden sind. Ebenfalls im August 2021 hat die BaFin eine neue Fassung der „Bankaufsichtlichen Anforderungen an die IT (BAIT)“ veröffentlicht, mit der sie ihre Erwartungen an die IT und die Informationssicherheit von Banken weiter konkretisiert.

Von besonderer Bedeutung sind darüber hinaus die im Jahr 2021 von der BaFin bzw. der Europäischen Kommission vorbereiteten bzw. eingeleiteten Maßnahmen im Zusammenhang mit den von Banken zu erfüllenden Eigenmittelanforderungen. Bereits zum 1. Februar 2022 wurde im Rahmen einer Allgemeinverfügung der sogenannte „antizyklische Kapitalpuffer“ von bislang null auf 0,75 % der risikogewichteten Risikopositionswerte angehoben. Die Quote ist ab 1. Februar 2023 einzuhalten. Darüber hinaus beabsichtigt die BaFin, nach einer Abstimmung u. a. mit der Europäischen Zentralbank (EZB) zum 1. April 2022 eine Allgemeinverfügung für die Einführung eines sektoralen Systemrisikopuffers von 2,0 Prozent der risikogewichteten Risikopositionswerte auf mit Wohnimmobilien besicherte Kredite zu veröffentlichen. Beide Maßnahmen, die mit der starken Kreditvergabe durch den Bankensektor und der Preisentwicklung an den Immobilienmärkten begründet werden, wirken kurzfristig auf die Eigenmittelanforderungen.

Daneben hat die EU-Kommission im Oktober 2021 ihre Vorschläge zur Umsetzung der Finalisierung von Basel IV vorgelegt. Mit diesem sog. „Bankenpaket 2021“ sollen die Vorgaben des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht (BCBS) zum 1. Januar 2025 in europäisches Recht umgesetzt werden. Es enthält umfangreiche Änderungen der Kapitalanforderungen im Rahmen der Kapitaladäquanzrichtlinie (CRD VI) und -verordnung (CRR III). Die Vorschläge befinden sich im weiteren Legislativverfahren der EU. Es ist jedoch absehbar, dass sie mittelfristig zu weiter steigenden Eigenmittelanforderungen führen werden. Darüber hinaus ist im „Bankenpaket 2021“ auch das Thema „Nachhaltigkeit“ und u. a. dessen Berücksichtigung im Risikomanagement der Kreditinstitute stärker verankert. Dies fügt sich ein in eine Vielzahl gesetzgeberischer und regulatorischer Maßnahmen u. a. zur stärkeren Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsaspekten in der Unternehmensberichterstattung. Dazu hat die EU-Kommission am 21. April 2021 vorgeschlagen, den Kreis der Unternehmen, die einen Nachhaltigkeitsbericht erstellen müssen, ab dem Geschäftsjahr 2023 deutlich auszuweiten. Unternehmen, die bereits heute gesetzlich verpflichtet sind, eine nichtfinanzielle Erklärung zu erstellen, haben, beginnend mit dem Geschäftsjahr 2021 umfassende neue Datenerhebungs- und Offenlegungsanforderungen im Rahmen der EU-Taxonomie Verordnung (EU 2020/852) und der damit einhergehenden delegierten Rechtsakte zu erfüllen.

Insgesamt müssen sich die Kreditinstitute auf eine Fortsetzung der Regulierungspolitik der letzten Jahre, kurz- und mittelfristig auf erhöhte Eigenmittelanforderungen sowie eine ihrer zentralen gesamtwirtschaftlichen Verantwortung und Funktion entsprechenden bedeutsamen Rolle bei den weiteren gesetzlichen Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Thema „Nachhaltigkeit“ einstellen.



Die oben genannten Entscheidungen des BGH betreffen folgende Sachverhalte:

Mit Urteil vom 27. April 2021 (AGB-Urteil, XI ZR 26/20) hat der BGH entschieden, dass bislang in der deutschen Kreditwirtschaft weit verbreitete Klauseln in Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) unwirksam sind, die AGB-Änderungen ohne aktive Zustimmung des Kunden vorsahen.

Mit Urteil vom 6. Oktober 2021 (XI ZR 234/20) hat der BGH über die Revision im Musterfeststellungsverfahren zu Zinsanpassungsklauseln bei Prämiensparverträgen entschieden. Gegenstand des Verfahrens war im Kern die Frage, wie der während der typischerweise längeren Laufzeit dieser von vielen Banken und Sparkassen angebotenen Verträge veränderliche Zinssatz für die laufende Verzinsung zu berechnen ist. Vertragliche Regelungen mit Kunden, die eine Festlegung im Ermessen des Kreditinstituts vorsehen, sind unzulässig.

Für weitere Informationen zu den Auswirkungen auf unseren Jahresabschluss 2021 verweisen wir auf den Anhang zum Jahresabschluss (Abschnitte B und D) und die weiteren Ausführungen in diesem Lagebericht Abschnitt 2.5 Darstellung, Analyse und Beurteilung der Lage.

2.3. Bedeutsamste finanzielle Leistungsindikatoren

Die Kennziffern Verwaltungsaufwand⁵, Cost-Income-Ratio (CIR)⁶, Betriebsergebnis vor Bewertung⁷ in Prozent der Durchschnittsbilanzsumme (DBS), Wachstum DBS⁸ sowie Gesamtkapitalquote nach CRR⁹, die der internen Steuerung dienen und in die Berichterstattung einfließen, wurden als bedeutsamste finanzielle Leistungsindikatoren definiert.

⁵ Verwaltungsaufwand = Personal- und Sachaufwand gemäß Abgrenzung des Betriebsvergleichs der Sparkassenorganisation (bereinigt um neutrale und aperiodische Positionen)

⁶ Cost-Income-Ratio = Verwaltungsaufwand in Relation zum Zins- und Provisionsüberschuss zuzüglich Saldo der sonstigen ordentlichen Erträge und Aufwendungen gemäß Abgrenzung des Betriebsvergleichs (bereinigt um neutrale und aperiodische Positionen)

⁷ Betriebsergebnis vor Bewertung = Zins- und Provisionsüberschuss zuzüglich Saldo der sonstigen ordentlichen Erträge und Aufwendungen und abzüglich der Verwaltungsaufwendungen gemäß Abgrenzung des Betriebsvergleichs (bereinigt um neutrale und aperiodische Positionen)

⁸ Wachstum Durchschnittsbilanzsumme = in der Abgrenzung des Betriebsvergleichs

⁹ Gesamtkapitalquote nach CRR = Verhältnis der angerechneten Eigenmittel bezogen auf die risikobezogenen Positionswerte (Adresssausfall-, operationelle, Markt- und CVA-Risiken)



2.4. Darstellung, Analyse und Beurteilung des Geschäftsverlaufs

	Bestand		Veränderung	Veränderung	Anteil in % der Bilanzsumme
	2021	2020			
	Mio. EUR	Mio. EUR			
Bilanzsumme	3.283,7	3.058,4	+225,3	+7,4	100,0
Geschäftsvolumen ¹	3.391,1	3.147,1	+244,0	+7,8	
Forderungen an Kreditinstitute	30,5	45,8	-15,3	-33,4	0,9
Forderungen an Kunden	2.385,5	2.251,7	+133,8	+5,9	72,6
Wertpapieranlagen	519,6	455,4	+64,2	+14,1	15,8
Anteilsbesitz	34,6	34,5	+0,1	+0,3	1,1
Sachanlagen	14,3	13,6	+0,7	+5,1	0,4
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	581,0	441,7	+139,3	+31,5	17,7
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	2.281,7	2.210,4	+71,3	+3,2	69,5
Rückstellungen	55,4	51,4	+4,0	+7,8	1,7
Eigenkapital	358,7	346,1	+12,6	+3,6	10,9

¹Geschäftsvolumen =

Bilanzsumme zuzüglich Avalkredite sowie Wertberichtigungen und Vorsorgereserven

2.4.1. Bilanzsumme und Durchschnittsbilanzsumme

Entgegen dem im Vorjahr erwarteten leichten Anstieg ist das Wachstum der Bilanzsumme von 7,4 % insbesondere auf die Steigerung des Kundenkreditgeschäfts und der Kundeneinlagen sowie der Aufnahme von Refinanzierungsmitteln bei Kreditinstituten zurückzuführen. Die durchschnittliche Bilanzsumme als bedeutsamster Leistungsindikator ist um 10,11 % auf 3.169.659 TEUR gegenüber dem Vorjahr angestiegen. Damit ist die DBS deutlich stärker angestiegen als prognostiziert.

2.4.2. Aktivgeschäft

2.4.2.1. Forderungen an Kreditinstitute

Der Rückgang der täglich fälligen Forderungen an Kreditinstitute ist vor allem auf die stichtagsbedingte Abnahme der unterhaltenen Liquiditätsreserven zurückzuführen. Der Bestand an anderen Forderungen entfällt vollständig auf Darlehensforderungen gegenüber einem anderen Kreditinstitut.

2.4.2.2. Forderungen an Kunden

Das Wachstum der Forderungen an Kunden vollzog sich fast ausschließlich im langfristigen Bereich. Insbesondere bei den gewerblichen Kreditkunden waren vor allem im langfristigen Bereich infolge der weiterhin vorhandenen Investitionsbereitschaft hohe Zuwächse zu beobachten. Unsere Privatkunden nutzen die im langfristigen Vergleich nach wie vor günstigen Konditionen und bevorzugten weit überwiegend langfristige Kreditlaufzeiten für Baufinanzierungen.



Die Sparkasse hat im Geschäftsjahr 2021 neue Kredite in Höhe von insgesamt 677,2 Mio. EUR zugesagt (Vorjahr 464,7 Mio. EUR). Die Darlehenszusagen zur Finanzierung des Wohnungsbaus erhöhten sich im Gesamtjahr um 36,3% auf 279,7 Mio. EUR.

Insgesamt verlief die Entwicklung der Forderungen an Kunden gemessen an bilanziellen Werten mit einem Zugang von 5,9 % deutlich oberhalb der Planung von 1,8 %.

2.4.2.3. Wertpapiereigenanlagen

Zum Bilanzstichtag erhöhte sich der Bestand an Wertpapieranlagen gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 64,2 Mio. EUR auf 519,6 Mio. EUR. Für den Zugang waren vor allem Neuanlagen in Fonds in Höhe von 53,1 Mio. EUR maßgeblich. Hier haben wir im Geschäftsjahr insbesondere unseren Bestand an Aktienfondsanlagen aufgestockt.

2.4.2.4. Anteilsbesitz

Im Geschäftsjahr 2021 betrug das Volumen der Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen nahezu unverändert 34,6 Mio. EUR und entfiel mit 33,6 Mio. EUR auf die Beteiligung am SVWL und mit 0,9 Mio. EUR auf die indirekte Beteiligung an der Landesbank Berlin Holding AG.

Trotz der prognostizierten Erwartung, wonach Abschreibungen auf Beteiligungen nicht auszuschließen sind, waren Abschreibungen auf Beteiligungen nicht vorzunehmen.

2.4.2.5. Sachanlagen

Die technischen und baulichen Maßnahmen im Zusammenhang mit der Umsetzung unseres Geschäftsstellenkonzepts und die Erweiterung des Selbstbedienungsangebots bildeten einen Schwerpunkt der Investitionen.

2.4.3. Passivgeschäft

2.4.3.1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten zeigten eine kräftige Zunahme von 139,3 Mio. EUR. Es handelt sich dabei zum einen um Mittel, die der Finanzierung des langfristigen Kreditgeschäfts dienen. Zum anderen hat die Sparkasse an langfristigen Refinanzierungsgeschäften (GLRG III) der Deutschen Bundesbank teilgenommen und kurzfristige Termingeldaufnahmen getätigt.

2.4.3.2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden / Mittelaufkommen von Kunden

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden erhöhten sich von 2.210,4 Mio. EUR auf 2.281,8 Mio. EUR. Die Zunahme (+71,4 Mio. EUR) resultiert weitgehend aus der Entwicklung der Sichteinlagen. Vor dem Hintergrund der unklaren wirtschaftlichen Entwicklung sowie dem weiterhin niedrigen Zinsniveau bevorzugten unsere Kunden liquide Anlageformen. Der Zuwachs wurde sowohl von der privaten als auch der gewerblichen Kundschaft bewirkt. Die Privatkunden erhöhten ihre bilanziellen Eigenbestände um 18,4 Mio. EUR und die Unternehmen 55,7 Mio. EUR. Die im Vorjahr geäußerten Erwartungen zur Bestandsentwicklung der Kundeneinlagen (+ 53 Mio. EUR) wurden leicht übertroffen.

2.4.4. Dienstleistungsgeschäft



Im Dienstleistungsgeschäft haben sich im Jahr 2021 folgende Schwerpunkte ergeben:

Zahlungsverkehr

Der Bestand an Girokonten konnte nahezu gehalten werden, während sich die Anzahl der vermittelten Kreditkarten gegenüber dem Vorjahr um 100 auf 1.088 verringerte.

Vermittlung von Wertpapieren

Im Wertpapiergeschäft lag der Schwerpunkt bei den Investmentanteilen. Das niedrige Zinsniveau führte zudem zu einer deutlichen Belebung des Wertpapierumsatzes mit Aktien. Die Wertpapierumsätze insgesamt stiegen gegenüber dem Vorjahr um 25,1 % und erreichten einen Wert von 270,7 Mio. EUR.

Immobilienvermittlung

Aufgrund der großen Nachfrage in der Region wird das Angebot an gebrauchten Immobilien immer enger. Trotz dieser Marktlage wurden insgesamt 62 Objekte vermittelt, was einen Rückgang gegenüber dem Vorjahr von 25,3 % bedeutet. Der Verkaufswert der vermittelten Immobilien verringerte sich jedoch lediglich um 14,4%.

Vermittlung von Bausparverträgen und Versicherungen

Im Geschäftsjahr wurden insgesamt 317 Bausparverträge mit einer durchschnittlichen Bausparsumme von 71,5 TEUR und einem Volumen von insgesamt 22,7 Mio. EUR abgeschlossen, was eine Steigerung des Volumens gegenüber dem Vorjahr von 3,5% bedeutet.

An Sach-, Leben- und Rentenversicherungen konnten 1.872 Verträge mit einer Versicherungssumme von 24,3 Mio. EUR vermittelt werden, was einen Anstieg gegenüber dem Vorjahr von 14,0 % bedeutet.

2.4.5 Derivate

Die derivativen Finanzinstrumente dienen ausschließlich der Sicherung der eigenen Positionen und nicht spekulativen Zwecken. Hinsichtlich der zum Jahresende bestehenden Geschäfte wird auf die Darstellung im Anhang verwiesen.

2.4.6 Investitionen

Im Berichtszeitraum wurde die geplante Modernisierung einer Geschäftsstelle realisiert.

2.5. Darstellung, Analyse und Beurteilung der Lage

2.5.1. Vermögenslage

Trotz des Anstiegs des Kundenkreditvolumens (+133,8 Mio EUR) hat sich dessen Anteil an der gestiegenen Bilanzsumme von 73,6 % auf 72,6 % verringert. Auch der Anteil der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden verringerte sich trotz der hohen Zuwächse (+71,4 Mio EUR) von 72,3 % auf 69,5 %. Sämtliche Vermögensgegenstände und Rückstellungen werden vorsichtig bewertet. Die Rückstellungen werden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags angesetzt. Einzelheiten sind dem Anhang zum Jahresabschluss zu entnehmen. Für besondere Risiken des Geschäftszweigs der Kreditinstitute wurde zusätzlich Vorsorge getroffen.



Die zum Jahresende ausgewiesenen Gewinnrücklagen erhöhten sich durch die Zuführung des Bilanzgewinns 2020. Insgesamt weist die Sparkasse inklusive des Bilanzgewinns 2021 vor Gewinnverwendung ein Eigenkapital von 167,4 Mio. EUR (Vorjahr 165,1 Mio. EUR) aus. Neben den Gewinnrücklagen verfügt die Sparkasse über umfangreiche weitere aufsichtliche Eigenkapitalbestandteile. So wurde der Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB durch eine zusätzliche Vorsorge von 10,4 Mio. EUR auf 191,4 Mio. EUR erhöht.

Die in Kapitel 2.2 „Veränderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen im Jahr 2021“ sowie dem Anhang beschriebenen Auswirkungen des BGH-Urteils im Zusammenhang mit den Zinsanpassungsklauseln in langfristigen Sparverträgen (6. Oktober 2021, XI ZR 234/20) auf die Vermögenslage beurteilen wir insgesamt als nicht unerheblich. Für weitere Informationen zu den Auswirkungen auf unseren Jahresabschluss 2021 verweisen wir auf den Anhang zum Jahresabschluss (Abschnitte B und D).

Die Gesamtkapitalquote gemäß Art. 92 CRR (Verhältnis der angerechneten Eigenmittel bezogen auf die anrechnungspflichtigen Positionen; bedeutsamster Leistungsindikator) übertrifft am 31. Dezember 2021 mit 16,40 % (im Vorjahr: 18,32 %) die aufsichtlichen Mindestanforderungen von 8,0 % gemäß CRR (zuzüglich SREP-Zuschlag sowie Kapitalerhaltungs- und antizyklischem Kapitalpuffer).

Auch die harte Kernkapitalquote und die Kernkapitalquote übersteigen die aufsichtlich vorgeschriebenen Werte deutlich. Die Kernkapitalquote beläuft sich zum 31. Dezember 2021 auf 15,89% der anrechnungspflichtigen Positionen nach CRR. Der für 2021 prognostizierte Wert der Gesamtkapitalquote konnte nicht erreicht werden.

Die Verschuldungsquote (Verhältnis des Kernkapitals zur Summe der bilanziellen und außerbilanziellen Positionen) beträgt am 31. Dezember 2021 10,77 % und liegt damit über der aufsichtlichen Mindestanforderung von 3,3 %.

Auf Grundlage unserer Kapitalplanung bis zum Jahr 2026 ist auch weiterhin eine Erfüllung der aufsichtlichen Anforderungen an die Eigenmittelausstattung als Basis für die geplante zukünftige Geschäftsausweitung und die Umsetzung unserer Geschäftsstrategie vorhanden.

2.5.2. Finanzlage

Die Zahlungsbereitschaft der Sparkasse war im abgelaufenen Geschäftsjahr aufgrund einer angemessenen Liquiditätsvorsorge jederzeit gegeben. Die Liquiditätsdeckungsquote (Liquidity Coverage Ratio - LCR) lag mit 126,2% bis 184,0% oberhalb des Mindestwerts von 100,0 %. Die LCR-Quote lag zum 31. Dezember 2021 bei 126,2%. Die strukturelle Liquiditätsquote (Net Stable Funding Ratio – NSFR) lag ab dem Anwendungszeitpunkt der CRR II (28. Juni 2021) in einer Bandbreite von 117,4% bis 123,5%, damit wurde die aufsichtliche Mindestquote von 100 % eingehalten. Zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften wurden Guthaben bei der Deutschen Bundesbank geführt. Kredit- und Dispositionslinien bestehen bei der Deutschen Bundesbank und der Landesbank Hessen-Thüringen. Darüber hinaus haben wir an einem gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäft (GLRG III) der Europäischen Zentralbank (EZB) teilgenommen. Die Sparkasse nahm 2021 am elektronischen Verfahren „MACCs (Mobilisation and Administration of Credit Claims)“ der Deutschen Bundesbank zur Nutzung von Kreditforderungen als notenbankfähige Sicherheiten teil. Die Zahlungsbereitschaft ist nach unserer Finanzplanung auch für die absehbare Zukunft gewährleistet. Deshalb beurteilen wir die Finanzlage der Sparkasse als gut.



2.5.3. Ertragslage

Die wesentlichen Erfolgskomponenten der Gewinn- und Verlustrechnung laut Jahresabschluss sind in der folgenden Tabelle aufgeführt. Die Erträge und Aufwendungen sind nicht um periodenfremde und außergewöhnliche Posten bereinigt.

	2021	2020	Veränderung	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	%
Zinsüberschuss	44,6	47,2	-2,6	-5,5
Provisionsüberschuss	19,6	18,2	+1,4	+7,7
Nettoergebnis des Handelsbestands	0,0	0,0	0,0	---
Sonstige betriebliche Erträge	0,9	2,6	-1,7	-65,4
Personalaufwand	27,7	27,1	+0,6	+2,2
Anderer Verwaltungsaufwand	12,7	12,2	+0,5	+4,1
Sonstige betriebliche Aufwendungen	4,0	4,3	-0,3	-7,0
Ergebnis vor Bewertung und Risikovorsorge	20,9	24,3	-3,4	-14,0
Ergebnis aus Bewertung und Risikovorsorge	0,2	0,5	-0,3	-60,0
Zuführungen Fonds für allgemeine Bankrisiken	10,4	13,0	-2,6	-20,0
Ergebnis vor Steuern	10,3	10,8	-0,5	-4,6
Steueraufwand	8,1	8,7	-0,6	-6,9
Jahresüberschuss	2,2	2,1	+0,1	+4,8

Zinsüberschuss: GuV-Posten Nr. 1 bis 4

Provisionsüberschuss: GuV-Posten Nr. 5 und 6

Sonstige betriebliche Erträge: GuV-Posten Nr. 8 und 20

Sonstige betriebliche Aufwendungen: GuV-Posten Nr. 11, 12, 17 und 21

Aufwand aus Bewertung und Risikovorsorge: GuV-Posten Nr. 13 bis 16



Zur Analyse der Ertragslage wird für interne Zwecke und für den überbetrieblichen Vergleich der bundeseinheitliche Betriebsvergleich der Sparkassenorganisation eingesetzt, in dem eine detaillierte Aufspaltung und Analyse des Ergebnisses unserer Sparkasse in Relation zur durchschnittlichen Bilanzsumme erfolgt. Zur Ermittlung eines Betriebsergebnisses vor Bewertung werden die Erträge und Aufwendungen um periodenfremde und außergewöhnliche Posten bereinigt, die in der internen Darstellung dem neutralen Ergebnis zugerechnet werden. Nach Berücksichtigung des Bewertungsergebnisses ergibt sich das Betriebsergebnis nach Bewertung. Unter Berücksichtigung des neutralen Ergebnisses und der Steuern verbleibt der Jahresüberschuss.

Auf dieser Basis beträgt das Betriebsergebnis vor Bewertung (bedeutsamster finanzieller Leistungsindikator) 0,85 % (Vorjahr 0,92 %) der durchschnittlichen Bilanzsumme des Jahres 2021. Der im Vorjahreslagebericht prognostizierte Wert von 0,76 % wurde deutlich übertroffen. Dies gilt nicht für die als weitere bedeutsamste finanzielle Leistungsindikator auf Basis der Betriebsvergleichswerte zur Unternehmenssteuerung definierten Größe Cost-Income-Ratio. Im Jahr 2021 hat sich diese wie folgt entwickelt:

Die Cost-Income-Ratio verschlechterte sich geringfügig von 59,9 % auf 60,0 %. Der im Vorjahreslagebericht prognostizierte Wert von 64,3 % konnte allerdings deutlich unterschritten werden. Im Geschäftsjahr hat sich der absolute Zinsüberschuss mit 47,3 Mio. EUR (Vorjahr 47,4 Mio. EUR) besser entwickelt als erwartet. Der Rückgang der Zinserträge fiel geringer aus als der Rückgang der Zinsaufwendungen.

Demgegenüber stieg der Provisionsüberschuss um 1,5 Mio. EUR auf 19,6 Mio. EUR gegenüber dem Vorjahr. Er lag insbesondere aufgrund höherer Erträge aus der Vermittlung von Wertpapieren um 8,3 % über dem Vorjahreswert. Im Giroverkehr blieben die Erträge hinter unseren Planungen zurück. Des Weiteren ist der Personalaufwand mit 26,5 Mio. EUR nahezu konstant geblieben. Die anderen Verwaltungsaufwendungen erhöhten sich um 7,0% auf 13,8 Mio. EUR. In Summe ist der Verwaltungsaufwand als bedeutsamster Leistungsindikator mit 40,3 Mio. EUR geringer ausgefallen als prognostiziert.

Abschreibungen und Wertberichtigungen nach Verrechnung mit Erträgen (Bewertung und Risikovor-sorge) bestanden in Höhe von - 0,2 Mio. EUR (Vorjahr - 0,5 Mio. EUR). Während sich aus dem Kreditgeschäft ein positives Bewertungsergebnis ergab, stellte sich das Bewertungsergebnis aus den Wertpapieranlagen aufgrund von zinsänderungsbedingten Abschreibungen negativ dar. Die in Kapitel 2.2 „Veränderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen im Jahr 2021“ sowie dem Anhang beschriebene Auswirkung des BGH-Urteils im Zusammenhang den Zinsanpassungsklauseln in langfristigen Sparverträgen (6. Oktober 2021, XI ZR 234/20) auf die Ertragslage beurteilen wir insgesamt als nicht unerheblich. Sie hat das neutrale Ergebnis von -6,0 Mio. EUR (Vorjahr -2,2 Mio. EUR) deutlich belastet. Der Sonderposten nach § 340 g HGB wurde deutlich um 10,4 Mio. EUR aufgestockt.

Für das Geschäftsjahr 2021 war ein um 0,6 Mio. EUR rückläufiger Steueraufwand in Höhe von 8,0 Mio. EUR auszuweisen. Die Entwicklung beruhte in erster Linie auf dem niedrigeren Ergebnis vor Steuern. Vor dem Hintergrund des intensiven Wettbewerbs und der anhaltenden Niedrigzinsphase ist der Vorstand mit der Entwicklung der Ertragslage im Jahr 2021 sehr zufrieden.

Die gemäß § 26a Absatz 1 Satz 4 KWG offen zu legende Kapitalrendite, berechnet als Quotient aus Nettogewinn (Jahresüberschuss) und Bilanzsumme, betrug im Geschäftsjahr 2021 0,07 %.



2.5.4. Gesamtaussage zum Geschäftsverlauf und zur Lage

Vor dem Hintergrund der konjunkturellen Rahmenbedingungen bewerten wir die Geschäftsentwicklung als erfreulich günstig. Mit der Entwicklung des Jahres 2021 konnten wir an das zufriedenstellende Betriebsergebnis vor Bewertung des Vorjahres anknüpfen. Neben vorgenannten Ausführungen war auch die geringe Belastung aus dem Bewertungsergebnis für das gute Jahresergebnis verantwortlich, so dass eine die Prognose überschreitende, deutliche Stärkung unseres wirtschaftlichen Eigenkapitals möglich war.

3. Nachtragsbericht

Die Nachtragsberichterstattung erfolgt gemäß § 285 Nr. 33 HGB im Anhang.

4. Risikobericht

4.1. Risikomanagementsystem

In der Geschäftsstrategie werden die Ziele des Instituts für jede wesentliche Geschäftstätigkeit sowie die Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele dargestellt. Die Risikostrategie umfasst die Ziele der Risikosteuerung der wesentlichen Geschäftsaktivitäten sowie die Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele.

Die **Risikoinventur** umfasst die systematische Identifizierung der Risiken sowie die Einschätzung der Wesentlichkeit unter Berücksichtigung der mit den Risiken verbundenen Risikokonzentrationen. Basis der Risikoinventur bilden die relevanten Risikoarten bzw. -kategorien.

Auf Grundlage der für das Geschäftsjahr 2021 durchgeführten Risikoinventur wurden folgende Risiken als wesentlich eingestuft:

Risikoart	Risikokategorie
Adressenausfallrisiken	Kundengeschäft
	Eigengeschäft
Marktpreisrisiken	Zins und Spread
	Aktien
	Immobilien
	Infrastruktur
Beteiligungsrisiken	
Liquiditätsrisiken	Zahlungsunfähigkeitsrisiko
Operationelle Risiken	

Der Ermittlung der periodischen Risikotragfähigkeit liegt ein Going-Concern-Ansatz zu Grunde, wonach sichergestellt ist, dass auch bei Verlust des bereitgestellten Risikodeckungspotenzials die regulatorischen Mindestkapitalanforderungen erfüllt werden können. Am Jahresanfang hat der Vorstand für 2021 ein Gesamtlimit von 110,0 Mio. EUR bzw. ab dem vierten Quartal 95,0 Mio. EUR bereitgestellt, das unterjährig stets ausreichte, um die Risiken abzudecken. Zur Berechnung des gesamtinstitutsbezogenen Risikos wurde das Konfidenzniveau auf 95,0 % und eine rollierende Zwölf-Monats-Betrachtung einheitlich festgelegt. Die Risikotragfähigkeit wird vierteljährlich ermittelt. Wesentliche Bestandteile des bereitgestellten Risikodeckungspotenzials sind das geplante Betriebsergebnis nach Steuern des laufenden Jahres, die Vorsorgereserven nach §340f, der Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB und die offenen Rücklagen.



Das auf der Grundlage des bereitgestellten Risikodeckungspotenzials eingerichtete **Limitsystem** stellt sich zum 31. Dezember 2021 wie folgt dar:

Risikoart	Risikokategorie	Limit	Anrechnung	
		TEUR	TEUR	%
Adressenausfallrisiken	Kundengeschäft	16.000	10.099	63,1
	Eigengeschäft	2.500	700	28,0
Marktpreisrisiken	Zins und Spread	18.000	15.128	84,0
	Aktien	30.000	17.640	58,8
	Immobilien	11.000	5.164	46,9
	Infrastruktur	10.000	5.394	53,9
Beteiligungsrisiken		6.000	4.406	73,4
Operationelle Risiken		1.500	926	61,7

Die zuständigen Abteilungen steuern die Risiken im Rahmen der bestehenden organisatorischen Regelungen und der Limitvorgaben des Vorstands. Die der Risikotragfähigkeit zu Grunde liegenden Annahmen sowie die Angemessenheit der Methoden und Verfahren werden jährlich überprüft.

Stresstests werden regelmäßig und anlassbezogen durchgeführt. Als Ergebnis dieser Simulationen ist festzuhalten, dass auch bei dem Stressszenario mit der höchsten Belastung „Immobilienkrise“ die Risikotragfähigkeit gegeben ist.

Um einen möglichen etwaigen Kapitalbedarf rechtzeitig identifizieren zu können, besteht ein zukunftsgerichteter **Kapitalplanungsprozess** bis zum Jahr 2026. Dabei wurden Annahmen über die künftige Ergebnisentwicklung sowie den künftigen Kapitalbedarf getroffen, wie z. B. rückläufige Betriebsergebnisse und ein weiterer Zinsrückgang. Für den im Rahmen der Kapitalplanung vom 30.06.2021 betrachteten Zeitraum bis zum Jahr 2026 können die Mindestanforderungen an die Eigenmittelausstattung auch bei adversen Entwicklungen vollständig eingehalten werden. Es besteht ein ausreichendes internes Kapital (einsetzbares Risikodeckungspotenzial), um die Risikotragfähigkeit im Betrachtungszeitraum unter Going-Concern-Aspekten sicherstellen zu können.

Der Sicherung der Funktionsfähigkeit und Wirksamkeit von Steuerungs- und Überwachungssystemen dienen die Einrichtung von Funktionstrennungen bei Zuständigkeiten und Arbeitsprozessen sowie insbesondere die Tätigkeit der Risikocontrolling-Funktion, der Compliance-Funktion und der funktionsfähigen Internen Revision.

Das **Risikocontrolling**, das aufbauorganisatorisch von Bereichen, die Geschäfte initiieren oder abschließen, getrennt ist, hat die Funktion, die wesentlichen Risiken zu identifizieren, zu beurteilen, zu überwachen und darüber zu berichten. Dem Risikocontrolling obliegt die Methodenauswahl, die Überprüfung der Angemessenheit der eingesetzten Methoden und Verfahren und die Errichtung und Weiterentwicklung der Risikosteuerungs- und -controllingprozesse. Zusätzlich verantwortet das Risikocontrolling die Umsetzung der aufsichtsrechtlichen und gesetzlichen Anforderungen, die Erstellung der Risikotragfähigkeitsberechnung und die laufende Überwachung der Einhaltung von Risikolimiten. Es unterstützt den Vorstand in allen risikopolitischen Fragen und ist an der Erstellung und Umsetzung der Risikostrategie maßgeblich beteiligt. Die für die Überwachung und Steuerung von Risiken zuständige Risikocontrolling-Funktion wird durch die Mitarbeiter der Abteilungen



Risikomanagement/Regulatorik und Gesamtbanksteuerung wahrgenommen. Die Leitung der Risikocontrolling-Funktion obliegt dem Leiter der Abteilung Risikomanagement/Regulatorik. Unterstellt ist er dem Überwachungsvorstand.

Verfahren zur Aufnahme von Geschäftsaktivitäten in neuen Produkten oder auf neuen Märkten (Neuprodukt-Prozess) sind festgelegt. Zur Einschätzung der Wesentlichkeit geplanter Veränderungen in der Aufbau- und Ablauforganisation sowie den IT-Systemen bestehen Definitionen und Regelungen. Das **Reportingkonzept** umfasst die regelmäßige Berichterstattung sowohl zum Gesamtbankrisiko als auch für einzelne Risikoarten. Die Berichte enthalten neben quantitativen Informationen auch eine qualitative Beurteilung zu wesentlichen Positionen und Risiken. Auf besondere Risiken für die Geschäftsentwicklung und dafür geplante Maßnahmen wird gesondert eingegangen.

Der Verwaltungsrat wird vierteljährlich über die Risikosituation auf der Grundlage des Gesamtrisikoberichts informiert. Neben der turnusmäßigen Berichterstattung ist auch geregelt, in welchen Fällen eine Ad-hoc-Berichterstattung zu erfolgen hat.

4.2. Strukturelle Darstellung der wesentlichen Risiken

Adressenausfallrisiken

Unter dem Adressenausfallrisiko wird eine negative Abweichung vom Erwartungswert einer bilanziellen oder außerbilanziellen Position verstanden, die durch eine Bonitätsverschlechterung einschließlich Ausfall eines Schuldners bedingt ist.

Das Ausfallrisiko umfasst die Gefahr einer negativen Abweichung vom Erwartungswert, welche aus einem drohenden bzw. vorliegenden Zahlungsausfall eines Schuldners erfolgt. Das Migrationsrisiko bezeichnet die Gefahr einer negativen Abweichung vom Erwartungswert, da aufgrund der Bonitätseinstufung ein höherer Spread gegenüber der risikolosen Kurve berücksichtigt werden muss.

Das Länderrisiko setzt sich zusammen aus dem bonitätsinduzierten Länderrisiko und dem Ländertransferisiko. Das bonitätsinduzierte Länderrisiko im Sinne eines Ausfalls oder einer Bonitätsveränderung eines Schuldners ist Teil des Adressenrisikos im Kunden- und Eigengeschäft. Der Schuldner kann ein ausländischer öffentlicher Haushalt oder ein Schuldner sein, der nicht selbst ein öffentlicher Haushalt ist, aber seinen Sitz im Ausland und somit in einem anderen Rechtsraum hat.

Adressenausfallrisiken im Kundengeschäft

Die Steuerung der Adressenausfallrisiken des Kundengeschäfts erfolgt entsprechend der festgelegten Strategie unter besonderer Berücksichtigung der Größenklassenstruktur, der Bonitäten, der Branchen, der gestellten Sicherheiten sowie des Risikos der Engagements.



Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentliche Elemente:

- Trennung zwischen Markt (1. Votum) und Marktfolge (2. Votum) bis in die Geschäftsverteilung des Vorstands
- regelmäßige Bonitätsbeurteilung und Beurteilung der Kapitaldiensttragfähigkeit auf Basis aktueller Unterlagen
- Einsatz standardisierter Risikoklassifizierungsverfahren (Rating- und Scoringverfahren) in Kombination mit bonitätsabhängiger Preisgestaltung und bonitätsabhängigen Kompetenzen
- Interne Richtwerte für Kreditobergrenzen (Obligo- und Blankovolumen) dienen der Vermeidung von Risikokonzentrationen im Kundenkreditportfolio. Einzelfälle, die diese Obergrenzen überschreiten, unterliegen einer verstärkten Beobachtung
- regelmäßige Überprüfung von Sicherheiten
- Einsatz eines Risikofrüherkennungsverfahrens, das gewährleistet, dass bei Auftreten von signifikanten Bonitätsverschlechterungen frühzeitig risikobegrenzende Maßnahmen eingeleitet werden können
- festgelegte Verfahren zur Überleitung von Kreditengagements in die Intensivbetreuung oder Sanierungsbetreuung
- Berechnung der Adressenausfallrisiken für die Risikotragfähigkeit mit dem Kreditrisikomodel „Credit Portfolio View“
- Kreditportfolioüberwachung auf Gesamthausebene mittels regelmäßigem Reporting

Das Kreditgeschäft der Sparkasse gliedert sich in zwei große Kreditnehmergruppen: Das Firmenkunden-/ Kommunkreditgeschäft und das Privatkundenkreditgeschäft.

Kreditgeschäft der Sparkasse	Buchwerte	
	31.12.2021	31.12.2020
Firmenkundenkredite	1.267,8	1.100,0
Privatkundenkredite	779,2	755,7
Weiterleitungsdarlehen	271,1	258,6
darunter: für den Wohnungsbau	(1.077,1)	(1.000,0)
Kommunkredite und kommunalverbürgte Kredite	86,4	161,6
Gesamt	2.404,5	2.275,9

Quelle: Bilanzierung, Aktiva 4, vor Abzug von EWB und Vorsorgereserven (Brutto)

Die regionale Wirtschaftsstruktur spiegelt sich auch im gewerblichen Kreditgeschäft der Sparkasse wider. Den Schwerpunktbereich bilden mit 34,8 % die Ausleihungen an das Grundstücks- und Wohnungswesen sowie mit 11,5 % an öffentliche Haushalte. Darüber hinaus entfallen 7,7 % auf das verarbeitende Gewerbe.

Die Größenklassenstruktur zeigt insgesamt eine breite Streuung des Ausleihgeschäfts, 36 % des Gesamtkreditvolumens ausgewertet nach der Verbundart „Gruppe verbundener Kunden“ entfallen auf Kreditengagements mit einem Kreditvolumen bis 0,5 Mio. EUR. 40 % des Gesamtkreditvolumens im Sinne des § 19 Abs. 1 KWG betreffen eine Vielzahl von Kreditengagements mit einem Kreditvolumen von mehr als 7,5 Mio. EUR.



Die Adressenrisikostrategie ist ausgerichtet auf Kreditnehmer mit guten Bonitäten bzw. geringeren Ausfallwahrscheinlichkeiten¹⁰. Dies wird durch die Neugeschäftsplanung unterstützt. Zum 31. Dezember 2021 ergibt sich im Kundengeschäft folgende Ratingklassenstruktur:

Ratingklasse	Volumen in %
1 bis 10	95,9
11 bis 15	3,0
16 bis 18	1,1

Quelle: Adressenrisikobericht zum 31.12.2021

Das Länderrisiko, das sich aus unsicheren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen eines anderen Landes ergeben kann, ist für die Sparkasse von untergeordneter Bedeutung. Das an Kreditnehmer mit Sitz im Ausland ausgelegte Kreditvolumen betrug am 31. Dezember 2021 1,5 % des Gesamtkreditvolumens auf Einzelkreditnehmerebene.

Risikokonzentrationen wurden in Form eines Größenklassenrisikos bei Engagements mit einem Kreditvolumen ab 10,0 Mio. EUR durch einzelne nicht kommunale Kreditnehmer mit einem gemäß CPV gemessenen hohen Gesamtrisikobetrag identifiziert. Insgesamt ist unser Kreditportfolio sowohl nach Branchen und Größenklassen als auch nach Ratinggruppen gut diversifiziert.

Risikovorsorgemaßnahmen sind für alle Engagements vorgesehen, bei denen nach umfassender Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Kreditnehmer davon ausgegangen werden kann, dass es voraussichtlich nicht mehr möglich sein wird, alle fälligen Zins- und Tilgungszahlungen gemäß den vertraglich vereinbarten Kreditbedingungen zu vereinnahmen. Bei der Bemessung der Risikovorsorgemaßnahmen werden die voraussichtlichen Realisationswerte der gestellten Sicherheiten berücksichtigt. Für latente Risiken im Forderungsbestand haben wir Pauschalwertberichtigungen gebildet.

Der Vorstand wird vierteljährlich über die Entwicklung der Strukturmerkmale des Kreditportfolios, die Einhaltung der Limite und die Entwicklung der notwendigen Vorsorgemaßnahmen für Einzelrisiken schriftlich unterrichtet. Eine Ad-hoc-Berichterstattung ergänzt bei Bedarf das standardisierte Verfahren.

¹⁰ Die Auswertung erfolgt auf Basis von Einzelkreditnehmern. Die Ratingnoten basieren auf der DSGVO-Masterskala. Die Note 1 stellt dabei die bestmögliche Note dar. Ab der Note 16 beginnen die Ausfallkategorien.



Entwicklung der Risikovorsorge:

Art der Risikovorsorge	Anfangsbestand per 01.01.2021	Zuführung	Auflösung	Verbrauch	Endbestand per 31.12.2021
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Einzelwertberichtigungen	7.671	535	2.691	916	4.599
Rückstellungen*	65	5	35	30	5
Pauschalwertberichtigungen	4.837	15	981		3.907
Pauschale Rück-		1.825			1.825
Gesamt	12.609	2.380	3.707	946	10.336

* für nicht in der Bilanz enthaltene Geschäfte

Quelle: interne Berichterstattung

Mit Blick auf den vom IDW am 13. Dezember 2019 veröffentlichten und ab dem Geschäftsjahr 2022 verpflichtend anzuwendenden RS BFA 7 zur Bemessung von Pauschalwertberichtigungen haben wir eine Pauschalwertberichtigung in Höhe des erwarteten Verlustes über einen Betrachtungszeitraum von 12 Monaten gebildet, der sich im Wesentlichen an dem auch für Zwecke des internen Risikomanagements ermittelten und verwendeten Wert orientiert.

4.2.1.2 Adressenausfallrisiken im Eigengeschäft

Die Adressenausfallrisiken im Eigengeschäft umfassen die Gefahr einer negativen Abweichung vom Erwartungswert, welche einerseits aus einem drohenden bzw. vorliegenden Zahlungsausfall eines Emittenten oder eines Kontrahenten (Ausfallrisiko) resultiert, andererseits aus der Gefahr entsteht, dass sich im Zeitablauf die Bonitätseinstufung (Ratingklasse) des Schuldners innerhalb der Ratingklassen 1 bis 16 (gemäß Sparkassenlogik) ändert und damit ein möglicherweise höherer Spread gegenüber der risikolosen Zinskurve berücksichtigt werden muss (Migrationsrisiko). Dabei unterteilt sich das Kontrahentenrisiko in ein Wiedereindeckungsrisiko und ein Erfüllungsrisiko. Zudem gibt es im Eigengeschäft das Risiko, dass die tatsächlichen Restwerte der Emissionen bei Ausfall von den prognostizierten Werten abweichen. Ferner beinhalten Aktien eine Adressenrisikokomponente. Diese besteht in der Gefahr einer negativen Wertveränderung aufgrund von Bonitätsverschlechterung oder Ausfall des Aktienemittenten.

Die Steuerung der Adressenausfallrisiken des Eigengeschäfts erfolgt entsprechend der festgelegten Strategie unter besonderer Berücksichtigung der Größenklassenstruktur, der Bonitäten, der Branchen sowie des Risikos der Engagements.



Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentliche Elemente:

- Festlegung von Limiten je Partner (Emittenten- und Kontrahentenlimite)
- Regelmäßige Bonitätsbeurteilung der Vertragspartner anhand von externen Ratingeinstufungen sowie eigenen Analysen
- Berechnung des Adressenausfallrisikos für die Risikotragfähigkeit mit dem Kreditrisikomodell „Credit Portfolio View“

Die Eigengeschäfte umfassen zum Bilanzstichtag einen Kurswert von 542,2 Mio. EUR. Wesentliche Positionen sind dabei die Schuldverschreibungen und Anleihen (169,1 Mio. EUR), Wertpapierspezialfonds (251,7 Mio. EUR) und sonstige Investmentfonds (121,3 Mio. EUR). Die von der Sparkasse direkt und über Spezialfonds gehaltenen und von Kreditinstituten und Unternehmen emittierten Wertpapiere verteilen sich auf folgende Ratingstufen:

Externes Rating Moody's / Standard & Poor's	Aaa	Aa1 bis Baa3	Ba1 bis B2	B3 bis C	Default	ungera- tet
	/ AAA	/ AA+ bis BBB-	/ BB+ bis B	/ B- bis C	/ D	
31.12.2021	17,5	20,0	-	-	-	62,5
31.12.2020	19,2	25,0	-	-	-	55,8

Quelle: SimCorp Dimension (Angaben in % der Kurswerte)

Bei den Emittenten ohne Rating handelt es sich zu 71 % um Investmentfonds-Anteile und zu 29 % um Rentenwerte (95 % öffentliche Emittenten).

Marktpreisrisiken

Das Marktpreisrisiko wird definiert als Gefahr einer negativen Abweichung vom Erwartungswert einer bilanziellen oder außerbilanziellen Position, welche sich aus der Veränderung von Risikofaktoren ergibt.

Die Steuerung der Marktpreisrisiken erfolgt entsprechend der festgelegten Strategie unter besonderer Berücksichtigung der festgelegten Limite und der vereinbarten Anlagerichtlinien für Spezialfonds.

4.2.2.1. Marktpreisrisiken aus Zinsen (Zinsänderungsrisiken)

Das Zinsänderungsrisiko wird definiert als die Gefahr einer negativen Abweichung vom Erwartungswert einer bilanziellen oder außerbilanziellen Position, welche sich aus der Veränderung der risikolosen Zinskurve ergibt. Ferner ist die Gefahr einer unerwarteten Rückstellungsbildung bzw. -erhöhung im Rahmen der verlustfreien Bewertung des Bankbuchs gemäß IDW RS BFA 3 zu berücksichtigen. Im Sinne dieser Definition werden alle zinstragenden Positionen des Anlagebuchs betrachtet. Ebenso Teil des Zinsänderungsrisikos ist das Risiko, dass der geplante Zinskonditions- bzw. Strukturbeitrag unterschritten wird.



Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentliche Elemente:

- Periodische Ermittlung, Überwachung und Steuerung der Zinsänderungsrisiken des Anlagebuchs mittels der IT-Anwendung Integrierte Zinsbuchsteuerung Plus mittels Simulationsverfahren auf Basis verschiedener Risikoszenarien (Haltedauer 12 Monate, Konfidenzniveau 95,0 %). Die größte negative Auswirkung (Summe der Veränderung des Zinsüberschusses und des zinsinduzierten Bewertungsergebnisses bis zum Jahresende) im Vergleich zum Planszenario stellt das Szenario dar, welches auf das Risikotragfähigkeitslimit angerechnet wird.
- Betrachtung des laufenden Geschäftsjahres und der fünf Folgejahre bei der Bestimmung der Auswirkungen auf das handelsrechtliche Ergebnis
- Ermittlung des Verlustrisikos (Value-at-Risk) für den aus den Gesamtzahlungsströmen errechneten Barwert auf Basis der historischen Simulation der Marktzinsänderungen. Die negative Abweichung der Performance innerhalb der nächsten 250 Tage (Haltedauer) von diesem statistisch erwarteten Wert wird mit einem Konfidenzniveau von 99,0 % berechnet. Zur Beurteilung des Zinsänderungsrisikos orientiert sich die Sparkasse an einer definierten Benchmark (angelehnt an die Struktur des gleitenden 10-Jahresdurchschnitts). Abweichungen zeigen ggf. einen Bedarf an Steuerungsmaßnahmen auf und dienen als zusätzliche Information für zu tätige Absicherungen (u. a. durch Swapgeschäfte).
- Aufbereitung der Cashflows für die Berechnung von wertorientierten Kennzahlen zu Risiko und Ertrag sowie des Zinsrisikokoeffizienten gemäß § 25a Abs. 2 KWG und BaFin-Rundschreiben 6/2019
- Regelmäßige Überprüfung, ob bei Eintritt des unterstellten Risikoszenarios eine Rückstellung gemäß IDW RS BFA 3 n. F. zu bilden wäre

Im Rahmen der Gesamtbanksteuerung wurden zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken neben bilanzwirksamen Instrumenten in Form langfristiger Refinanzierungen auch derivative Finanzinstrumente in Form von Zinsswaps eingesetzt (vgl. Angaben im Anhang zum Jahresabschluss).

Auf Basis des Rundschreibens 6/2019(BA) der BaFin vom 12. August 2019 (Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch) haben wir zum Stichtag 31. Dezember 2021 die barwertige Auswirkung einer Ad-hoc-Parallelverschiebung der Zinsstrukturkurve um + bzw. - 200 Basispunkte errechnet.

Währung	Zinsänderungsrisiken	
	Zinsschock (+200 / -200 BP)	
	Vermögensrückgang	Vermögenszuwachs
TEUR	-82.077	+24.493



4.2.2.2. Marktpreisrisiken aus Spreads

Das Spreadrisiko wird allgemein definiert als die Gefahr einer negativen Abweichung vom Erwartungswert einer bilanziellen oder außerbilanziellen Position, welche sich aus der Veränderung von Spreads bei gleichbleibendem Rating ergibt. Dabei wird unter einem Spread der Aufschlag auf eine risikolose Zinskurve verstanden. Der ist spreadunabhängig von der zu Grunde liegenden Zinskurve zu sehen, d. h. ein Spread in einer anderen Währung wird analog einem Spread in Euro behandelt.

Im Sinne dieser Definition ist also eine Spread-Ausweitung, die sich durch eine Migration ergibt, dem Adressenausfallrisiko zuzuordnen. Implizit enthalten im Spread ist auch eine Liquiditätskomponente.

Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentliche Elemente:

- Regelmäßige Ermittlung der Marktpreisrisiken aus verzinslichen Positionen mittels Szenarioanalyse (Haltedauer 12 Monate, Konfidenzniveau 95,0 %)
- Berücksichtigung von Risiken aus Fonds nach dem Durchschauprinzip
- Anrechnung der ermittelten Risiken auf die bestehenden Risikolimits

Risikokonzentrationen wurden für einzelne Spreadklassen identifiziert.

4.2.2.3. Aktienkursrisiken

Das Marktpreisrisiko aus Aktien und Aktienoptionen wird definiert als die Gefahr einer negativen Abweichung vom Erwartungswert einer bilanziellen oder außerbilanziellen Position, welche sich aus der Veränderung von Aktienkursen ergibt. Neben dem Marktpreisrisiko beinhalten Aktien auch eine Adressenrisikokomponente.

Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentliche Elemente:

- Regelmäßige Ermittlung der Marktpreisrisiken aus Aktien mittels Szenarioanalyse für den entsprechenden Aktienindex (Haltedauer 12 Monate, Konfidenzniveau 95,0 %)
- Anrechnung der ermittelten Risiken auf die bestehenden Risikolimits

Aktien werden in Höhe der strategischen Aktienzielquote in Aktienfonds gehalten. Direktanlagen in Aktien bestehen in geringem Umfang. Aktienanleihen werden zurzeit ausschließlich in einem Spezialfonds gehalten.

4.2.2.4. Immobilienrisiken

Das Marktpreisrisiko aus Immobilien wird definiert als die Gefahr einer negativen Abweichung vom Erwartungswert einer bilanziellen oder außerbilanziellen Position, welche sich aus der Veränderung von Immobilienpreisen ergibt. Hier werden sowohl eigengenutzte Immobilien als auch Immobilieninvestitionen betrachtet.

Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentliche Elemente:

- Regelmäßige Ermittlung der Marktpreisrisiken aus Immobilieninvestitionen (Immobilienfonds) nach dem Benchmarkportfolioansatz
- Anrechnung der ermittelten Risiken auf die bestehenden Risikolimits



Immobilien im Immobilienfonds werden in Höhe der strategischen Immobilienzielquote gehalten. Besondere Risiken sind aus den Anlagen derzeit nicht erkennbar. Das Immobilienrisiko wird daher als vertretbar eingestuft.

4.2.2.5. Infrastrukturrisiken

Das Marktpreisrisiko aus Infrastruktur wird definiert als die Gefahr einer negativen Abweichung vom Erwartungswert einer bilanziellen oder außerbilanziellen Position, welche sich aus der Veränderung von Infrastrukturwerten ergibt.

Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentliche Elemente:

- Regelmäßige Ermittlung der Marktpreisrisiken aus Infrastrukturinvestitionen (Infrastrukturfonds) mittels Szenarioanalysen für den entsprechenden Infrastrukturindex bzw. für alle relevanten Risikofaktoren von Infrastrukturprojekten (Haltedauer 12 Monate, Konfidenzniveau 95,0 %)
- Anrechnung der ermittelten Risiken auf die bestehenden Risikolimits

Investitionen in Infrastrukturfonds werden in Höhe der strategischen Infrastrukturzielquote gehalten. Es wurde eine Risikokonzentration im Bereich der Infrastrukturfonds bezogen auf den Sektor Erneuerbare Energien identifiziert. Besondere Risiken sind aus den Anlagen derzeit nicht erkennbar. Das Infrastrukturrisiko wird daher als vertretbar eingestuft.

4.2.2.6. Beteiligungsrisiken

Das Risiko aus einer Beteiligung (Beteiligungsrisiko) umfasst die Gefahr einer negativen Abweichung vom Erwartungswert einer Beteiligung. Diese negative Abweichung ermittelt sich aus der Wertänderung einer Beteiligung an sich.

Je nach Beteiligungsart unterscheidet man nach dem Risiko aus strategischen Beteiligungen, Funktionsbeteiligungen und Kapitalbeteiligungen. Die Beteiligungen beziehen sich überwiegend auf Beteiligungen an der Sparkassen-Finanzgruppe.

Die Steuerung der Beteiligungsrisiken erfolgt entsprechend der festgelegten Strategie. Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentliche Elemente:

- Rückgriff auf das Beteiligungscontrolling des Verbands für die Verbundbeteiligungen
- Ermittlung des Beteiligungsrisikos anhand kritisch gewürdigter Expertenschätzungen
- Regelmäßige Auswertung und Beurteilung der Jahresabschlüsse der Beteiligungsunternehmen



Wertansätze für Beteiligungsinstrumente:

Gruppen von Beteiligungsinstrumenten	Buchwert
	TEUR
Strategische Beteiligungen	34.555
Funktionsbeteiligungen	0
Kapitalbeteiligungen	1

Konzentrationen bestehen im Beteiligungsportfolio in folgendem Bereich: Konzentration aufgrund der Bündelung strategischer Verbundbeteiligungen im Rahmen der Pflichtbeteiligungen am SVWL.

4.2.2.7. Liquiditätsrisiken

Das Liquiditätsrisiko setzt sich allgemein aus dem Zahlungsunfähigkeits- und dem Refinanzierungsrisiko zusammen. Das Liquiditätsrisiko umfasst in beiden nachfolgend definierten Bestandteilen auch das Marktliquiditätsrisiko. Dieses ist das Risiko, dass aufgrund von Marktstörungen oder unzulänglicher Markttiefe Finanztitel an den Finanzmärkten nicht zu einem bestimmten Zeitpunkt und/oder nicht zu fairen Preisen gehandelt werden können.

Das Zahlungsunfähigkeitsrisiko stellt die Gefahr dar, Zahlungsverpflichtungen nicht in voller Höhe oder nicht fristgerecht nachzukommen.

Das Refinanzierungsrisiko ist definiert als die Gefahr einer negativen Abweichung vom Erwartungswert der Refinanzierungskosten. Dabei sind sowohl negative Effekte aus veränderten Marktliquiditätsspreads als auch aus einer adversen Entwicklung des eigenen Credit-Spreads maßgeblich. Zum anderen beschreibt es die Gefahr, dass negative Konsequenzen in Form höherer Refinanzierungskosten durch ein Abweichen von der erwarteten Refinanzierungsstruktur eintreten.

Die Steuerung der Liquiditätsrisiken erfolgt entsprechend der festgelegten Strategie.

Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentliche Elemente:

- Regelmäßige Ermittlung und Überwachung der Liquiditätsdeckungsquote gemäß Art. 412 CRR i. V. m. der delVO 2015/61
- Regelmäßige Ermittlung der Survival Period und Festlegung einer Risikotoleranz
- Diversifikation der Vermögens- und Kapitalstruktur
- Regelmäßige Erstellung von Liquiditätsübersichten auf Basis einer hausinternen Liquiditätsplanung, in der die erwarteten Mittelzuflüsse den erwarteten Mittelabflüssen gegenübergestellt werden
- Tägliche Disposition der laufenden Konten
- Liquiditätsverbund mit Verbundpartnern der Sparkassenorganisation
- Definition eines sich abzeichnenden Liquiditätsengpasses sowie eines Notfallplans
- Erstellung einer Refinanzierungsplanung
- Ermittlung des Refinanzierungsrisikos in Form des zur Abdeckung eines mittels Szenarioanalyse ermittelten Liquiditätsbedarfs über den Risikohorizont resultierenden Aufwands
- Regelmäßige Überwachung der Fundingkonzentration zur Ermittlung und Begrenzung des Anteils einzelner Kontrahenten an der Gesamtrefinanzierung



Die Sparkasse hat einen Refinanzierungsplan aufgestellt, der die Liquiditätsstrategie und den Risikoappetit des Vorstands angemessen widerspiegelt. Der Planungshorizont umfasst den Zeitraum bis zum Jahr 2025. Grundlage des Refinanzierungsplans sind die geplanten Entwicklungen, die im Rahmen der mittelfristigen Unternehmensplanung, der strategischen Ziele und des wirtschaftlichen Umfelds zu berücksichtigen sind. Darüber hinaus wird auch ein Szenario unter Berücksichtigung adverser Entwicklungen durchgeführt.

Unplanmäßige Entwicklungen, wie z. B. vorzeitige Kündigungen sowie Zahlungsunfähigkeit von Geschäftspartnern, werden dadurch berücksichtigt, dass im Rahmen der Risiko- und Stressszenarien sowohl ein Abfluss von Kundeneinlagen als auch eine erhöhte Inanspruchnahme offener Kreditlinien simuliert wird. An liquiditätsmäßig engen Märkten ist die Sparkasse nicht investiert.

Im Risikofall beträgt die Survival Period der Sparkasse zum Bilanzstichtag 2 Monate.

Die Zahlungsfähigkeit der Sparkasse war im Geschäftsjahr jederzeit gegeben.

4.2.2.8. Operationelle Risiken

Unter operationellen Risiken versteht die Sparkasse die Gefahr von Schäden, die in Folge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeitern, der internen Infrastruktur oder in Folge externer Einflüsse eintreten können.

Die Steuerung der operationellen Risiken erfolgt entsprechend der festgelegten Strategie.

Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentliche Elemente:

- Jährliche Schätzung von operationellen Risiken auf Basis der szenariobezogenen Schätzung von risikorelevanten Verlustpotenzialen aus der IT-Anwendung Risikolandkarte
- Regelmäßiger Einsatz einer Schadensfalldatenbank zur Sammlung und Analyse eingetretener Schadensfälle
- Regelmäßige Messung operationeller Risiken mit der IT-Anwendung „OpRisk-Schätzverfahren“ auf der Grundlage von bei der Sparkasse sowie überregional eingetretener Schadensfällen
- Erstellung von Notfallplänen, insbesondere im Bereich der IT

4.3. Gesamtbeurteilung der Risikolage

Unser Haus verfügt über ein dem Umfang der Geschäftstätigkeit entsprechendes System zur Steuerung, Überwachung und Kontrolle der vorhandenen Risiken gemäß § 25a KWG. Durch das Risikomanagement und -controlling der Sparkasse können frühzeitig die wesentlichen Risiken identifiziert und gesteuert sowie Informationen an die zuständigen Entscheidungsträger weitergeleitet werden.

In 2021 bewegten sich die Risiken jederzeit innerhalb des vom Vorstand vorgegebenen Limitsystems. Das Gesamtbanklimit war am Bilanzstichtag mit 62,6 % ausgelastet. Die Risikotragfähigkeit war und ist in der periodenorientierten Risikotragfähigkeit gegeben. Die durchgeführten Stresstests zeigen, dass auch außergewöhnliche Ereignisse durch das vorhandene Risikodeckungspotenzial abgedeckt werden können.



Auf Basis der durchgeführten Kapitalplanung vom 30.06.2021 ist bei den bestehenden Eigenmittelanforderungen bis zum Ende des Planungshorizonts keine Einschränkung der Risikotragfähigkeit zu erwarten. Bestandsgefährdende oder entwicklungsbeeinträchtigende Risiken sind nicht erkennbar.

Die Auswirkungen der Covid-19-Krise haben wir im Einklang mit unserem internen Reporting bei der Darstellung der Risiken berücksichtigt. Die Sparkasse nimmt am Risikomonitoring des Verbands teil. Die Erhebung erfolgt dreimal jährlich. Dabei werden die wichtigsten Risikomesszahlen auf Verbands-ebene ausgewertet und die Entwicklungen beobachtet. Jede Sparkasse wird insgesamt bewertet und einer von vier Monitoringstufen zugeordnet. Die Sparkasse ist der besten Bewertungsstufe zugeordnet.

Insgesamt beurteilen wir unsere Risikolage unter Würdigung und Abschirmung aller Risiken als ausgewogen.

5. Chancen- und Prognosebericht

5.1. Chancenbericht

Unser „Chancenmanagement“ ist in den jährlichen Strategieüberprüfungsprozess integriert.

Chancen sehen wir vor allem in einer besser als erwartet laufenden Konjunktur, insbesondere aufgrund der regen Nachfrage nach Wohnungen und Büroflächen, die die Bautätigkeit stärker als prognostiziert ankurbeln könnte. Dies würde zu einer stärkeren Kreditnachfrage und einem Anstieg des Zinsüberschusses führen.

Chancen sehen wir darüber hinaus auch in der Neuausrichtung unserer Vertriebsstruktur. Positive Impulse für unser Wachstum und die Ergebnisbeiträge erwarten wir dabei aus dem Aufbau weiterer Kompetenzcenter für das beratungsintensive Geschäft.

Chancen erwarten wir aus unseren Investitionen in zukunftsweisende Informationstechnologien.

Chancen wollen wir nutzen, indem wir neben der Filialpräsenz in der Fläche und der flächendeckend angebotenen SB-Technik digitale Vertriebskanäle weiter ausbauen. Darüber hinaus sehen wir durch eine weitere Intensivierung der Arbeitsteilung mit unseren Verbundpartnern in der Sparkassenorganisation die Möglichkeit, dem Wettbewerbs- und Rentabilitätsdruck zu begegnen.

5.2. Prognosebericht

Rahmenbedingungen

Der Internationale Währungsfonds (IWF) rechnet mit einer Zunahme der Weltproduktion (BIP) um 4,4% und einem Anstieg des Welthandels um 6,0 % im Jahr 2022. Im Folgejahr erwartet der IWF ein BIP-Wachstum von 3,8 %. Dies entspricht einem erneuten starken Wachstum der Weltwirtschaft im Jahr 2022 und einer Normalisierung auf Vor-Krisen-Niveau in 2023. Für Deutschland erwarten die großen deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute in ihren vor dem Jahreswechsel veröffentlichten Prognosen eine Zunahme des Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 3,5 % bis 4,0 % im laufenden und 1,8 % bis 3,3 % im kommenden Jahr. Die steigende Nachfrage bei gleichzeitigen Produktionsengpässen hat dazu geführt, dass der Auftragsbestand seit Juni 2020 stetig gestiegen ist und im Dezember 2021 einen neuen Rekordwert erreicht hat. Angesichts einer Auftragsreichweite von 7,7 Monaten sind die Aussichten für eine dynamische Entwicklung der Industrieproduktion sehr gut



Ein Großteil der prognostizierten BIP-Zunahme im Jahr 2022 dürfte auf den privaten Konsum entfallen. Da die privaten Haushalte in der Pandemie aufgrund der eingeschränkten Konsummöglichkeiten in großem Umfang zusätzliche Ersparnis gebildet haben, stehen erhebliche Mittel zur Verfügung, die für einen zusätzlichen bzw. nachgeholt Konsum genutzt werden könnten und - nach den Erfahrungen im zweiten Quartal 2021 - wohl auch genutzt werden. Die großen deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute prognostizieren im Gesamtjahr 2022 einen Anstieg der privaten Konsumausgaben um +4,7 % bis 7,6 %. Die Sparquote dürfte sich nach dem Rückgang auf jahresdurchschnittlich 15,0 % im vergangenen Jahr nunmehr stärker reduzieren. Die Prognosen bewegen sich für 2022 in der Spanne von 9,6 % bis 12,2 %, für 2023 zwischen 7,9 % und 11,5 %.

Der Erholungsprozess auf dem deutschen Arbeitsmarkt wird sich nach Einschätzung der meisten Wirtschaftsforscher mit einer gewissen Schwächephase im Winter 2021/2022 weiter fortsetzen. Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit sind Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung bis Januar saisonbereinigt weiter gesunken, die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, für die Daten bis November vorliegen, hat in saisonbereinigter Rechnung kräftig zugenommen. Die Nachfrage nach Arbeitskräften blieb bis zuletzt hoch. Für das Gesamtjahr 2022 erwarten die Konjunkturforscher einen Rückgang der Arbeitslosenquote auf 5,2 % bis 5,3 % und einen Anstieg der Zahl der Erwerbstätigen auf über 45 Millionen (+0,6 % bis +1,0 %).

Den Prognosen der Mehrheit der großen Wirtschaftsforschungsinstitute zufolge werden die Verbraucherpreise in Deutschland 2022 mit +2,3 % bis +4,0 % und in 2023 mit +1,8 % bis +2,5 % zwar voraussichtlich weniger stark steigen als in 2021 (+3,1 %), aber dennoch weit stärker als in den Jahren zuvor. Die Gründe dafür sind vielfältig. So haben sich die deutlich gestiegenen Energie- und Rohstoffpreise bislang erst teilweise in höheren Verbraucherpreisen niedergeschlagen; die preissteigernd wirkenden Lieferengpässe werden nur schrittweise überwunden werden und schließlich könnte aufgrund der erzwungenen Konsumzurückhaltung und der erhöhten Ersparnisbildung die Zahlungsbereitschaft der Verbraucher künftig höher ausfallen. Auf mittlere Sicht besteht das Risiko, dass sich der höhere Preisdruck aufgrund steigender Inflationserwartungen verfestigt. In der Eurozone erwartet die EZB nach einem allgemeinen Preisanstieg um 2,6 % im vergangenen Jahr eine Beschleunigung auf 3,2 % in 2022, sowie +1,8 % in den beiden Folgejahren. In der Pressekonferenz zur Erläuterung der geldpolitischen Entscheidungen am 3. Februar 2022 räumte die EZB jedoch ein, dass die Inflation länger erhöht bleiben werde als bislang erwartet. Im Laufe des Jahres 2022 werde sie aber zurückgehen.

Auch zu Jahresbeginn 2022 bleiben alle Einschätzungen zur weiteren Entwicklung der Pandemie und damit auch der wirtschaftlichen Aussichten mit einer hohen Unsicherheit behaftet. Das zeigte die Entwicklung im vergangenen Jahr sehr deutlich, als sich die Hoffnung einer Überwindung der Pandemie in 2021 nicht erfüllt hat. Neben der Unsicherheit über den weiteren Pandemieverlauf stellt sich derzeit die Frage, ob und in welchem Zeitraum die Beschaffungsprobleme weiterhin die Industrieproduktion, aber auch die Bautätigkeit behindern. Für 2022 kommt als besonderer Risikofaktor die weitere Entwicklung der geopolitischen Lage hinzu. Die Folgen aus der derzeitigen Situation in der Ukraine sind in den vorangestellten Zahlen noch nicht enthalten und lassen sich gegenwärtig noch nicht abschließend beurteilen. Nach aktuellen Einschätzungen werden sich die Wachstumsaussichten Deutschlands jedoch verschlechtern, da die Auswirkungen des Russland-Ukraine-Konfliktes die bestehenden Störungen in den Lieferketten und den Inflationsdruck durch die steigenden Energiepreise verstärken.



Eine Reihe von Notenbanken hat in 2021 begonnen, den außergewöhnlich hohen Expansionsgrad der Geldpolitik etwas zurückzunehmen. Die Federal Reserve, die ihre Bilanzsumme in 2021 noch massiv ausgeweitet hat, richtet ihr Augenmerk inzwischen stärker auf die Inflation und hat Zinserhöhungen in Aussicht gestellt. Die Helaba hat ihre Prognose zur Inflationsentwicklung in den USA auf +5,1 % (zuvor +4,8 %) angepasst und erwartet nun, dass die Fed ihren Leitzins in 2022 mindestens fünfmal um 0,25 %-Punkte anheben wird. Der geldpolitische Schwenk der Fed und der starke Anstieg der Inflation in der Eurozone setzen die EZB zunehmend in Zugzwang. Zwar hat sich die EZB in ihrer offiziellen Kommunikation bislang sehr abwartend gezeigt und eine rasche Zinswende bislang verneint. Die Äußerungen im Umfeld der EZB nehmen jedoch ebenso wie der öffentliche Druck zu, dem Inflationsrisiko eine stärkere Bedeutung zuzumessen. Auch wenn die EZB Ende März 2022 die Nettoankäufe im Rahmen des Pandemie-Notfallkaufprogramms PEPP einstellen wird, hat sie ein generelles Ende der Nettokäufe bislang nicht angekündigt. Da eine Zinserhöhung gemäß ihrer Forward Guidance erst danach erfolgen wird, war bislang nicht mit einer Anhebung der Leitzinsen in 2022 zu rechnen.

Für die Bankenbranche folgt daraus, dass sie zunächst auch weiterhin in einem anhaltenden Niedrig- und Negativzinsumfeld agieren muss, auch wenn eine Zinswende näher rückt. Für das stark zinsabhängige Geschäftsmodell der Sparkasse bedeutet dies, dass die im Abschnitt „Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen“ bzw. „Branchenumfeld 2021“ dargestellten Entwicklungen der Zins- und Provisonerträge sowie der Verwaltungsaufwendungen voraussichtlich auch das Geschäftsjahr 2022 prägen werden. Das Betriebsergebnis vor Bewertungsmaßnahmen wird sich daher voraussichtlich trotz aller Bemühungen zur Steigerung von Erträgen und zur Kosteneinsparung weiter abschwächen. Eine Einschätzung zur Entwicklung der Risikovorsorge im Kreditgeschäft unterliegt den gleichen Unsicherheiten wie die Prognose zur Wirtschaftsentwicklung. Zwar ist die befürchtete Insolvenzwelle bislang ausgeblieben. Je nach Branche muss jedoch mit Insolvenzen insbesondere in den Branchen gerechnet werden, die sowohl durch die Pandemie stark betroffen sind wie auch durch die zunehmende Konkurrenz durch Onlineanbieter. Laut Münchener ifo-Institut sehen sich beispielsweise bei den Reisebüros und -veranstaltern fast drei Viertel der Unternehmen in ihrer Existenz bedroht. Über alle Branchen hinweg sieht sich knapp jedes siebte Unternehmen existenziell gefährdet.

Die nachfolgenden Einschätzungen haben Prognosecharakter. Insbesondere aufgrund der nicht konkret abschätzbaren wirtschaftlichen Auswirkungen des Russland-Ukraine-Konflikts besteht eine besondere Prognoseunsicherheit. Sie stellen unsere Einschätzungen der wahrscheinlichsten künftigen Entwicklung auf Basis der uns zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichts zur Verfügung stehenden Informationen dar. Da Prognosen mit Unsicherheit behaftet sind bzw. sich durch die Veränderungen der zugrundeliegenden Annahmen als unzutreffend erweisen können, ist es möglich, dass die tatsächlichen künftigen Ergebnisse gegebenenfalls deutlich von den zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichts getroffenen Erwartungen über die voraussichtlichen Entwicklungen abweichen.

Der Prognosezeitraum umfasst das auf den Bilanzstichtag folgende Geschäftsjahr.

Als Risiken im Sinne des Prognoseberichts werden künftige Entwicklungen oder Ereignisse gesehen, die zu einer für die Sparkasse negativen Prognose- bzw. Zielabweichung führen können.

Als Chancen im Sinne des Prognoseberichts werden künftige Entwicklungen oder Ereignisse gesehen, die zu einer für die Sparkasse positiven Prognose- bzw. Zielabweichung führen können.



Die Auswirkungen der Covid-19-Krise haben wir im Einklang mit unserem internen Reporting bei der Ermittlung der Prognosen für das Geschäftsjahr 2022 berücksichtigt.

5.2.2. Geschäftsentwicklung

Abgeleitet aus der Bestandsentwicklung des Jahres 2021 rechnen wir mit einem weiteren moderaten Wachstum für unser Kundenkreditgeschäft, vorrangig aus dem Darlehensgeschäft mit unseren Firmenkunden.

Für 2022 erwarten wir ein leichtes Wachstum der Kundeneinlagen.

Bei der Bilanzsumme erwarten wir aufgrund der vorgenannten Entwicklungen im Kredit- und Einlagengeschäft für das Folgejahr einen leichten Anstieg. Dies gilt ebenso für die durchschnittliche Bilanzsumme des Jahres 2022.

5.2.3. Finanzlage

Aufgrund unserer vorausschauenden Finanzplanung gehen wir davon aus, dass auch im Prognosezeitraum die Zahlungsbereitschaft gewährleistet ist und die bankaufsichtlichen Anforderungen eingehalten werden können.

5.2.4. Ertrags- und Vermögenslage

Auf Basis von Betriebsvergleichszahlen rechnen wir aufgrund der in den ersten zwei Monaten leicht versteilerten Zinsstrukturkurve mit einem um 0,2 Mio. EUR erhöhten Zinsüberschuss.

Beim Provisionsüberschuss gehen wir für das nächste Jahr von einem deutlichen Anstieg um 1,7 Mio. EUR aus, wofür insbesondere steigende Erträge aus dem Girogeschäft verantwortlich sind.

Trotz unseres stringenten Kostenmanagements wird der Verwaltungsaufwand um 2,6 Mio. EUR auf 42,9 Mio. EUR deutlich steigen. Die tendenziell steigenden Personalkosten wollen wir durch ein stringentes Personalmanagement in Grenzen halten. Sachkostenoptimierungen werden uns auch im kommenden Jahr begleiten.

Insgesamt ergibt sich unter Berücksichtigung der vorgestellten Annahmen für das Jahr 2022 ein spürbar sinkendes Betriebsergebnis vor Bewertung von rund 0,77 % der jahresdurchschnittlichen Bilanzsumme. Für diese erwarten wir einen moderaten Anstieg von 0,26 Mrd. EUR auf 3,42 Mrd. EUR.

Das Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft ist aufgrund der konjunkturellen Entwicklung nur mit großen Unsicherheiten zu prognostizieren. Bei der Risikovorsorge für das Kreditgeschäft erwarten wir, trotz einer weiterhin verstärkt risikoorientierten Kreditgeschäftspolitik, ein deutlich negatives Bewertungsergebnis.

Aus den eigenen festverzinslichen Wertpapieren sowie den weiteren Eigenanlagen in Spezial- und Aktienfonds rechnen wir aufgrund der nach wie vor hohen Unsicherheiten an den Kapitalmärkten und des bereits angestiegenen Zinsniveaus mit einem per Saldo deutlich negativen Bewertungsergebnis.



Für das sonstige Bewertungsergebnis erwarten wir keine nennenswerte Belastung in Höhe von 1,0 Mio. EUR. Auch künftig können weitere Risiken in unserem Beteiligungsportfolio nicht ausgeschlossen werden. Bei der Cost-Income Ratio erwarten wir für 2022 einen leicht höheren Wert von 62,0%.

Die prognostizierte Entwicklung der Ertragslage ermöglicht eine weitere Stärkung der Eigenmittel. Die Gesamtkapitalquote von zurzeit 16,40 % wird nach unseren Prognosen leicht auf 16,11 % sinken und überschreitet damit weiterhin den aktuell vorgeschriebenen Mindestwert nach der CRR von 8,0 % zuzüglich des Kapitalerhaltungspuffers und des SREP-Zuschlags von insgesamt 3,0 Prozentpunkten deutlich.

Mit Blick auf die Allgemeinverfügung der BaFin zur Erhöhung des antizyklischen Kapitalpuffers bzw. ihrer Absicht, kurzfristig einen sektoralen Systemrisikopuffer für Wohnimmobilienkredite einzuführen, ist absehbar, dass im Verlauf des Jahres 2023 erhöhte Eigenmittelanforderungen zu erfüllen sind. Auf Basis unseres aktuellen Kenntnisstandes über die Maßnahmen der BaFin und unserer aktuellen Ergebnis- und Kapitalplanung gehen wir davon aus, dass wir auch diese Anforderung erfüllen werden.

Insbesondere bei einer konjunkturellen Abschwächung könnten sich gleichwohl weitere Belastungen für die künftige Ergebnis- und Kapitalentwicklung ergeben.

Des Weiteren können sich aufgrund regulatorischer Verschärfungen für die Finanzwirtschaft (Vereinheitlichung der Einlagensicherung, Basel III-Regelungen, Meldewesen) weitere Belastungen ergeben, die sich auf die Ergebnis- und Kapitalentwicklung der Sparkasse negativ auswirken können.

5.3. Gesamtaussage

Die Prognose für das Geschäftsjahr 2022 lässt insgesamt erkennen, dass das hinsichtlich Wettbewerbssituation und Zinslage schwieriger werdende Umfeld auch an der Sparkasse nicht spurlos vorübergeht. Bei der prognostizierten Entwicklung der Ertragslage sollte eine weitere Stärkung der Eigenmittel gesichert sein.

Unsere Perspektiven für das Geschäftsjahr 2022 beurteilen wir in Bezug auf die aufgezeigten Rahmenbedingungen unter Berücksichtigung der von uns erwarteten Entwicklung der Rahmenbedingungen und unserer bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren zusammengefasst als noch zufriedenstellend.

Aufgrund unserer vorausschauenden Finanzplanung gehen wir daher davon aus, dass auch im Prognosezeitraum die Risikotragfähigkeit und die Einhaltung aller bankaufsichtlichen Kennziffern durchgängig gewährleistet sind.

Die Auswirkungen der Covid-19-Krise können die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung hinsichtlich des Eintreffens der für die bedeutsamsten Leistungsindikatoren getroffenen Prognosen, ggf. über das bereits in unserem internen Reporting enthaltene Ausmaß hinaus negativ beeinflussen. Ebenso lassen sich die Auswirkungen aus der derzeitigen Situation in der Ukraine gegenwärtig noch nicht abschließend beurteilen und können zu einer abweichenden Einschätzung führen.

Unna, 25.04.2022

Der Vorstand

gez. Klaus Moßmeier

gez. Frank Röhr

gez. Jürgen Schneider



8. Informationen nach Datenschutzgrundverordnung

<p>Verantwortliche/r (Fachbereich/Bereich/Abteilung, Anrede, Name, Funktion, Telefon, Email)</p>	<p>Kreisstadt Unna Der Bürgermeister Bereich Finanzmanagement Frau Christina Bartel/ Frau Nuray Mertek/Frau Michaela Pelz Rathausplatz 1 59423 Unna Telefon: 02303 103 - 290 Telefon: 02303 103 - 380 Telefon: 02303 103 - 249 Fax: 02303 103 – 208 Christina.bartel@stadt-unna.de Nuray.mertek@stadt-unna.de Michaela.pelz@stadt-unna.de</p>
<p style="text-align: center;">Information</p> <p>nach Artikel 13 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)</p> <p>bei Erhebung personenbezogener Daten bei der betroffenen Person</p>	
<p>Vertreter/in (Fachbereich/Bereich/Abteilung, Anrede, Name, Funktion, Telefon, Email)</p>	<p>Kreisstadt Unna Der Bürgermeister Stadtkämmerer Herr Michael Strecker Rathausplatz 1 59423 Unna Telefon: 02303 103 – 666 Fax: 02303 103 – 208 Michael.strecker@stadt-unna.de</p>
<p>Datenschutzbeauftragte/r (Anrede, Name, Telefon, Email; Postanschrift bei externer/-m DSB)</p>	<p>Herr Janzen, Tel. 0151 54322710, datenschutz@stadt-unna.de</p>
<p>Zweck/e der Datenverarbeitung (Nennung der Hauptaufgaben; z.B. Erteilung und Entzug von Fahrerlaubnissen)</p>	<p>Gemäß § 117 Gemeindeordnung NRW i. V. m. § 53 Kommunalhaushaltsverordnung NRW hat die Kreisstadt Unna einen Beteiligungsbericht zu erstellen und vom Rat beschließen zu lassen. Darüber hinaus wird nach dem Public Governance Kodex der Kreisstadt Unna die jahresbezogene Vergütung der Geschäftsführungen, Betriebsleitungen und der Vorstände sowie der Mitglieder der Aufsichtsräte und Gesellschafterversammlungen abgebildet.</p>



Wesentliche Rechtsgrundlage/n <i>(sowohl materiell-rechtlich wie auch verfahrens- und datenschutzrechtlich)</i>	- § 117 Gemeindeordnung NRW - § 53 Kommunalhaushaltsverordnung NRW - Public Corporate Governance Kodex der Kreisstadt Unna
Empfänger und Kategorien von Empfängern der Daten <i>(im Regelfall)</i>	Die personenbezogenen Daten werden im Beteiligungsbericht abgebildet und dieser wird veröffentlicht. Die Daten sind daher öffentlich.
Dauer der Speicherung und Aufbewahrungsfristen <i>(aus rechtlichen Bestimmungen wie z.B. Kassen-, Handels-, Steuerrecht oder KGSt-Empfehlungen)</i>	Die Daten werden im Ratsinformationssystem dauerhaft gespeichert.
Rechte der betroffenen Person <i>(allgemeine Aufzählung, Voraussetzungen)</i>	Betroffene Personen haben folgende Rechte, wenn die gesetzlichen und persönlichen Voraussetzungen erfüllt sind: <ul style="list-style-type: none"> • Recht auf Auskunft über die verarbeiteten personenbezogenen Daten • Recht auf Akteneinsicht nach den verfahrens-rechtlichen Bestimmungen • Recht auf Berichtigung unrichtiger Daten • Recht auf Löschung oder Einschränkung der Datenverarbeitung • Recht auf Widerspruch gegen die Datenverarbeitung wegen besonderer Umstände • Recht auf Beschwerde an die Aufsichtsbehörde bei Datenschutzverstößen
Zuständige Aufsichtsbehörde <i>(Bezeichnung, Postanschrift, Telefon, Email, Homepage)</i>	Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen Kavalleriestr. 2-4 40213 Düsseldorf Telefon: 0211/38424-0 Fax: 0211/38424-10 Email: poststelle@ldi.nrw.de Internet: www.ldi.de

Die personenbezogenen Daten werden im Beteiligungsbericht abgebildet und dieser wird veröffentlicht. Die Daten sind daher öffentlich.

